

Livia Prüll / Christian George / Frank Hüther (Hg.)

# Universitätsgeschichte schreiben

Inhalte - Methoden - Fallbeispiele

Mainz University Press





**unipress**

Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz  
Neue Folge

Band 14

Herausgegeben vom  
Forschungsverbund Universitätsgeschichte der  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Livia Prüll / Christian George /  
Frank Hüther (Hg.)

# Universitätsgeschichte schreiben

Inhalte – Methoden – Fallbeispiele

Unter Mitarbeit von Stefanie Martin

Mit 5 Abbildungen

V&R unipress

Mainz University Press

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Veröffentlichungen der Mainz University Press  
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH.**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Forschungsverbunds Universitätsgeschichte der  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

© 2019, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Campus der Universität Mainz 1949, Aquarell von Hans-Günther Weber

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 2626-1367

ISBN 978-3-8470-0966-5

---

# Inhalt

Livia Prüll  
»Universitätsgeschichte schreiben« – Eine Einführung . . . . . 7

## I. Überblick

Rainer Christoph Schwinges  
Universitätsgeschichte: Bemerkungen zu Stand und Tendenzen der  
Forschung (vornehmlich im deutschsprachigen Raum) . . . . . 25

## II. Perioden der Universitätsgeschichtsschreibung

Martin Kintzinger  
»Die Universität zehrt auch von ihrer Vergangenheit«.  
Universitätsgeschichte vor der Zeitgeschichte als Programmatik und  
Politikum . . . . . 49

Michael Grüttner  
Universitäten in der nationalsozialistischen Diktatur – Stand der  
Forschung . . . . . 85

Barbara Wolbring  
Universität für eine demokratische Gesellschaft. Universitäten nach 1945 105

Ilko-Sascha Kowalczuk  
Universitäten in der SED-Diktatur. Ein Problemaufriss . . . . . 123

### III. Methoden

Christa Klein

Biographie und Prosopographie – Kollektivbiographien als  
universitätshistorische Genres . . . . . 157

Christian George

Aufgabe und Funktion von Universitätsarchiven für die  
Universitätsgeschichte . . . . . 183

Livia Prüll

Die Universitätsgeschichte und ihr Verhältnis zur  
Wissenschaftsgeschichte. Problemstellung und Arbeitsansätze . . . . . 199

### IV. Fallbeispiele

Mitchell G. Ash

Die Universitätsgeschichtsschreibung an der Universität Wien im  
Jubiläumsjahr 2015 – zwischen historischer Reflexion und Eventkultur . . 221

Thomas Becker

Die Universitätsgeschichte der Universität Bonn . . . . . 241

Die Autor\_innen . . . . . 253

## »Universitätsgeschichte schreiben« – Eine Einführung

Für die verschiedenen Genres, in denen historische Sachverhalte thematisiert werden, gibt es Regeln und Grundsätze der Verarbeitung. Auch die Geschichtswissenschaft hat sich seit dem 19. Jahrhundert ihr methodisches Rüstzeug geschaffen, um sich »wissenschaftlich« mit Geschichte auseinanderzusetzen. Daher bedarf es einer Begründung, wenn man *Universitätsgeschichte schreiben* zum Thema einer Tagung und dann eines Tagungsbandes macht. Die Tagung mit dem gleichnamigen Titel fand am 7./8. 3. 2016 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) statt. Organisiert wurde sie vom dortigen »Forschungsverbund Universitätsgeschichte.«<sup>1</sup>

Der Tagungstitel verdeutlicht bereits das Problem: Denn darüber, wie man Universitätsgeschichte schreibt, besteht nicht unbedingt Einigkeit. Die Existenz von Arbeitskreisen und Referenzinstitutionen für Universitätsgeschichte, wie beispielsweise das »Uniseum« an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,<sup>2</sup> geben Hinweise auf systeminhärente Spannungsverhältnisse und Interessensgegensätze, deren Pole nicht selten durch Fachwissenschaft und Universitätsleitung gebildet werden. So kann Universitätsgeschichte einerseits als Spezialdisziplin der Geschichtswissenschaft aufgefasst werden – und als solche hat sie sich, wie in den folgenden Beiträgen dargelegt, seit etwa den 1990er Jahren etabliert. Hierdurch steht Universitätsgeschichte im Binnenraum der Wissenschaft und verortet sich innerhalb der Fachwissenschaft in Interdependenz mit Nachbardisziplinen wie der Wissenschaftsgeschichte. Andererseits befasst sich Universitätsgeschichte auch mit einer öffentlichen Institution, der die eigene Geschichte nicht zuletzt als »Verfügungsmasse« des Marketings dienen kann, um so im Ringen um öffentliche Aufmerksamkeit und den damit verbundenen

---

1 Die Beiträge im vorliegenden Band sind – soweit die Autor\_innen einverstanden waren – durch Gender\_Gap in geschlechtergerechte Sprache überführt worden. Abschnitte, die sich auf die Zeit vor 1900 beziehen, wurden im Hinblick auf eine korrekte historische Darstellung und um Missverständnisse zu vermeiden nicht angepasst.

2 Dieter Speck: Uniseum Freiburg – Staunen. Forschen. Lehren. Ein Bildbegleitbuch. Hg. von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg 2007.

Geldern schmückendes Beiwerk eines Drittmittelantrages zu sein. Dass hier die solide wissenschaftliche Aufarbeitung des Gewesenen hinter das durchaus nachvollziehbare Interesse der jeweiligen Universität um eine passende Selbstdarstellung zurücktreten kann, ist der Sache immanent.<sup>3</sup>

Dieser Dualismus der Interessen und Methoden durchzieht die Geschichte der Universitätsgeschichtsschreibung seit dem 19. Jahrhundert. Für dessen Persistenz spricht nicht zuletzt auch das rege Interesse, auf das unsere Tagungsausschreibung 2015/16 gestoßen ist. Viele Kolleg\_innen, die mit der Thematik befasst sind – so die Vermutung – haben das Thema schnell als neuralgischen Punkt erfasst.<sup>4</sup>

Dass ausgerechnet die Universität Mainz bei dieser Tagung als Gastgeber fungierte, ist keineswegs ein Zufall. Seit 16 Jahren verfügt Mainz über einen Forschungsverbund Universitätsgeschichte (FVUG). Er wurde im Jahr 2001 mit dem Ziel gegründet, die Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zu erforschen. Wichtige Impulse gingen in diesem Zusammenhang von dem Historiker Helmut Mathy (1934–2008) aus, der die Arbeit des Verbandes über lange Jahre prägte und der dann den Kollegen Michael Kißener dazu motivierte, diese Arbeit über zehn Jahre lang fortzusetzen, bevor die Autorin dieser Einleitung den Vorsitz übernahm.<sup>5</sup> Was man sich hier auflud, war insofern heroisch, als die Geschichte der Universität Mainz nach 1946 bis dato praktisch kaum bearbeitet worden war. Daher verortet sich der FVUG erst jetzt mit seiner Tagung in der universitätshistorischen Landschaft. In den ersten Jahren galt es zunächst, in kleinteiliger Arbeit Puzzleteile der Mainzer Universitätsgeschichte zu identifizieren, um dann als mittelfristiges Ziel Universitätsgeschichte in Mainz zu systematisieren. Die Studien, die in der Folgezeit entstanden, wurden in der mittlerweile 13 Bände umfassenden Reihe *Beiträge zur Geschichte der Univer-*

3 Vgl. zum Stand der Universitätsgeschichtsschreibung: Sylvia Paetschek: Stand und Perspektiven der Neueren Universitätsgeschichte. In: NTM 19 (2011), H. 2, S. 169–189. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, einen kompletten Abriss des Forschungsstandes der Universitätsgeschichtsschreibung wiederzugeben. Abgesehen von der hier zitierten Publikation von Sylvia Paetschek deckt der Beitrag von Rainer-Christoph Schwinges in diesem Band, S. 25–45, eben diesen Punkt ab. Die vorliegende Einleitung konzentriert sich vielmehr auf die Entstehung der Universitätsgeschichte in Mainz, um zur Darstellung der regionalen Besonderheiten im Umgang mit den Dilemmata der Universitätsgeschichte beizutragen.

4 Siehe dazu auch Marian Füssel: Wie schreibt man Universitätsgeschichte. In: NTM 22 (2014), H. 4, S. 287–293. Siehe ebenfalls zum Thema der Vielgestaltigkeit der rezenten Universitätsgeschichtsschreibung und deren Erweiterung vor dem Hintergrund von Personen- und Institutionengeschichte: Stefan Gerber: Wie schreibt man »zeitgemäße« Universitätsgeschichte? In: NTM 22 (2014), H. 4, S. 277–286.

5 Vgl. auch die Website des Forschungsverbundes: [www.forschungsverbund-universitaetsgeschichte.uni-mainz.de](http://www.forschungsverbund-universitaetsgeschichte.uni-mainz.de) (abgerufen am 08.01.2018).

sität Mainz. *Neue Folge* publiziert.<sup>6</sup> Die Forschungen beschäftigten sich mit sehr komplexen Themen, wie beispielsweise dem Aufbau der Literaturwissenschaften an der Universität Mainz, der eng mit den Zielen der französischen Besatzungsmacht und der Demokratisierung des seinerzeitigen westdeutschen Bildungssystems verbunden ist.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass viele der Autoren\_innen ihre Arbeiten nicht als hauptberufliche Universitätshistoriker\_innen verfassten, sondern als Fachwissenschaftler\_innen die Geschichte ihres eigenen Institutes oder ihrer eigenen Klinik beschrieben. Ebenso ist zu betonen, dass die thematisch eingegrenzten Arbeiten mit einer deskriptiven Offenlegung von ungedrucktem Material zum Teil erst die Voraussetzung dafür schufen, dass die zweite Zielsetzung, nämlich ein systematischer, analytischer Zugriff auf die Mainzer Universitätsgeschichte, überhaupt in Angriff genommen werden konnte.

Diese Erarbeitung von Einzelaspekten der historischen Entwicklung wurde begleitet von einem Professionalisierungsprozess, der vom Präsidium im Rahmen einer Budgetierung und festen Verankerung des Forschungsverbundes im Haushaltsplan der Universitätsbibliothek Mainz unterstützt wurde. Ausdruck dieser Professionalisierung sind verschiedene Projekte, die über die Publikation von Forschungsarbeiten zu Einzelthemen weit hinausgehen. Eines davon ist der Mainzer Professorenkatalog *Gutenberg Biographics*, der biographische Informationen zu allen in Mainz lehrenden Professor\_innen in Form eines Online-Lexikons bereitstellen soll. Da durch diese Form eines digitalen Nachschlagewerks der Universitätsgeschichte ein mächtiges Forschungswerkzeug zur Verfügung gestellt wird, war die Tagung ein willkommener Anlass dieses Projekt der Öffentlichkeit zu präsentieren.<sup>8</sup>

Seit etwa 2014 sah sich der FVUG dann vor einer Herausforderung, die zur Umsetzung schon so mancher Darstellung einer Universitätsgeschichte geführt hat: Zwei Jubiläen regten die Universität dazu an, über eine schriftliche Selbstvergewisserung nachzudenken. Es handelte sich um das 70jährige Jubiläum (2016) und das 75jährige Jubiläum (2021) der »neuen«, 1946 gegründeten Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Beide Termine führten zu einer produktiven Unruhe im Hinblick auf die Ausgestaltung der Feierlichkeiten und die

---

6 Publikationen des Forschungsverbundes. URL: [www.forschungsverbund-universitaetsgeschichte.uni-mainz.de/publikationen-des-forschungsverbundes/](http://www.forschungsverbund-universitaetsgeschichte.uni-mainz.de/publikationen-des-forschungsverbundes/) (abgerufen am 08.01.2018).

7 Tobias Gunst: »Die Ausformung eines europäischen Bewusstseins«. Anfänge der Vergleichenden Literaturwissenschaft an der Universität Mainz. Stuttgart 2012 (= Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. N. F. 12).

8 Gutenberg Biographics. Universitätsbibliothek Mainz. URL <http://gutenberg-biographics.uni-mainz.de/home.html> (abgerufen am 08.01.2018); vgl. auch Karin Eckert [u. a.]: Gutenberg Biographics: Eine biographische Online-Datenbank zur Mainzer Universitätsgeschichte. In: ABI Technik 37 (2017), H. 3, S. 171–178. Auch online, URL: <https://doi.org/10.1515/abi-tech-2017-0041> (abgerufen am 08.01.2018).

Maßnahmen, die nun zu ergreifen waren. Während der FVUG das »kleine« Jubiläum zur 70-Jahrfeier mit einer Vorlesungsreihe zur Universitätsgeschichte im Rahmen der Reihe *Universität im Rathaus* und einer kleinen Broschüre mit einem knappen Überblick zur Universitätsgeschichte, die unter anderem an alle Erstsemester des Sommersemesters 2016 verteilt wurde, unterstützte, wurde für das »große« Jubiläum zur 75-Jahrfeier ein Konzept für eine umfangreiche Publikation zur neueren Mainzer Universitätsgeschichte vorgelegt. Dabei war es nicht unbedingt ausgemacht, dass eine wirkliche »Festschrift«, so die provisorische Bezeichnung, entstehen sollte. Die Traditionen der älteren Universitätsgeschichtsschreibung bildeten sich in den Dialogen sofort ab, denn es war schnell klar, dass das Präsidium sich gegen einen Abdruck von Grußworten und Jubelberichten wandte. Diese Haltung fand ihre Entsprechung in der Ausrichtung des FVUG, der für eine moderne Universitätsgeschichte im kulturgeschichtlichen Kontext eintrat und eintritt.

Schnell war man sich einig, dass es sich bei der neuen Mainzer Universitätsgeschichte um eine dezidiert wissenschaftliche Arbeit handeln sollte. Das Jubiläum sollte von Anfang an den Rahmen bilden, aber nicht beherrschend für die Ausführung des Werkes werden. So einfach hier die Entscheidungsfindung war, so schwierig gestaltet sich bis heute die Frage der Umsetzung. Denn es zeigten sich sowohl formale als auch inhaltliche Herausforderungen, die eng miteinander verzahnt waren. Das Universitätsarchiv der JGU, das einzige seiner Art in Rheinland-Pfalz, hat sich zwar in den letzten Jahren zu einem unverzichtbaren Forschungsinstrument für die Universitätsgeschichte entwickelt, jedoch unterliegt angesichts der noch kurzen Geschichte der jungen Mainzer Universität ein nicht unerheblicher Teil seiner Bestände noch den im Archivgesetz festgeschriebenen Sperrfristen. Deshalb und vor dem Hintergrund der bis dato umfänglich nur begrenzten Mainzer Universitätsgeschichtsschreibung konnte man also nicht auf Forschungsergebnisse zurückgreifen, die eine detaillierte Gesamtdarstellung ad hoc realisierbar erscheinen ließen. In diesem Sinne ergab sich die inhaltliche Herausforderung, aus Versatzstücken, Teilergebnissen und bisher erarbeiteten Darstellungen zu einzelnen Aspekten und inhaltlichen Bereichen der Mainzer Universitätsgeschichte eine in sich geschlossene Abhandlung zu schaffen, die das bisher Geleistete zum Ausgangspunkt nimmt, um weitere Perspektiven zu entwickeln, die auch zukünftige Forschungsarbeiten zum Thema motivieren bzw. kanalisieren.

Das Konzept des FVUG machte daher mit voller Berechtigung aus der Not eine Tugend, indem das Mainzer Jubiläum dazu nutzbar gemacht werden sollte, um gerade die Baustellen der Universitätsgeschichtsschreibung zu bezeichnen und zu bearbeiten: Valide Forschungsergebnisse sollen demonstriert und verarbeitet, neue zentrale Forschungen durchgeführt und schließlich zukünftige Forschungen angeregt werden, um Universitätsgeschichte auch und gerade im

Rahmen des Festtagsgewands als eine wissenschaftliche Disziplin zu präsentieren, die eben gerade durch ihre Forschungsarbeit zum Funktionieren der Institution Universität beitragen kann. Ein wichtiger Aspekt der Schrift sollte darin liegen, Strukturmerkmale der Mainzer Universitätsgeschichte aus den Forschungsergebnissen abzuleiten und aufzuzeigen – gleichsam deren Alleinstellungsmerkmale. Dieses Ziel bot sich an, denn aus den sozialhistorischen Beiträgen der Universitätsgeschichte wissen wir, dass die Institution Universität bei allen übergeordneten Problemen jeweils eine Eigenprägung durch ihren je spezifischen regionalen (Entstehungs-)Kontext und die Regionalgeschichte hat. Vor diesem Hintergrund entstand das Bemühen, eine Art »Leitidee« der Mainzer Universität herauszuarbeiten. Hierdurch sollte die Identifikation von Unterschieden und Gleichsinnigem im Vergleich zu anderen Universitäten ermöglicht werden, um die Forschungsergebnisse innerhalb der deutschen Universitätslandschaft in Beziehung zu setzen. Als Leitidee, welche der JGU bei ihrer (Wieder)gründung unter anderem von den französischen Besatzungsbehörden als handlungsleitendes Element mitgegeben wurde, ließ sich das Schlagwort der »Demokratisierung« identifizieren. Durch die intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit wurde deutlich, dass es sich nicht um eine lineare Geschichtserzählung handelt, sondern vielmehr um eine Geschichte mit Rupturen, die mindestens zwei große Perioden beinhaltet, nämlich eine »alte« und eine »neue« Universität. In diesem Sinne gibt es keine einheitliche Meinung über die Gründungsdaten der Universität Mainz. Sie wurde 1477 im Alten Reich gegründet, dann aber 1798 unter Napoleon aufgelöst. Die letzten Zuckungen eines Lehrbetriebes erlebte die Universität noch als Medizinschule, die dann aber auch 1823 ihren Lehrbetrieb einstellte.<sup>9</sup> 1946 dann, 123 Jahre später, wurde in Mainz durch die damalige französische Besatzungsmacht eine Universität gegründet. Seither streiten sich die Geister, ob es sich 1946 um eine Neugründung handelt, oder ob die alte Universität nicht vielmehr 1946 fortgesetzt wurde. Schaut man sich nun die Zielsetzung der Gründung im Jahr 1946 an, so schafft dies zunächst eine gewisse Klärung. Die Besatzungsmacht sprach zwar explizit von einer Wiedereröffnung der Universität und stellte damit einen unmittelbaren Bezug zu alten Mainzer Universität her, dennoch sollte die neue Universität Mainz im Geiste der Demokratisierung eine »Re-éducation« durchführen und die Deut-

---

9 Vgl. zur älteren Geschichte der Universität Mainz: Stadt – Land – Universität. Aus den Werken des Mainzer Historikers Helmut Mathy. Hg. von Otto Böcher [u. a.]. Stuttgart 2012 (= Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. N. F. 11); Ut omnes unum sint. Teil 1: Gründungspersönlichkeiten der Johannes Gutenberg-Universität. Hg. von Michael Kißener und Helmuth Mathy. Stuttgart 2005 (= Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. N. F. 2); Ut omnes unum sint. Teil 2: Gründungspersönlichkeiten der Johannes Gutenberg-Universität. Hg. von Michael Kißener und Helmuth Mathy. Stuttgart 2006 (= Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. N. F. 3).

schen wieder in die Staatenwelt integrieren. In diesem Sinne war die Gründung der Universität Mainz fest mit der neuen westdeutschen Demokratie verbunden, zumal es sich um eine der wenigen »Neugründungen« der ersten Nachkriegsjahre handelt. Der Ehrgeiz der französischen Besatzungsmacht war stark, den Gedanken der Demokratisierung und der europäischen Einheit in dieser Institution repräsentiert zu wissen. Daher war es auch für das Projekt Universitätsgeschichte naheliegend, diesen Strang aufzugreifen. Mehrere Personen und historische Zwischenetappen konnten eruiert werden, die das Thema »Demokratisierung« als ein Schlüsselthema der Mainzer Universitätsgeschichte erkennbar machten. Damit wurde vor allem die neue Universität fokussiert, also die Entwicklung nach 1946, die deutlich weniger erforscht ist, als die »alte« Mainzer Universitätsgeschichte.<sup>10</sup>

Allerdings handelt es sich um eine Leitidee, die dem Projekt nicht apodiktisch als bereits manifestes Credo beigelegt werden kann. Vielmehr ging es darum, eine Leitschiene zur Erforschung und Abgrenzung von Etappen und Entwicklungen zu haben. Denn wie schwierig das Unterfangen einer leitbildorientierten Forschung zur Mainzer Universitätsgeschichte ist, zeigt sich im Detail, so beispielsweise wenn – wie Corine Defrance darstellen konnte – die französische Militärregierung die Gründung der Universität 1946 auch als eine Wiedergutmachung der Schließung durch Napoleon I. ansah. Damit ist man schnell wieder bei der Tradition der »alten« Mainzer Universität und der Frage der tatsächlichen oder vermeintlichen Einheitlichkeit der Mainzer Universitätsgeschichte.<sup>11</sup>

Nicht nur im Bezug von »alt« und »neu« sondern auch im Rahmen der Demokratisierungsfrage zeigen sich bei näherem Hinschauen schnell Verwerfungen. So hatten die Vorläuferinstitutionen der Universität, gleichsam die institutionelle Gründungsbasis, zum Teil eine durchaus »braune« Vergangenheit. Frederik Ruckert, ein Doktorand des Institutes für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin in Mainz, untersuchte die Zwangssterilisationen, die in der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses und der Hebammenlehranstalt zwischen 1939 und 1945 durchgeführt wurden und stellte fest, dass die Mediziner

10 Vgl. die Zitationen zur älteren Mainzer Universitätsgeschichte in der vorhergehenden Fußnote und ferner zur Frage der Kulturpolitik Frankreichs betreffend das Rheinland nach 1946: Corine Defrance: *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*. Straßburg 1994.

11 Vgl. dazu auch die Literatur zu dem französischen Offizier Raymond Schmittlein (1904–1974), der in der französischen Armee für die kulturpolitische Arbeit nach dem Krieg zuständig war: Corine Defrance: *Raymond Schmittlein (1904–1974)*, ein Kulturmittler zwischen Deutschland und Frankreich? In: *Der Intellektuelle und der Mandarin*. Für Hans Manfred Bock. Hg. von François Beilecke und Katja Marmetschke. Kassel 2005, S. 481–502; Dies.: *Raymond Schmittlein (1904–1974). Leben und Werk eines Gründungsvaters der Universität Mainz*. In: *Ut omnes unum sint*. Teil 1 (Anm. 9), S. 11–30. Siehe auch die Ausführungen der Autorin in deren Beitrag in diesem Band, S. 199–218.

sich dazu hergaben, 20 % der Maßnahmen auf der Grundlage einer sozialen und nicht einer medizinischen Indikation zu stellen.<sup>12</sup> Auch wurde der Lehrkörper der Universität Mainz wenigstens zum Teil mit Universitätslehrern bestückt, die nicht nur im ›Dritten Reich‹ sozialisiert wurden, sondern sich hier aktiv betätigt hatten. Ein Beispiel dafür ist der Biochemiker Konrad Lang (1898–1985), der gleich 1946 nach Mainz berufen wurde. Während des Zweiten Weltkrieges war dieser »beratender Hygieniker« der Deutschen Wehrmacht gewesen und hatte sich schon in dieser Zeit mit Ernährungsfragen auseinandergesetzt. Nach 1945 passte er sich in die neuen Bedürfnisse der Zeit ein, indem er die Ernährung der Mainzer Bevölkerung im Hinblick auf die Hungerbekämpfung in den Blick nahm. An der Universität Mainz selbst nicht unbedingt nur gefördert, entfaltete Lang seine Wirksamkeit nicht zuletzt auf bundespolitischer Ebene.<sup>13</sup> Das Verhältnis von Tradition und Innovation zeigt sich hier mithin anders. Die Frage ergibt sich also daraus, wie und wie stark bzw. unter welchen Prämissen der demokratische Geist in Mainz personell und institutionell verankert werden konnte. Wie Michael Kißener auf der Basis einer ersten Analyse verdeutlicht hat, war die Ausgangsbasis für eine demokratisierte Universität vorhanden. Aber die 1946 erstberufene Professorenschaft war im Hinblick auf ihre politische Vorbelastung durchaus heterogen zusammengesetzt, sodass damals eine sichere Prognose kaum gegeben werden konnte.<sup>14</sup>

Die Leitidee der »Demokratisierung« erwies sich als roter Faden für das Konzept einer Universitätsgeschichte, allerdings auch als Herausforderung. Nicht zuletzt musste definiert werden, wer oder was in Bezug auf die Leitfrage den Untersuchungsgegenstand bildet. Wird die Universität nur durch akademische Institutionen und Funktionsämter repräsentiert oder fungieren nicht auch die akademischen Bürger\_innen (nicht zuletzt die Studierenden) als Repräsentant\_innen einer Universität? Die Frage verweist damit auf Diskussionen um Kernbereiche der Universitätsgeschichtsschreibung, indem die biographisch-prosopographische Methode angesprochen wird und ferner auch der Dualismus von Universitätsgeschichte auf der einen und Wissenschafts- bzw. Disziplinengeschichte auf der anderen Seite.<sup>15</sup>

---

12 Vgl. Frederic Ruckert: Zwangssterilisationen im Dritten Reich 1933–1945. Das Schicksal der Opfer am Beispiel des Städtischen Krankenhauses und der Hebammenlehranstalt Mainz. Stuttgart 2012 (= Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. N.F. 10).

13 Eine Doktorarbeit zu Konrad Lang wurde an der Universitätsmedizin Mainz durch André Cloppenburg durchgeführt. Ein Beitrag zu Lang wird sich in der angesprochenen Universitätsgeschichte finden. Vgl. zu Lang auch: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? 2. Aufl. Frankfurt a. M. 2007, S. 355.

14 Michael Kißener: Kontinuität oder Wandel? Die erste Professoren generation der Johannes Gutenberg-Universität Mainz: In: Ut omnes unum sint. Teil 1 (Anm. 9), S. 97–123.

15 Die Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (GUW) hat nicht umsonst

Die Perspektive einer »Universität in der demokratischen Gesellschaft« bedeutet allerdings auch, die thematischen Schwerpunktsetzungen, die in den vorangegangenen Absätzen angedeutet wurden, mit einem chronologischen Blick auf die Hauptentwicklungen und Hauptzäsuren der Neuen Mainzer Universitätsgeschichte zu verbinden. Diese diachrone Betrachtung betrifft sowohl die unterschiedlichen Disziplinen und Fachbereiche als auch die Verwaltung der Universität. Doch auch in diesem Bereich sollen gesellschaftliche Vernetzungen und soziopolitische Zusammenhänge beachtet werden, um Leistungen und Leistungsträger in ihrem Kontext, in dem Bedingungsgefüge ihres jeweiligen Handels zu beleuchten. Themen sind hier beispielsweise die Dynamik der wissenschaftlichen Standorte seit den 1980er Jahren oder die Interdependenzen von Wirtschaft und Forschung. Der Gedanke der »Demokratisierung« als französischer Gründungsimpuls leitet damit über zu einer Betrachtung der Institution Mainzer Universität in der Mitte der Gesellschaft.

Diese Beschreibung der Ursprünge des Projekts Mainzer Universitätsgeschichte war wichtig, um die methodischen Probleme bei deren Konzeption zu demonstrieren und um die Intention des vorliegenden Bandes zu verstehen. Wir wenden uns jetzt seinen Inhalten zu. Denn die Fragen, die bei der Entwicklung des Projektes aufgeworfen wurden, führten uns direkt in die zentralen Probleme der Universitätsgeschichtsschreibung und sie verlangten nach Antworten. Bei Planungen im Vorfeld hatte mein Vorgänger als Vorsitzender des FVUG, Michael Kießner, den Einfall, Expert\_innen zusammenzurufen, um diese Fragen zu bearbeiten. Wir haben diesen Vorschlag sehr gerne aufgegriffen. Einerseits sollte ja die regionale Mainzer Universitätsgeschichte im Kontext der weiteren Universitätsgeschichte verfolgt werden, andererseits aber sollte eben diese Regionalgeschichte auch ihren Beitrag zur Förderung der allgemeinen Universitätsgeschichte leisten. Die Zielsetzung des Unternehmens *Tagung zur Universitätsgeschichtsschreibung* war dreifach: Erstens war uns daran gelegen, im historischen Überblick anhand von Zäsuren der Universitätsgeschichtsschreibung Problemstellungen herauszuarbeiten, zweitens ging es darum, spezifische Methoden und Ansätze der Universitätsgeschichtsschreibung mit ihren Vor- und Nachteilen, in ihrer Anwendbarkeit und ihren Fallstricken zu diskutieren, drittens schließlich sollten anhand von Fallbeispielen zu bereits publizierten oder der Publikation nahe gerückten »Festschriften« die aufgeworfenen Probleme im Rahmen des konkreten Umgangs mit ihnen betrachtet werden. Insgesamt sollten damit neue Perspektiven im Umgang mit Universitätsgeschichtsschreibung entwickelt werden. Daraus lässt sich auch folgern, worum

---

beide Bereiche in ihrem Titel und in ihrem Aufgabenbereich, wiewohl deren Verhältnis spannungsgeladen ist. Vgl. den Beitrag von Livia Prüll in diesem Band, S. 199–218. Siehe auch die Webseite der G UW: <https://guw-online.net> (abgerufen am 08.01.2018).

es dezidiert nicht gehen konnte: Unberücksichtigt blieb eine Analyse der Entwicklung spezieller Hochschulen<sup>16</sup> oder aber diejenige spezieller Forschungsfelder der Universitätsgeschichtsschreibung, wie beispielsweise die Geschichte der Privatdozentur oder die Geschichte der Studierendenschaft, um nur einige markante Beispiele herauszugreifen.<sup>17</sup> Der Bezug des Unternehmens »Universitätsgeschichte schreiben« blieb vielmehr die Konzentration auf wesentliche methodische Ansätze im Rückgriff auf die allgemeine Universitätsgeschichte.

Der vorliegende Band richtet sich in seiner Struktur weitestgehend nach dem Programm der Tagung, allerdings mit einer stärkeren Sortierung der Beiträge in den genannten Rubriken und auch mit einigen Ergänzungen. Unter der Rubrik »Überblick« steht der Beitrag von *Rainer Christoph Schwinges* über den Stand der Forschungen zur Universitätsgeschichte. Ausgehend von Walter Rüeggs Werk zur *Geschichte der Universität in Europa*, das in vier Bänden vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts reicht<sup>18</sup> analysiert Schwinges die Entwicklung der modernen Universitätsgeschichte. Deren Professionalisierung erörtert er auf der Grundlage der Diskussionen um die Periodisierung der Universitätsgeschichte und des Einzugs der Sozialgeschichte in die Universitätsgeschichtsschreibung. Letztere ergänzte die klassische, institutionenorientierte Betrachtung um die gesellschaftspolitische Dimension. Zusammenfassend identifiziert Schwinges vier Bereiche als Kernaufgaben der modernen Universitätsgeschichtsschreibung: die akademische Strukturgeschichte der Universität, die Personengeschichte, die Studierendengeschichte und die Wissenschaftsgeschichte.

Mit diesem Ausblick werden Themen umrissen, die in den folgenden Beiträgen des Bandes wieder aufgegriffen werden. In der Rubrik »Perioden der Universitätsgeschichte« geht es nachfolgend um eine Vertiefung der Inhalte, auf deren Grundlage dann über Methoden diskutiert werden kann. Dieser Block legt sein Schwergewicht eindeutig auf die Zeitgeschichte, die aufgrund der politi-

---

16 Vgl. beispielhaft ein rezentes Beispiel für dieses Genre: Oliver Auge, Martin Göllnitz: Die Christian-Albrechts-Universität und ihre Geschichtsschreibung. In: Christiana Albertina 78 (2014), S. 38–58.

17 Vgl. zur Geschichte der Privatdozentur den Klassiker Alexander Busch: Die Geschichte des Privatdozenten – Eine soziologische Studie zur großbetrieblichen Entwicklung der deutschen Universitäten. Stuttgart 1959 sowie beispielhaft Ernst Schubert: Die Geschichte der Habilitation. In: 250 Jahre Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Hg. von Henning Kössler. Erlangen 1993. Siehe zur Geschichte der Studierendenschaft Rüdiger vom Bruch: Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1810–1945. In: Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Hg. von Mitchell G. Ash. Wien 1999, S. 29–57, insb. S. 47f.; Christian Jansen: Mehr Masse als Klasse – mehr Dokumentation denn Analyse. Neuere Literatur zur Lage der Studierenden in Deutschland und Österreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Neue Politische Literatur 43 (1998), S. 398–440, insb. S. 436.

18 Geschichte der Universität in Europa. 4 Bde. Hg. von Walter Rüegg. München 1993–2010.

schen Umwälzungen eine besondere Herausforderung für die Universitätsgeschichtsschreibung darstellt, und die eine gute Matrize bildet, um grundsätzliche methodische Fragen anzugehen. Die Basis dafür legt *Martin Kintzinger* mit seiner Darstellung der Geschichte der Universität bis 1933. Bis etwa 1800 waren die Universitäten stark auf ihren jeweiligen Landesherrn ausgerichtet. Ein Bruch ergibt sich um 1800, indem in der Abkehr der einseitigen Ausrichtung auf das politische Zentrum nunmehr Bildung und Geistesleben zu eigenständigen Werten wurden. Dieser Sachverhalt wird durch die Berliner Universitätsgründung versinnbildlicht. Im Folgenden kann Kintzinger darstellen, wie durch die Historisierung der Berliner Universitätsgründung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts wieder neue Spielräume entstehen, indem gefragt wird, welche geistigen Inhalte für die Arbeit der Universität prinzipienleitend sein sollten. Die traditionellen Nützlichkeitsaspekte der landesherrlichen Universität wurden nun wieder aktuell, da im Rahmen einer zunehmenden Spezialisierung der Inhalte effektiver »Output«, wie wir heute sagen würden, und ökonomische Verwertbarkeit des Wissens als Kriterien mit ins Spiel kamen. Diese Zweckausrichtung geschah jedoch unter Betonung der grundsätzlichen geistigen Eigenständigkeit der Universität und ihrer Unabhängigkeit von Tagespolitik und Parteilichkeiten.

Nach diesem Längsschnitt durch die Universitätsgeschichte bis 1933, der neben Periodisierungsproblemen auch die gesellschaftspolitische Stellung der Universität im diachronen historischen Verlauf thematisiert, widmet sich der Beitrag von *Michael Grüttner* der Geschichte der Universitäten in der Zeit des Nationalsozialismus, eine Periode, die Grüttner als den »Tiefpunkt der deutschen Universitätsgeschichte« bezeichnet.<sup>19</sup> In einer gewissen Parallelität zu den vier Bereichen, die schon von Rainer Christoph Schwinges als Forschungsschwerpunkte herausgestellt wurden, arbeitet Grüttner für die Institutionen, Personen und für die fachwissenschaftlichen Inhalte der Forschung die Reaktionen der deutschen Universitäten auf diktatorischen Zwang, Oppression und Ausbeutung der Ressourcen für politische Zwecksetzungen heraus. Ebenso allerdings zeigt er im Sinne eines Transferprozesses die Anpassung der Universitäten an das NS-Regime und gar die Ausnutzung desselben für wissenschaftliche Forschungen auf, was sich besonders drastisch in der Anforderung von Häftlingen für medizinische Forschungen manifestiert. Gerade das Spannungsfeld von Eigen- und Fremdbestimmtheit macht die NS-Zeit zu einer besonderen Herausforderung für die Universitätsgeschichtsschreibung, da vermeintliche oder tatsächliche Verwerfungen und Brüche mit den klassischen Idealen und Selbstbildern der Universitäten untersucht werden müssen.

Dementsprechend ging es nach 1945 in Westdeutschland um eine Refor-

---

19 Vgl. den Beitrag von Michael Grüttner in diesem Band, S. 85–103, hier S. 102.

mierung der Universitäten und *Barbara Wolbring* hebt nicht umsonst den Reformgedanken als wesentliche Leitschiene für Forschungen zur Geschichte der westdeutschen Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg hervor. Vor dem Hintergrund der (Neu-)Errichtung von baulichen und administrativen Strukturen sowie der Rehabilitierung bzw. Entlassung älteren Personals und der Heranziehung neuer Lehrkräfte ging es nicht nur um die Aufarbeitung der schuldhaften Verstrickung mit dem Nationalsozialismus. Diskussionen über eine soziale Öffnung der Universitäten für bislang bildungsferne Schichten, über die Einschränkung der Privilegien der Professoren (hier vor allem der Ordinarien) und schließlich nicht zuletzt über die Demokratisierung der universitären Strukturen zielten konstruktiv auf eine Einpassung der Universitäten in die Bundesrepublik. Diese Diskussionen beinhalteten auch eine Auseinandersetzung mit dem jahrhundertealten Prinzip landesherrlich-autoritärer Rückendeckung für (zumindest) ein gewisses Eigenleben, das seinen Ausdruck vor allem in der »klassischen Universität« des kaiserlichen Deutschlands fand, und das nun in einer offenen Demokratie mit dem Anspruch auch der öffentlichen Kontrolle herausgefordert wurde.<sup>20</sup>

Sowohl die NS-Zeit als auch nachfolgend die »Stunde Null« und der Aufbau der westdeutschen Demokratie liefern als »Krisenherde«<sup>21</sup> die Möglichkeit, schlaglichtartig systemische und zählbeige sowie auch kontingente Elemente der Universitätsgeschichtsschreibung in den Blick zu nehmen. Es geht also nicht nur um jeweils zeithistorische Besonderheiten, sondern auch um grundsätzliche Gegebenheiten der historischen Institution Universität.

Dies gilt in besonderem Maße auch für die Geschichte der Universitäten in der DDR. *Ilko-Sascha Kowalczyk* schaltet so seinem Beitrag zu den Universitäten in der SED-Diktatur ein Grundsatzkapitel zur Frage des Wirkens und der Problemlage von Universitäten in Diktaturen voraus. In diesem Kapitel spricht er eben jenes »Spannungsfeld« von Systemerhaltung und Systemgefährdung an, das einerseits problemimmanent ist, das sich jedoch andererseits fallspezifisch unterschiedlich gestaltet. Danach geht er auf die Besonderheiten der Universitätsgeschichte der DDR ein. Es existieren hierzu bereits Untersuchungen, doch die Forschungsdesiderate, gerade zum Umfang von politisch motivierten

---

20 Vgl. zu den Ausführungen betr. die »klassische Universität« die Arbeiten von Peter Moraw sowie die Bemerkungen von Rainer Christoph Schwinges in dessen Beitrag in diesem Band, S. 25–45: Peter Moraw: Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte. In: *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte*. Hg. von Dems. und Volker Press. Marburg 1982 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 45), S. 1–43.

21 Der Begriff »Krisenherde« wird hier im Sinne der frühen Arbeiten von Hans-Ulrich Wehler verwandt, indem dessen Konzept, durch Falldarstellungen systematische, strukturelle innenpolitische Probleme des deutschen Kaiserreiches aufzuzeigen, angesprochen wird. Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918*. 2. Aufl. Göttingen 1979.

Sanktionen gegen Studierende und Wissenschaftler\_innen sind nach wie vor immens. Dennoch kann Kowalczuk nachweisen, dass eine Besonderheit gerade der DDR-Universitätsgeschichte in der Infiltration der Hochschulen mittels Parteiorganen innerhalb der Universität und durch Einzelpersonen zu sehen ist. Anhand separater Untersuchungen einzelner Institutionen, wie beispielsweise des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) oder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) wird dieses Phänomen nicht vollständig erfasst, da diese als immanenter Teil des universitären Systems zu denken sind. Kowalczuks Beitrag ist damit ein eindringlicher Hinweis auf die Notwendigkeit von biographischen und prosopographischen Forschungen sowie damit verbunden von sozialhistorischen Netzwerkanalysen, da ohne diese die systemtragenden Faktoren der Universitäten der DDR ebenso wenig verdeutlicht werden können wie die gesellschaftspolitischen Verzahnungen der Universitäten insgesamt.

Damit bietet der Problemaufriss von Kowalczuk die ideale Überleitung zur Rubrik »Methoden«, in der einzelne typische und immer wiederkehrende Problemzonen der universitätsgeschichtlichen Forschung gezielt betrachtet werden sollen. Eines der chronischen Themen ist genau dasjenige der personengeschichtlichen Forschungen. *Christa Klein* dekliniert am Beispiel der Nachkriegsgeschichte der Universität Freiburg die diversen Spielarten einer derartigen Forschung durch, nachdem sie die Zugänge zunächst vorgestellt hat: Während die moderne Biographie sich einer Person und ihren zeithistorischen gesellschaftlichen und kulturellen Bezügen widmet, also qualitativ arbeitet, ist die prosopographische Analyse ein quantitativer Zugang, der mittels statistischer Untersuchungen einzelner biographischer Parameter eine kollektive Biographie sozialer Gruppen erstellen kann. Letztere trägt damit zu weitergehenden Erkenntnissen gerade der Sozial- und Kulturgeschichte der Universitäten bei. Eine Mittelstellung nehmen gleichsam gruppenbiographische Untersuchungen ein, bei welchen semiquantitativ vorgegangen wird. Klein weist mit ihren Forschungsergebnissen nach, dass erst eine Kombination dieser Zugänge ein Verständnis der Freiburger Verhältnisse nach 1945 ermöglicht, indem die hochschulpolitische Expansion mit steigenden Studierendenzahlen und dem Ausbau des »Mittelbaus«, die generationen- und gruppenspezifische Zusammensetzung des Fakultätsrats sowie schließlich die Vertretung der Universität in der Öffentlichkeit durch Einzelfiguren nur so erforscht und analysiert werden können. Die personenzentrierte Forschung bleibt zwar weiterhin eine Herausforderung der Universitätsgeschichtsschreibung, Klein liefert allerdings hier den Nachweis, wie sie auf allen Ebenen fruchtbar umgesetzt werden kann.

Die Basis auch der Beiträge dieses Bandes sind themenspezifische Quellenbestände. Der Beitrag von *Christian George* befasst sich mit der Aufgabe der Universitätsarchive, die eben jene Bestände führen. Am Beispiel des Mainzer Universitätsarchivs stellt George die Aufgaben dieser Archive dar, deren Existenz

keinesfalls selbstverständlich ist. So ist nach den Landesarchivgesetzen die Einrichtung eines Archivs für Universitäten keinesfalls verpflichtend vorgeschrieben. Dennoch gab es schon früh nach der Mainzer Universitätsgründung Bestrebungen dazu – nicht zuletzt deshalb, um an die Traditionen der »alten« Mainzer Universität anzuknüpfen. Damit macht George auf die eingangs geschilderte mehrfache Zwecksetzung von Universitätsgeschichte aufmerksam, deren Förderung eben verschiedene Intentionen haben kann. Im Folgenden stellt George die wichtigen Aufgaben eines Universitätsarchivs dar, die sich in der Kernaufgabe der Pflege des Quellenbestandes keinesfalls erschöpfen. Auch die Unterstützung wissenschaftlicher Forschungen durch Bereitstellung und Aufbereitung von Dokumenten, die Vernetzung mit anderen Universitätsarchiven, um eine Verbreiterung der Quellenbasis und einen erleichterten Zugang zu Archivquellen zu ermöglichen und nicht zuletzt die methodologische Ausbildung des Nachwuchses vor allem in den Geschichtswissenschaften, indem das Archiv als zentraler Forschungsort vorgestellt und erfahrbar gemacht wird, fallen in die Zuständigkeit der Universitätsarchive. In diesem Sinne sind die Archive ein wichtiger Ort der praktischen wissenschaftlichen Arbeit.

Die klassischen methodischen Probleme im Umgang mit Universitätsgeschichte auf der einen und Wissenschaftsgeschichte auf der anderen Seite behandelt *Livia Prüll* in ihrem Beitrag. Basierend auf Ausführungen zur Geschichte der Zusammenarbeit zwischen beiden Bereichen konstatiert sie eine grundsätzliche Interessenskongruenz, die theoretisch oft befürwortet und unterstützt, praktisch aber nur in Ansätzen realisiert wird. Prüll nutzt nun eben jenes Projekt zur Geschichte der Universität Freiburg nach 1945, das schon Christa Klein vorgestellt hatte, um anhand von zwei Fallstudien das Ineinandergreifen von Institutionen und Wissenschaftsgeschichte zu demonstrieren. Die Beispiele der öffentlichen (Selbst-)Inszenierung des Historikers Gerhard Ritter (1888–1967) und des Mediziners Ludwig Heilmeyer (1899–1969) dienen Prüll zur Analyse der Verzahnung von Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte im mikrohistorischen Raum. Daraus leitet Prüll die Forderung ab, Fallbeispiele in stärkerem Maße zu nutzen, um von diesen ausgehend nach übergeordneten makrohistorischen Strukturen zu forschen. Ihr Beitrag ergänzt in diesem Sinne insofern auch diejenigen von Kowalczuk und Klein, indem er dezidiert auf die Bedeutung von personenbezogener Forschung und Netzwerkanalysen für die Universitätsgeschichtsschreibung verweist.

Nach dem methodischen Abschnitt werden die bearbeiteten inhaltlichen Aspekte der Universitätsgeschichte sowie die methodischen Überlegungen anhand von zwei Fallbeispielen weiterdiskutiert. *Mitchell G. Ash* dekliniert zunächst am Beispiel der Festschrift zum 650-jährigen Bestehen der Universität Wien den Umgang mit dem eingangs schon erwähnten Spannungsverhältnis zwischen Forschungsanspruch und institutioneller (Re-)Präsentation durch.

Dabei wird der »Zielkonflikt« zwischen »historischer Reflexion« und »Eventkultur« von ihm zunächst in den historischen Kontext gestellt, indem für das Mittelalter und die Frühe Neuzeit konstatiert wird, dass sich die Institution Universität zwar als Lehranstalt darstellte, sie dies aber auch schon seinerzeit mit dem Gedanken tat, den korporativen Gedanken zu stärken, Gönner auf sich aufmerksam zu machen und schlichtweg, um nicht vergessen zu werden. Heute, so zeigt Ash am Wiener Beispiel, geschieht dies allerdings im Rahmen der professionalisierten Lehre und der spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts aufgebauten Forschungskultur unter anderen Vorzeichen. Insgesamt entstanden 2015 vier Bände, die den Forschungsstand zur Geschichte der Universität Wien abbilden.<sup>22</sup> Unter Einbezug der verschiedenen medialen Inszenierungen anlässlich des Jubiläums fragt Ash schließlich nach der Sinnhaftigkeit des Unternehmens. Immerhin befasste man sich auch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, mit der Frage des Umgangs mit Tätern und auch mit dem Gedenken an vertriebene Gelehrte. Und die Bände, so Ash, wären ohne das Jubiläum sicherlich nicht entstanden. Sie stellen allerdings keine abgeschlossene Forschungsleistung dar, sondern sollen eher ein *Movens* für weitere Untersuchungen sein.

Während Ash sich auf die Diskussionen und die Umsetzung des jüngst stattgefundenen Jubiläums der Wiener Universität konzentriert, widmet sich *Thomas Becker* am Beispiel der Universität Bonn der Festschriftentradition dieser Universität. Auch Becker historisiert das Ansinnen einer Jubiläumsschrift, allerdings fokussiert er weniger die rezente Umsetzungsstrategie als vielmehr die Genese der Struktur der Festschrift zum 200-jährigen Jubiläum der Bonner Universität. Vorläufer der später entstehenden Festschriften waren zunächst die Festvorträge, die im 19. Jahrhundert gehalten wurden. Sie stellten die Bonner Universität in die Tradition der Universitätsgründungen von Berlin und Breslau, womit die Bonner Universität politisch programmatisch als »moderne« Lehr- und Lerninstitution beschrieben wurde. Becker stellt im Folgenden dar, dass es trotz größter Bemühungen nie gelang, eine Gesamtschau der Universität zu produzieren. Das gilt für das Werk zur 100-Jahrfeier 1918, das eigentlich

22 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 1: Universität – Forschung – Lehre. Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert. Hg. von Katharina Kniefacz [u. a.]. Göttingen, Wien 2015; 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 2: Universität – Politik – Gesellschaft. Hg. von Mitchell G. Ash und Josef Ehmer. Göttingen, Wien 2015; 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 3: Reichweiten und Außensichten. Die Universität Wien als Schnittstelle wissenschaftlicher Entwicklungen und gesellschaftlicher Umbrüche. Hg. von Margarete Grandner und Thomas König. Göttingen, Wien 2015; 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 4: Reflexive Innenansichten einer Universität Wien – Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Hg. von Karl Anton Fröschl [u. a.]. Göttingen, Wien 2015; Siehe auch den Beitrag von Mitchell G. Ash in diesem Band, S. 221–239.

zweiteilig einen Überblick über die Universität und ihre Fakultäten geben sollte, aber nach der Publikation des ersten Bandes stecken blieb,<sup>23</sup> und es gilt auch für die Reihe zum 150-jährigen Jubiläum im Jahr 1968, die auf 14 Teilbände angelegt war und nie vollständig erschienen ist. Wie schon der Band zur 100-Jahrfeier blieb auch das letztgenannte Werk stark personengeschichtlich orientiert.<sup>24</sup> Das implizite Motto »Männer machen Geschichte« erwies sich für eine Überblicksdarstellung als nicht förderlich. Demgegenüber ist das geplante Werk zur 200-Jahrfeier auf Vollständigkeit angelegt: Zwar verfolgt man die klassische Struktur einer zweiteiligen Anlage in Überblicksdarstellung und Präsentation der Fachbereiche und Disziplinen, doch ist man durch eine stringente Organisation des Unternehmens auf dem guten Weg, dem Odium des Stückwerks zu entrinnen.

Die Darstellungen von Ash und Becker ergänzen sich sehr gut, indem sowohl die filigrane Detailplanung (Ash) als auch die Vorgeschichte von universitätsgeschichtlichen Jubiläumswerken (Becker) thematisiert werden. In diesem Sinne kann der vorliegende Band neben inhaltlichen und methodischen Aspekten auch subtilere Einblicke in die »Jubiläumspraxis« und ihre Herausforderungen liefern. In der Abdeckung der genannten drei großen Bereiche der Inhalte, der Methoden und der Arbeit an aktuellen »Festschriften« ist freilich damit keine Vollständigkeit erreicht. Letztere sollte und konnte durch die zugrundeliegende Tagung und durch diesen Band auch gar nicht angestrebt werden. Vielmehr ist es – wie bei der Praxis der Universitätsgeschichtsschreibung selbst – auch bei der Betrachtung auf der Metaebene der Methoden und Zugänge so, dass eine Verfeinerung und Vertiefung nur durch die Produktion neuer Bausteine vorangetrieben werden kann. Mit dem vorliegenden Band hoffen wir, einen solchen Baustein geschaffen zu haben.

Mainz im Oktober 2018

Livia Prüll

---

23 Friedrich von Bezold: Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahr 1870. Bonn 1920.

24 Siehe die Zitation der Bände im Beitrag von Thomas Becker in diesem Band, S. 246. Siehe auch die Website des Universitätsarchivs Bonn: URL: <https://www.uni-bonn.de/einrichtung/universitaetsverwaltung/organisationsplan/archiv> (abgerufen am 08.01.2018).



---

## I. Überblick



---

Rainer Christoph Schwinges

## **Universitätsgeschichte: Bemerkungen zu Stand und Tendenzen der Forschung (vornehmlich im deutschsprachigen Raum)**

### **Abstract**

Der Beitrag gibt – ausgehend von Rüeggs Geschichte der Universität in Europa – einen Überblick über die (deutschsprachige) Universitätsgeschichtsschreibung unter Berücksichtigung der hierfür einschlägigen Quellengattungen. Er zeichnet zudem die Etablierung und Professionalisierung der Universitätsgeschichte als Zweigfach im Rahmen der allgemeinen Geschichtswissenschaft nach und legt dabei den Fokus auf die Verflechtungen von Universitäts- und Gesellschaftsgeschichte. Ferner benennt der Beitrag die Brennpunkte auf dem Weg von der Institutionen- zur Sozial und Kulturgeschichte und skizziert als ›heutige Tendenzen‹ vier große Arbeitsbereiche einer zeitgemäßen Universitätsgeschichte, die zusammengenommen helfen können, ›Universität‹ im Austausch mit der Gesellschaft zu verstehen: die universitäre Strukturgeschichte, die Personal- und Statusgeschichte einschließlich der Wissens- und Wissenschaftsgeschichte, die Geschichte der Studierenden sowie die Geschichte der Außendarstellung (Kommunikation).

### **History of Universities: Remarks on the State of the Art and Recent Research Trends (Focused on German-Speaking Lands)**

This paper delivers an overview on (German-language) university historiography, beginning with Rüegg's *Geschichte der Universität in Europa* and considering the relevant types of sources. Rüegg additionally traces the establishment and professionalization of university historiography within the general study of history. Moreover, the interrelations of university history on the one hand and the history of societies on the other hand will be analyzed. The core structure of the paper is devoted to the definition of four main research areas of the modern, contemporary history of universities which may help understand the concept ›university‹ and its interactions with society: the structural history of universities, the staff and status history including the histories of knowledge and science, the history of the students, as well as the history of self-presentation (communication).

## 1. Einleitung

Über Stand und Tendenzen der Forschung in der Universitätsgeschichte in der gebotenen Kürze zu referieren,<sup>1</sup> heißt, die Münchhausen-Technik anzuwenden und sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Demnach sei als erstes auf ein wichtiges Ereignis im Fach hingewiesen, auf das Erscheinen des vierten und letzten Bandes der *Geschichte der Universität in Europa* im Jahr 2010, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts behandelt.<sup>2</sup> Mit dem Band zum Mittelalter begann 1993 dieser große Darstellungsmarathon, der auf eine Initiative der damaligen Europäischen Rektorenkonferenz – heute European University Association (EUA) – zu Beginn der 1980er Jahre zurückging. Viele Köpfe aus vielen Ländern mit entsprechend vielen Perspektiven, Ideologien und Traditionen mussten über 20 Jahre lang auf ein Werk hin konzentriert werden, zumal es in deutscher, englischer, spanischer, portugiesischer, russischer und chinesischer Sprache erscheinen sollte.<sup>3</sup> Dass dies gelang, gerade auch für die schwierige Darstellung der jüngsten Periode der universitären Zeitgeschichte, ist zuallererst dem Schweizer Soziologen und Humanismusforscher Walter Rüegg als Gesamtherausgeber zu verdanken, wie z. B. die Rezensenten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Neuen Zürcher Zeitung* unisono betonten.<sup>4</sup> Walter Rüegg war als Rektor der Universität Frankfurt a. M. in den stürmischen Jahren von 1965 bis 1970 an herausragender Stelle an der Hochschulpolitik beteiligt.<sup>5</sup> Mit Hilfe dieses Werkes sei mir gestattet, zwei Aspekte von allgemeinem Interesse für unser Fachgebiet hervorzuheben:

1 Die Vortragsform vom 07.03.2016 in Mainz wurde weitgehend belassen.

2 *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Hg. von Walter Rüegg. München 2010.

3 *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 1: Mittelalter. Hg. von Walter Rüegg. München 1993; *Geschichte der Universität in Europa*. Band 2: 1500–1800. Von der Reformation zur Französischen Revolution. Hg. von Walter Rüegg. München 1996; *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945). Hg. von Walter Rüegg. München 2004. Zur Entstehungsgeschichte siehe Andris Barblan: Von der »Universität in Europa« zu den Universitäten Europas. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 4 (Anm. 2), S. 485–506.

4 Vgl. Jürgen Kaube: Walter Rüegg: Geschichte der Universität in Europa. Band 4. Die Zermürbung des Lehrkörpers durch besinnungsloses Reformieren. In: FAZ, 02.10.2010, URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buchmesse-2010/buecher/walter-rueegg-geschichte-der-universitaet-in-europa-band-4-die-zermuerbung-des-lehrkoerpers-durch-besinnungsloses-reformieren-11043577.html?printPagedArticle=true#aufmacherBildJumpTarget> (abgerufen am 23.04.2018); Hans-Albrecht Koch: Das Schicksal der Alma Mater. In: NZZ, Sonderbeilage, 04.10.2010, S. 13.

5 Ebd. Siehe jetzt Walter Rüegg: Zwischen Hochschule und Öffentlichkeit. Beiträge aus 50 Jahren Universitätsgeschichte und Hochschulpolitik. Hg. von Joachim Bauer und Ruth Meyer Schweizer. Stuttgart 2016.

## 2. Kernaspekte der Universitätsgeschichtsschreibung

### 2.1 Die Periodisierung der Universitätsgeschichte

Den ersten Aspekt – eine sehr kurze Angelegenheit – nenne ich *Periodisierung als ein Kerngeschäft der historischen Arbeit*. Die konsequente europäische Sichtweise, zuletzt im vierten Band auch eine globalisierte, zwingt zu anderen Zäsuren, als wir sie zumindest im deutschsprachigen Raum gewohnt sind, wobei die traditionellen Epochenbegriffe und Jahrhunderteinteilungen schon außen vor gelassen sind. Statt den vorklassischen, klassischen und nachklassischen Phasen zu folgen, die auf eine Idee Peter Moraws zurückgehen, der als Kriterium die Humboldtsche Universität als Blütephase im Blick hatte (wenn auch später relativiert und nicht chronologisch, sondern idealtypisch gedeutet),<sup>6</sup> schlägt Walter Rüegg vor, sich in der europäischen Hochschulgeschichte nach dem Mittelalter, wo es freilich auch schon um *reformanda* (*reformatio in melius*) ging,<sup>7</sup> an vier großen Reformen zu orientieren. Diese hätten jedes Mal das universitäre und zum Teil auch wissenschaftliche Leben tiefgreifend umgestaltet. Rüegg unterscheidet die »dialogische Universitätsreform des Humanismus« im 16. Jahrhundert, so dann »die liberale Universitätsreform Schleiermachers und Humboldts« mit der Entstehung der Forschungsuniversität im 19. Jahrhundert. Er sieht des Weiteren eine »expansive und »demokratische« Universitätsreform« in der Nachkriegszeit, vor allem in den 1950er Jahren, sowie schließlich eine »unternehmerische Hochschulreform«, die mit der »Sprengung des Elfenbeinturms« einhergegangen sei und die Universität überall seit den 1980er Jahren dem wissenschaftsfernen Typus des Managers anvertraut habe.<sup>8</sup> Letzteres war ganz und gar nicht resignierend gemeint, sondern berücksichtigte auch die Tatsache, dass allein zwischen 1945 und 1995 über 1.000 neue Universitäten in Europa entstanden sind, deren Aufbau und Betrieb zu regeln war, ein – auch unter relativer Sicht – noch nie dagewesenes Faktum. Man kann diese reformorientierte Periodisierung, die immerhin den Vorteil hat, dass sie nationalen Alleinzäsuren entgeht, durchaus im Gesamtwerk der vier Bände erkennen, auch

6 Vgl. Peter Moraw: Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte. In: *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte*. Hg. von Peter Moraw und Volker Press. Marburg 1982 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 45), S. 1–43, hier S. 7–23; Ders.: Universitäten, Gelehrte und Gelehrsamkeit in Deutschland vor und um 1800. In: *Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert*. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2001 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3), S. 17–31, hier S. 20.

7 Walter Rüegg: Themen, Probleme, Erkenntnisse. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 4 (Anm. 2), S. 22–25.

8 Ebd., S. 25–37.

wenn die einzelnen Epochenuntertitel noch traditionell formuliert sind. So oder so wird es gewiss Diskussionsstoff geben, nicht nur, aber auch unter zeithistorischen Aspekten.

Dabei kann man durchaus fragen, ob es überhaupt einer eigenen universitätshistorischen Periodisierung bedarf, ob es nicht eher sinnvoll ist, Universität parallel zum gesamthistorischen Prozess zu behandeln und allenfalls nur die Spannungsfelder zwischen möglichen eigenen und allgemeinen Zäsuren zu formulieren. Neuerdings hat Marian Füssel gefragt, wie man heute Universitätsgeschichte schreibe, und sinngemäß geantwortet, indem man Universitäten radikal historisiere,<sup>9</sup> was nur heißen kann, dass man sie im historischen Forschungsgeschäft schlicht und einfach gleichbehandelt. Ich schließe mich hier an, meine aber, dass man dabei Verlaufsformen oder Entwicklungslinien nicht außer Acht lassen sollte. Schließlich kann man von der Geschichtswissenschaft erwarten, dass sie auch zu erklären versucht, wie man im Laufe der Zeit von A nach B gekommen ist.

## 2.2. Universität und Gesellschaft

Den zweiten und sehr viel ausführlicher darzulegenden Aspekt nenne ich *Universität und Gesellschaft*, womit auch die zentrale Absicht meines Beitrags angesprochen ist.

Das gesamte Werk der Rüeggischen Geschichte der Universität in Europa ist konsequent und bewusst im Spannungsfeld von Universität und Gesellschaft angelegt. Der Plan für das Werk folgte damit der Entwicklung, die sich seit den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Fachgebiet Universitätsgeschichte im englischen und französischen, allmählich aber auch im deutschen Sprachraum ankündigte, Universitätsgeschichte nämlich nicht nur in vertikaler, sondern auch in horizontaler Richtung zu betreiben. Das hieß, dass man sich zu lösen suchte von der einen, meist noch dazu jubiläumsgesteuerten Gründungs- und Erfolgsgeschichte der eigenen Alma Mater, die nicht selten auch hagiographische Züge trug.<sup>10</sup> Neu war in der Tat die horizontale Perspektive, mit der man nun nach vergleichender Betrachtung mit anderen Universitäten strebte. In diesem Zusammenhang sei mir erlaubt, mich selbst mit einer Formulierung von 1986 zu zitieren: Man kenne eine Universität erst richtig, wenn man sie alle kenne; und wenn man sie alle kenne, könne man eine nicht miss-

9 Vgl. Marian Füssel: Wie schreibt man Universitätsgeschichte? In: NTM 22 (2014), H. 4, S. 287–293.

10 Dazu Notker Hammerstein: Jubiläumsschrift und Alltagsarbeit. Tendenzen bildungsgeschichtlicher Literatur. In: HZ 236 (1983), S. 601–633; vgl. die Literatur in Anm. 22.

verstehen.<sup>11</sup> Diese Feststellung war freilich an der Vormoderne orientiert, an Mittelalter und Früher Neuzeit; für die Entwicklung bis heute wäre sie ein Ding der Unmöglichkeit bei tausenden von Universitäten allein in Europa. Und vermutlich würde Walter Rüegg angesichts dessen heute nicht mehr einen Titel wählen wie *Geschichte der Universität in Europa* im Singular und in erkennbar identifikatorischem Bemühen.<sup>12</sup>

Darüber hinaus ging es um eine verstärkte Erforschung der Verwurzelung der Universität in ihrem sozialen Umfeld, in Stadt und Region, um die Lebens- und Karrierewege ihrer Mitglieder und nicht zuletzt um ihre gesellschaftliche Wirkungsgeschichte. Die innere sollte durch die äußere Geschichte ergänzt werden. So hat man den Aufbau des Werkes entsprechend komponiert und vom Mittelalter an (Band 1) auch durchgehalten. Behandelt werden in einem vierstufigen Zugriff zum Ersten unter dem Stichwort »Grundlagen« die wachsende Verbreitung der Universitäten, ihr Selbstverständnis als konkurrierende Einrichtungen und die Veränderungen der Universitätslandschaft in Europa; denn in ihrem Selbstverständnis konnte es eine Universität nur geben, wenn es auch andere gab. Der Wettbewerb gehörte von Anfang an zur Universität und ist keine politische Erfindung von heute. Zum Zweiten sind unter dem Thema »Strukturen« die institutionellen und organisatorischen Aspekte von Universität, die Hochschulträger, die Hochschulpolitik, die Finanzfragen, der Lehrkörper sowie in Band 4 in Verlängerung von älterer Herrschaftsgewalt das Management beschrieben. Einen großen Raum nehmen zum Dritten stets die »Studierenden« ein mit ihren Organisationen und Bewegungen, ihren Kulturen (einschließlich Brauchtum), das Studium, akademische Bildung und Graduierung sowie als immer sehr gewichtige Kapitel der Berufsweg der Studierenden, womit das Ineinandergreifen von Universität und Gesellschaft im Besonderen zum Ausdruck kommt. Der vierte Teil ist schließlich der Wissenschaft gewidmet, allen wichtigen Zweigen zumindest in Geistes- und Naturwissenschaften, Medizin und Technik, wenn auch begrifflicherweise einzelne Disziplinen selektiert und über die Jahrhunderte hinweg nicht immer gleichwertig behandelt worden sind. Fast immer jedoch hat man sich bemüht, eingedenk der verschiedenen Reformschübe, den jeweiligen gesellschaftlichen und zeittypischen Wert wissenschaftlicher Arbeit herauszustellen. Besonders eindrücklich ist dies zuletzt im Band 4 für die exakten Wissenschaften gelungen, im Kapitel des britischen Physikers

---

11 Rainer Christoph Schwinges: Deutsche Universitätsbesucher im 14. und 15. Jahrhundert. Studien zur Sozialgeschichte des Alten Reiches. Stuttgart 1986 (= Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches 6), S. 10.

12 Vgl. dazu Walter Rüegg: Das Europa der Universitäten. Tradition – Brückenkopf – Liberale Modernisierung. In: Von der Idee zum Konvent. Eine interdisziplinäre Betrachtung des europäischen Integrationsprozesses. Hg. von Jürgen Dieringer und Stefan Okruch. Budapest 2005 (= Andrassy Schriftenreihe 3), S. 47–60.

John Ziman (1925–2005), der als wichtigstes Merkmal der Gegenwart die Auflösung der Grenzen zwischen den Disziplinen sowie der Grenzen zwischen der reinen und der angewandten Wissenschaft herausstellt.<sup>13</sup> Ebenso beeindruckt das Kapitel über die Sozial- und Geschichtswissenschaften, das Notker Hammerstein, nicht zufällig ein Kollege der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, beigeleitet hat. Er zeichnet nach, wie die Historie – vor allem in Deutschland – versuchte, sich nach 1945 wieder neu auf den Weg zur Wissenschaftlichkeit zu machen. Hilfestellung leisteten dazu zunächst die Sozialwissenschaften.<sup>14</sup>

Diese neue Konstituierung verlangte auch neue, andere Fragestellungen, und so rückte man stärker als zuvor von den politik- und staatszentrierten Themen ab und wandte sich der Gesellschaft zu. Interessanterweise ist einer der wesentlichen Anstöße dazu aus der Wissenschafts- und Technikgeschichte gekommen, in dem die soziale Bedingtheit des Personals (und vieles mehr) in der wissenschaftlichen Forschung unterstrichen wurde: »Even the reasoner is a socially situated reasoner.«<sup>15</sup> Wie alle Zweige der Geschichtswissenschaften, so sind auch die Universitätsgeschichte und deren verwandten Gebiete bis hinein in die historische Bildungsforschung in den gesamten Entwicklungsprozess eingebunden. Man versucht daher, auf die jeweiligen Fragen der Zeit, auf Herausforderungen und Nöte, zu antworten. Vielleicht macht man das nicht immer an vorderster Front, nicht immer mit ausgeprägter Reflexion über Aufgaben und Perspektiven, nicht immer dynamisch im Diskurs und bei jedem »turn« dabei, mit relativ wenig eigenen Kontroversen beschäftigt, doch weiß man sich mit den richtigen Fragen dem Zentrum der allgemein-historischen Bemühungen sehr nahe. Es sollte nur nicht um rein antiquarisches Interesse, um Nabelschau oder bloße Selbstdarstellung gehen, sondern um das argumentative Erklären der langfristigen Entwicklungen von universitären und wissenschaftlichen Lebensformen inmitten ihrer jeweiligen sozialen und kulturellen Umwelt – mit allen Krisen und Brüchen. Solches Verfahren wird das Setzen von falschen Kontinuitäten, mithin von puren Erfolgsgeschichten verhindern. Soweit ich sehe, wird dies vor allem für das Mittelalter und die Frühe Neuzeit zunehmend anerkannt, wenn auch nicht immer vollzogen. Es mündet sogar interessanterweise, aber

13 John Ziman: *Mathematik, exakte Wissenschaften*. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 4 (Anm. 2), S. 377–399.

14 Notker Hammerstein: *Sozialwissenschaften, Geschichte*. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 4 (Anm. 2), S. 331–367.

15 Karin D. Knorr: *The Manufacture of Knowledge. An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science*. Oxford 1980; kurz auch Dies.: *Die Fabrikation von Wissen*. In: *Wissenssoziologie*. Hg. von Nico Stehr und Volker Meja. Opladen 1981 (= *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 22), S. 226–245, hier S. 230f.

folgerichtig in Definitionsversuchen – diesmal aus der Neuzeit heraus – mit dezidierter Aufgabenstellung: »Universitätsgeschichte«, so Sylvia Paetschek,

»untersucht den historischen Wandel der Institution Universität und ihrer Akteure in ihrem Selbstverständnis, ihrer Aufgabenbestimmung, ihren sozialen und kulturellen Praktiken sowie ihrer Modi der Wissensproduktion, Wissensvermittlung und Wissensspeicherung. Sie fragt nach der Interaktion der Institution Universität und ihrer Angehörigen mit staatlichen, politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Entwicklungen in unterschiedlichen räumlichen Dimensionen.«<sup>16</sup>

### 3. Professionalisierung der Universitätsgeschichtsschreibung

Auch wenn dies schon ziemlich etabliert tönt, wird es wohl nicht – wie bei der Wissenschaftsgeschichte – zu eigenen Fachprofessuren führen. Ich glaube auch nicht, dass das der Sache dienlich wäre, sondern halte es für geboten, Universitätsgeschichte bei der Allgemeinhistorie zu belassen und allenfalls eher die Universitätsarchive auszubauen. Den einzigen Lehrstuhl meines Wissens im deutschsprachigen Raum mit dezidiertem Lehr- und Forschungsauftrag für Universitäts- und Bildungsgeschichte hatte Laetitia Boehm an der Münchner Universität inne.<sup>17</sup> Aber auch so hat das Fach an institutioneller Basis gewonnen. Aus manchen Archiven und Bibliotheken sind Forschungseinrichtungen oder Forschungsverbände geworden, ergänzt manchmal durch Senatskommissionen, mit vielfach langfristigen Projekten, sowohl im Inland wie im Ausland. Man denke nur neben den deutschen und mitteleuropäischen Universitätsarchiven<sup>18</sup>

---

16 Sylvia Paetschek: Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte. In: NTM 19 (2011), H. 2, S. 169–189, hier S. 173.

17 Laetitia Boehm, 1969–1998 ordentliche Professorin für Mittlere und Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Universitäts- und Bildungsgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Nachfolger war für kurze Zeit Martin Kintzinger, 1999–2002. Die Professur ist danach umgewidmet worden.

18 Zu neueren Überblicken siehe: Zur Lage der Universitätsarchive in Deutschland. Hg. von Nils Brübach und Karl Murk. Marburg 2003 (= Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 37); Dokumentationsziele und Aspekte der Bewertung in Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen. Red. Wolfgang Müller. Saarbrücken 2007 (= Universität des Saarlandes – Universitätsreden 73); Dieter Speck: Archive. In: Quellen zur frühneuzeitlichen Universitätsgeschichte. Typen, Bestände, Forschungsperspektiven. Hg. von Ulrich Rasche. Wiesbaden 2011 (= Wolfenbütteler Forschungen 128), S. 29–53; Universitätsarchive in Südwestdeutschland. Geschichte, Bestände, Projekte. Hg. von Ingo Runde. Heidelberg 2013 (Heidelberger Schriften zur Universitätsgeschichte 1); Archivpraxis und historische Forschung. Mitteleuropäische Universitäts- und Hochschularchive. Hg. von Kurt Mühlberger. Wien 1992; Beiträge zur Geschichte und Entwicklung der mitteleuropäischen Universitätsarchive. Hg. von Laszlo Szögi. Budapest 2000; Kurt Mühlberger: Archive an wissenschaftlichen Einrichtungen in Österreich. In: Scrinium. Zeitschrift des Verbandes Österreichischer Archivare 54 (2000), S. 481–497; Wissenschafts- und Universitätsgeschichte

an die universitätshistorischen Forschungszentren etwa in Prag oder Bologna oder in Skandinavien, die auch für deutsche Belange von Interesse sind.<sup>19</sup>

Nicht nur, aber auch, kamen dazu Jubiläen gerade zur rechten Zeit, in Deutschland etwa in Halle/Wittenberg, Greifswald, Frankfurt (Oder), Jena, Leipzig oder Berlin.<sup>20</sup> Gerade die mittel- und ostdeutschen Universitäten hatten begrifflicherweise nach der Wende einen hohen Nachholbedarf. Aber auch anderswo entfalteten Jubiläen (wie auch früher schon) Wirkung: z. B. in Heidelberg, Köln, Bamberg, Gießen, Freiburg, Frankfurt a. M. oder in Zürich (ETH) und zuletzt in Wien.<sup>21</sup> Jubiläen sind ja nicht per se anrühlich, sondern als Anstöße willkommen.<sup>22</sup> Das Problem ist nur, dass oft auf Jubiläen hin vieles möglich wird,

---

schichtforschung am Archiv. Hg. von Alois Kernbauer. Graz 2016 (Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 45).

- 19 Ústav dějin Univerzity Karlovy a archiv Univerzity Karlovy (Institute of the History of Charles University and Archive of Charles University), URL: [www.udauk.cuni.cz](http://www.udauk.cuni.cz); Centro interuniversitario per la storia delle università italiane (CISUI), URL: [www.cisui.unibo.it](http://www.cisui.unibo.it); siehe auch den CISUI-Bericht: Centro interuniversitario per la storia delle università italiane. Le pubblicazioni et le attività 1997–2014. Hg. von Ilaria Maggiulli. Bologna 2015; Finnish researchers on university history, URL: [www.helsinki.fi/historia/ylhist/homepage.html](http://www.helsinki.fi/historia/ylhist/homepage.html) (alle abgerufen am 23.04.2018).
- 20 Emporium. 500 Jahre Universität Halle-Wittenberg. Landesausstellung Sachsen-Anhalt 2002. Hg. von Gunnar Berg [u. a.]. Halle (Saale) 2002; Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald. 2 Bde. Hg. von Dirk Alvermann und Karl-Heinz Spieß. Rostock 2006; Universität und Stadt. Ringvorlesung zum 500. Jubiläum der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Hg. von Ulrich Kniefelkamp. Schöneiche bei Berlin 2007; Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995. Hg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert. Köln 2009; Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. 6 Bde. Hg. von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Leipzig 2009; Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. 6 Bde. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth und Rüdiger vom Bruch. Berlin 2010–2012.
- 21 Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986. 6 Bde. Hg. von Wilhelm Doerr [u. a.]. Berlin, Heidelberg 1985; Kölner Universitätsgeschichte. 3 Bde. Hg. von der Senatskommission für die Geschichte der Universität zu Köln. Köln, Wien 1988; Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Katalog der Ausstellungen aus Anlaß der 350-Jahrfeier. Hg. von Franz Machilek. Bamberg 1998; Academia Gissensis (Anm. 6); Universalität in der Provinz. Die vormoderne Landesuniversität Gießen zwischen korporativer Autonomie, staatlicher Abhängigkeit und gelehrten Lebenswelten. Hg. von Horst Carl und Friedrich Lenger. Darmstadt 2009; 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1457–2007. 5 Bde. Freiburg 2007; Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. 3 Bde. Göttingen 2012–2013; David Gugerli [u. a.]: Die Zukunftsmaschine. Konjunkturen der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich 1855–2005. Zürich 2005; 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Hg. von Friedrich Stadler im Namen der Universitären Kommission zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Universitätsgeschichte. 4 Bde. Wien 2015.
- 22 Siehe Hammerstein: Jubiläumsschrift (Anm. 10). Die Problematik ist zuletzt breit diskutiert worden, etwa in *University Jubilees and University History Writing. A Challenging Relationship*. Hg. von Pieter Dhondt. Leiden 2015; Sylvia Paletschek: *The Writing of University*

von Ausstellungen bis zur Produktion mehrbändiger Sammelwerke, danach aber in der Alltagsarbeit Wille und Geld bis zum nächsten Mal (alle 25 oder 50 Jahre) versiegen. Früchte solcher Anschläge sind dennoch vielfach neue Darstellungen in Sammelwerken und Monographien, die auch den Fragen nach den sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen der Universitäten, ihrer Fakultäten und ihres Personals nachgehen, ohne »kritischen Zeiten« auszuweichen. Als Beispiele einer bewusst angestoßenen und einer seit dem Jubiläumsimpuls sogar von Zeit zu Zeit fortgeschriebenen Universitätsgeschichte seien die von Köln und Graz erwähnt.<sup>23</sup>

Im Übrigen hat die Fachdiskussion ihre eigenen Organe, z. B. in Zeitschriften wie *History of Universities*, *Annali di storia delle università italiane*, *Histoire de l'éducation* oder das *Jahrbuch für Universitätsgeschichte*.<sup>24</sup> Die International Commission for the History of Universities (ICHU), eine Affiliation des International Committee of Historical sciences (gegründet 1960), ist mit inzwischen global ausgerichteten Tagungen aktiv.<sup>25</sup> Ganz generell hat neben akademischen Qualifikationsschriften die Schwerpunktbildung, ob universitär gebunden oder nicht, die universitätshistorische Forschung in den letzten Jahrzehnten enorm vorangebracht. Wie in der Geschichtswissenschaft im Allgemeinen so sind es auch in der Universitätsgeschichte vor allem Tagungsakten und andere Arten

---

History and University Jubilees. In: Tijdschrift voor Weetenschaps- en Universiteitsgeschiedenis 5 (2012), H. 3, S. 142–155; Thomas P. Becker: Jubiläen als Orte universitärer Selbstdarstellung. Entwicklungslinien des Universitätsjubiläums von der Reformationszeit bis zur Gegenwart. In: Universität im öffentlichen Raum. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2008, S. 77–107; Universitäten und Jubiläen. Vom Nutzen historischer Archive. Hg. von Jens Blecher und Gerald Wiemers. Leipzig 2004, darin besonders Winfried Müller: Vom Universitätsjubiläum zur Universitätsgeschichte. Ein Gang durch die Jahrhunderte, S. 25–33; Ders.: Erinnern an die Gründung. Universitätsjubiläen, Universitätsgeschichte und die Entstehung der Jubiläumskultur in der frühen Neuzeit. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998), S. 79–102. Mit klarem, v. a. politischem Nutzeffekt bereits im Titel: Universitätsjubiläum und Erneuerungsprozess. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im dreihundertsten Jahr ihres Bestehens 1994. Hg. von Hans-Hermann Hartwich. Opladen 1995.

23 Erich Meuthen: Kölner Universitätsgeschichte. Bd. 1: Die alte Universität. Köln, Wien 1988; Walter Höflechner: Zur Geschichte der Universität Graz. In: Tradition und Herausforderung. 400 Jahre Universität Graz. Hg. von Kurt Freisitzer [u. a.]. Graz 1985, S. 3–141; Ders.: Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Von den Anfängen bis in das Jahr 2005. Graz 2006; Ders.: Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Von den Anfängen bis in das Jahr 2008. Graz 2009.

24 Auch die wissenschafts- und bildungshistorischen Zeitschriften berichten zur Universitätsgeschichte, z. B. Berichte zur Wissenschaftsgeschichte; NTM; Mensch – Wissenschaft – Magie. Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte; Jahrbuch für historische Bildungsforschung.

25 Siehe die Website der ICHU, URL: <http://www.cish.org/index.php/en/members/international-organisations/the-international-commission-for-the-history-of-universities/> (abgerufen am 23.04.2018).

von Sammelbänden, die Probleme und Tendenzen der Forschung aufgreifen und Erkenntnislücken schließen helfen. Ständige Veröffentlichungsreihen, getragen von Universitäten und ihren Archiven (Typus Hochschulschriften) oder von nationalen und internationalen wissenschaftlichen Gesellschaften ergänzen und halten die Forschung im Gang, so etwa in Tübingen, München, Freiburg, Köln, Jena, Greifswald, Leipzig oder Mainz.<sup>26</sup> Als übergreifende Reihen sind etwa zu nennen: *Pallas Athene*, die sich der Universitätsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts widmet, oder die *Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte*, die sich für jedes ihrer Schwerpunktthemen der *longue dureé* vom Mittelalter bis heute verschrieben haben.<sup>27</sup>

Zu den Fachorganen zählten früh auch schon die eigenen Bibliographien und Forschungsberichte bzw. Work-in-Progress-Berichte, sowohl für einzelne Universitäten als auch auf nationaler und internationaler Ebene. Erinnert sei nur an das große Unternehmen der Bibliographie von Wilhelm Erman (1850–1932) und Ewald Horn (1856–1923) seit 1904, die – angeregt sogar durch die preußische Kultusbürokratie unter Friedrich Althoff (1839–1908) – zur fachlichen Profilierung gewaltig beitrug.<sup>28</sup> Nachgezogen hat man zumeist erst seit den 1970er Jahren,<sup>29</sup> in internationaler Perspektive z. B. auch auf Anregung der schon er-

26 Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (seit 1977). Zuletzt Bd. 86. Stuttgart 2017; Beiträge zur Freiburger Wissenschafts- und Universitätsgeschichte (seit 1952). Neu gefasst als Freiburger Beiträge zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte (seit 1974), N. F. (seit 2006), zuletzt Bd. 8. Freiburg 2015; Ludovico Maximiliana Universität Ingolstadt-Landshut-München. Forschungen und Quellen (seit 1971). Reihe Forschungen, zuletzt Bd. 21. Berlin 2006, Reihe Quellen, zuletzt Bd. 4. Berlin 2009. Folge-reihen sind: LMUniversum (seit 2003), zuletzt Bd. 15. Haar (bei München) 2014. Beiträge zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München (seit 2006), zuletzt Bd. 8. 2017; Studien zur Geschichte der Universität zu Köln (seit 1985), zuletzt Bd. 19. Köln 2016; Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena (seit 1998), zuletzt Bd. 13. Rudolstadt 2016; Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald (seit 2000), zuletzt Bd. 12. Stuttgart 2017; Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (seit 2002), zuletzt Bd. A7 und B17. Leipzig 2011; Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz (seit 1955), zuletzt Bd. 16. Wiesbaden 1992, N. F. (seit 2004), zuletzt Bd. 13. Göttingen 2018.

27 Pallas Athene (seit 2000), zuletzt Bd. 51. Stuttgart 2018; Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (seit 1999), zuletzt Bd. 15. Basel 2018.

28 Wilhelm Erman und Ewald Horn: Bibliographie der deutschen Universitäten. Systematisch geordnetes Verzeichnis der bis Ende 1899 gedruckten Bücher und Aufsätze über das deutsche Universitätswesen. 3 Teile. Leipzig, Berlin 1904–1905 [Nachdr. Hildesheim 1965]; vgl. dazu Manfred Komorowski: Hundert Jahre »Erman/Horn«: Zur Entstehung und Resonanz einer Standardbibliographie. In: Bibliothek und Wissenschaft 37 (2004), S. 193–208.

29 Bibliographie zur Universitätsgeschichte. Verzeichnis der im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1945–1971 veröffentlichten Literatur. Bearb. von Erwin Stark. Hg. von Erich Hassinger. Freiburg, München 1974 (= Freiburger Beiträge zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 1); Thomas Pester: Geschichte der Universitäten und Hochschulen im deutschsprachigen Raum von den Anfängen bis 1945. Auswahlbibliographie der Literatur der Jahre 1945–1986. Jena 1990.

wählten International Commission in der *Bibliographie internationale de l'histoire des universités*.<sup>30</sup> Eine gewisse Fortsetzung fand sie – personenbedingt – in Belgien und den Niederlanden, im *Nieuwsbrief Universiteitsgeschiedenis* sowie in der *Bibliography* der Zeitschrift *History of Universities*.<sup>31</sup>

Insgesamt darf man feststellen, dass auch die Universitätsgeschichte seit Beginn der historisch-kritischen Geschichtswissenschaften im 19. Jahrhundert ein etabliertes und ständig ausgebautes Zweigfach geworden ist, das auch seine eigene Wissenschaftsgeschichte hat.<sup>32</sup> Allerdings kam im Rahmen der damaligen Geltung der deutschen Wissenschaft gerade der deutschsprachigen Universitätsgeschichte eine führende Rolle zu, weil man spätestens um 1900 überzeugt war, dass »Wissenschaften, Universitäten, Schulen, Ausbildung und Bildung Glanzpunkte deutscher Kultur seien.«<sup>33</sup> Zudem verfügte man über eine erstaunliche Fülle an Quellen seit dem 14. Jahrhundert, die es anderswo vor der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts so nicht gab, schon gar nicht in der Fülle von Rektoratsmatrikeln, Statutenbüchern, Rechnungsbüchern, Rektorats- und Dekanatsbüchern, Amtsbüchern, Briefbüchern, Senatsprotokollen, um nur einiges zu nennen.<sup>34</sup> Für das 19. und 20. Jahrhundert kommen noch die Rektoratsreden

30 *Bibliographie internationale de l'histoire des universités*. Bd. 1: Espagne, Louvain, Copenhague, Prague. Genf 1973; Bd. 2: Portugal, Leiden, Pécs, Franeker, Basel. Genf 1976. Auf Anregung der Kommission entstand auch die *Bibliographie de l'histoire des universités françaises des origines à la Révolution*. 2 Bde. Paris 1978; Dies.: *Les universités françaises des origines à la Révolution. Notices historiques sur les Universités, Studia et Académies protestantes*. Paris 1982.

31 *Nieuwsbrief Universiteitsgeschiedenis/Lettre d'information sur l'histoire des universités*, URL: <http://www.gewina.nl/publicaties/nieuwsbrief-universiteitsgeschiedenis> (abgerufen am 14.06.2018). Redaktion u. a.: Marc Nelissen, der nach 2004 die *Bibliography der History of Universities*, Oxford, betreute.

32 Vgl. dazu den Beitrag von Martin Kintzinger in diesem Band, S. 49–84.

33 So Notker Hammerstein: *Bildung und Wissenschaft vom 15. bis zum 17. Jahrhundert*. München 2003 (= *Enzyklopädie Deutscher Geschichte* 64), S. 56.

34 Zu Matrikeln und verwandten Quellen im europäischen Rahmen siehe Jacques Paquet: *Les matricules universitaires*. Turnhout 1992 (= *Typologie des sources du moyen âge occidental* 65); *Mise à jour* par Anne-Marie Bultot-Verleysen: *Les matricules universitaires*. Turnhout 2003; Matthias Asche und Susanne Häcker: *Matrikeln*. In: *Quellen* (Anm. 18), S. 243–267, siehe dort auch zu anderen Quellentypen; Eva Giessler-Wirsig und Johanna Böhm-Klein: *Universitäts- und Hochschulmatrikeln*. In: *Taschenbuch für Familiengeschichtsforschung*. Hg. von Wolfgang Ribbe und Eckart Henning. 13. Aufl. Insing 2006, S. 167–170 (mit Quellendokumentation auf CD, S. 96–132); Rainer Christoph Schwinges: *Warum gab es (fast) nur im deutschen Reich allgemeine Universitätsmatrikeln?* In: *Kulturelle Reichweiten*. Hg. von Frank Rexroth. Göttingen, im Druck (= *Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, phil.-hist. Klasse*, 3. Folge); als Beispiele neuerer Quelleneditionen neben den Angaben bei Rasche: *Quellen* (Anm. 18): *Das Bakkalarenregister der Artistenfakultät der Universität Erfurt 1392–1521 (Registrum baccalariorum de facultate arcium universitatis studii Erfordensis existencium)*. Hg. von Rainer Christoph Schwinges und Klaus Wriedt. Stuttgart [u. a.] 1995 (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Große Reihe* 3); *Die Matrikel der Universität Greifswald und die*

hinzu, die ebenfalls ein Alleinstellungsmerkmal im deutschsprachigen Raum sind.<sup>35</sup> Universität und Wissenschaft galten als herausragende nationale Werte, und so entstand eine breite Editions- und Fachliteratur, die sich diesen Werten verpflichtet fühlte und damit als solche akzeptiert wurde. Kein geringerer als Leopold von Ranke (1795–1886) gab die Anregung für das gewaltige Unternehmen einer *Geschichte der Wissenschaften in Deutschland*, das von 1864 bis 1913 auf 33 Bände kam.<sup>36</sup> An großen zusammenfassenden Darstellungen aus dieser Zeit wird man für die Frühgeschichte der europäischen Universitäten

---

Dekanatsbücher der Theologischen, der Juristischen und der Philosophischen Fakultät 1700–1821. 3 Bde. (Bd. 1: Matrikel, Bd. 2: Dekanatsbücher, Bd. 3: Register). Hg. von Roderich Schmidt und Karl-Heinz Spieß. Bearb. von Reinhard Pohl. Stuttgart 2004 (= Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald 6, 1–3); Das Dekanatsbuch der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald 1456–1662. Übersetzt und eingeleitet von Hans Georg Thümmel. Stuttgart 2008 (= Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald 9); Quellen zur Verfassungsgeschichte der Universität Greifswald. 3 Bde. Hg. von Dirk Alvermann und Karl-Heinz Spieß. Stuttgart 2011–2014 (= Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald 10, 1–3); Die Matrikel der Wiener Rechtswissenschaftlichen Fakultät – *Matricula Facultatis Juristarum Studii Viennensis*. Bd. 1: 1402–1442. Bearb. von Johannes Seidl unter Mitarbeit von Andreas Bracher und Thomas Maisel. Hg. von Kurt Mühlbacher. Wien 2011. Bd. 2: 1442–1557. Bearb. und eingel. von Severin Matiasovits. Hg. von Dems. und Thomas Maisel. Wien 2016.

35 Siehe Dieter Langewiesche und Rainer Christoph Schwinges (im Auftrag der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München): Rektoratsreden im 19. und 20. Jahrhundert, URL: [www.historische-kommission-muenchen-editionen.de/reaktoratsreden](http://www.historische-kommission-muenchen-editionen.de/reaktoratsreden) (abgerufen am 23.04.2018); Rektoratsreden, gehalten an Schweizerischen Universitäten 1823 bis 2005, URL: [www.arpa-docs.ch/SedServer/SedWM.cgi?fn=Swd\\_Redn&lng=0](http://www.arpa-docs.ch/SedServer/SedWM.cgi?fn=Swd_Redn&lng=0) (abgerufen am 24.03.2018); siehe ferner Leipziger Rektoratsreden 1871–1933. Hg. von Franz Häuser. Berlin, New York 2009; zum Quellentypus Dieter Langewiesche: Rektoratsreden – ein Projekt in der Abteilung Sozialgeschichte. In: Jahresbericht 2006 der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. München 2007, S. 47–60, URL: [http://www.historischekommission-muenchen.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/jahresberichte/jahresbericht2006.pdf](http://www.historischekommission-muenchen.de/fileadmin/user_upload/pdf/jahresberichte/jahresbericht2006.pdf) (abgerufen am 23.04.2018); Ders.: Selbstbilder der deutschen Universität in Rektoratsreden. Jena – spätes 19. Jahrhundert bis 1948. In: Jena. Ein nationaler Erinnerungsort? Hg. von Jürgen John und Justus H. Ulbricht. Köln 2007, S. 219–243; Ders.: Die ›Humboldtsche Universität‹ als nationaler Mythos. Zum Selbstbild der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: HZ 290 (2010), S. 53–91; Christina Schwartz: Zwischen Tradition und Innovation. Die Rektoratsreden an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen der Nachkriegszeit 1945–1950. Phil. Diss., Universität Tübingen 2016 [erscheint in der Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften]; Andreas Kruppenacher: »In einem öffentlichen Vortrag soll Rechenschaft abgelegt werden«. Die Rektoratsreden und Rektoren am Beispiel der Universitäten Basel und Bern im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Universität im öffentlichen Raum. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2008 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10), S. 347–364.

36 Die einzelnen Bände sind auf der Website der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften aufgelistet, URL: <http://www.historischekommission-muenchen.de/publikationen.html> (abgerufen am 14.06.2018).

immer wieder auf Heinrich Denifle (1844–1905), dem in Frankreich gerade eine Art Festschrift gewidmet worden ist,<sup>37</sup> oder auf Georg Kaufmann (1842–1929) verweisen,<sup>38</sup> auch wenn sie naturgemäß sowohl im Detail als auch in ihren Thesen überholt und in ihrer räumlichen wie zeitlichen Ausrichtung Torsi geblieben sind. Ähnliches gilt für Friedrich Paulsens (1846–1908) *Geschichte des gelehrten Unterrichts*, die sich als Ideengeschichte gelehrter Bildung und mehr noch Kulturgeschichte des Volkes verstand, und vor allem für die artistisch-philosophische Gelehrsamkeit Verdienstvolles geleistet hat.<sup>39</sup> Als Schüler von Ferdinand Tönnies (1855–1936) den frühen Sozialwissenschaften nahe stehend, hat Paulsen aber als einer der ersten die innere, institutionelle Geschichte der Universitäten mit den wirkenden Personen und ihren kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Ideen verbunden und damit bereits paradigmatische Zeichen in Richtung moderner Fragestellungen gesetzt. Das gleiche gilt für Franz Eulenburg (1867–1943), einem Nationalökonom, und seine grundlegenden Studien zur *Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart* (1904), der erstmals gesichertes, statistisches Material zum Universitätsbesuch, zur Studiendauer, zu Promotionen und zum Lehrpersonal geboten hat.<sup>40</sup> Es kann hier nicht über die Details der Forschungsentwicklung seit dem 19. Jahrhundert berichtet werden, dafür sei auf die einschlägigen enzyklopädischen Studien über Universität, Bildung und Wissenschaft vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert<sup>41</sup> sowie auf die Handbücher zur deutschen oder österrei-

---

37 Heinrich Denifle: Die Entstehung der Universitäten des Mittelalters bis 1400. Berlin 1885 [Nachdr. Graz 1956]; Heinrich Denifle (1844–1905). Un savant dominicain entre Graz, Rome et Paris / Ein dominikanischer Gelehrter zwischen Graz, Rom und Paris. Hg. von Andreas Sohn [u. a.]. Paris 2015.

38 Georg Kaufmann: Geschichte der deutschen Universitäten. 2 Bde. Stuttgart 1888–1896 [Nachdr. Graz 1958].

39 Friedrich Paulsen: Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. Mit besonderer Rücksicht auf den klassischen Unterricht. 2 Bde. Hg. von Rudolf Lehmann. 3. erw. Aufl. Leipzig 1919–1921 [Nachdr. Berlin 1960].

40 Franz Eulenburg: Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Leipzig 1904 [Nachdr. Berlin 1994] (= Abhandlungen der philologisch-historischen Klasse der königlich sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften 24,2); zu benutzen freilich unter Lektüre von Willem Frijhoff: Surplus ou Deficit? Hypothèses sur le nombre réel des étudiants en Allemagne en l'époque moderne (1576–1815). In: *Francia* 7 (1979), S. 173–218; Ders.: Grandeur des nombres et misères des réalités. La courbe de Franz Eulenburg et la débat sur le nombre d'intellectuels en Allemagne, 1576–1815. In: *Les Universités Européennes du XVIe au XVIIIe siècle. Histoire sociale des populations étudiantes*. Bd. 1. Hg. von Dominique Julia [u. a.]. Paris 1986, S. 23–63.

41 Notker Hammerstein: Bildung und Wissenschaft (Anm. 33); Anton Schindling: Bildung und Wissenschaft in der Frühen Neuzeit 1650–1800. München 1994 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte 30); Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte 82); Frank-Lothar Kroll: Kultur,

chischen Bildungsgeschichte verwiesen.<sup>42</sup> Doch sieht man wohl zur Genüge, dass schon um 1900 durch erweiterte, fachüberschreitende Perspektiven, bemerkenswerterweise oft von außerhalb der etablierten Geschichtswissenschaften, noch heute wirksame Forschungstendenzen angeregt worden sind. Dies wird aber nicht nur in den Handbüchern und Überblicksdarstellungen dargelegt, sondern regelmäßig auch in den Forschungsberichten zum Stand, zu Tendenzen, Trends oder Perspektiven der Universitätsgeschichte. Interessanterweise scheinen sich diese seit der Jahrtausendwende zu häufen und sich in die von Rainer A. Müller bemerkten »Booms« komparatistischer Überblicke in Zeiten intensiver Reformen einzuordnen.<sup>43</sup> Man denke nur an solche »Standesvoten«, die immer auch der Reflexion und der Selbstvergewisserung dienen.<sup>44</sup> Wenn das mit den

---

Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert. München 2003 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte 65).

- 42 Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 6 Bde. München 1987–2005: Bd. I: 15. bis 17. Jahrhundert. Von der Renaissance und Reformation bis zum Ende der Glaubenskämpfe. Hg. von Notker Hammerstein. 1996; Bd. II: 18. Jahrhundert. Vom späten 17. Jahrhundert bis zur Neuordnung Deutschlands um 1800. Hg. von Notker Hammerstein und Ulrich Herrmann. 2005; Bd. III: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches. Hg. von Karl-Ernst Jeismann und Peter Lunggreen. 1987; Bd. IV: 1870–1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Hg. von Christa Berg. 1991; Bd. V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. Hg. von Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth. 1989; Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilbd.: Bundesrepublik Deutschland, zweiter Teilbd.: Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. 1998; Helmuth Engelbrecht: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 6 Bde. Wien 1982–1995; sehr nützlich auch Hermes Handlexikon Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitätsgeschichte in Einzeldarstellungen. Hg. von Laetitia Boehm und Rainer A. Müller. Düsseldorf, Wien 1983.
- 43 Rainer A. Müller: Genese, Methoden und Tendenzen der allgemeinen deutschen Universitätsgeschichte. Zur Entwicklung einer historischen Spezialdisziplin. In: Mensch – Wissenschaft – Magie. Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 20 (2000), S. 181–202, hier S. 201 f.
- 44 Neben den genannten Enzyklopädien mit ihren Standardkapiteln zu *Grundprobleme und Tendenzen* der Forschung (Anm. 33, 41) siehe die folgenden Berichte: Rainer Christoph Schwinges: Resultate und Stand der Universitätsgeschichte des Mittelalters im deutschen Sprachraum. Einige gänzlich subjektive Bemerkungen. In: Mensch – Wissenschaft – Magie. Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 20 (2000), S. 97–120; Müller: Genese (Anm. 43); Stefan Ehrenpreis: Frühneuzeitliche Universitätsgeschichte. Leistungen und Defizite der deutschen Forschung seit 1990. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 6 (2003), S. 262–266; Marian Füssel: Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft. Neue Forschungen zur Kultur des Wissens in der Frühen Neuzeit. In: Zeitschrift für Historische Forschung 34 (2007), S. 273–289; Ders.: Wie schreibt man (Anm. 9), S. 287–293; Matthias Asche und Stefan Gerber: Neuzeitliche Universitätsgeschichte in Deutschland. Entwicklungslinien und Forschungsfelder. In: Archiv für Kulturgeschichte 90 (2008), S. 159–201; Rüdiger vom Bruch: Methoden und Schwerpunkte der neueren Universitätsgeschichtsforschung. In: Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. von Werner Buchholz. Stuttgart 2004, S. 9–26;

Booms so stimmt, hätte Rüeggs Periodisierung entlang von Reformen ein zusätzliches Argument für sich gewonnen.<sup>45</sup>

#### 4. Brennpunkte der Universitätsgeschichtsschreibung

Wie schon angedeutet, hat es eigentliche Kontroversen kaum gegeben, soweit ich sehe nicht einmal im Umgang mit der NS- oder der 1968er-Zeit.<sup>46</sup> Aber manchmal geriet die Universitätsgeschichtsschreibung doch mitten in brisante gesellschaftliche und politische Themen hinein. Ein solches war z. B. das Thema »Universität und Kirche«, das in diskursiven Höhenflügen zu einer Kernfrage der Universitätsgeschichte stilisiert worden ist. Angelegt ist sie schon in der Gründungsphase des 12./13. Jahrhunderts, virulent geworden jedoch erst sehr viel später. Je nach politischem oder wissenschaftsideologischem Standpunkt, vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, aber mit langer Nachwirkung bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, hielt man Universitäten entweder für staatliche oder für kirchliche Institutionen. Ein erbitterter Gelehrtenstreit vor dem Hintergrund des Kulturkampfes – nur vordergründig ging es ums Mittelalter – tobte vor allem im deutschsprachigen Raum um das Entweder-Oder. Alle großen Namen der Universitätsgeschichte waren so oder so beteiligt, wobei die jeweilige Konfessionszugehörigkeit begrifflicherweise ebenfalls eine Rolle spielte. Ein Aufbrechen der beiden Sichtweisen war lange nicht möglich.<sup>47</sup>

---

Paletschek: Stand und Perspektiven (Anm. 16), S. 169–189; Stefan Gerber: Wie schreibt man »zeitgemäße« Universitätsgeschichte? In: NTM 22 (2015), S. 277–286; Christian Hesse: Jüngere Forschungen zur Geschichte der Universitäten und Gelehrten im deutschsprachigen Raum. In: *University and Universality. The Place and Role of the University of Pécs in Europe from the Middle Ages to Present Day*. Hg. von Agnes Fischer-Dárdai [u. a.]. Pécs 2017, S. 19–32; Kurt Mühlberger, *Universitätsgeschichtliche Forschung in Österreich. Ausgewählte Beispiele, Wege und Methoden 16.–20. Jahrhundert*. In: ebd. S. 135–161; vorbildlich zu Stand und Desiderata einzelner Universitäten etwa Matthias Asche: Von der reichen hansischen Bürgeruniversität zur armen mecklenburgischen Landeshochschule. Das regionale und soziale Besucherprofil der Universitäten Rostock und Bützow in der Frühen Neuzeit (1500–1800). 2. Aufl. Stuttgart 2010 (= *Contubernium* 70), S. 529–545; Ulrich von Hehl: Zum Stand der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952*. Hg. von Dems. Leipzig 2005, S. 19–50; Stefan Gerber: Universität zwischen 1850 und 1914. Grundfragen. In: *Traditionen – Brüche* (Anm. 20), S. 1–22.

45 Geschichte der Universität in Europa. Bd. 4 (Anm. 2), S. 25–37.

46 Vgl. dazu z. B. Christoph Führ: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945. In: *Handbuch VI.1* (Anm. 42), S. 1–24; Asche und Gerber: *Neuzeitliche Universitätsgeschichte* (Anm. 44), S. 175–178.

47 Antipoden waren v. a. Heinrich Denifle und Georg Kaufmann (Anm. 37, 38). Siehe z. B.

Dass man das heute anders sehen kann, liegt auch daran, dass sich die Perspektiven verschoben haben und die lange vorherrschende universitäre Institutionengeschichte durch die veränderten und verändernden Fragestellungen der Sozialgeschichte mitsamt ihren Methoden ergänzt worden ist. Dies betraf vor allem zunächst die vormoderne Universitätsgeschichte, insbesondere sogar in ihrer mittelalterlichen Phase. Die neuen Fragen nach der Universitätskörperschaft gaben sich mit den älteren verfassungsrechtlichen Antworten nicht mehr zufrieden und zielten auch auf die soziale Verfasstheit, auf den vielgestaltigen universitären Sozialkörper in seiner jeweiligen Umwelt und mit seiner jeweiligen Reichweite.<sup>48</sup> Dabei sind Einsichten gewonnen worden, die die ältere universitätsgeschichtliche Literatur zumeist so nicht wahrgenommen hatte. Sie ging oft von einer relativen Gleichrangigkeit aus, einer gleichsam demokratischen Egalität der akademisch Gebildeten (ähnlich dem heutigen ideologischen Konzept der Chancengleichheit), und erkannte auch nur bedingt die gravierenden, über die Fachgebiete hinausreichenden sozialen und kulturellen Unterschiede. Dass hierbei die sogenannte klassische Universität, der man später das Etikett »Humboldt« anhing, Pate gestanden hat, ist unschwer zu erkennen. Inzwischen ist dieses als »Mythos« ohnehin entlarvt.<sup>49</sup> Nach diesen Wertungen, die auf er-

---

Hermann Mayer: Die Frage nach dem klerikalen Charakter der mittelalterlichen Universitäten, unter besonderer Berücksichtigung von Freiburg i. Br. In: Freiburger Diözesan-Archiv 63 (1935), S. 152–183; Johannes Haller: Zur Geschichte der deutschen Universitäten. In: HZ 159 (1939), S. 88–102. Zur Problematik heute siehe etwa: Universität, Religion und Kirchen. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2011 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 11).

48 Als »Pioniere« gelten v. a. Peter Moraw (Anm. 6) und Rainer Christoph Schwinges (Anm. 11). Dazu jetzt Matthias Asche: Peter Moraw und die Anfänge der deutschen Forschungen zur Sozialgeschichte der Universität. In: Stand und Perspektiven der Sozial- und Verfassungsgeschichte zum römisch-deutschen Reich. Der Einfluss Peter Moraws auf die deutsche Mediävistik. Hg. von Christine Reinle. Affalterbach [2016] (= Studien und Texte zur Geistes- und Sozialgeschichte des Mittelalters 10), S. 209–220; vgl. auch Michael Borgolte: Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit. München 1996 (= HZ Beiheft 22), S. 373–384; grundlegende Schriften: Peter Moraw: Gesammelte Beiträge zur Deutschen und Europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen – Personen – Entwicklungen. Leiden 2008 (= Education and Society in the Middle Ages and Renaissance 31); Rainer Christoph Schwinges: Students and Scholars: A social and cultural history of medieval German universities / Studenten und Gelehrte: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte deutscher Universitäten im Mittelalter. Leiden 2008 (= Education and Society in the Middle Ages and Renaissance 32).

49 Siehe z. B. Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Hg. von Mitchell Ash. Wien 1997. Für die weitere Debatte grundlegend: Sylvia Paletschek: Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Stuttgart 2001 (= Contubernium 53); Dies.: Verbreitete sich ein »Humboldtsches Modell« an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert? In: Humboldt International (Anm. 6), S. 75–104; Dies.: Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183–205; Langewiesche: »Humboldtsche Universi-

heblichen Statusspannen basierten, beanspruchten und besaßen die Fakultäten und Fachpersonen je eigene Status, je eigene Profile, die sich in hierarchischen Abstufungen, Ordnungen, Habitus, Kleidung, Sitten und Gebräuchen niederschlugen und wodurch sich die Universitätslandschaften in Europa und in den einzelnen Ländern selbst höchst unterschiedlich gestalteten. Man kann auch sagen, sie hatten höchst verschiedene kulturelle Reichweiten. Auf diesem Gebiet hat eine neuere, um kulturhistorische Fragen erweiterte universitäre Sozialgeschichte, unter Einbezug von Wissenskulturen, ein ergiebiges Forschungsfeld und damit Anschluss an heutige Tendenzen gefunden.<sup>50</sup>

## 5. Heutige Tendenzen der Universitätsgeschichtsschreibung

Zum Schluss seien diese Tendenzen kurz gebündelt: Grundsätzlich wird man der Universitätsgeschichte heute vier große Arbeitsbereiche oder Aufgabengebiete zuweisen können, wohlwissend, dass sie ineinandergreifen müssen, auch wenn verschiedene Forschungskonjunkturen dies zeitweise schwierig machen. Am Ende könnte dann, wie es Sylvia Paletschek wohl erwartet, die von ihr soge-

---

tät: (Anm. 35); Rüdiger vom Bruch: Zur Einführung. In: Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft. Hg. von Rüdiger vom Bruch. München 2010 (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 76), S. VII–XVI; vgl. auch die Rezension von Markus Huttner: Der Mythos Humboldt auf dem Prüfstand. Neue Studien zu Wirklichkeit und Wirkkraft des (preußisch-)deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), S. 280–285.

- 50 Siehe z. B. Marian Füssel: Gelehrtenkultur als symbolische Praxis. Rang, Ritual und Konflikt an der Universität der Frühen Neuzeit. Darmstadt 2006; William Clark: Academic Charisma and the Origins of the Research University. Chicago 2006; Frühneuzeitliche Universitätskulturen. Kulturhistorische Perspektiven auf die Hochschule in Europa. Hg. von Barbara Krug-Richter und Ruth E. Mohrmann. Köln 2009 (= Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte 65); Zur Kulturgeschichte der Gelehrten im späten Mittelalter. Hg. von Frank Rexroth. Ostfildern 2010 (= Vorträge und Forschungen LXXIII); Themenschwerpunkt Studentenkulturen. Hg. von Marian Füssel und Wolfgang E. Wagner. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 17 (2014), S. 39–262; Zwischen Konflikt und Kooperation. Praktiken der europäischen Gelehrtenkultur (12.–17. Jahrhundert). Hg. von Jan-Hendryk de Boer [u. a.]. Berlin 2016 (= Historischen Forschungen 114); Universitäre Gelehrtenkultur vom 13.–16. Jahrhundert. Ein interdisziplinäres Quellen- und Methodenhandbuch. Hg. von Jan-Hendryk de Boer [u. a.]. Stuttgart 2017. Zur neueren Problematik der Wissenskulturen vgl. z. B. Füssel: Wissensgesellschaft (Anm. 44); Akademische Wissenskulturen. Praktiken des Lehrens und Forschens vom Mittelalter bis zur Moderne. Hg. von Martin Kintzinger und Sita Steckel unter Mitarbeit von Julia Crispin. Basel 2015 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 13), darin der Forschungsüberblick über das Mittelalter hinaus von Sita Steckel: Wissensgeschichten. Zugänge, Probleme und Potentiale in der Erforschung mittelalterlicher Wissenskulturen, S. 9–58.

nannte »Realgestalt« der Universität stehen.<sup>51</sup> Der erste Bereich betrifft die traditionellen Felder der Institutionen- und Verfassungsgeschichte, die man auch kurz als akademische Strukturgeschichte bezeichnen kann. Sie ist nach wie vor die Basis der Arbeit, insofern man Universität auch von innen her verstehen muss; nur sollte man dies nicht isoliert von der universitären Umwelt bzw. ihrem Standort tun. Nach wie vor ist ein Großteil der Produktion im In- und Ausland diesem Feld gewidmet.<sup>52</sup> Der zweite Arbeitsbereich gehört der Personalgeschichte der Universität an, der Personengeschichte (Biographie und Prosopographie) einerseits der graduierten Gelehrten, der Doktoren und Professoren, andererseits der Absolventen, der akademischen Berufsgruppen, die universitäres Wissen aufgenommen, Bildung und Ausbildung erfahren haben. Dazu kommen noch Arbeiten zur Standesformierung, zum spezifischen akademischen Selbstbewusstsein, zu Habitus und Prestige und nicht zuletzt zur Einbindung des Personals in lokale, regionale und überregionale Eliten. Datenhandbücher,<sup>53</sup> Professorenkataloge,<sup>54</sup> exemplarische Personen-, Gruppen- und

51 Paletschek: Permanente Erfindung (Anm. 49); Dies.: Stand und Perspektiven (Anm. 16), S. 176.

52 Exemplarisch sei auf das wichtige Grundlagenwerk von Rasche: Quellen (Anm. 18) verwiesen sowie als breit fundiertes ›Anwendungsbeispiel‹ Ders.: Die deutschen Universitäten und die ständische Gesellschaft. In: Bilder – Daten – Promotionen. Studien zum Promotionswesen an deutschen Universitäten der frühen Neuzeit. Hg. von Rainer A. Müller. Stuttgart 2007 (= Pallas Athene 24), S. 150–272. Siehe ferner Examen, Titel, Promotionen. Akademisches und staatliches Qualifikationswesen vom 13. bis zum 21. Jahrhundert. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2007 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 7); Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2005 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 6).

53 Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. 11 Bde. Göttingen 1987–2013.

54 Professorenkataloge werden immer mehr online angeboten. Zur Grundlegung siehe Ulf Morgenstern: Vom Namenregister zum agilen Recherchewerkzeug. Überlegungen zu Geschichte und Wandel von Professorenkatalogen aus der Sicht des Catalogus Professorum Lipsiensis. In: Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas. Hg. von Christian Hesse und Rainer Christoph Schwinges. Basel 2012 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 12), S. 441–469. Siehe auch das Schwerpunktthema Professorenkataloge 2.0 – Ansätze und Perspektiven webbasierter Forschung in der gegenwärtigen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Hg. von Oliver Auge und Swantje Piotrowski. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 16 (2013), S. 143–339 (zu Kiel, Rostock, Leipzig); dazu auch: Gelehrte Köpfe an der Förde. Kieler Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Gesellschaft seit der Universitätsgründung 1665. Hg. von Oliver Auge und Swantje Piotrowski. Kiel 2014 (= Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 73). Im Entstehen sind z. B. Kataloge von Hamburg, URL: [www.hpk.uni-hamburg.de](http://www.hpk.uni-hamburg.de), von Halle, URL: [www.catalogus-professorum-halensis.de](http://www.catalogus-professorum-halensis.de), von Helmstedt, URL: <http://uni-helmstedt.hab.de>, von Marburg, URL: <https://www.uni-marburg.de/uniarchiv/pkat> oder von Mainz, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de> (alle abgerufen am 23.04.2018). Als ›konservativ‹ gedrucktes Beispiel: Tübinger Professorenkatalog.

Standesanalysen,<sup>55</sup> allmählich auch im Genderbereich,<sup>56</sup> helfen hier bereits, so wie das europaweit aufgestellte, online zugängliche *Repertorium Academicum Germanicum* für den Zeitraum bis 1550.<sup>57</sup>

Dem dritten Arbeitsbereich ist die Studentengeschichte zugewiesen, soweit sie nicht als Karrieregeschichte dem zweiten Bereich angehört. Sie ist heute aus

- 
- Bd. 1.1–2 (1477–1535). Hg. von Sönke Lorenz. Ostfildern 2006–2011. Zu dieser Kategorie zählen auch die biographischen Lexika, wie z. B. Biographisches Lexikon der Ludwig-Maximilians Universität München. Hg. von Laetitia Boehm [u. a.]. Berlin 1998; Dagmar Drüll: Heidelberger Gelehrtenlexikon. 3 Bde. Berlin 1986–2002.
- 55 Auf Einzelangaben sei verzichtet und auf die enzyklopädischen Berichte von Hammerstein, Schindling, Kraus und Kroll verwiesen (Anm. 32, 40), obwohl erfreulich viele Studien besonders zur Vormoderne in den letzten Jahren entstanden sind. Exemplarisch: Beat Immenhauser: Bildungswege – Lebenswege. Universitätsbesucher aus dem Bistum Konstanz im 15. und 16. Jahrhundert. Basel 2007 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 8); Marek Wejwoda: Spätmittelalterliche Jurisprudenz zwischen Rechtspraxis, Universität und kirchlicher Karriere. Der Leipziger Jurist und Naumburger Bischof Dietrich von Bocksdorf (ca. 1410–1466). Leiden 2012 (= Education and Society in the Middle Ages and Renaissance 42); Tobias Daniels: Diplomatie, politische Rede und juristische Praxis im 15. Jahrhundert. Der gelehrte Rat Johannes Hofmann von Lieser. Göttingen 2013 (= Schriften zur politischen Kommunikation 11); Andrea Landois: Gelehrtentum und Patrizierstand. Wirkungskreise des Nürnberger Humanisten Sixtus Tucher (1459–1507). Tübingen 2014 (= Spätmittelalter, Humanismus, Reformation 77); Jana Madlen Schütte: Medizin im Konflikt. Fakultäten, Märkte und Experten in deutschen Universitätsstädten des 14. bis 16. Jahrhunderts. Leiden 2017 (= Education and Society in the Middle Ages and Renaissance 53); Suse Andresen: In fürstlichem Auftrag. Die gelehrten Räte der Kurfürsten von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern im 15. Jahrhundert. Göttingen 2017 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 97); Julia Schopferer: Sozialgeschichte der halleischen Professoren 1694–1806. Lebenswege, Netzwerke und Raum als Strukturbedingungen von universitärer Wissenschaft und frühmoderner Gelehrtenexistenz. Halle 2016 (= Studien zur Geschichte und Kultur Mitteldeutschlands 3).
- 56 So etwa: Annette Vogt: Wissenschaftlerinnen an deutschen Universitäten (1900–1945). Von der Ausnahme zur Normalität? In: Examen, Titel, Promotionen (Anm. 52), S. 705–729. Der Weg an die Universität. Höhere Frauenstudien vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Hg. von Trude Maurer. Göttingen 2010; Sylvia Paletschek: Berufung und Geschlecht. Berufungswandel an bundesrepublikanischen Universitäten im 20. Jahrhundert. In: Professorinnen und Professoren gewinnen (Anm. 53), S. 307–349.
- 57 Siehe Repertorium Academicum Germanicum. Hg. von Rainer Christoph Schwinges, URL: [www.rag-online.org](http://www.rag-online.org) (abgerufen am 23.04.2018); zuletzt Christian Hesse: Das Wirken der Gelehrten in der Gesellschaft. Möglichkeiten und Perspektiven des Repertorium Academicum Germanicum (RAG), in: Wykształcenie uniwersyteckie i społeczeństwo Europy Środkowej w XV–XVIII wieku (Universitätsstudium und Gesellschaft in Mitteleuropa vom 15. bis zum 18. Jahrhundert). Hg. von Krzysztof Ozóg [u. a.]. Krakau 2018, S. 253–264; Ders.: Das Repertorium Academicum Germanicum (RAG). Perspektiven zur Erforschung der Gelehrten, ihrer Netzwerke und ihres Wirkens im Alten Reich (1250–1550). In: Stand und Perspektiven der Sozial- und Verfassungsgeschichte (Anm. 47), S. 53–64; Kaspar Gubler und Rainer Christoph Schwinges: Repertorium Academicum Germanicum (RAG): A new database for web-based analysis and data visualization. In: *Annali di storia delle università italiane* 21 (2017), S. 13–24.

dem Dunstkreis der alten Burschenherrlichkeit herausgetreten und mit ihrer Brauchtumsgeschichte in die neuere Kulturgeschichte eingegangen.<sup>58</sup> Ein wichtiges Feld dürfte heute – wie es schon die Forschung zur *peregrinatio academica* war – die studentische Mobilität besetzen, in der Binnen- wie in der Außensicht.<sup>59</sup> Der vierte Bereich schließlich gehört der Außendarstellung der Universität, im weitesten Sinne ihrer Kommunikationsgeschichte an. Dass dies oft mit Jubiläen zusammenhängt, versteht sich von selbst. Tage der Offenen Tür, Nächte der Forschung, bildgesättigte populäre Darstellungen, Vortragsreihen, Ausstellungen der universitären Schätze, Gemälde und Symbole, Online-Auftritte oder gar eigene Museen wie in Freiburg (Uniseum) und Leipzig (Kustodie) fördern nicht nur Neugier und Interesse, sondern sind wichtige Moderatoren für ein Verständnis in der Öffentlichkeit.<sup>60</sup> Im Idealfall stehen diese Arbeitsfelder nicht bloß nebeneinander; sie sollten sich ergänzen, so jedoch, dass sie zugleich immer in größere Zusammenhänge der Geschichte eingeordnet werden. Universitätsgeschichte wird sich daran messen lassen müssen, wie sehr es gelingt,

58 Allgemein dazu der Bericht von Matthias Stickler: Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 4 (2001) S. 262–270. Ferner Friedhelm Golücke: Verfasserlexikon zur Studenten- und Universitätsgeschichte. Ein bibliographisches Verzeichnis. Köln 2004. Zu Weiterem siehe den Bericht von Asche und Gerber: Neuzeitliche Universitätsgeschichte (Anm. 43), S. 196–201.

59 Siehe z. B. Stephanie Irrgang: *Peregrinatio Academica. Wanderungen und Karrieren von Gelehrten der Universitäten Rostock, Greifswald, Trier und Mainz im 15. Jahrhundert*. Stuttgart 2002 (= Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald 4); Matthias Asche: »Peregrinatio academica« in Europa im Konfessionellen Zeitalter. Bestandaufnahme eines unübersichtlichen Forschungsfeldes und Versuch einer Interpretation unter migrationsgeschichtlichen Aspekten. In: Jahrbuch für Europäische Geschichte 6 (2005), S. 3–33; Grand Tour. Adeliges Reisen und europäische Kultur vom 14. bis zum 18. Jahrhundert. Akten der internationalen Kolloquien in der Villa Vigoni 1999 und im Deutschen Historischen Institut Paris 2000. Hg. von Rainer Babel und Werner Paravicini. Ostfildern 2005 (= Beihefte der Francia 60); Les Routes européennes du savoir. Vita Peregrinatio. Fin du Moyen Age – XVIIe siècle. Hg. von Jean Hiernard [u. a.]. Paris 2011; Anthony Welch: From *Peregrinatio Academica* to Global Academic. The Internationalisation of the Profession. In: *Professoriate. Profile of a Profession*. Hg. von Anthony Welch. Berlin, New York 2005; Themenschwerpunkt Attraktive Orte. Zur Aufnahme ausländischer StudentInnen. Hg. von Karine Crousaz [u. a.]. In: *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 18 (2018), S. 7–171, darin ein Überblick von Rainer Christoph Schwinges: Akademische Mobilität in der älteren Vormoderne (1350–1550), S. 27–40.

60 Als prominente Museums-Beispiele Dieter Speck: *Eine Universität für Freiburg*. »... zur Erlöschung des verderblichen Fewres menschlicher unvernunft und blintheit ...«. Freiburg 2006; Ders.: *Uniseum Freiburg. Staunen. Forschen. Lehren. Ein Bildbegleitbuch*. Freiburg 2007; Website des Uniseums, URL: [www.uniseum.uni-freiburg.de](http://www.uniseum.uni-freiburg.de) (abgerufen am 23.04.2018); Rudolf Hiller von Gaertringen [u. a.]: *Kustodie*. In: *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. Bd. 4.2. Hg. von Ulrich von Hehl [u. a.]. Leipzig 2009, S. 1514–1541; Website der Kustodie, URL: <https://www.uni-leipzig.de/universitaet/fakultaeten-und-einrichtungen/museen/kustodie.html> (abgerufen am 23.04.2018).

die Verfassungs-, Sozial-, Personen-, Kultur-, Politik- sowie Finanz- und Wirtschaftsgeschichte zu integrieren. Das ist schwierig genug. Erst recht schwierig wird es, wenn darüber hinaus, aber völlig zu Recht, verlangt wird, dies alles auch mit Wissens- und Wissenschaftsgeschichte zu verknüpfen.<sup>61</sup> Für mich steht es außer Frage, dass wir zukünftig zumindest das personengeschichtliche Material der Universität mit ihren Wissensinhalten und deren spezifischen Reichweiten verbinden müssen. Man könnte sogar sagen, die universitäre Personengeschichte aller Disziplinen sollte idealerweise Wissens- bzw. Wissenschaftsgeschichte werden. Schließlich hat auch die Wissens- und Wissenschaftsgeschichte nahezu parallel zur Universitätsgeschichte eine professionelle Entwicklung innerhalb der Geschichtswissenschaften mit ihren neueren Tendenzen vollzogen.<sup>62</sup> Im Übrigen spricht nichts dagegen, dass man nach kompetenter Zusammenarbeit sucht, so wie es Rüeeggs europäische Geschichte auf weiten Strecken versucht hat.

---

61 Ein beachtlicher Versuch einer Gesamtdarstellung vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert stammt von Wolfgang E. J. Weber: *Geschichte der europäischen Universität*. Stuttgart 2002.

62 Vgl. den Beitrag von Livia Prüll in diesem Band, S. 199–218.



---

## **II. Perioden der Universitätsgeschichtsschreibung**



## **»Die Universität zehrt auch von ihrer Vergangenheit«. Universitätsgeschichte vor der Zeitgeschichte als Programmatik und Politikum**

### **Abstract**

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts handelte es sich bei Universitäten um landesfürstliche Einrichtungen, die sich an den Bedürfnissen der Gründer orientierten. Nach 1800 rückte vornehmlich der nationenübergreifende Bildungsgedanke in den Vordergrund. Somit trat der landesherrliche Einfluss zurück, wie am Beispiel der Berliner Universitätsgründung 1810 zu sehen ist. Universitätsgeschichtsschreibung war zunächst vor allem die Sammlung von Berichten im universitären Raum bzw. von universitären Lehrern, differenzierte sich aber im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer eigenen Disziplin innerhalb der Geschichtswissenschaft weiter aus. Maßgeblich dafür war nach 1900 vorrangig ein Nützlichkeitsprinzip, bei dem die Anforderungen von Gesellschaft, Politik und zunehmend auch Wirtschaft im Zentrum standen.

### **»The University Also Draws on its History«. Pre-contemporary History of Universities as Program and Political Issue**

Until the end of the 18<sup>th</sup> century, universities were institutions oriented towards the interests of the respective territorial powers. The supranational idea of education became a dominant feature only after 1800. The territorial rulers' influence decreased correspondingly, as can be seen in the example of the foundation of the University of Berlin in 1810. Initially, university history was the collection of teachers' reports within the university. The field developed to an independent discipline within academic history only during the course of the 19<sup>th</sup> century. This shift was motivated by utilitarian principles focusing on the needs of the respective society, politics and, increasingly, the economy.

## **1. Universitätsgeschichtsschreibung. Ein offenes Feld<sup>1</sup>**

Der Befund zur Situation der Universitätsgeschichtsschreibung als Entwicklungsgeschichte der Institution Universität ist überraschend einfach: Es gibt

---

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen verstehen sich als Versuch eines strukturellen Überblicks. Sie streben nicht nach Vollständigkeit der chronologischen oder phänomenologischen Bezüge. Den Programmvorgaben der Mainzer Tagung folgend, auf der aus den hier erörterten Beobachtungen vorgetragen worden ist, beschränken sich die folgenden Angaben auf die deutsche Universi-

keine Geschichte der Universitätsgeschichtsschreibung! Deshalb kennen ältere wie neuere Einführungen in die Geschichtsschreibung im Mittelalter kein Lemma »Universitätsgeschichtsschreibung« und thematisieren den Gegenstand nicht,<sup>2</sup> mit Ausnahme der Darstellung von Markus Völkel von 2006.<sup>3</sup>

Indem in der Frühen Neuzeit und der Moderne Universitätsgelehrte Autoritätentexte, die Lektürekanoones, Fragehorizonte und Methodenkontexte der universitären Disziplinen beschrieben und werteten, indem sie über Bedeutung und Stellenwert von Universität und Wissenschaft in der zeitgenössischen Gesellschaft schrieben, verfassten sie faktisch Universitätsgeschichte oder leisteten Universitätsgeschichtsschreibung.

Als Zeugnisse einer zeitkritischen Universitätsgeschichtsschreibung können Texte gelten, in denen Universitätsgelehrte über ihre Erfahrungen an der Universität berichten und sich dabei zu Wissenschaft und Politik ihrer Universität oder der Universität generell mit programmatischem Anspruch äußern. Eine Arbeitshypothese kann daher die folgende Feststellung sein: Als Universitätsgeschichtsschreibung gelten Texte, denen eine Absicht ihrer Verfasser zu entnehmen ist, über die Universität im Allgemeinen oder Besonderen mit historischem Bezug zu berichten, also die historischen Hintergründe der gegenwärtigen Situation zu erfassen und vor diesem Hintergrund Ausführungen zur gegenwärtigen und künftigen Gestaltung der Universität vorzutragen.<sup>4</sup>

Jene wenigen aus dem 17. und 18. Jahrhundert überlieferten einschlägigen Werke wie die berühmte *Historia Universitatis Parisiensis*, die César Egasse du

---

tätsgeschichte. Den erschlossenen Überlieferungen und vorhandenen Darstellungen folgt im Einzelnen eine exemplarische Präsentation. Trotz einer chronologischen Rahmung folgt die Darstellung dem Grundsatz einer gewichteten Auswahl, sodass Zusammenhänge über ihre chronologische Abfolge hinaus aufeinander bezogen werden. Für eine kritische Lektüre meiner Vorlage und zahlreiche weiterführende Hinweise, die in den vorliegenden Text aufgenommen worden sind, bin ich Prof. Dr. Rainer Christoph Schwinges (Bern) verbunden. Eine leicht erweiterte englischsprachige Version des vorliegenden Textes ist zu finden unter dem Titel *Historiography of the University. A new Field for an Old Topic in German Historical Scholarship*. In: CIAN – Revista de Historia de las Universidades 20 (2017), Nr. 1, S. 97–139, URL: <https://e-revistas.uc3m.es/index.php/CIAN/article/view/3730/2338> (abgerufen am 23.04.2017). Siehe zur Thematik des vorliegenden Aufsatzes jetzt auch: Frank Rexroth: Universitätsgeschichtsschreibung. In: *Universitäre Gelehrtenkultur vom 13.–16. Jahrhundert. Ein interdisziplinäres Quellen- und Methodenhandbuch*. Hg. von Jan-Hendryk de Boer [u. a.]. Stuttgart 2017, S. 529–537.

- 2 Exemplarisch: Herbert Grundmann: *Geschichtsschreibung im Mittelalter. Gattungen – Epochen – Eigenart*. 4. Aufl. Göttingen 1987; *Geschichte schreiben. Ein Quellen- und Studienhandbuch zur Historiografie (ca. 1350–1750)*. Hg. von Susanne Rau und Birgit Studt. Berlin 2010; *Quellen zur frühneuzeitlichen Universitätsgeschichte. Typen, Bestände, Forschungsperspektiven*. Hg. von Ulrich Rasche. Wiesbaden 2011 (= *Wolfenbütteler Forschungen* 128).
- 3 Vgl. Markus Völkel: *Geschichtsschreibung. Eine Einführung in globaler Perspektive*. Köln [u. a.] 2006, S. 215–222.
- 4 Vgl. Notker Hammerstein: *Neue Wege der Universitätsgeschichtsschreibung*. In: *ZHF* 5 (1978), H. 4, S. 449–476; Ders.: *Nochmals Universitätsgeschichtsschreibung*. In: *ZHF* 7 (1980), H. 3, S. 321–336.

Boulay/Bulaeus (1610–1678), ehemaliger Rektor der Universität Paris, zwischen 1665 und 1673 publizierte, bilden einen Idealfall von intendierter und konzipierter Universitätsgeschichtsschreibung.<sup>5</sup> Schon der Untertitel des Werkes belegt den enzyklopädischen und zugleich dokumentarischen, diplomatischen und institutionengeschichtlichen wie auch narrativen Zugriff für den Berichtszeitraum von 800 bis 1600: *ipsius fundationem, nationes, facultates, magistratus, decreta, censuras et iudicia et negotiis fidei, privilegia, comitia, legationes, reformationes* (deren (sc. der Universitäten) Gründung, Nationen, Fakultäten, Verantwortliche, Erlasse, Kontrollen, Rechte und Urteile sowie Vereinbarungen, Privilegien, Häuser, Gesandte, Reformen).<sup>6</sup> Trotz ihres hohen Informationsgehalts hat diese Art der quellenbasierten, aber narrativ gestalteten Darstellung offenbar nicht vorbildgebend gewirkt.<sup>7</sup> Sie vermochte zunächst nicht zur Etablierung einer konzeptionell gestalteten Universitätsgeschichtsschreibung zu führen.<sup>8</sup> Ähnliche Werke wie dasjenige von Boulay sind sehr vereinzelt aus seiner Zeit überliefert, beispielsweise zu den Anfängen der Universität Salzburg. Da im Ganzen aber die Universitäten des römisch-deutschen Reiches gerade im 17. Jahrhundert eine Phase eher geringerer Bedeutung durchliefen, mag das Fehlen analoger Historiographie nicht erstaunen.<sup>9</sup>

Zwei Jahrhunderte später haben sich vereinzelt diplomatische Dokumentationen durchgesetzt, welche Abdrucke der Urkunden, Statuten und Satzungen einzelner Universitäten beinhalten.<sup>10</sup> Sie stellen Überlieferungen zur Uni-

5 Caesar Egassius Bulaeus: *Historia Universitatis Parisiensis* [...]. Bde. 1–6. Paris 1665–1673. [Nachdr. Frankfurt a. M. 1966]. Zu den Strategien der Selbstdarstellung in literarischen und brieflichen Zeugnissen des 16. Jahrhunderts: Kenneth Austin: *Academic Exchanges. Letters, the Reformation and Scholarly Self-Fashioning*. In: *Scholarly Self-Fashioning and Community in the Early Modern University*. Hg. von Richard Kirwan. Burlington 2013, S. 39–58. Grundlegend: Notker Hammerstein: *Bildung und Wissenschaft vom 15. bis zum 17. Jahrhundert*. München 2003 (= *Enzyklopädie Deutscher Geschichte* 64), die Quellenübersicht S. 131f.

6 Bulaeus: *Historia* (Anm. 5), Bd. 1, Titelblatt.

7 Auf den besonderen Aspekt der Jesuiten-Universitäten wird im Folgenden nicht eingegangen.

8 Vgl. *Chartularium Universitatis Parisiensis*. Hg. von Henricus Denifle. 4 Bde. Paris 1889–1897. Zur methodischen Unterscheidung von quantitativer und erzählender Geschichtsschreibung zur Universitätsgeschichte: Fritz Ringer: *Die Zulassung zur Universität*. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 3. Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945). Hg. von Walter Rüegg. München 2004, S. 199–227, hier S. 199.

9 Vgl. Notker Hammerstein: *Schule, Hochschule und Res publica litteraria*. In: *Geschichte als Arsenal*. Ausgewählte Aufsätze zu Reich, Hof und Universitäten der Frühen Neuzeit. Hg. von Michael Maaser und Gerrit Walther. Göttingen 2010 (= *Schriftenreihe des Frankfurter Universitätsarchivs* 3), S. 166–184, bes. S. 166f.; Ders.: *Universitätsgeschichte im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation am Ende der Renaissance*. In: *Das Ende der Renaissance*. Europäische Kultur um 1600. Hg. von August Buck und Tibor Klaniczay. Wiesbaden 1987 (= *Wolfenbütteler Abhandlungen zur Renaissance-Forschung* 6), S. 109–123.

10 Siehe hierzu z. B.: Heinrich Denifle: *Un savant dominicain entre Graz, Rome et Paris*. Ein

versitätsgeschichte bereit und sind für die Universitätsgeschichtsschreibung unentbehrlich.

Zwischen den Werken der Frühzeit der Bollandisten und derjenigen der Editoren und Historiographen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts lag eine Phase der narrativ dominierten Historiographie, die als Entstehungsgrundlage einer genuinen Universitätsgeschichtsschreibung entsprechend der hier favorisierten Definition verstanden werden kann.

## 2. Die Universität und die Macht. Ein Fallbeispiel

1737 setzte König Friedrich Wilhelm I. von Preußen (1688–1740) eine Disputation an der Universität Frankfurt (Oder) an. Sein Hofnarr sollte zum Thema *Vernünfftige Gedanken von der Narrheit* respondieren und sämtliche Professoren der Universität wurden als Opponenten einbestellt. Auch wenn Widerstand gegen die Anordnung des herrischen Regenten zwecklos war, wagte der erst im Vorjahr als Professor des *Ius publicum* berufene und bis heute als Staatsrechtler bekannte Johann Jacob Moser von Filseck (1701–1785) Kritik: »Auf diese Weise ruiniren Seine Majestät die Universität«. Der Soldatenkönig teilte den Professoren weiterhin mit, er habe seinen Hofnarren zum Vizekanzler aller seiner Universitäten ernannt, denn »[e]in Quentchen Mutterwitz ist besser als ein Centner Universitätswitz«.<sup>11</sup> Moser geriet nicht nur in Preußen wegen seiner kritischen Haltung gegenüber der Obrigkeit in Misskredit und musste mehrfach seine Stellung aufgeben, an der Universität Frankfurt (Oder) bereits 1739, drei Jahre nach der Berufung und zwei Jahre nach dem geschilderten Vorfall.

Die Ereignisse von 1737 hat Moser in seinen Aufzeichnungen aus jenen Jahren selbst berichtet. Schon 1736 verfasste er eine gedruckte *Einladung an die Herrn Studiosos* zu seinen öffentlichen Vorlesungen und privaten Kollegien. Darin erklärte er den Zweck universitärer Lehre:

»Einmal werden doch Universitaeten deßwegen angelegt und unterhalten / nicht daß wir gelehrt werden sollen / um fuer uns selbst einen vergnueglichen Zeitvertreib zu haben / [...] sondern es sollen auf Academien junge Leute zubereitet werden / kuenfftighin geschickte Vorstehere des gemeinen Wesens in allerley Staenden abgeben zu koennen. So haben demnach Professores // so wohl als Studiosi bestaendig darauf zu sehen, [...] damit die Academisten nicht nur blosser Gelehrte / [...] sondern brauchbare und dem gemeinen Wesen nuetzliche Gelehrte werden und daß allezeit [...] das

---

dominikanischer Gelehrter zwischen Graz, Rom und Paris. Hg. von Andreas Sohn [u. a.]. Paris 2015.

11 Hermann Johann Friedrich von Schulze-Gaevernitz: Johann Jacob Moser, der Vater des deutschen Staatsrechts. Ein Vortrag gehalten im wissenschaftlichen Vereine zu Berlin. Leipzig 1869, S. 16f.

notwendige dem nuetzlichen, das nuetzliche aber dem angenehmen vorgezogen werde / wo sich je nicht allemal alles miteinander verbinden laasset.«<sup>12</sup>

»Die Universität hatte eine staatliche Veranstaltung zu sein«, so erklärt Notker Hammerstein den Ansatz territorialfürstlicher Universitätspolitik, der statt der Theologie nun die Jurisprudenz zur Leitwissenschaft erhob und in dieser Form erstmals 1694 an der Universität Halle umgesetzt wurde.<sup>13</sup> Das Hallenser Modell wurde, unter Verzicht auf den dort noch beachteten Vorrang der Theologie, bei der 1734 erfolgten Gründung der Universität Göttingen aufgenommen. Halle entwickelte sich zu einem Schwerpunkt des Pietismus, Göttingen wurde zum Ort der theologischen Aufklärung und Bibelwissenschaft.<sup>14</sup> Beides waren von protestantischen Fürsten eingerichtete Universitäten, ebenso wie Frankfurt (Oder).

### 3. Die Universität in ihrer Zeit. Ein Herausforderungsprofil

Nichts Besonderes also in Frankfurt (Oder)? Johann Jacob Moser und die Demütigung der Universitäten durch einen derben Machtmenschen als fürstlichen Herrn der Universität: Liegt darin ein nennenswerter Beitrag zur Universitätsgeschichte? Sollen Lebenszeugnisse oder programmatische Traktate wie diejenigen Johann Jacob Mosers als Quellen der Universitätsgeschichte oder sogar als Universitätsgeschichtsschreibung selbst gelten?

Nichts an den geschilderten Ereignissen ist singulär, so mag man einwenden. Denn auch Jacob Paul von Gundling (1673–1731), der als Historiker und Hofhistoriograph desselben Königs und einer von dessen sogenannten »Lustigen Räten« als Hofnarr vorgeführt wurde, war fortgesetzt den entwürdigenden, demütigenden Exzessen des Monarchen und seiner Hofgesellschaft ausgesetzt. Bis heute ist seine Bedeutung als Gelehrter umstritten. Immerhin verfasste er etliche historisch-landeskundliche Abhandlungen, wurde vom König zum Prä-

12 Johann Jacob Moser: Koeniglich Preußischen Geheimen Raths, der Universitaet zu Franckfurt an der Oder Directoris und Professoris Juris primarii & c. Einladung an die Herrn Studiosos zu seinen kuenfftig zu haltenden Lectionibus publicis und Collegiis privatis. Frankfurt (Oder) 1736, S. 3f. Auch online, URL: <http://digital.slub-dresden.de/werkansicht/dlf/6660/1/> (abgerufen am 08.06.2018).

13 Notker Hammerstein: Die deutsche Universitätslandschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert. In: Die Universität Jena. Tradition und Innovation um 1800. Hg. von Gerhard Müller [u. a.]. Stuttgart 2001 (= Pallas Athene 2), S. 1–25, hier S. 14.

14 Vgl. Johannes Wallmann: Zwischen Reformation und Humanismus. Eigenarten und Wirken Helmstedter Theologie. In: Theologie und Frömmigkeit im Zeitalter des Barock. Gesammelte Aufsätze. Hg. von Dems. Tübingen 1995, S. 61–87, hier S. 61. Grundlegend zur Entwicklung der historischen Wissenschaften: Notker Hammerstein: Jus und Historie. Ein Beitrag zur Geschichte des historischen Denkens an deutschen Universitäten im späten 17. und im 18. Jahrhundert. Göttingen 1972.

sidenten der Preußischen Akademie der Wissenschaft ernannt und gründete als solcher das Collegium medico-chirurgicum. Vermutlich hat der für Wissenschaften und Künste unerreichbare Soldatenkönig in derartigen Würdigungen vor allem die Gelegenheit genutzt, die von ihm rechtlich und finanziell abhängigen Professoren und die gelehrten Institutionen lächerlich zu machen. Formal handelte er damit legal, denn in jener Zeit war es nicht nur üblich, dass ein Landesfürst die Berufungen auf die Professuren »seiner« Universitäten selbstherrlich verfügte. Persönliche und familiäre Verbindungen, auch die Weitergabe von Universitätsämtern innerhalb von »Professorendynastien« waren üblich und der Fürst konnte jederzeit sich selbst, Angehörige seiner fürstlichen Familie oder etwa seine Räte und im Bedarfsfall auch seine Hofnarren mit Leitungspositionen innerhalb der Universitäten ausstatten.

Gleichzeitig überholten mancherorts in Europa die Akademien der Wissenschaften die Universitäten als Orte der Gelehrsamkeit und vor allem der Wissenschaftspolitik. Schließlich konnten die Fürsten dort noch unmittelbarer direktiv eingreifen als an den Universitäten selbst. Der programmatische, im Gegensatz zu den Universitäten erhobene Anspruch der Akademien, »*theoria cum praxi*« zu betreiben, führte zu großem Erfolg. Notker Hammerstein hat gezeigt, dass dieser westeuropäische Trend nur eingeschränkt auch im deutschen Reich galt. Hier gerieten die Theologischen Fakultäten in Krisensituationen, was die Distanz zu den Akademien erklärt. Insgesamt aber konnten die Universitäten ihren Rang als Orte der Wissenschaft im Ganzen behaupten.<sup>15</sup>

Ist also die Zeit um und nach 1700, nach der Konsolidierung der konfessionell geprägten Territorialfürstentümer und vor der Aufklärung, eine eigene Epoche der Universitätsgeschichte? Solange das Forschungskonzept einer Beschreibung der Zeit als »Absolutismus« bzw. in der späteren Sonderform als »aufgeklärter Absolutismus« trug, mochte es so erscheinen.<sup>16</sup> Neuerdings sind aber beide Konzepte als Element der Staatsbildung zumindest relativiert worden.<sup>17</sup> Vielfach

15 Vgl. Notker Hammerstein: Innovation und Tradition. Akademien und Universitäten im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. In: *Geschichte als Arsenal* (Anm. 9), S. 134–165, bes. S. 162f.; Wolfgang Neugebauer: Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. In: *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 2. Hg. von Otto Büsch. Berlin, New York 1992, S. 605–799, hier S. 643f.

16 Vgl. Lars Behrisch: Die Berechnung der Glückseligkeit. Statistik und Politik in Deutschland und Frankreich im späten Ancien Régime. *Ostfildern 2016* (= Beihefte der *Francia* 78), S. 56–82; Steffen Martus: *Aufklärung. Das deutsche 18. Jahrhundert. Ein Epochenbild*. 2. Aufl. Darmstadt 2015, zu den Universitäten bes. S. 92–154.

17 Vgl. Dagmar Freist: *Absolutismus*. Darmstadt 2008 (= *Kontroversen um die Geschichte*); Heinz Duchhardt: Das Vermächtnis des Spätmittelalters an die Frühe Neuzeit. Aspekte und Schlaglichter. In: *Europa im späten Mittelalter. Politik – Gesellschaft – Kultur*. Hg. von Rainer Christoph Schwinges [u. a.]. München 2006 (= *HZ Beihefte* 40), S. 605–613; *Absolutismus – ein unersetzliches Forschungskonzept? Eine deutsch-französische Bilanz*. Hg. von Lothar Schilling. München 2008.

lassen sich in der Universitätsgeschichte sogar Phänomene einer *longue durée* ausmachen, die die üblichen Epochenzuschreibungen überschreiten.<sup>18</sup>

Um am Beispiel der Universität Frankfurt (Oder) zu bleiben: Bereits die Gründung der Universität 1506 folgte denselben Vorgaben, die Johann Jacob Moser 230 Jahre später formulierte. Als Konkurrenzgründung gegen die benachbarte, zum Kurfürstentum Sachsen gehörende, protestantische Universität Wittenberg sollte die katholische Universität Frankfurt (Oder) den Zuzug in die bis dahin wenig attraktive Mark Brandenburg unterstützen und dem Landesherrn die Rekrutierung gelehrten Personals aus den eigenen Landeskindern und von der eigenen Universität ermöglichen: »Zum Lob Gottes, zur Erhöhung des katholischen Glaubens, zum Nutzen der Menschen im Gebrauch und in der Verwaltung des Staates«, so hieß es in der kurfürstlichen Stiftungsurkunde vom Vorjahr.<sup>19</sup> Ungefähr gleichzeitig datiert eine anonym überlieferte Denkschrift, die dem Landesherrn detaillierten Rat gibt, worauf er bei der Universitätsgründung zu achten habe: Eine Vier-Fakultäten-Universität sollte es sein, mit herausgehobener Stellung der Rechtswissenschaft, also nach den bewährten Pariser und Bologneser Modellen.<sup>20</sup> Bereits fünf Jahre zuvor datiert das kaiserliche Privileg für den Kurfürsten, das ihn zur Gründung berechtigte,

»damit die Reiche der Fürsten durch das Werk der Wissenschaften befestigt würden und das Studium Männer hervorbringe, die ausgezeichnet seien durch die Reife ihres Rates und den Schmuck der Tugenden und gelehrt in den Wissenschaften der verschiedenen Fakultäten.«<sup>21</sup>

Wortreich bemühte sich der Gründungsrektor nach 1506, Region und Stadt zu preisen und den Nutzen der Wissenschaft an seiner Universität herauszustellen. Auf Anhieb zahlte sich seine Werbung aus und Frankfurt (Oder) verzeichnete einen geradezu sensationellen Zulauf. Weil aber die Realität vor Ort hinter den schönen Sprachbildern zurückblieb und viele Lehrende wieder fortgingen, kurz nachdem sie gekommen waren, sah sich der Fürst zu persönlicher Fürsorge veranlasst. Er erließ Anordnungen, um die Universität in seinem Interesse

---

18 Vgl. Notker Hammerstein: Die Obrigkeiten und die Universitäten. Ihr Verhältnis im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. In: *Res publica litteraria. Ausgewählte Aufsätze zur frühneuzeitlichen Bildungs-, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte.* Hg. von Ulrich Muhlack und Gerrit Walther. Berlin 2000 (= *Historische Forschungen* 69), S. 377–387.

19 Martin Kintzinger: Frankfurt an der Oder. Eine moderne Universität? In: *Attempo – oder wie stiftet man eine Universität?* Hg. von Sönke Lorenz. Stuttgart 1990 (= *Contubernium* 50), S. 209–236, hier S. 216; vgl. Michael Höhle: *Universität und Reformation. Die Universität Frankfurt (Oder) von 1506–1550.* Köln [u. a.] 2002.

20 Vgl. Martin Kintzinger: Frankfurt (Anm. 19), S. 216–218.

21 Ebd., S. 219.

voranzubringen und ernannte 1541 erstmals einen Sohn des fürstlichen Hauses zum Rektor der Universität.<sup>22</sup>

#### 4. Die Universität und die lange Dauer. Eine Tradition aus dem Mittelalter

Noch zwischen der Reformationszeit und der frühen Konfessionalisierung stehend, zeigt die Gründung der Universität Frankfurt (Oder) noch immer Merkmale jener Verfahrensformen, wie sie sich im späten Mittelalter etabliert hatten. Die Prager Universität als erste Gründung im Heiligen Römischen Reich nördlich der Alpen folgte im Ganzen denselben Prinzipien. In seiner Stiftungsurkunde von 1348 griff der deutsche König und spätere Kaiser Karl IV. (1316–1378) ausdrücklich auf die aus der Gründungszeit der ersten fürstlichen Universität in Europa überlieferten Texte zurück, die Kaiser Friedrich II. (1194–1250) 1224 in Neapel eingerichtet hatte. Stets ging es um die alte Tradition der Korporationen von Paris und Bologna einerseits und eine besondere Förderung von Rechtsstudien zum Zweck der herrschaftlichen Nutzung andererseits.

Nicht nur in kirchenhistorischen Diskursen wird neuerdings die Kontinuität statt des Bruchs und die Entwicklung statt der Zäsur betont. Der Katalog zu einer Ausstellung über *Leben [...] am Vorabend der Reformation* betonte 2015 einmal mehr die Kontinuität zwischen Stiftsschulen und Universitäten aus dem späten Mittelalter.<sup>23</sup> Gerade im Bereich der zuvor kirchlich dominierten Institutionen der schulischen Wissensvermittlung wirkte sich die Reformation als Zäsur der gesellschaftlichen Entwicklung aus. Lehrinhalte, auch Vermittlungsmethoden und vor allem normative Erwartungshorizonte änderten sich. In ihrem institutionellen Rahmen behielten die reformatorischen Schulen allerdings oft genug die bewährten Verfahrensformen bei, blieben an kirchliche (jetzt reformierte) Institutionen angeschlossen und forderten liturgische Dienste von den Schülern.

An den Universitäten wirkten sich die Reformation des frühen 16. Jahrhunderts und ihre politischen Folgen in tiefgreifenden Änderungen aus, was die Lehrpläne, den Wissenskanon, die theologische Rahmung und die Neujustierung von Wissensordnungen in der Indienstnahme für die Landesherrschaft betraf. Fortan unterschieden sich die Universitäten neben anderem vorrangig in ihrer konfessionellen Zugehörigkeit. Insbesondere die protestantisch-lutheri-

---

22 Vgl. ebd., S. 223, 234.

23 Michael Matheus: Bildung am Mittelrhein um 1500. Schulen und Alphabetisierung. In: Schrei nach Gerechtigkeit. Leben am Mittelrhein am Vorabend der Reformation. Regensburg 2015 (= Publikationen des Bischöflichen Dom- und Diözesanmuseums Mainz 6), S. 149–161, zu den Universitäten S. 155–161.

schen Fürsten betätigten sich als Gründer und Förderer ihrer Universitäten, denen erst mit Verzögerung katholische, gegenreformatorische Initiativen folgten. Thomas Kaufmann resümiert: »Die lutherischen Universitäten waren [...] Einrichtungen der jeweiligen Territorialstaaten. Der bereits im Spätmittelalter einsetzende Territorialisierungsprozess der deutschen Universität [...] wurde im Zuge der Reformation forciert.«<sup>24</sup> Die Universitäten wurden zu Elementen des Territorialstaates und der konfessionellen Formation und damit Teil von deren Geschichte.

Noch das Schicksal von Johann Jacob Moser in Frankfurt (Oder) war dadurch beeinflusst, dass es im Herrschaftsgebiet der Hohenzollern ausschließlich Universitäten reformierter Konfession geben konnte. Die Universitätspolitik der Fürsten fand in der konfessionellen Option jetzt eine Leitkategorie, und kaum etwas anderes konnte im 16. Jahrhundert die Geschicke einer Universität so stark verwirren wie ein Konfessionswechsel des fürstlichen Landesherrn. Die Universität Frankfurt (Oder) bietet dafür ein eindrucksvolles Beispiel.<sup>25</sup>

Unbestreitbar ist der enge wechselseitige Zusammenhang zwischen der reformatorischen Theologie und den protestantischen Universitäten, deren erste 1527 in Marburg gegründet wurde.<sup>26</sup> Thomas Nipperdey hat deshalb davon gesprochen, die Reformation sei die »extremste Form weltgeschichtlicher Bedeutung von Universität«.<sup>27</sup> Die Betonung der Theologie und des Ausbildungsbedarfs für protestantische Geistliche führte zunächst noch das Geltungsgefälle der mittelalterlichen Universität fort und minderte nochmals die Bedeutung des Artes-Studiums als Grundlage der Theologie.<sup>28</sup> In ihrer internen Organisation, ihrer Verfasstheit als Korporation mit Satzungsautonomie, ihren Ämtern und Funktionsstellen sowie ihren administrativen Einheiten blieben die Universitäten aber im Ganzen weitgehend unverändert.<sup>29</sup>

---

24 Thomas Kaufmann: *Konfession und Kultur. Lutherischer Protestantismus in der zweiten Hälfte des Reformationsjahrhunderts*. Tübingen 2006 (= Spätmittelalter und Reformation, Neue Reihe 29), S. 305.

25 Vgl. Kintzinger: *Frankfurt* (Anm. 19), S. 236; Höhle: *Universität* (Anm. 19), S. 1 f., der die in solcher Widersprüchlichkeit liegenden Entwicklungsbedingungen unterschätzt.

26 Vgl. Christina Fraenkel-Haeberle: *Die Universität im Mehrebenensystem*. Tübingen 2014 (= *Ius publicum* 26), S. 22–24.

27 Julian Kümmerle: *Wissenschaft und Verwandtschaft. Protestantische Theologenausbildung im Zeichen der Familie vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*. In: *Bildung und Konfession*. Hg. von Herman J. Selderhuis und Markus Wriedt. Tübingen 2006 (= Spätmittelalter und Reformation N. R. 27), S. 159–211, hier S. 167 mit Anm. 27.

28 Vgl. Kaufmann: *Konfession* (Anm. 24), S. 306 f.

29 Vgl. Hilde de Ridder-Symoens: *Mobilität*. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 2: *Von der Reformation bis zur Französischen Revolution, 1500–1800*. Hg. von Walter Rüegg. München 1996, S. 335–361, hier S. 341; Markus Reisenleitner: *Frühe Neuzeit, Reformation und Gegenreformation*. Innsbruck, München 2000, S. 112; Volker Press: *Kurfürst Maximilian I. von Bayern die Jesuiten und die Universität Heidelberg im Dreißigjährigen Krieg 1622–*

Eugenio Garin hielt daher fest, die Universität habe als »typische und geniale Schöpfung des Mittelalters« in der Zeit des frühneuzeitlichen Humanismus gedeihlich weitergelebt.<sup>30</sup> 2010 fasste Notker Hammerstein die weitere Entwicklung bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts markant zusammen:

»Reformen veränderten nicht einmal den institutionellen Rahmen der Universität [...]. Es war und blieb bei der traditionsreichen Figur der *Universitas magistrorum et scoliarium*, der einer privilegierten Korporation mit eigenem Rechtsstatus also.«<sup>31</sup>

Auch die grundlegende, in der Forschung von Rainer Christoph Schwinges erschlossene Unterscheidung in besondere Juristen- oder Medizineruniversitäten und übergreifende Vier-Fakultäten-Universitäten, wurde aus dem Mittelalter übernommen und weitergeführt, jetzt mit verstärkter Akzentuierung durch den zunehmenden herrschaftlichen Bedarf an Juristen und Theologen.<sup>32</sup> Auch hier galt, nochmals mit Rainer Christoph Schwinges gesagt:

»Am Ende gelang die Integration [der] inhomogenen Personenverbände [der Artisten, Juristen, Theologen und Mediziner] nur durch den herrschaftlichen und obrigkeitlichen Willen. [...] [Die Universität] war und blieb [...] an den Gründerfürsten gebunden, an den Landesherrn und seine Dynastie.«<sup>33</sup>

Der von Schwinges etablierte (ansatzweise schon von Paulsen 1902 angedachte) Begriff eines »deutschen Typs« der Universität bezeichnet dabei im Besonderen die solitäre Verbindung von Elementen der französischen (Paris) wie der italienischen (Bologna) Universitätstradition mit starker Gewichtung der Artes-Fakultät.<sup>34</sup>

Insofern wurde die Universität auch zu einem Element von Landesgeschichte oder sogar Dynastiegeschichte. Historische Epochen, Wandlungen oder Zäsuren sind in den veränderten Bedingungen der Universitätsentwicklung erkennbar.

---

1649. In: *Semper Apertus. 600 Jahre Ruprecht Karls-Universität Heidelberg, 1386–1986*. Bd. 1: Mittelalter und Frühe Neuzeit, 1386 bis 1803. Hg. von Wilhelm Doerr. Berlin, Heidelberg 1985, S. 314–370, hier S. 328; Linda Wenke-Bönisch: *Universitäten und Fürstenschulen zwischen Krieg und Frieden. Eine Matrikeluntersuchung zur mitteldeutschen Bildungslandschaft im konfessionellen Zeitalter (1563–1650)*. Berlin 2013, S. 39.

30 Eugenio Garin: *Geschichte und Dokumente der abendländischen Pädagogik: Humanismus*. Reinbek 1966, S. 23.

31 Notker Hammerstein: *Aufbruch in Reformen. Tradition und Innovation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Universität in Staat und Gesellschaft*. In: *Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft*. Hg. von Rüdiger vom Bruch. München 2010 (= *Schriften des Historischen Kollegs* 76), S. 3–19, hier S. 4.

32 Vgl. Rainer Christoph Schwinges: *Basel in der europäischen Universitätslandschaft um 1500*. In: *Gelehrte zwischen Humanismus und Reformation. Kontexte der Universitätsgründung in Basel 1460*. Hg. von Martin Wallraff. Berlin, Boston 2011, S. 21–46, hier S. 22f.

33 Ebd., S. 24.

34 Vgl. ebd.

Sowohl im späten Mittelalter als auch in der Frühen Neuzeit aber war die Universitätsgeschichte kein entscheidendes Merkmal von Epochen oder Zäsuren.

## 5. Die Universität in der Entwicklung. Neue Horizonte

Mit dem Zugriff des »absolutistischen« Territorialfürstentums im Übergang vom 16. zum 18. Jahrhundert, nach der territorialpolitischen Neuverortung der Universitäten im deutschen Reich seit der Reformation und während der Konfessionalisierung des 16. Jahrhunderts, waren die Universitäten endgültig »staatspolitischen Interessen« nutzbar gemacht worden. Bereits in den Anfängen landesherrlicher Universitätsgründungen und Universitätspolitik im 13. und 14. Jahrhundert war die Verbindung von Universität und Herrschaft fundiert, die trotz aller Unterschiede für die Genese der europäischen Universität prägend bleiben sollte. Auch wenn, wie unter dem Einfluss der Konfessionalisierung, der Theologie wieder stärkeres Gewicht eingeräumt wurde, so blieb doch im Ganzen die Dominanz der Rechtswissenschaften als Interesse der fürstlichen Förderer evident. Insoweit ist Universitätsgeschichte immer auch als Teil der Genese vormoderner Staatlichkeit zu verstehen und zu beschreiben.

Der Göttinger Orientalist und Aufklärungstheologe Johann David Michaelis (1717–1791) kann mit seinem vierbändigen, zwischen 1768 und 1776 veröffentlichten *Räsonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland* am Beginn der deutschsprachigen Universitätsgeschichtsschreibung gesehen werden.<sup>35</sup> Mit einem übergreifenden, nicht lokal oder institutionell begrenzten Zugriff und vor allem mit kritischer Würdigung seines Gegenstands bietet er eine umfassende Bilanzierung der universitären Praktiken seiner Zeit und wurde deshalb intensiv rezipiert. Im Nutzen der Universitäten für die Wissenschaft und die protestantischen Landesherren sah er die Bestandsgarantie der Universitäten. Michaelis konstatierte aber, dass sich die Anzahl der Universitäten reduzieren müsse, weil nur eine begrenzte Zahl an Förderern vorhanden sei.<sup>36</sup>

Nach 1800 vollzog sich eine folgenreiche Veränderung. Die Universitäten wurden zu Orten der Entwicklung politischer Ideen und nationalstaatlicher, auch bürgerlicher Wertvorstellungen, und sie konnten damit in Konflikt zu den Interessen der Herrschaftspolitik geraten.<sup>37</sup> Zunehmend in Kommunikations-

---

35 Johann David Michaelis: *Räsonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland*. 4 Bde. Frankfurt a. M., Leipzig 1768–1776. [Nachdr. Aalen 1973].

36 Joachim Bauer: *Die Universität Jena zwischen Tradition und Reform*. In: *Die Universität Jena. Tradition und Innovation um 1800*. Hg. von Gerhard Müller [u. a.]. Stuttgart 2001 (= *Pallas Athene* 2), S. 47–62, hier S. 56.

37 Klaus Ries: *Professoren als bürgerliche Werteproduzenten*. In: *Bürgerliche Werte um 1800*.

netzwerken verbunden, entwickelten die Universitätsangehörigen Ideen von Universalität einerseits und nationaler Kultur und Identität andererseits, die heute als Voraussetzung der Genese der liberalen Forderungen des Vormärz gelten. Die bis dahin bestehende strikte, den Fakultäten entsprechende disziplinäre Trennung wurde allmählich geöffnet, disziplinenübergreifende Horizonte entstanden. Im Zuge weiterer Rezeption des Wissens der Artisten entstand aus der alten Artes- die neue Philosophische Fakultät.<sup>38</sup> Die Geschichte der Universitäten wurde jetzt auch zu einem Teil der institutionellen Ideengeschichte ihrer Zeit.

1806 erfolgte die Gründung der Universität Berlin, die nach ihrem Initiator, Wilhelm von Humboldt (1767–1835), eine humanistische, Forschung und Lehre verbindende und der Menschenbildung verpflichtete »Universitas litterarum« sein sollte. Erst jetzt war die mittelalterlich-frühneuzeitliche Tradition der Universität in ihrer politischen Wertzuschreibung und in ihrer wissenschaftlichen Programmatik konsequent überwunden.

In vielem dachte Humboldt neu. Sein Ansatz stieß eine innovative Entwicklung an, die schließlich bis in die Jahre um 1900 hinein fortwirken und die Universität (von Peter Moraw als »klassischer« Typus der Universität des 19. und 20. Jahrhunderts beschrieben) auf veränderte Grundlagen stellen sollte.<sup>39</sup> Schulen und Universitäten sollten zusammen gesehen und aufeinander bezogen werden, die seit 100 Jahren bestehende Trennung von Universitäten und Akademien sollte aufgehoben, und die Universitäten sollten wieder als Orte der Wissenschaft anerkannt werden:

»Der Staat muss seine Universitäten weder als Gymnasien noch als Specialschulen behandeln, und sich seiner Akademie nicht als einer technischen oder wissenschaftlichen Deputation bedienen. Er muss im Ganzen [...] von ihnen nichts fordern, was sich unmittelbar und geradezu auf ihn bezieht, sondern die innere Ueberzeugung hegen, dass, wenn sie ihren Endzweck erreichen, sie auch seine Zwecke und zwar von

---

Entwurf – Vermittlung – Rezeption. Hg. von Hans-Werner Hahn und Dieter Hein. Köln [u. a.] 2005, S. 51–68.

38 Vgl. Georg Eckardt [u. a.]: *Anthropologie und empirische Psychologie um 1800. Ansätze einer Entwicklung zur Wissenschaft*. Köln [u. a.] 2001; Martin Kintzinger: *Die Artisten im Streit der Fakultäten. Vom Nutzen der Wissenschaft zwischen Mittelalter und Moderne*. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 4 (2001), S. 177–194.

39 Vgl. Humboldt International. *Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert*. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2001 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3). *Zur Systematik der Universitätsgeschichte und zum Modell von vorklassischen, klassischen und nachklassischen Phasen der Universitätsgeschichte*: Peter Moraw: *Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte*. In: *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte*. Hg. von Dems. und Volker Press. Marburg 1982 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 45), S. 1–43; Ders.: *Universitäten, Gelehrte und Gelehrsamkeit in Deutschland vor und um 1800*. In: *Humboldt International*, S. 17–31.

einem viel höheren Gesichtspunkte aus erfüllen, von einem, von dem sich viel mehr zusammenfassen lässt und ganz andere Kräfte und Hebel angebracht werden können, als er in Bewegung zu setzen vermag.«<sup>40</sup>

Anschließend an Vorstellungen von Friedrich Schiller (1759–1805) und Immanuel Kant (1724–1804) überhöhte Johann Gottlieb Fichte (1762–1814) in seiner Antrittsrede als zweiter Rektor der Berliner Universität 1811 zum Thema *Über die einzig mögliche Störung der akademischen Freiheit* den Anspruch, wonach Studenten und Gelehrte an den Universitäten ausschließlich der reinen Wissenschaft der Philosophie und der gesamtwissenschaftlichen, disziplinenübergreifenden Erkenntnis zu folgen hätten. Rein »historisches«, »bloß empirisches Wissen« hielt er für unzureichend und außerwissenschaftliche Nutzerwartungen waren für ihn inakzeptabel.<sup>41</sup> Diese Ideen waren nicht neu, schon bei der Antrittsvorlesung von Friedrich Wilhelm Schelling (1775–1854) in Jena 1798 war Ähnliches zu hören und in den die Gründung der Berliner Universität vorbereitenden Schriften Friedrich Schleiermachers (1768–1834) zu lesen.<sup>42</sup> Den Nützlichkeitspostulaten der Aufklärung war damit eine klare Absage erteilt, ebenso jenen seit dem ausgehenden Mittelalter zunehmenden Forderungen, Wissen und Gelehrsamkeit sollten neben und mit der wissenschaftlichen Erkenntnis auch dem gesellschaftlichen Nutzen verpflichtet sein.<sup>43</sup>

Den Rückgriff auf den mittelalterlichen Begriff der »Universitas« hatte Humboldt 1809 in seinem Antragsschreiben an den preußischen König erläutert, indem er darum bat, die neue und allgemeine Lehranstalt »mit dem alten und hergebrachten Namen einer Universität« belegen zu dürfen, »indem sie übrigen von allen veralteten Missbräuchen gereinigt wird.«<sup>44</sup> Was zu solchen Missbräuchen zu zählen sei, hatte schon im Vorjahr Schleiermacher erläutert. Neben dem

40 Wilhelm von Humboldt: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin (1809/10). In: Gründungstexte. Festgabe zum 200-jährigen Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin. Hg. vom Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 2010, S. 229–241, hier S. 234, 236–239. Auch online, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:11-100104119> (abgerufen am 23.04.2018).

41 Heinz-Elmar Tenorth: Genese der Disziplinen – die Genese der Universität. Zur Einleitung. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 4: Genese der Disziplinen. Die Konstitution der Universität. Hg. von Dems. [u. a.]. Berlin 2010, S. 9–40, bes. S. 21; Walter Rüegg: Der Mythos der Humboldtschen Universität. In: Universitas in theologia – theologia in universitate. Hg. von Martin Rose und Matthias Krieg. Zürich 1997, S. 155–174.

42 Vgl. Tenorth: Genese (Anm. 41), S. 20.

43 Hammerstein: Aufbruch (Anm. 31), S. 12f.

44 Wilhelm von Humboldt: Antrag auf Errichtung der Universität Berlin, 24.07.1809. In: Gründungstexte. Festgabe zum 200-jährigen Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin. Hg. vom Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 2010, S. 243–250, hier S. 245. Auch online, URL: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/5306> (abgerufen am 23.04.2018).

sittenlosen Treiben der studierenden Jugend zählte er dazu vor allem die mittelalterliche Examinierungspraxis:

»Dies ist unstreitig die am meisten veraltete Partie unserer Universitäten. Die scholastische Form der Disputationen ist zu einem leeren Spiegelgefecht geworden: und da man es auch mit dem übrigen durchgängig nicht sonderlich genau genommen hat, so ist der Kredit fast aller auf der Universität erteilten Würden tief unter den Punkt der Satire herabgesunken.«<sup>45</sup>

Auch den überkommenen Rangstreit zwischen den Fakultäten hielt Schleiermacher für veraltet und lächerlich, die traditionelle Fakultätenordnung für grotesk. Aber er warnte vor einer übereilten Reform, solange noch kein besseres Verfahren etabliert sei.<sup>46</sup>

Humboldt erklärte die notwendige Überwindung der bisherigen Praktiken im Antragsschreiben an den König:

»Sie [sc. die Universität] könnte, von richtigen Ansichten allgemeiner Bildung ausgehend, weder Fächer ausschliessen, noch von einem höhern Standpunkt, da die Universitäten schon den höchsten umfassen, beginnen, noch endlich sich bloss auf praktische Uebungen beschränken.«<sup>47</sup>

Im Übrigen schlug er dem König vor, sollte Berlin sich als »schlichte und einfache Universität« bewähren, künftig nur noch dort und in Königsberg die preußischen Universitäten zu unterhalten und diejenige in Frankfurt (Oder) mittelfristig aufzuheben, was 1811 auch geschah.<sup>48</sup>

In der Institutionen- und Wissenschaftsgeschichte der Universität ist hier erstmals seit dem Mittelalter eine grundlegende Zäsur zu sehen. Auch wenn die äußeren Formen der Organisation einer in Fakultäten gegliederten Universität und ihrer satzungsgemäßen Ämter trotz der Kritik an deren Traditionalität fortbestanden, so waren die Änderungen doch merklich.<sup>49</sup> Nicht zuletzt wurde seit der Gründung der Berliner Universität die Karriere des Universitätsprofessors – gelöst von den traditionellen Verfahren der »dynastischen« Sukzession und vor allem von dem willkürlichen Eingriff der fürstlichen Gewalt – eine nach Leistungsmerkmalen definierte und insofern planbare »bürgerliche« Karriere-

45 Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher: Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende (1808). In: Gründungstexte. Festgabe zum 200-jährigen Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin. Hg. vom Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 2010, S. 123–227, hier S. 201. Auch online, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:11-100104105> (abgerufen am 23.04.2018).

46 Vgl. ebd., S. 172.

47 Humboldt: Antrag (Anm. 44), S. 246.

48 Ebd., S. 246f.

49 Vgl. Hammerstein: Aufbruch (Anm. 31), S. 13.

aussicht.<sup>50</sup> Mit den Prinzipien der Verbindung von Einheit und Freiheit sowie von Forschung und Lehre wurden Grundsätze aufgenommen, die bereits in den Anfängen der europäischen Universität als Korporation im Mittelalter eine zentrale Rolle spielten. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen waren selbstverständlich völlig andere und auch diese Grundsätze nicht in einer vergleichbaren Form formuliert worden. Humboldt nahm diejenigen Elemente der alteuropäischen Universitätstradition auf, die in ihren mittelalterlichen Anfängen einst mit der Emanzipation von der Einhegung in kirchlichen Institutionen und der sozialständisch offenen Verbindung der Scholaren zu einer Rechtskörperschaft verbunden und die zwischenzeitlich vom Zugriff der politischen Macht verdeckt worden waren.

Die Zeiten hatten sich geändert, die politischen Rahmenbedingungen auch, doch die Entwicklung der Universitäten folgte, bei allen Unterschieden im Detail, weiterhin strikt den Vorgaben staatspolitischer Planung. Schon im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts war die Reformbereitschaft aus der Zeit des »aufgeklärten Absolutismus« wieder erledigt und ein neuer »absolutistischer« Politikstil kehrte zurück. Ausschließlich die defensive Lage, in die Preußen nach der militärischen Niederlage gegen Napoleon (1769–1821) 1806 und dem folgenden Untergang des Alten Reiches geraten war, erzwang die Bereitschaft des zurückhaltend agierenden Königs, Friedrich Wilhelms III. (1770–1840), Reformen in Militär, Rechtsordnung und Wissenschaft zuzustimmen. Unter anderen als diesen Umständen wären die Erfolge Humboldts und so auch die Gründung der Universität in Berlin nicht möglich gewesen, und sie blieben in ihrer Durchführung von den Vorgaben der königlichen Politik abhängig.

## 6. Die Universität als Geschichte. Eine Identifikationsstrategie

»[E]ben jetzt fand der Staat den trotzigen Wagemuth zu einer Culturthat ersten Ranges. Das war die Stiftung der Universität Berlin«, so ist es in einer Darstellung von 1886 zu lesen.<sup>51</sup> »Vornehm« habe der Monarch gedacht,

»als er trotz aller Geldnoth 150,000 Thaler jährlich für den Unterhalt der neuen Hochschule anwies, und vornehm war dann auch die Auswahl der Lehrkräfte, mit welchen die Universität Berlin im Herbst 1810 ihr reiches Wirken begann [,] [...] ein

---

50 Christian Maus: Der ordentliche Professor und sein Gehalt. Die Rechtsstellung der juristischen Ordinarien an den Universitäten Berlin und Bonn zwischen 1810 und 1945 unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse. Bonn 2013 (= Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 4), S. 39–46.

51 Wilhelm Oncken: Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege. Bd. 2. Berlin 1886 [Nachdr. Salzburg 2014], S. 475.

Verein von Denkern, Forschern und Lehrern, wie er noch niemals auf irgend einer deutschen Universität beisammen gewesen war.«<sup>52</sup>

Der liberale Historiker Wilhelm Oncken (1838–1905), Professor und von 1870 bis 1900 zeitweilig Rektor der Universität Gießen und autorisierter Biograph Kaiser Wilhelms I. (1797–1888), beschrieb mit diesen Worten die Anfänge der Universitätspolitik der Hohenzollern. »[U]m der Erhebung Preußens in Deutschland willen« habe Wilhelm von Humboldt die Gründung der Universität in Berlin angeregt und damit Weltbürgertum und lebensfremden Idealismus überwunden, die zuvor verbreitet gewesen seien.<sup>53</sup>

Anders als die Texte von Schiller, Kant und Schleiermacher ist das Werk Onckens als Historiographie im engeren Wortsinn sowie als Würdigung der königlichen Politik zu verstehen. Mit dem methodischen Zugriff des in seiner Zeit dominierenden Historismus weiß er nicht nur über die Taten der Akteure zu berichten, sondern auch auf ihre Gedanken, Empfindungen und Sorgen zu schließen: »Vornehmer staatsmännischer Sinnesweise« sei Wilhelm von Humboldt gewesen, was aber die Verbindung von »Forscher und Lehrer« an der Berliner Universität bedeutet habe, »das blieb dem Erfinder der ›Universität‹ des Kaiserreichs ein Buch mit sieben Siegeln.«<sup>54</sup>

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Schriften veröffentlicht, die mit Emphase die Zeit der Befreiungskriege und die beginnende Selbstorganisation der Burschenschaften darstellten – und damit die Zeit der Gründung der Universität in Berlin.<sup>55</sup> Bezüge auf die Universität waren in ihnen nur mittelbar, aber signifikant enthalten. Maximilian Ritter von Thielen (1781–1865), Major der österreichischen Armee und Träger militärischer wie wissenschaftlicher Auszeichnungen, publizierte 1863 seine Lebenserinnerungen. Er erachtete es für wichtig, in diesen auch kurz auf seine akademische Erfahrung hinzuweisen:

»Statt der Theologie, widmete ich mich dem Rechtsstudium und hatte, bevor ich in die österreichische Armee eintrat, auf der Universität zu Münster in Westfalen absolviert, war nach Wien im Jahre 1802 gereist, mit dem Wunsche in den österreichischen Staatsdienst zu treten, was ohne auf einer österreichischen Universität durch 2 Jahre zu repetiren, damals nicht möglich war.«<sup>56</sup>

52 Ebd.

53 Ebd., S. 474.

54 Ebd., S. 475.

55 Vgl. Die Universität Halle seit den Befreiungskriegen. Verbindungswesen und Streben nach einem allgemeinen Studentenleben daselbst. Magdeburg 1845.

56 Maximilian Ritter von Thielen: Erinnerungen aus dem Kriegerleben eines 82-jährigen Veteranen der österreichischen Armee, mit besonderer Bezugnahme auf die Feldzüge der Jahre 1805, 1809, 1813, 1814, 1815; nebst einem Anhang die Politik Österreichs von 1809 bis 1814 betreffend. Wien 1863, S. 4.

Biographische Selbstaussagen, die eine gesellschaftliche Karriere unter Einbezug universitärer Studien beschrieben, wurden nun häufiger. So schrieb um 1810 der preußische Generalfeldmarschall David Ludwig Graf York von Wartenburg (1759–1830) an seinen Sohn Heinrich von seinen Plänen für diesen:

»[Ich werde] Dich, wenn Du wie ein gebildeter und gut unterrichteter Mann die Universität verlässest, drei Jahre reisen [...] lassen, damit Du England, Frankreich und Italien kennenlernst. Wenn Du Deine Zeit gut benutzest, so kannst Du mit dem 17ten Jahr auf die Universität gehen und mit dem 20sten Deine Reise antreten und mit dem 23sten als ein mit Erfahrung und Kenntniß ausgestatteter junger Mann jede sich Dir anbietenden Laufbahn betreten.«<sup>57</sup>

Die für den Sohn vorgesehene Ergänzung von militärischer Ausbildung und akademischem Studium mit einer durch Reisen zu erreichenden Weltgewandtheit erinnert an die Kavaliereisen des 17. und vor allem 18. Jahrhunderts, die junge adelige Herren mit Gefolge neben den Höfen auch an die Universitäten führten, wo sie auf der Grundlage ihrer durch Hauslehrer erworbenen Grundbildung sich sofort in die oberen Fakultäten einschrieben. Wie schon den Standesstudenten des späten Mittelalters, war den reisenden weltlichen wie geistlichen Herren am Erwerb akademischer Grade nichts gelegen. Dies scheint im frühen 19. Jahrhundert zumindest partiell anders geworden zu sein. Jetzt schien den Universitäten, genauer der Inanspruchnahme der Universitäten durch die adelig-militärische Elite, erstmals eine nennenswerte Rolle innerhalb der preußisch-nationalpolitischen Selbstvergewisserung zuerkannt worden zu sein.

Wenn die Initiative Wilhelm von Humboldts und die Gründung der Berliner Universität 1810 als die entscheidende, streng genommen als die erste grundlegende Zäsur in der Geschichte der Universität gelten soll, so scheint sie trotz ihrer weitreichenden Wirkungen und Folgen schon in der eigenen Zeit dennoch erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer breiteren historischen Rezeption geführt zu haben. Noch immer von Personalität und Ortsbezug wie auch von einer Legitimation aktueller Verhältnisse aus der Tradition gekennzeichnet, entstand damit eine Universitätsgeschichtsschreibung im engeren Wortsinn zum wiederholten, wenn auch nicht zum ersten Mal nach den Vorläufern des 17. Jahrhunderts.

---

57 Hans David Ludwig von York: Graf von Wartenburg. Eine Biographie. Hamburg 1863, S. 215.

## 7. Die Universität als Ort historischer Reflexion. Neue Textgattungen

Indem unter der Idee der einen Wissenschaft und nach der Ablehnung als erstarrt geltender mittelalterlicher Traditionen die Grenzen der alten Fakultätsdisziplinen überwunden worden waren, wie sie noch die bedeutenden Universitäten in Halle, Jena und Göttingen, Heidelberg und Leipzig bislang ausgezeichnet hatten, entstanden jetzt an der neuen Berliner Universität zwei disziplinäre Ausdifferenzierungen: in philosophische, juristische und theologische Fachrichtungen einerseits – insoweit noch der alten Ordnung der Fakultäten folgend – und die naturwissenschaftlichen Disziplinen andererseits. Sie kamen jetzt neu hinzu, und bald musste Berlin damit beginnen, Rückstände etwa in den Laborwissenschaften gegenüber anderen Universitäten auf diesem Feld aufzuholen, so etwa in der Chemie gegenüber der Universität Gießen.<sup>58</sup> Bis um 1860 hatte sich das zukunftsweisende System einer zwischen den von der Philosophie dominierten, in historische und philologische Fächer differenzierten Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften unterscheidenden disziplinären Ordnung eingespielt.<sup>59</sup> Die in den Anfängen durch Fichte oder auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) erhobenen Ansprüche einer Vorrangstellung der Philosophie waren um 1860 verloren.<sup>60</sup>

Auch die für eine Reflexion über und eine Produktion von Universitätsgeschichtsschreibung zu veranschlagenden Textgattungen erfuhren im 19. Jahrhundert und erneut seit der Zeit der Befreiungskriege eine folgenreiche Erweiterung. Die Rektoratsreden – universitätsöffentliche Ansprachen von Rektoren bei ihrem Amtsantritt, mitunter auch zu dessen Abschluss, zwischen 1810 und der Mitte des 20. Jahrhunderts – sind als Spiegel dieser Entwicklung beschrieben worden.<sup>61</sup> In den Reden bis zum frühen 20. Jahrhundert sind die jeweils für den Zeitkontext bezeichnende historische Selbstverortung der Universität und die politische Akzentuierung bzw. Indienstnahme ihrer akademischen Festkultur dokumentiert. Ihrer historischen Selbstvergewisserung wegen sind Rektoratsreden als erstrangige Zeugnisse von Universitätsgeschichtsschreibung nach der hier zugrunde gelegten Definition zu verstehen.

Bislang nur in geringem Umfang erschlossen und lediglich ansatzweise er-

58 Vgl. Tenorth: *Genese* (Anm. 41), S. 26.

59 Vgl. ebd., S. 35f.

60 Vgl. ebd., S. 37.

61 Als Nachweis ohne Textwiedergabe: *Rektoratsreden im 19. und 20. Jahrhundert* – Online-Bibliographie. Historische Kommission bei der Akademie der Wissenschaften München, URL: <http://www.historische-kommission-muenchen-editionen.de/rektoratsreden/anzeige/index.php?type=universitaet&id=104> (abgerufen am 23.04.2018); dazu Tenorth: *Genese* (Anm. 41), S. 37.

forscht, können Rektoratsreden geradezu als eigene Gattung innerhalb der universitätsgeschichtlichen Überlieferung gelten. Ein inzwischen abgeschlossenes Projekt von Dieter Langewiesche und Rainer Christoph Schwinges hat die Reden der Rektoren deutscher und Schweizer Universitäten des 19. und 20. Jahrhunderts bibliographisch erfasst.<sup>62</sup>

In Rektoratsreden wird selbst Universitätsgeschichte geschrieben. So hielt der Rektor der Münchener Universität, Philipp Franz von Walther (1782–1849), 1811 einen Vortrag zum Thema *Über den Geist des Universitätsstudiums*.<sup>63</sup> Programmatisch führte er aus, dass

»die Wissenschaft unter diejenigen Gueter des Lebens [gehört], welchen um ihrer selbst willen ein Werth zukommt, der nicht in Beziehung auf ein anderes Gut, als Erwerbsmittel seines Besitzes, zu schätzen ist. Sie will auch von denen, welche ihr angehören, nur um ihrer selbst willen gesucht und geliebt werden [...]«. <sup>64</sup>

Mit wahrer Wissenschaftsliebe zu studieren, heiße, sich nicht »nach den sogenannten Brodstudien« auszurichten.<sup>65</sup> Wortreich wird das Motiv der zweckfreien Wissenschaft wiederholt ausgeführt und doch mischen sich fast unmerklich Begriffe in den Text, die von einer neuen Zeit künden: Dem bürgerlichen Verein als dem zweckorientierten Feld der Gesellschaft gegenüber steht der »Beitritt [...] zu unserm freien wissenschaftlichen Vereinen«, der Universität, die jedem in der Schule Gebildeten zustehe und die »Vollstaendigkeit gleichmaessiger Ausbildung und zweckmaessiger Benuetzung [ihrer] Sammlungen, Apparate und Anstalten« ermögliche.<sup>66</sup> Erkennbar hat sich entsprechend die Auswahl der Disziplinen an der Universität verändert: Die Philosophie wird weiterhin als erste genannt, doch sind ihr die Mathematik, die Geschichte, die Rechtswissenschaft, die Naturwissenschaft, die Biologie und die Arzneykunde, schließlich auch die Theologie in dieser Reihenfolge an die Seite gestellt.<sup>67</sup> Ausdrücklich werden die sogenannten positiven neben den philosophischen Wissenschaften genannt. Walther stellt folgerichtig fest, dass er sich in seinen Ausführungen damit deutlich von den Ideen Schleiermachers entferne, der nur zwei Jahre zuvor mit dem Appell zum Vorrang der Philosophie die Gründung der Universität in Berlin vorbereitet hatte.<sup>68</sup> Was die Universität sei und sein solle,

62 Rektoratsreden im 19. und 20. Jahrhundert (Anm. 61).

63 Philipp Franz von Walther: *Über den Geist des Universitätsstudiums*. Eine Rede bei der öffentlichen Verkündigung der Gesetze an der königlich-baierischen Ludwig Maximilians-Universität. Landshut 1811. Auch online, URL: <http://www.mdz-nbn-resolving.de/urn/resol-ver.pl?urn=urn:nbn:de:bvb:12-bsb10387603-5> (abgerufen am 14.06.2018).

64 Ebd., S. 4.

65 Ebd., S. 16.

66 Ebd., S. 9f.

67 Vgl. ebd., S. 10.

68 Vgl. ebd., S. 13f.

wie sie historisch geworden ist und worin ihre Zukunft liege, war also offenbar nicht mehr einhellige Meinung, sondern durchaus umstritten, und der wesentliche Streitpunkt lag im Verhältnis der Disziplinen zueinander.

Der Geschichtlichkeit der Universitäten, die »seit mehr als 300 Jahren [...] ehrwürdig [seien] durch ihr Alterthum und durch dasjenige, was sie im Verflusse von Jahrhunderten geleistet,« war Walther sich bei alledem bewusst. Allerdings wollte er auch darauf hinweisen, dass wohl andere Universitäten in anderen Reichen früher schöner geblüht hätten als die deutschen, keine aber wie diese »aus dem Geiste der Nation hervorgegangen« seien.<sup>69</sup> In seinem Schlussappell führt er beide Argumentationsstränge zusammen: »Kommilitonen! Dieß sey unsere Losung: Freiheit des wissenschaftlichen Geistes und Gehorsam gegen das Gesetz.«<sup>70</sup>

Wurden in den Münchener Rektoratsreden der 1820er Jahre noch, wie schon bei Walther 1811, die Freiheit der Wissenschaft und des Studiums betont, so dominierte zehn Jahre später ein anderer Ton. In den 1830er Jahren warnten die Rektoren vor revolutionärem Gedankengut, das sich insbesondere an den Universitäten und gegenüber der studierenden Jugend verbreite. Weitere zehn Jahre später war man zunächst um eine Angleichung der Studienverfahren und Prüfungsordnungen zwischen den alten Fakultäten und den neueren Disziplinen der Naturwissenschaften bemüht. 1848 geriet die Antrittsrede des neuen Rektors zu einem flammenden Bekenntnis zur Lehr- und Wissenschaftsfreiheit.

In den 1850er Jahren war hingegen offenbar der Streit zwischen dem Ideal der wahrheits- und erkenntnisorientierten Wissenschaft einerseits und dem nutz- und berufsbezogenen Studium andererseits erneut ausgebrochen: »[D]aß in unseren Tagen die bei Weitem überwiegende Mehrheit der Studirenden die Universität nur zu dem Zwecke und nur in der Absicht besucht, um auf diesem Wege dereinst zu einem öffentlichen Amte zu gelangen«, so klagte Hieronymus von Bayer (1792–1876) in seiner Antrittsrede als Rektor 1852, die er unter den Titel *Über die Bestimmung der Universitäten und den Beruf der Studirenden* stellte.<sup>71</sup> Er wusste allerdings auch darauf hinzuweisen, dass schon bei der Entstehung der Universitäten im Mittelalter neben dem Erkenntnisstreben und der Wissenschaftsliebe die Aussicht, nach absolvierten Studien »eine höhere Stellung« »in Staat und Kirche« erhalten zu können, bereits eine Rolle spielte.<sup>72</sup> Ein

69 Ebd., S. 4f.

70 Ebd., S. 24.

71 Hieronymus von Bayer: *Über die Bestimmung der Universitäten und den Beruf der Studirenden*. München 1852, S. 5f. Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitalesarchiv/reaktoratsunduniversitaetsreden/pdf/30.pdf> (abgerufen am 23.04.2018).

72 Ebd., S. 6.

»studium generale« für die künftigen Akademiker in der Gesellschaft war demzufolge das gern genutzte Angebot der Universitäten in der eigenen Zeit:

»Der Theologe, der Jurist, der Mediciner soll nicht etwa bloß die für seine künftige Praxis unentbehrlichen Disciplinen erlernen; er soll auch den allgemeinen Wissenschaften, der Geschichte, der Philosophie, der Naturkunde Zeit und Eifer zuwenden; er soll nicht als ein isolirter Fachmensch sich um ein öffentliches Amt bewerben dürfen, sondern nur als ein Mann von allgemeiner wissenschaftlicher Bildung.«<sup>73</sup>

Während die Naturkunde selbstverständlich zu jenen »studia generalia« zu zählen war, verwahrte sich Bayer doch gegen die Forderungen von Reformern, denen eine Universalität aller Wissenschaft und zudem noch der Technik vorschwebte.<sup>74</sup> Gegen Universalitätsvorstellungen führte er, historisch argumentierend, die mittelalterlichen Universitäten an, die zunächst, so in Bologna und Salerno, auf bestimmte Fächer spezialisiert gewesen seien. Das Pariser Modell, das trotz Dominanz der Theologie eine umfassende Repräsentation aller Fakultäten erreicht habe, sei an den deutschen Stiftungsuniversitäten übernommen, eine Spezialuniversität hingegen bislang nicht entwickelt worden.<sup>75</sup> Anders als Schleiermacher einige Jahrzehnte zuvor, schlug Bayer vor, die mittelalterliche Tradition der Disputationen wieder aufleben zu lassen, obwohl sie zwischenzeitlich zu reinen Zeremonialakten verkommen seien.<sup>76</sup>

Die erste Antrittsrede des Kirchenhistorikers Ignaz von Döllinger (1799–1890) als Rektor in München 1866 geriet vollends zu einem historischen, überaus detailreichen und streng wissenschaftlichen Vortrag zur Geschichte der Universität in Europa seit ihren Anfängen im Mittelalter bis zur eigenen Gegenwart. »Denn eine Genossenschaft, wie die Universität, lebt und zehrt auch von ihrer Vergangenheit«, so dozierte Döllinger, sofern sie die Fehler früherer Zeiten vermeide, um nicht unterzugehen, wie es in Frankreich geschehen sei, sondern durch den wechselseitigen Austausch zwischen allen Fächern gemeinsam die Wissenschaft pflege.<sup>77</sup>

Schon durch ihren wissenschaftlichen Duktus, den historischen Zugriff, die vergleichende Perspektive und die zurückhaltende Politisierung fällt Döllingers Antrittsrede auf.<sup>78</sup> Aus der europäischen Vergleichsperspektive findet er wei-

---

73 Ebd., S. 8.

74 Vgl. ebd., S. 10.

75 Vgl. ebd., S. 11f.

76 Vgl. ebd., S. 15.

77 Johann Josef Ignaz von Döllinger: Die Universitäten sonst und jetzt. Rectorats-Rede gehalten am 22. Dezember 1866. München 1867, S. 27f. Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitalesarchiv/rectoratsunduniversitaetsreden/pdf/47.pdf> (abgerufen am 23.04.2018).

78 Von der ein halbes Jahr vorher erfolgten Schlacht von Königgrätz, die in Preußen zu nationalpatriotischen Bekenntnissen führte, ist mit keinem Wort die Rede.

terhin zu einer überraschenden Feststellung: Es sei aus vielfacher Erfahrung zu bestätigen, dass Geschichtswerke gewöhnlich nicht bei den Angehörigen derjenigen Gesellschaften Zustimmung fänden, von denen sie handelten, wohl aber bei anderen. So habe er von dem britischen Schatzkanzler William Ewart Gladstone (1809–1898) erfahren, dass dieser die von V. A. Huber verfasste Geschichte der englischen Universitäten schätze als »ein ihm unentbehrliches Werk, welches besser sei als Alles, was in England über den Gegenstand geschrieben worden.«<sup>79</sup> Gemeint ist damit das zweibändige, von dem deutschen Sozialreformer und Professor für abendländische Literatur an der Universität Marburg Victor Aimé Huber (1800–1869) 1839/40 veröffentlichte zweibändige Werk *Die englischen Universitäten. Eine Vorarbeit zur englischen Literaturgeschichte*.<sup>80</sup>

Offensichtlich unbekannt geblieben ist Döllinger hingegen die *Geschichte der Entstehung und Entwicklung der hohen Schulen unseres Erdteils*, die Christian Meiners (1747–1810) in vier Bänden von 1802 bis 1805 veröffentlicht hatte.<sup>81</sup> Von 1772 bis zu seinem Tod 1810 Professor für Weltweisheit an der Universität Göttingen, veröffentlichte Meiners ein ungewöhnlich umfangreiches Werk an Schriften zur Geschichte, Theologie und Philosophie. Mit der Geschichte der hohen Schulen war er seiner Zeit sowohl durch die Gegenüberstellung der Ursprünge im Mittelalter und der Situation der eigenen Gegenwart als auch durch einen entwicklungsgeschichtlichen Vergleich in weit ausgreifendem globalem Zugriff voraus.<sup>82</sup> Seines für die Zeit ungewöhnlich systematischen und strukturierenden Ansatzes wegen wird Meiners' Studie bis heute gewürdigt.<sup>83</sup>

Döllinger nennt neben dem Werk Hubers weitere Untersuchungen deutscher Rechtshistoriker und Historiker, die er für grundlegend hält.<sup>84</sup> Der Schlussappell

79 Döllinger: Universitäten (Anm. 77), S. 39.

80 Victor Aimé Huber: Die englischen Universitäten. Eine Vorarbeit zur englischen Literaturgeschichte. Bde. 1–2. Kassel 1839–1840 [Nachdr. Aalen 1969]. Auch online, URL: [http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10733114\\_00008.html](http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10733114_00008.html) (abgerufen am 15.06.2017).

81 Christian Meiners: Geschichte der Entstehung und Entwicklung der hohen Schulen unseres Erdteils. Bde. 1–4. Göttingen 1802–1805 [Nachdr. Aalen 1973].

82 Friedrich Lotter: Christian Meiners und die Lehre von der unterschiedlichen Wertigkeit der Menschenrassen. In: Geschichtswissenschaft in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe. Hg. von Hartmut Boockmann. Göttingen 1987 (= Göttinger Universitätschriften, Serie A, 2), S. 30–75, bes. S. 40.

83 Walter Rüegg: Vorwort. In: Geschichte der Universität in Europa. Bd. 1. Hg. von Dems. München 1993, S. 13–20, hier S. 15f.

84 Döllinger erwähnt u. a. Leopold Rankes französische Geschichte und die Werke Humboldts, den er als »Naturkundigen wie als Historiker« hervorhebt. Döllinger: Universitäten (Anm. 77), S. 39–43. Unerwähnt lässt Döllinger hingegen die von Ranke initiierte *Geschichte der Wissenschaften in Deutschland*, die sich einem heute als interdisziplinär zu würdigenden Ansatz verpflichtet sah. Zu Rankes Lebzeiten erschienen von dieser 20 Bände, bis 1913 insgesamt 24 Bände. Sie sind heute digital auf der Website der Historischen Kommission bei



Johann Friedrich Ludwig Wachler (1767–1838), Theologe und Historiker und zwischenzeitlich Rektor der Universität Marburg, benennt in seiner zwischen 1812 und 1820 publizierten zweibändigen *Geschichte der historischen Forschung und Kunst die Thätigkeit für Geschichtsstudien auf Universitaeten* am Beispiel einiger deutscher Universitäten als eigenen Gegenstand seiner Ausführungen.<sup>88</sup> Die in neuesten Forschungen zu einzelnen Universitäten, so jüngst zu Halle von Julia Schopferer, zitierten Überlieferungen belegen den chronologischen Befund einer Verdichtung der historiographischen Textproduktion im Laufe des 19. Jahrhunderts.<sup>89</sup> Gleichzeitig erschienen weiterhin Textausgaben mit chronikalischem und vor allem urkundlichem Überlieferungsmaterial zu einzelnen Universitäten, wie die 1857 von Friedrich Zarncke (1825–1891) veröffentlichten *urkundlichen Quellen zur Geschichte der Universität Leipzig in den ersten 150 Jahren ihres Bestehens*.<sup>90</sup>

Anders als an Beispielen aus Preußen aus den 1860er Jahren zu sehen, handelt das von Döllinger zitierte Werk Hubers von 1839/40 aber nicht von der eigenen Universität und ist damit frei von regionalem wie nationalem Impetus, sondern untersucht die englischen Universitäten in einer historischen Untersuchung, die sich als Vorstudie zu einer Geschichte der englischen Literatur versteht.<sup>91</sup> In der englischen wie französischen Historiographie ist die Textgattung der Universitätsgeschichte erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, teils erst in den 1890er Jahren etabliert worden, führte dann aber zur Publikation namhafter, mehrbändiger Werke, die in der gleichzeitigen deutschen Geschichtswissenschaft nur

---

ader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10732181\_00005.html (abgerufen am 15.06.2018); Johann Christian Foerster: Uebersicht der Geschichte der Universitaet zu Halle in ihrem ersten Jahrhunderte. Halle 1799. Auch online, URL: <http://digital.slub-dresden.de/werkansicht/df/56672/1/> (abgerufen am 15.06.2018); Heinrich Gottlieb Kreussler: Geschichte der Universität Leipzig von ihrem Ursprunge bis auf unsere Zeiten. Nebst einem vollständigen Stipendienverzeichnisse. Dessau 1810. Auch online, URL: [http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10733504\\_00009.html](http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10733504_00009.html) (abgerufen am 15.06.2018).

- 88 Ludwig Wachler: *Geschichte der historischen Forschung und Kunst seit der Wiederherstellung der litteraerischen Cultur in Europa*. 2 Bde. Göttingen 1812–1820. Ausgabe von 1818. Auch online, URL: [http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb1044753\\_2\\_00008.html](http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb1044753_2_00008.html) (abgerufen am 15.06.2017); dazu Asa Briggs: *Geschichte und Sozialwissenschaften*. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 3 (Anm. 8), S. 379–406, hier S. 382.
- 89 Julia Schopferer: *Sozialgeschichte der halleschen Professoren 1694–1806. Lebenswege, Netzwerke und Raum als Strukturbedingungen von universitärer Wissenschaft und frühmoderner Gelehrtenexistenz*. Halle 2016 (= *Studien zur Geschichte und Kultur Mitteldeutschlands* 3), die Titelangaben zur Historiographie des 19. Jahrhunderts innerhalb der Nachweise gedruckter Quellen, S. 458–463.
- 90 Friedrich Zarncke: *Die urkundlichen Quellen zur Geschichte der Universität Leipzig in den ersten 150 Jahren ihres Bestehens*. Leipzig 1857 (= *Abhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften* 3).
- 91 Huber: *Die englischen Universitäten* (Anm. 80), Bd. 1, S. X.

wenig Gleichwertiges fanden. Hier ist vor allem an Hastings Rashdalls (1858–1924) 1895 veröffentlichte und bis heute bekannte Geschichte der mittelalterlichen Universitäten zu erinnern, die neben einer differenzierten und chronologisch weit gespannten Institutionengeschichte mit *Student Life in the Middle Ages* ein methodisch auffallend innovatives Kapitel umfasste.<sup>92</sup>

Wenig später, 1901, erschien das auf die deutsche Geschichte konzentrierte mehrbändige Werk *Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich* von Wilhelm Lexis (1837–1914). Auf die Werke von Friedrich Paulsen (1846–1908), Georg Kaufmann (1842–1929) und Franz Eulenburg (1867–1943) zwischen den späten 1880er und den 1910er Jahren ist ebenfalls an dieser Stelle hinzuweisen.<sup>93</sup> Die Dichte der universitätshistorischen Produktion um den Übergang zum neuen Jahrhundert fällt auf. Nicht zuletzt legte der Bibliothekar Wilhelm Adolf Erman (1850–1932) zusammen mit Ewald Horn (1856–1923) 1904/1905 eine dreibändige, dem preußischen Ministerialdirektor und Universitätsreformer Friedrich Althoff (1839–1908) gewidmete *Bibliographie der deutschen Universitäten* für das Schrifttum bis 1899 vor.<sup>94</sup> Sie war das erste Werk ihrer Art und bezeugt die disziplinäre Etablierung der Universitätsgeschichtsforschung.

In der Vorrede zum ersten Band seines Werks zitiert Huber aus einer Rezension Karl Otfried Müllers zu einem Werk Alexander von Humboldts, die in den Göttingischen Gelehrten Anzeigen 1838 erschienen war, den methodischen Anspruch, »daß die Geschichte, die man jetzt so oft zu einer Provinz der Philosophie machen will, in ihrer echten Methode doch so viel mehr Verwandtschaft mit den Naturwissenschaften hat« durch die »scharfe Beobachtung des Erfahrungsmäßigen, Sammlung so vieler einzelner Punkte als aufzufinden möglich ist, [und] Erforschung des gesetzmäßigen Zusammenhangs derselben nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen und Zurückbeziehung auf die gegebenen Grundlagen der allgemein Natur«. <sup>95</sup> Damit nimmt er die disziplinäre Ausdifferenzie-

92 Hasting Rashdall: *The Universities of Europe in the Middle Ages*. Bd. 1.2. Oxford 1895 [Nachdr. mit Neubearb. erstmals 1936, zuletzt Cambridge 2010].

93 Wilhelm Lexis: *Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich*. 4 Bde. Berlin 1904; Friedrich Paulsen: *Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart*. 3. Aufl. Leipzig 1919; Georg Kaufmann: *Geschichte der deutschen Universitäten*. Stuttgart 1888; Franz Eulenburg: *Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart*. Leipzig 1904 (= *Abhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften*); vgl. Briggs: *Geschichte* (Anm. 88), S. 382, 390–395.

94 Wilhelm Erman, Ewald Horn: *Bibliographie der deutschen Universitäten*. Systematisch geordnetes Verzeichnis der bis Ende 1899 gedruckten Bücher und Aufsätze über das deutsche Universitätswesen. 3 Bde. Leipzig, Berlin 1904–1905 [Nachdr. Hildesheim 1965].

95 Huber: *Die englischen Universitäten* (Anm. 80), Bd. 1, S. II, Vorrede. Huber datiert das Zitat auf 1839. Die zitierte Rezension: URL: [https://books.google.de/books?id=Rr1JAQAAMAAJ&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs\\_ge\\_summary\\_r&cad=0#v=onepage&q=%20erfahrungsmäßigen&f=false](https://books.google.de/books?id=Rr1JAQAAMAAJ&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_ge_summary_r&cad=0#v=onepage&q=%20erfahrungsmäßigen&f=false), S. 362 (abgerufen am 15.06.2017).

rung an den Universitäten seiner Zeit auf. Obwohl Huber betont, die Geschichte der englischen Universität darstellen zu wollen, weder der Wissenschaft und der Literatur noch der Gelehrten und Literaten,<sup>96</sup> so bietet er doch eine gründlich gearbeitete historische Darstellung der (modern gesagt) Institutionen- und Verfassungsgeschichte der englischen Universitäten im Kontext der europäischen Universitätsgeschichte seit ihren mittelalterlichen Anfängen.

1871, zehn Monate nach der Kaiserkrönung Wilhelms I. in Versailles, konnte Döllinger erneut und, wie er betont, für ihn unerwartet, eine Antrittsrede als Rektor der Universität München halten. »Welchen Einfluß wird die neue Ordnung der Dinge auf die Universitäten ausüben, welche Anforderungen an sie stellen?«, so lautete seine Frage jetzt.<sup>97</sup> Nur auf den ersten Blick nimmt er jene nationalen Töne auf, die ansonsten in der Zeit vorherrschten. An Beispielen aus dem Mittelalter erklärt er die brisante Situation, wonach Frankreich den einst gegen England gerichteten Hass nun auf Deutschland übertrage. Dennoch spricht er sich deutlich für eine friedliche Nachbarschaft zu Frankreich aus und betont die früheren Leistungen der Wissenschaft und Literatur wie auch der »Popularisierung« von Fachwissen und das lebendige Geschichtsinteresse in Frankreich.<sup>98</sup> Allerdings rügt Döllinger auch, wiederum mit zahlreichen Titelnachweisen und Zitaten belegt, die seit dem 17. Jahrhundert in Frankreich übliche »Geschichtsfälschung« und den »schädigenden Einfluß tendenziöser Geschichtsschreibung«, die sich in Schulbüchern wie in wissenschaftlichen Abhandlungen finde.<sup>99</sup> An dieser Stelle bereits in tendenzielle Polemik ableitend, verlässt Döllinger den zuvor sachlichen Duktus seiner Ausführungen. Als »romanische« Machenschaft und wiederum als gegen Deutschland gerichtete »ungesunde, gefälschte und lügenhafte Geschichtsbehandlung und Literatur« kennzeichnet er das am 18. Juli 1870 von Papst Pius IX. (1792–1878) verkündete Dogma *Pastor Aeternus*, das sogenannte Unfehlbarkeitsdogma.<sup>100</sup> Döllinger reiht das Dokument ein in die lange Reihe der Verfolgungen wissenschaftlicher Freiheit durch die katholische Kirche. Diese Positionierung prägt die Erinnerung an Döllinger bis heute. Seine scharfen Äußerungen gegen das Dogma trugen ihm noch im selben Jahr die Exkommunikation ein. Er wurde dennoch zwei Jahre

96 Huber: Die englischen Universitäten (Anm. 80), Bd. 1, S. XI.

97 Johann Josef Ignaz von Döllinger: Die Bedeutung der großen Zeitereignisse für die deutschen Hochschulen. [Rede zum Rektoratsantritt], 25. 11. 1876. In: Akademische Vorträge. München 1891, Bd. 3, das Zitat S. 12. Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitalesarchiv/rektoratsunduniversitaetsreden/pdf/52.pdf> (abgerufen am 23.04.2018).

98 Ebd., S. 12–14, 16.

99 Ebd., S. 19f., das Zitat S. 19.

100 Ebd., S. 20f.

später erneut zum Universitätsrektor gewählt und 1873 zum Akademiepräsidenten berufen.

Döllinger sah sich in einem Kampf um die Prinzipien insbesondere der historischen Wissenschaft. Deren Beschreibung in der Rektoratsrede von 1871 könnte als Manifest der Schule des Historismus gelten.<sup>101</sup> Er scheint mit diesem Text zugleich aber die Reihe der sowohl wissenschaftspolitisch als auch wissenschaftsmethodisch programmatischen Antrittsreden beendet zu haben. Nur noch einmal, 1876, hat Alois von Brinz (1820–1887) *Ueber Universalität* gehandelt. Im Ganzen zurückhaltend gegen jeden Absolutheitsanspruch, der mit diesem Begriff verbunden sein kann, dozierte er in seiner kurzen Abhandlung über Repräsentanten universalen Wissens seit Aristoteles, auch im Mittelalter und bis zur Frühen Neuzeit. Im Verhältnis der Disziplinen der Philosophie, Theologie, Jurisprudenz, der Philologien und der Naturwissenschaft oder Physik attestierte er allen Fächern einen Anteil an universalem Wissen und sieht die Universitäten als einzige Orte, um die »Verbindung der realistischen mit humanistischen Studien« leisten zu können, wie sie ein »Bedürfnis unserer Zeit« sei.<sup>102</sup>

In den folgenden Jahren widmeten sich die Rektoratsreden in München vor allem besonderen Fragen der wissenschaftlichen Forschung oder einzelner Disziplinen. In Leipzig hingegen sind die seit dem Jahr 1871 zugänglichen Rektoratsreden nur im Kriegsjahr noch von patriotischem Pathos eingeleitet, dann aber durchgängig als sachliche, gelegentlich mit statistischen Angaben zur Entwicklung der Universität versehene Berichte gefasst. Häufig stellten die Rektoren, so wie in München seither auch, in den Antrittsreden ihre eigenen Arbeitsgebiete und deren fachliche Diskurse vor.<sup>103</sup> Wissenschaftspolitische wie methodische Ausführungen scheinen in Leipzig keine prägende Rolle gespielt zu haben. Eher selten, so 1873, wurden Hinweise auf die Gefahren des »Kosmopolitismus« und Mahnungen zur Konzentration auf die »Bedürfnisse der Nati-

---

101 Vgl. ebd., S. 23f., 31f.

102 Alois von Brinz: *Ueber Universalität*. [Rede zum Rektoratsantritt], 25.11.1876. München 1876, S. 13. Auch online, URL: [http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitales\\_archiv/rektoratsunduniversitaetsreden/pdf/57.pdf](http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitales_archiv/rektoratsunduniversitaetsreden/pdf/57.pdf) (abgerufen am 23.04.2018).

103 Vgl. Andreas Krummenacher: »In einem öffentlichen Vortrag soll Rechenschaft abgelegt werden«. Die Rektoratsreden und Rektoren am Beispiel der Universitäten Basel und Bern im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: *Universität im öffentlichen Raum*. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2008 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10), S. 347–364, hier S. 348: »Rektoratsreden (discours rectoraux) gehören an allen Universitäten des deutschen Sprachraums und der französischsprachigen Schweiz seit dem 19. Jahrhundert zu den zentralen Ereignissen«. Krummenacher unterscheidet die verschiedenen feierlichen Anlässe für die Durchführung von Rektoratsreden, S. 349, und das favorisierte Themenspektrum, S. 353f., hier S. 363: »Mit der Zunahme der Rektoren aus den naturwissenschaftlichen Fächern nahm auch die Anzahl wissenschaftlicher Fachvorträge zu.«

on« vorgetragen.<sup>104</sup> Mitunter wurden aktuelle Änderungen mit weiteren Kontexten und grundsätzlichen, auch historischen Erwägungen begründet.

Als der Mediziner Franz Hofmann (1843–1920) 1888 die Etablierung der Hygiene an der Universität Leipzig vorstellte, wählte er dafür den Zugang über universitäre Freiheit einerseits, nationale Geschichte andererseits:

»Der freiheitliche Rahmen der Universitäten gestattet, dass sich denselben neue Fächer und Wissensgebiete einreihen lassen, dass im Sinne einer fruchtbringenden Arbeitsvertiefung Disciplinen sich theilen und abzweigen, und wiederum solche, deren Grundlagen erschöpft oder verbraucht sind sich gänzlich auflösen und verschwinden. [...] Die deutschen Universitäten verkörpern darum in sich alle zeitgemässen Strömungen, und ihre Geschichte ist die Geschichte des Volkes. Zu den Disciplinen, welche erst in ganz neuer Zeit Aufnahme in den Kreis der wissenschaftlichen Lehrfächer gefunden haben, gehört die Hygiene.«<sup>105</sup>

Wenn es seit langem üblich geworden war, die Präsenz der neuen Disziplinen der Naturwissenschaften zu betonen, ihre wissenschaftliche Gleichwertigkeit mit den älteren Disziplinen der Fakultätentradition zu behaupten oder im Gegenzug die damit verbundenen Öffnungen im methodischen Verständnis der Wissenschaft kritisch zu kommentieren, so setzte Hofmann jetzt die Etablierung der naturwissenschaftlich-medizinischen Fächer als geradezu naturgesetzlichen Vorgang voraus.

In gleicher legitimatorischer Absicht, allerdings mit einem deutlich weiteren Horizont, trug der promovierte Philologe und Mediziner Johannes Wislicenus (1835–1902), der in Leipzig als Chemiker berufen worden war, 1893 über die universitäre Karriere seines Faches vor:

»Die Chemie gilt meist [...] als eine junge Wissenschaft. Liegen ihre Anfänge auch mehr als tausend Jahre hinter uns, so sind doch kaum zwei Jahrhunderte vergangen, seit sie sich aus der untergeordneten Stellung einer bloßen Dienerin der Heilkunde und der Technik der Metallgewinnung zum Bewusstsein ihrer besonderen Erkenntnisaufgaben emporarbeitete [...], und so erst zur wirklichen exakten Wissenschaft wurde.«<sup>106</sup>

Eingehend erläuterte er im Folgenden nochmals die überwundene Tradition des mittelalterlichen Aristotelismus und der Wissenschaft der Frühen Neuzeit, um die Errungenschaften, aber auch die Grenzen der modernen Experimentalwissenschaft auszuloten.<sup>107</sup> Wislicenus' Antrittsrede kann wie eine Programm-

104 Adolf Schmidt: [Rede zum Rektoratsantritt], 31. 10. 1873. In: Die Leipziger Rektoratsreden 1871–1933. Hg. von Franz Häuser. 2 Bde. Berlin, New York 2009. Bd. 1, S. 93–104, die Zitate S. 103. Zwischen 1871 und 1875 ist diese Rede die einzige mit politischen Anklängen.

105 Franz Hofmann: [Rede zum Rektoratsantritt], 01.11.1888. In: Die Leipziger Rektoratsreden (Anm. 104). Bd. 1, S. 457–468, das Zitat S. 457.

106 Johannes Wislicenus: [Rede zum Rektoratsantritt], 31. 10. 1893. In: Die Leipziger Rektoratsreden (Anm. 104). Bd. 1, S. 573–588, das Zitat S. 573.

107 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 575–587.

schrift jener universitären Naturwissenschaften gelesen werden, die als Reflex auf die Zeitumstände und aktuellen Anforderungen das Wissenschaftsverständnis der Universität tiefgreifend veränderten. Er selbst griff allerdings in seiner Rede derartige politische Positionen nicht auf, vermied sorgsam jede Fortschrittsattitüde.

Der alte Gegensatz zwischen »Wahrheit«, »Erkenntnis« und »Idealismus« als Wissenschaftsprinzipien auf der einen und dem »Kultus des ›Nützlichen« auf der anderen Seite, der »mit dem Aufschwunge unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens weite Kreise ergriffen« habe, findet sich hingegen zur selben Zeit in den Münchener Antrittsreden weiterhin, so bei Hugo von Ziemssen (1829–1902) 1890.<sup>108</sup> Die Rede ist ein intensiv formulierter Aufruf, die überkommene Tradition von Wissenschaft, gelehrter Bildung, Klassikerlektüre und Sprachpflege nicht zugunsten von dem Zeitgeist geschuldeten Reformen zu opfern. Schon hier klingt die Klage an, dass gewissenhaftes Unterrichten und Leistungsbereitschaft der Studenten, seit jeher Grundlage der Menschenbildung, verloren gingen. Noch deutlicher wurde dazu die Antrittsrede Hermann Pauls (1846–1921) von 1909 in seinen *Gedanken über das Universitätsstudium*.<sup>109</sup> Sie sammeln in teils satirischer Diktion Beobachtungen zu nur noch funktionalem, auf ein Staatsamt zielendem Studieren, zur Vermeidung eigener Lektüre und einem lediglich auf das Bestehen der nächsten Prüfung orientierten Lernen. Zusammen mit der Kritik, zu vielen Personen den Zugang zum Studium und den Aufenthalt an der Universität trotz erkennbarer Unfähigkeit zu erlauben, entsteht der Eindruck einer Verfallsklage, die in dieser Form singulär unter den Rektoratsreden ist.

Mit Ausführungen zumeist über fachspezifische Fragen waren die Münchener Antrittsreden in den ersten beiden Jahrzehnten überschrieben, ohne erkennbaren Unterschied auch in den Jahren des Kriegs und der Republik. Die Leipziger Antrittsreden sind vor dem Weltkrieg ebenfalls neben ihren Berichtsteilen weitgehend von fachlichen Ausführungen geprägt. In den Kriegsjahren allerdings nehmen sie durchweg Bezug auf die Zeitumstände. 1919 stellt der scheidende Rektor, Rudolf Kittel (1853–1929), fest, Universität und Intelligenz stünden nicht mehr hoch im Kurs. Stattdessen sei der seit neuestem »bestehende Wettbewerb zwischen Geist und Arm, zwischen Hirn und Muskel« jetzt »zugunsten des letzteren entschieden. Wer zeitig sein sicheres Brot haben will, soll

---

108 Hugo von Ziemssen: Uebung und Schonung [Rede zum Rektoratsantritt], 22.10.1890. München 1890, S. 5. Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitalesarchiv/reaktoratsunduniversitaetsreden/pdf/71.pdf> (abgerufen am 23.04.2018).

109 Hermann Paul: Gedanken über das Universitätsstudium [Rede zum Rektoratsantritt], 11.12.1909. München 1909. Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitalesarchiv/reaktoratsunduniversitaetsreden/pdf/90.pdf> (abgerufen am 23.04.2018).

nicht studieren oder sich geistig betätigen.«<sup>110</sup> Fortan bis in die frühen 1930er Jahre konzentrierten sich die Antrittsreden der Leipziger Rektoren auf fachliche Fragen der von ihnen vertretenen Disziplinen, was zu tun sie nahezu gleichförmig einleitend als ihre Aufgabe an dieser Stelle benannten. Politische Bezüge tauchen bis zur letzten freien Antrittsrede 1933 nicht auf.

1930 trug der Klassische Philologe Albert Rehm (1871–1949) in München noch ein Plädoyer für eine neuhumanistisch, auch in der Tradition Humboldts geprägte universitäre Bildung vor.<sup>111</sup> Die aus dem Jahr 1933 überlieferten Antrittsreden waren dann bereits von dem Mitvollzug der durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten vorgegebenen Ordnung und der Positionierung der Rektoren zwischen Distanz und Anpassung gekennzeichnet. In München wie in Leipzig endete die Phase der von den Rektoren frei zu konzipierenden Antrittsreden mit der Gleichschaltung der Universitäten im Laufe des Jahres 1933.

## 8. Die Universität und die Innovationen. Chancen und Risiken

Aus Anlass des 100. Geburtstags der Universität Berlin wurde dort 1910 von Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) die Einrichtung von Forschungsinstitutionen ohne Lehrverpflichtung angekündigt und 1911 die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet, Vorgängerin der Max-Planck-Gesellschaft.<sup>112</sup> Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatte sich die universitäre Disziplin der Klassischen Archäologie entwickelt, ungefähr gleichzeitig die Geologie und ihre kartographische Forschung; auch sie profitierten von der Gründung eigenständiger Forschungseinrichtungen.<sup>113</sup>

Insbesondere das Zusammengehen von Industrie und Wissenschaft zeigte endgültig, dass ein praxisbezogenes, auf Nützlichkeit orientiertes Wissen-

110 Rudolf Kittel: [Rede zum Rektoratsende], 31.10.1919. In: Die Leipziger Rektoratsreden (Anm. 104), Bd. 2, S. 1212–1229, die Zitate S. 1229.

111 Albert Rehm: Neuhumanismus einst und jetzt. [Rektoratsrede], 29.11.1930. München 1931 (= Münchner Universitätsreden 22). Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitalesarchiv/rektoratsunduniversitaetsreden/pdf/111.pdf> (abgerufen am 18.12.2017).

112 Heinz-Elmar Tenorth: Transformation der Wissensordnung. Die Berliner Universität von 1900 bis 1945. Zur Einleitung. In: Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010. Bd. 5: Transformation der Wissensordnung. Hg. von Dems. [u. a.]. Berlin 2010, S. 9–49, hier S. 9f.

113 Hadwiga Schörner: Äußerer Zwang und innerer Antrieb. Die Dynamik des Faches Klassische Archäologie während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Reflexive Innenansichten aus der Universität. Disziplinengeschichte zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Hg. von Karl Anton Fröschl [u. a.]. Göttingen 2015, S. 575–585, hier S. 576f.; Otfried Wagenbreth: Geschichte der Geologie in Deutschland. Heidelberg 2015, bes. S. 96.

schaftsverständnis sich durchzusetzen begann. Im weiteren Verlauf der Entwicklung differenzierte sich das Spektrum der an der Universität vertretenen Fächer weiter aus. Staatliche Förderung unterstützte die Stärkung beispielsweise der Chemie, die zuvor außer in Gießen kaum an deutschen Universitäten prominent vertreten war, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.<sup>114</sup> Die Zoologie selbstständigte sich gegenüber der Medizin.<sup>115</sup> Neue Institutionen akademischer Ausbildung traten neben die Universitäten: seit dem späten 18. Jahrhundert Bergakademien, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts polytechnische Institute, in der zweiten Hälfte die ersten von der Industrie unterhaltenen eigenständigen Forschungsinstitute.<sup>116</sup>

In seinem methodischen Selbstverständnis vermochte das neue erweiterte Wissenschaftsverständnis an die Ideale einer reinen, nur der Erkenntnis verpflichteten Wissenschaft durchaus anzuknüpfen, obwohl es den Vorranganspruch der philosophisch bestimmten Geisteswissenschaft erkennbar überwand. Heinz-Elmar Tenorth resümiert:

»In der Phase der Gründung und in den Intentionen der Gründer [der Universität Berlin] kam den historisch-philosophischen Reflexionen über Wissen und der Arbeit an der nationalen Identitätsstiftung – Bildungserwartungen also – ohne Zweifel eine Leitfunktion in der Legitimation der Universität zu, im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts verschiebt sich, nicht zufällig mit der Durchsetzung des Forschungsimperativs, diese Rolle hin zu den Naturwissenschaften.«<sup>117</sup>

Wenn heute in dieser Entwicklung der Beginn der modernen Forschungsuniversität gesehen wird, so mag die Zeit um 1900 eine ähnlich tiefgreifende Zäsur in der (jedenfalls deutschen) Universitätsgeschichte gewesen sein wie 100 Jahre zuvor die Reformen Humboldts. Nach Lutz Raphael war die Zeit von 1880 bis 1914 geprägt von einem Professionalisierungsschub von Geschichtsschreibung und historischer Forschung, der sogar als international nachweisbares Phänomen zu verstehen ist.<sup>118</sup>

114 Vgl. Matthias Wogens: Wissensgesellschaft und Industrialisierung der Wissenschaft. Wiesbaden 1997, bes. S. 182–184; Staat, Bergbau und Bergakademie. Montanexperten im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Hg. von Hartmut Schleiff und Peter Konecny. Stuttgart 2013 (= VSWG Beihefte 223).

115 Hans Wilhelm Bohle: Von der Naturgeschichte zur Zoologie. Blasius Merrem und die Entwicklung der Zoologie an der Universität Marburg im 19. Jahrhundert (1807 bis 1928). Münster, New York 2015 (= Academia Marburgensis 12).

116 Wogens: Wissensgesellschaft (Anm. 114).

117 Tenorth: Genese (Anm. 41), S. 38f.; vgl. auch Hammerstein: Aufbruch (Anm. 31), S. 13; Wolfgang E. J. Weber: Geschichte der europäischen Universität. Stuttgart 2002, S. 211–214, wonach in den Niederlanden seit dem ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Fakultäten für Naturwissenschaften entstanden.

118 Lutz Raphael: Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart. München 2003, S. 66.

In gelehrten Diskursen und umfangreicher Textproduktion wurde die Selbstvergewisserung des historischen Ortes der eigenen, gegenwärtigen Universität reflektiert.<sup>119</sup> So trug in Vorbereitung auf die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Kirchenhistoriker und »Wissenschaftsmanager« Adolf von Harnack (1851–1930) in einem Briefwechsel vor:

»Wie wir im Mittelalter lediglich eine kirchlich gebundene Wissenschaft hatten, weil die Kirche Geld und Ehren gab, so ist die Gefahr, dass wir nunmehr eine parteipolitische und durch die Großbanken gebundene Wissenschaft bzw. durch die Industrie gebundene erhalten! Die Schöpfung unserer Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist ein energisches Gegenmittel und leitet das Kapital unter der Ägide von Staat und Akademie in ein reinliches Bett.«<sup>120</sup>

Schon seit den 1830er Jahren hatten interessierte Kreise in der Öffentlichkeit begonnen, über ihre Eigeninteressen zunehmend die Universität nicht mehr als Ganzes, sondern selektiv wahrzunehmen. Die Universität in Berlin stand jetzt mehr und mehr in Verbindung zur städtischen Gesellschaft, weniger hingegen zu den politischen Kreisen um den Hof.<sup>121</sup> Zwischen Universität und Akademie war ein Verhältnis der distanzierten Ergänzung entstanden.<sup>122</sup> Durch die politischen Parteibildungen im Vormärz in den 1830er und 1840er Jahren wurden quer zu den Disziplinen die Universitätsangehörigen und damit die Universitäten selbst in die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und die Partizipationsbewegung des Bürgertums einbezogen.<sup>123</sup> Sie galten jetzt als politische Professoren und Studenten, die Freiheit und nationale Identität zu schützen halfen.<sup>124</sup>

Um die Jahrhundertmitte begannen zudem Vorstellungen einer nationalpolitischen Weltsicht auch an den Universitäten um sich zu greifen.<sup>125</sup> Auch deshalb

119 Vgl. Gangolf Hübinger: »Schmiede von Nobelpreisträgern« oder Untertanenfabrik? Idee und Institution der deutschen Universität um 1900. In: Die Idee der Universität heute. Hg. von Ulrich Sieg und Dietrich Korsch. München 2005, S. 59–72, bes. S. 59–64, 67.

120 Ebd., S. 67.

121 Hanna Lotte Lund: Die Universität in der Stadt, 1810–1840. Geselligkeit – Kultur – Politik. In: Geschichte der Universität Unter den Linden. Bd. 1: Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin, 1810–1918. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth [u. a.]. Berlin 2012, S. 325–380, hier S. 369.

122 Vgl. Otto Pöggeler: Preußische Kulturpolitik im Spiegel von Hegels Ästhetik. Opladen 1987 (= Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften. Vorträge G 287), S. 16.

123 Hans Rosenberg: Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz. Göttingen 1972 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 3), S. 53f.; Meike Wagner: Theater und Öffentlichkeit im Vormärz. Berlin, München und Wien als Schauplätze bürgerlicher Medienpraxis. Berlin 2013, S. 227.

124 Hammerstein: Aufbruch (Anm. 31), S. 17.

125 Vgl. Jan Surman: Vom »akademischen Altersheim« zur Spitzenforschungsanstalt? Zur Mobilität der Wiener Professoren 1848–1918. In: 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 2: Universität – Politik – Gesellschaft. Hg. von Michell G. Ash und Josef Ehmer. Göttingen 2015, S. 621–648, hier S. 629; Elisabeth Grabenweger: Germanistik

und der politischen Umstände wegen vermochte nach der kleindeutschen Reichsgründung 1871 die Universität in Berlin eine herausragende Frequenz und Stellung zu erreichen, wie generell die Universitäten nach 1870 und nochmals nach 1900 deutlich stärkeren studentische Zulauf fanden.<sup>126</sup> Erst um 1900 kann von einer Weltgeltung der deutschen Universität gesprochen werden.<sup>127</sup>

Schon etliche Jahre zuvor hatte die Industrialisierung zu einer weiteren Auffächerung der Disziplinen geführt, den naturwissenschaftlichen jetzt auch technische Fächer an die Seite gestellt und zur Gründung eigener, zunächst außerhalb, dann auch innerhalb der Universität liegender Forschungs- und Lehrinrichtungen geführt.<sup>128</sup> Weitere Fachgesellschaften und vereinsmäßige Organisationen Interessierter formierten sich.<sup>129</sup> Ihre periodischen Mitteilungen und Journale, so wissenschaftlicher oder naturwissenschaftlicher Vereine, einer naturforschenden oder einer physikalisch-ökonomischen Gesellschaft, bereicherten den Austausch durch Lektüre und vermehrten die wissenschafts- und teilweise auch die universitätshistorische Überlieferung. Die Zeitschriften der vor und um 1900 neu entstandenen und sich jetzt ausdifferenzierenden Disziplinen der Nationalökonomie oder Soziologie dokumentierten neben ihren Fachdiskursen auch die Richtungskämpfe zwischen den verschiedenen Schulen.<sup>130</sup> Bislang noch nicht vergleichend ausgewertet, sind diese Überlieferungen

---

an der Universität Wien – zur wissenschaftlichen und politischen Geschichte des Faches von 1848 bis in die 1960er Jahre. In: *Reflexive Innenansichten* (Anm. 113), S. 297–310.

- 126 Vgl. Fritz Ringer: *Die Zulassung zur Universität*. In: *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 3: Vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945). Hg. von Walter Rüegg. München 2004, S. 199–226, hier S. 203; Christian Tilitzki: *Die Albertus-Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen*. Bd. 1: 1871–1918. Berlin 2012, hier S. 196–198; Hübinger: *Schmiede* (Anm. 119), S. 64f.
- 127 Vgl. Rüdiger vom Bruch: *Universitätsreform als Antwort auf die Krise*. Wilhelm von Humboldt und die Folgen. In: *Idee der Universität* (Anm. 119), S. 43–56.
- 128 Vgl. Gianluca Falaga: *Die Humboldt-Universität*. Berlin 2005, S. 32–36; Wingers: *Wissensgesellschaft* (Anm. 114), S. 82 mit Anm. 1; Lars Ulrich Scholl: *Ingenieure in der Frühindustrialisierung. Staatliche und private Techniker im Königreich Hannover und an der Ruhr (1815–1873)*. Göttingen 1987 (= *Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im neunzehnten Jahrhundert* 10), S. 142.
- 129 Vgl. Elke Behrends: *Technisch-wissenschaftliche Dokumentation in Deutschland von 1900 bis 1945, unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Bibliothek und Dokumentation*. Wiesbaden 1995 (= *Buchwissenschaftliche Beiträge aus dem Deutschen Bucharchiv München* 51), S. 32f.; Karl R. Krierer: *Die Archäologisch-Epigraphischen Mitteilungen aus Österreich (1877–1897)*. In: *Wissenschaftliche Forschung in Österreich 1800–1900. Spezialisierung – Organisation – Praxis*. Göttingen 2015, S. 239–258, hier S. 256.
- 130 Vgl. Rüdiger vom Bruch: *Von der Sozialethik zur Sozialtechnologie? Neuorientierungen in der deutschen Sozialwissenschaft um 1900*. In: *Kultur und Kulturwissenschaft 2. Idealismus und Positivismus*. Hg. von Gangolf Hübinger [u. a.]. Stuttgart 1997, S. 260–276, hier S. 275f.; Klaus Lichtblau: »Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis«. Zur Eigenart des Ästhetischen im kultursoziologischen Diskurs der Jahrhundertwende. In: *ebd.*, S. 86–121.

erstrangige Zeugnisse einer sektoralen, disziplinären und die Brücke zwischen Wissenschaft, Universität und Öffentlichkeit schlagenden Selbstdarstellung und insofern (Zeit-)Geschichtsschreibung der Universität.

Aus dem Versuch einer Vermeidung »absolutistischer« Eingriffe in der Frühneuzeit, vordem kirchlicher Reglementierungen im Mittelalter und wieder in der Zeit der Konfessionalisierung, war eine Grundhaltung der Abwehr äußerer Einflüsse in die Tradition der Universitäten eingegangen. Mit der umfassenden Modernisierung durch Humboldt war die Idee der Freiheit von Wissenschaft und Lehre erstmals institutionell manifest geworden. Zugleich blieb die Universität aber auch dann noch auf ihre Aufgabe im Staat verwiesen.

Diese Aufgabe der Universitäten für den Staat wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend sowohl über die Herausforderungen der Technik und der Naturwissenschaften als auch über die nationale Identität definiert. Politische Selbstpositionierung konnte daraus ebenso folgen wie politische Abstinenz und eine nationalpolitisch motivierte neue Historisierung. Unterschiedliche Formen der Selbstorganisation fachlicher wie sozialer oder politischer Art, Korps, Vereine und Verbindungen ließen ein im Vergleich zu früheren Zeiten vielfältiges, durchaus auch unübersichtliches Tableau entstehen. Viele von ihnen erzeugten eigene Schriftenreihen oder Abhandlungen, in denen sie ihre Erfahrungen und vor allem Weltdeutungen darlegten und verbreiteten.<sup>131</sup>

Das vermeintlich politikferne Selbstverständnis der Universitätswissenschaft zeigte bald wieder die Bereitschaft, sich für die Nützlichkeitspostulate des Staates zu öffnen. Weniger über die Inhalte der Disziplinen, Erkenntnisbegriffe oder Wahrheitsvorstellungen wurde die Bedeutung der Universitäten und ihrer Angehörigen dann definiert, als vielmehr über deren nationale Aufgabe. 1912 hatte der Akademische Senat der Universität München beschlossen, in Erinnerung an das Datum der Reichsgründung am 18. Januar 1871 jährlich einen »dies academicus« zu veranstalten. Als er 1914, ein halbes Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, erstmals stattfand, schlug der Festredner, der Öffentlichrechtler Karl von Stengel (1840–1930), eine weite historische Linie zur eigenen Gegenwart:

»Die Stellung, die gegenwärtig das Deutsche Reich einnimmt, kann aber nur begriffen werden, wenn berücksichtigt wird, wie sehr das deutsche Volk von der Höhe, die es im Mittelalter eingenommen hatte, herabgesunken war und wie lange es gedauert hat, bis Deutschland sich aus der politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht, die mehrere Jahrhunderte auf ihm lastete, zu der ihm gebührenden Stellung wieder durchgearbeitet hat.«<sup>132</sup>

131 Vgl. Charles E. McClelland: Die Studenten an der Friedrich-Wilhelms-Universität. In: Geschichte der Universität Unter den Linden Bd. 1 (Anm. 121), S. 513–566, hier S. 560–566.

132 Karl Freiherr von Stengel: Kaiser und Reich. Festrede. In: Akademische Feier des Reichsgründungstages 1914. Ludwigs-Maximilians-Universität München. München [1914], S. 5–

Alle Schichten des Volks müssten das Erreichte nun sichern helfen, so der die ausführlichen allgemeinhistorischen Erörterungen abschließende politische Appell des Redners:

»Das gilt auch von der studierenden Jugend und vor allem von ihr [...]. Sie, meine Kommilitonen, sind besser daran als wir Älteren [...]. Sie sind nach der Wiedererichtung von Kaiser und Reich geboren; Sie haben das Glück, einem großen und mächtigen Vaterlande anzugehören; erweisen Sie sich dieses Glückes würdig!«<sup>133</sup>

Aus solchem politisch konnotierten Nationalismus entwickelte sich sukzessive eine ethnisch verengte nationale Identitätsvorstellung, die schließlich ihrerseits den Boden bereitete auch für völkischen Antisemitismus.<sup>134</sup> Anhand der Rektoratsreden wurde bereits darauf hingewiesen.

Zu den ihrer politischen Dienstfertigkeit wegen bis heute berüchtigtsten Rektoratsreden aus dem Jahr 1933 gehört bekanntlich jene, die der Philosoph Martin Heidegger (1889–1976) in Freiburg hielt. Seine Ausführungen über den *Wille[n] zum Wesen der deutschen Universität* sind bereits zeitgenössisch durchschaut worden.<sup>135</sup> In der aktuellen Forschung ist in diesem Kontext von einer »Krise des Historismus« gesprochen und die Frage gestellt worden,<sup>136</sup> ob 1933 für ein Ende des Historismus oder für den Wandel des Historismus durch politische Instrumentalisierung stehe.<sup>137</sup>

32, das Zitat S. 5. Auch online, URL: <http://www.universitaetsarchiv.uni-muenchen.de/digitaltalesarchiv/reaktoratsunduniversitaetsreden/pdf/229.pdf> (abgerufen am 23.04.2018).

133 Ebd., S. 31.

134 Vgl. Notker Hammerstein: Universitäten in Kaiserreich und Republik und der Antisemitismus. In: Jüdische Intellektuelle und die Philologien in Deutschland. 1871–1933. Hg. von Wilfried Barner und Christoph König. Göttingen 2001 (= Marbacher Wissenschaftsgeschichte 3), S. 25–34, hier S. 30.

135 Otto Gerhard Oexle: »Wirklichkeit« – »Krise der Wirklichkeit« – »Neue Wirklichkeit«. Deutungsmuster und Paradigmenkämpfe in der deutschen Wissenschaft vor und nach 1933. In: Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich. 1933–1945. Hg. von Frank-Rutger Hausmann. München 2002 (= Schriften des Historischen Kollegs 53), S. 1–20, bes. S. 4f.

136 Richard Laube: Karl Mannheim und die Krise des Historismus. Historismus als wissenssoziologischer Perspektivismus. Göttingen 2004 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 196).

137 Vgl. Otto Gerhard Oexle: Krise des Historismus – Krise der Wirklichkeit. Eine Problemgeschichte der Moderne. In: Die Krise des Historismus. Wissenschaft, Kunst und Literatur 1880–1933. Hg. von Dems. Göttingen 2007 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 228), S. 11–116, hier S. 106f. mit dem Hinweis auf die Aussage Heideggers, mit der nationalsozialistischen Machtergreifung sei der Auflösung der Natur und der Auflösung der Geschichte Einhalt geboten worden; Otto Gerhard Oexle: Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zu Problemgeschichten der Moderne. Göttingen 2011 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 116); Geoffrey Andrew Barash: Heidegger und der Historismus. Sinn der Geschichte und Geschichtlichkeit des Sinns. Würzburg 1999.

Im Kontext des während des 19. Jahrhunderts durch disziplinäre Verdichtung zwischen geisteswissenschaftlichen, historisch-philosophischen und natur- sowie technikwissenschaftlichen Fächern erweiterten Horizonts war an den Universitäten die alte Frage nach der Option zwischen erkenntnis- und nutzorientierter Wissenschaft vielfach neu und in gesteigerter Dringlichkeit gestellt worden. Die Entscheidung blieb unter den Universitätsangehörigen stets umstritten. Mit der Überformung durch politische Ideologie und angesichts der Verschärfung der umgebenden politischen Umstände wurden die Alternativen zunehmend unvereinbar.

Wissenschaftshistorische Forschungen zu Differenzierungsprozessen innerhalb der methodischen Richtung des Historismus zeigen, dass die Diskussion der Universitätsangehörigen und zeitgenössischen Gelehrten über die historische Identität und disziplinäre Programmatik der Universitäten von erheblicher Komplexität waren.<sup>138</sup> Wenn mit der historisch-kritischen Methode seit dem 17. Jahrhundert und mit deren historistischer Professionalisierung seit dem 19. Jahrhundert die Entwicklung der Universitätsgeschichtsschreibung eng verflochten war, und die hier vorgetragenen Beobachtungen legen diesen Schluss nahe, so wird auch ein substantieller Wandel oder eine Krise des Historismus als Zäsur in der Geschichte der Historiographie der Universität zu verstehen sein.

---

138 Vgl. Jüdische Intellektuelle (Anm. 134).

---

Michael Grüttner

## Universitäten in der nationalsozialistischen Diktatur – Stand der Forschung<sup>1</sup>

### Abstract

Die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur bilden mittlerweile den am besten erforschten Abschnitt der deutschen Universitätsgeschichte. Das war nicht immer so. Von vereinzelt Ausnahmen abgesehen haben sich jahrzehntelang weder die Geschichtswissenschaft noch die Politikwissenschaft ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt. Erst in den 1990er Jahren setzte ein grundlegender Wandel ein. Der Aufsatz beschreibt die unterschiedlichen Phasen in der Vergangenheitspolitik der deutschen Universitäten und präsentiert im Hauptteil Ergebnisse der neueren Forschung. Analysiert werden u. a. die neuen institutionellen Strukturen im Zeichen des Führerstaats, das Verhalten der Hochschullehrer unter den Bedingungen der Diktatur und einige Veränderungen, die sich auf fachwissenschaftlicher Ebene vollzogen haben. Abschließend werden noch bestehende Forschungslücken benannt.

### Universities in the Nazi-Dictatorship – Current State of Research

The National Socialist period is the best-investigated period of the history of universities in Germany. This was not always the case. Over several decades, only the rare historian or representative of political studies tackled the subject. The climate finally changed during the 1990s. This paper describes the different stages of German universities' efforts to come to terms with their history. The main part of the article will present new research results, and new institutional structures during the basis of the NS regime, the conduct of university teachers, and changes within the scientific system will be analyzed. Finally, still existing research gaps will be identified.

## 1. Einleitung

Die Geschichte der deutschen Universitäten im »Dritten Reich« ist lange Zeit vernachlässigt worden. Von einigen Ausnahmen abgesehen änderte sich das erst im Laufe der 1980er Jahre. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts setzte dann eine intensive Beschäftigung mit dem Thema ein, aus der zahlreiche Publikationen

---

1 Ich danke der Gerda Henkel Stiftung für die großzügige Förderung meiner Forschungen zur Universitätsgeschichte im »Dritten Reich«.

über einzelne Universitäten, Disziplinen oder Institute hervorgegangen sind. Mittlerweile ist die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur eindeutig der am besten erforschte Abschnitt der deutschen Universitätsgeschichte.

Im Folgenden werde ich zunächst in einem chronologisch strukturierten Überblick die Auseinandersetzung der deutschen Universitäten mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1945 skizzieren. Danach folgen einige Grundtatsachen zur deutschen Universitätsgeschichte im »Dritten Reich«. Der Hauptteil präsentiert wichtige Ergebnisse der neueren Forschung. Dabei unterscheide ich zwischen der institutionellen, der personellen und der fachwissenschaftlichen Ebene.<sup>2</sup> Die Schlussüberlegungen benennen Desiderata der Forschung.

## 2. Der Umgang der Universitäten mit ihrer Vergangenheit

Die Vergangenheitspolitik der deutschen Universitäten lässt sich in vier verschiedene Phasen einteilen. Die *erste Phase* beginnt nach Kriegsende und reicht bis in die 1950er Jahre hinein. Sie war geprägt durch die vollständige oder partielle Zerstörung der meisten Universitäten in der Endphase des Kriegs und die alliierte Besatzung, durch die Politik der Entnazifizierung, die jahrelang wie ein Damoklesschwert über den Köpfen zahlreicher Hochschullehrer schwebte, schließlich durch die Tendenz vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sich selbst als Opfer der jüngeren Geschichte zu sehen. Unter solchen Umständen war der Wille, die eigene – persönliche oder institutionelle – Vergangenheit selbstkritisch zu reflektieren, gering. Zwar führte die Kritik, die nach 1945 von Vertretern der Besatzungsmächte und von Emigranten, von Gewerkschaftern und linken Journalisten am Verhalten der Universitäten artikuliert wurde, zu öffentlichen Debatten über das »Versagen der Universitäten« gegenüber dem Nationalsozialismus.<sup>3</sup> Daran beteiligten sich aber hauptsächlich Hochschullehrer wie Karl Jaspers (1883–1969), Franz Böhm (1895–1977), Karl Barth (1886–1968), Gerhard Ritter (1888–1967) oder Franz Schnabel (1887–1966), die nach 1933 von den Nationalsozialisten entlassen oder aus politischen Gründen inhaftiert worden waren – also gerade jene Hochschullehrer, die am wenigsten Grund zur Selbstkritik hatten. Karl Jaspers war es auch, der, ausgestattet mit dem moralischen Kapital des NS-Verfolgten, im Sommer 1945 den Satz prägte, dass

---

2 In Anlehnung an Dieter Langewiesche: Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus. Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung. In: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 618–646, hier S. 619f.

3 Vgl. Barbara Wolbring: Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949). Göttingen 2014, S. 270–303.

»der Kern der Universität in der Vergangenheit standgehalten« habe<sup>4</sup> – eine Aussage, die so oder ähnlich in den kommenden Jahren noch öfter zu hören sein würde.

Die zweite Phase umfasst die 1960er und 1970er Jahre. Sie begann im Vorfeld der Studentenbewegung, als einige Studierende anfangen, belastendes Material über die politische Vergangenheit verschiedener Hochschullehrer zu veröffentlichen. So publizierte Rolf Seeliger seit 1964 unter dem Titel *Braune Universität* eine Reihe von Broschüren, die einschlägige Professorentexte aus den 1930er Jahren mit Stellungnahmen der Verfasser aus den 1960er Jahren verknüpften.<sup>5</sup> In mehreren Universitätsstädten, u. a. in Tübingen und Göttingen, veröffentlichten Studentenzeitschriften Artikel oder ganze Hefte über die Hochschulen im »Dritten Reich«. Darauf reagierten die Universitäten München und Tübingen sowie die FU Berlin mit Vorlesungsreihen, die 1965/66 als Sammelbände publiziert wurden. Die Beiträge, die von sehr unterschiedlicher Qualität waren, basierten entweder auf persönlichen Erinnerungen oder auf der Analyse zeitgenössischer Publikationen, nicht auf der Auswertung von Archivalien. Zu den Autoren gehörten u. a. Karl Dietrich Bracher (1922–2016), Wolfgang Abendroth (1906–1985), Eberhard Lämmert (1924–2015), Kurt Sontheimer (1938–2005), Hans Rothfels (1891–1976) und Ralf Dahrendorf (1929–2009).<sup>6</sup> Auf diese Publikationen antwortete einer der intellektuellen Vordenker der Studentenbewegung, Wolfgang Fritz Haug, mit einer beißenden Kritik, die als Buch unter dem griffigen Titel *Der hilflose Antifaschismus* erschien und innerhalb kurzer Zeit drei Auflagen erlebte.<sup>7</sup>

1967/68, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, wurde die Universitätsgeschichte dann vollends zu einem Spielball politischer und hochschulpo-

---

4 Vgl. Karl Jaspers: Die Antwort an Sigrid Undset, mit Beiträgen über die Wissenschaft im Hitlerstaat und den neuen Geist der Universität. Konstanz 1947, S. 18.

5 Vgl. Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Hg. von Rolf Seeliger. Bd. 1–6. München 1964–1968. Erst seit wenigen Jahren ist bekannt, dass das Material teilweise vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR stammte, mit dem Seeliger (Deckname: »Gemse«) seit 1962 eng zusammengearbeitet hat. Vgl. Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Hg. von dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 2013, S. 188 f.

6 Vgl. Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Hg. von Andreas Flitner. Tübingen 1965; Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin 1966; Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. München 1966.

7 Vgl. Wolfgang Fritz Haug: Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und Nationalsozialismus an deutschen Universitäten. 3. überarb. und erg. Aufl. Frankfurt a. M. 1970.

litischer Auseinandersetzungen. Die Studierenden nutzten das nationalsozialistische Erbe der Hochschulen als Mittel zur Delegitimierung der Ordinarienuniversität, während die Professorinnen und Professoren ihrerseits auf Parallelen zwischen der Studentenbewegung von 1933 und der von 1967/68 verwiesen. An einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus war zu diesem Zeitpunkt kaum jemand wirklich interessiert. Zwar entstanden in den 1960er und 1970er Jahren erste größere Monographien zur Wissenschaftsgeschichte der NS-Diktatur. Diese Untersuchungen beschäftigten sich aber meist mit außeruniversitären Institutionen wie dem »Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands«<sup>8</sup>, dem »Amt Rosenberg«<sup>9</sup> oder der SS-Forschungsgemeinschaft »Ahnenerbe«<sup>10</sup>, die bereits 1945 aufgelöst worden waren.<sup>11</sup>

Für das damalige Desinteresse an der Universitätsgeschichte bzw. den Unwillen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, gab es mehrere Gründe: Erstens standen die Akten, insbesondere die Personalakten, für die wissenschaftliche Forschung oftmals nicht zur Verfügung. Dafür sorgten nicht nur die gesetzlichen Schutzfristen, sondern auch manche Archivare, die mehr als nur ihre Pflicht taten, wenn es um Themen dieser Art ging. Sicher ein Extrembeispiel war das Göttinger Universitätsarchiv, wo ein ehemaliges SS-Mitglied bis 1980 darüber wachte, dass die Akten nicht in falsche Hände gerieten.<sup>12</sup> Zweitens hatte ein größerer Teil der damaligen Hochschullehrer seine akademische Karriere während der NS-Zeit begonnen und sich in dieser Zeit nicht selten politisch kompromittiert. Nachwuchswissenschaftler mussten daher befürchten, dass die Beschäftigung mit diesem Thema sich als Karrierekiller erweisen könnte. Drittens kommt sicherlich auch hinzu, dass die 68er-Bewegung in Deutschland, im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, nur wenige professionelle Historikerinnen und Historiker hervorgebracht hat.

Die *dritte Phase* umfasst im Wesentlichen die 1980er Jahre. Rückblickend betrachtet war sie eine Übergangsperiode. Auch in dieser Zeit wurden noch Jubiläumsschriften publiziert, die den Eindruck erweckten, als habe es den Nationalsozialismus gar nicht gegeben – zumindest nicht an der eigenen

8 Vgl. Helmut Heiber: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands. Stuttgart 1966.

9 Vgl. Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970.

10 Vgl. Michael H. Kater: Das »Ahnenerbe« der SS. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. Stuttgart 1974.

11 Einzige bedeutende Ausnahme: Uwe Dietrich Adam: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tübingen 1977.

12 Vgl. Hans-Joachim Dahms: Einleitung. In: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. Hg. von Heinrich Becker [u. a.]. München 1987, S. 48.

Hochschule. Charakteristisch für diese Art der Vergangenheitspolitik waren etwa die 1980 und 1982 publizierten Festschriften zur Geschichte der Universitäten Münster und Würzburg.<sup>13</sup> Daneben entstand nun aber auch eine ganze Reihe von kritischen Studien. Zunächst handelte es sich dabei vielfach um »alternative« Projekte, die in Distanz zur offiziellen Universität konzipiert und publiziert worden waren. Anders als in den 1960er Jahren erreichten einige dieser Arbeiten aber ein beachtliches wissenschaftliches Niveau. Ein gutes Beispiel hierfür ist der 1987 publizierte Sammelband über *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, dessen Autorinnen und Autoren sich überwiegend aus dem akademischen Mittelbau rekrutierten. Druckkostenzuschüsse für diesen Band kamen u. a. vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) der Universität Göttingen, von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und vom Kulturrat der Stadt Göttingen, während die Universität selbst die Publikation offenbar nicht für unterstützungswürdig hielt.<sup>14</sup>

In den 1980er Jahren entstand in Hamburg aber auch das erste offizielle Projekt, mit dem eine Universität interdisziplinär ihre nationalsozialistische Vergangenheit aufarbeitete. Möglich wurde dies durch die Aufhebung der üblicherweise geltenden 60-jährigen Sperrfrist für personenbezogene Archivalien. Universitätsintern war das Projekt zunächst durchaus umstritten. Einzelne Fachbereiche verweigerten ihre Mitarbeit und zeigten keine Bereitschaft, die Fakultätsakten uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.<sup>15</sup>

Faktisch begann eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Universitätsgeschichte im »Dritten Reich« also erst in den 1980er Jahren, obwohl sie zunächst auf wenige Universitäten beschränkt blieb. Entscheidend für diesen Umschwung war zum einen die breite öffentliche Diskussion über die deutsche Gesellschaft in der nationalsozialistischen Diktatur, die 1983, fünfzig Jahre nach der »Machtergreifung«, einsetzte. Nicht minder wichtig war aber auch die Tatsache, dass die Generation derjenigen, die ihre wissenschaftliche Laufbahn in den 1930er Jahren begonnen hatten, nunmehr endgültig aus dem Hochschulleben ausgeschieden war. Das machte es einfacher, sich unbefangen mit einem Thema zu beschäftigen, das einige Jahre vorher noch als problematisch wahrgenommen worden war.

Eine *vierte Phase* setzte um die Mitte der 1990er Jahre ein und ist noch nicht abgeschlossen. Seit etwa 1994/95 haben sich die Publikationen zu diesem The-

---

13 Vgl. *Die Universität Münster 1780–1980*. Hg. von Heinz Dollinger. Münster 1980; *Vierhundert Jahre Universität Würzburg. Eine Festschrift*. Hg. von Peter Baumgart. Neustadt an der Aisch 1982.

14 Vgl. Heinrich Becker [u. a.]: Vorwort. In: *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus* (Anm. 12), S. 5–9, hier S. 9.

15 Vgl. *Hochschulalltag im »Dritten Reich«*. Die Hamburger Universität 1933–1945. Teil I–III. Hg. von Eckart Krause [u. a.]. Hamburg, Berlin 1991.

menbereich geradezu explosionsartig vervielfacht. Als Beschleuniger wirkten diverse Skandale um renommierte Fachvertreter, deren nationalsozialistische Vergangenheit aufgedeckt und mit großer Leidenschaft diskutiert wurde. In der Geschichtswissenschaft standen vor allem die beiden ehemaligen Großordinarien Theodor Schieder (1908–1984) und Werner Conze (1910–1986) im Zentrum solcher Debatten.<sup>16</sup> Das größte Aufsehen erregte aber der Fall des ehemaligen SS-Offiziers Hans Ernst Schneider (1909–1999), der während des Kriegs im »Germanischen Wissenschaftseinsatz« gestanden hatte, bei Kriegsende für tot erklärt worden war und danach unter dem Namen Hans Schwerte eine zweite, sehr erfolgreiche Karriere als Germanist in Erlangen und Aachen startete.<sup>17</sup>

Mittlerweile liegen für die meisten deutschen Universitäten entweder umfangreiche Monographien oder – noch umfangreichere – Sammelbände zu ihrer Geschichte während der NS-Zeit vor. Auch in neueren großen Gesamtdarstellungen zur Geschichte einzelner Universitäten, wie sie in den letzten Jahren etwa in Jena, Freiburg, Leipzig und Berlin publiziert worden sind, werden die Jahre zwischen 1933 und 1945 gebührend berücksichtigt. Selbst für Spezialisten sind die zahlreichen Studien zur Geschichte einzelner Disziplinen, Fakultäten, Institute oder auch einzelner Hochschullehrer während des »Dritten Reichs« nahezu unübersehbar geworden.

Während Historikerinnen und Historiker, die sich in den 1980er Jahren mit diesem Thema beschäftigten, mancherorts noch als »Nestbeschmutzer« galten, haben sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit grundlegend geändert. Mittlerweile stehen jene Hochschulen, die bislang keine oder nur geringe Aktivitäten zur Aufarbeitung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit entwickelt haben, erkennbar unter Handlungsdruck. Es zeichnet sich ab, dass in wenigen Jahren für alle damaligen deutschen Universitäten – vielleicht mit Ausnahme der ehemaligen »Ostuniversitäten« Breslau und Königsberg – größere Arbeiten zu ihrer Geschichte während der nationalsozialistischen Diktatur vorliegen werden.

### 3. Grundtatsachen

1933 bestanden auf dem Gebiet des Deutschen Reichs insgesamt 23 Universitäten. Ihre Zahl stieg im Zuge der nationalsozialistischen Expansionspolitik an. Nach dem »Anschluss« Österreichs wurden zunächst die Universitäten Wien, Innsbruck und Graz in das deutsche Universitätssystem implementiert. 1939

---

16 Vgl. *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Hg. von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle. Frankfurt a. M. 1999.

17 Vgl. *Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen*. Hg. von Helmut König [u. a.]. München 1997.

folgte nach Zerschlagung der Tschechoslowakei die Eingliederung der deutschen Universität Prag. Den Schlusspunkt dieses Prozesses bildete die Gründung der beiden kurzlebigen Reichsuniversitäten in Posen und Straßburg. Insgesamt nahm die Zahl der Universitäten im nationalsozialistischen Deutschland dadurch von 23 auf 29 zu. Die folgende Darstellung konzentriert sich im Wesentlichen auf das »Altreich« in den Grenzen von 1933.

Der Theologe und Wissenschaftspolitiker Adolf von Harnack (1851–1930) hat die Universitäten bekanntlich schon 1905 zu »Großbetrieben« erklärt.<sup>18</sup> Nach heutigen Maßstäben waren die Hochschulen der 1930er Jahre indes relativ kleine und überschaubare Einrichtungen. Der Lehrkörper einer durchschnittlichen Universität umfasste 1935 etwa 250 Personen, die Zahl der Studierenden schwankte im allgemeinen zwischen 2.000 und 3.000. Der Anteil der Studentinnen betrug Mitte der 1930er Jahre etwa 17 %, stieg aber während des Kriegs auf etwa 50 % an. Der Lehrkörper rekrutierte sich ganz überwiegend aus dem protestantischen Bildungs- und Besitzbürgertum und war fast ausnahmslos männlichen Geschlechts. Der Frauenanteil lag am Ende der Weimarer Republik bei 1,2 %.<sup>19</sup>

Die Mehrzahl der deutschen Universitätslehrer stand dem Projekt einer demokratischen Republik ablehnend oder zumindest stark distanziert gegenüber. Die meisten Hochschullehrer trauerten dem untergegangenen Bismarckreich nach und erblickten in der Weimarer Republik hauptsächlich das »beschämende Ergebnis eines verlorenen Krieges« – so rückblickend der Jurist Wolfgang Kunkel (1902–1981).<sup>20</sup>

Mit der antirepublikanischen Haltung verknüpft war ein weit verbreiteter Antisemitismus, der sich vor allem bei Berufungen bemerkbar machte. Allerdings war dies gewiss kein »eliminatorischer Antisemitismus« im Sinne Goldhagens.<sup>21</sup> Denn trotz erwiesener Benachteiligung spielten Juden in der Wissenschaft bis 1933 eine bedeutende Rolle. An den preußischen Universitäten gehörten 1924 etwa 9 % des Lehrkörpers der jüdischen Religionsgemeinschaft an – darunter zahlreiche bedeutende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auffällig ist allerdings, dass die meisten jüdischen Hochschullehrer Privatdozenten oder nichtbeamtete außerordentliche Professoren waren, während im

---

18 Vgl. Adolf von Harnack: Vom Großbetrieb der Wissenschaft. In: Preußische Jahrbücher 119 (1905), S. 193–201.

19 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 524; eigene Berechnungen.

20 Wolfgang Kunkel: Der Professor im Dritten Reich. In: Die deutsche Universität im Dritten Reich (Anm. 6), S. 107.

21 Vgl. Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996.

eigentlichen Kernbereich des Lehrkörpers, unter den Ordinarien, die Zahl der Juden auf einen relativ kleinen Kreis beschränkt blieb.<sup>22</sup>

Nur wenige Hochschullehrer waren vor 1933 Mitglieder der NSDAP. Parteipolitisch neigten sie stattdessen zu den Deutschnationalen oder zur nationalliberalen Deutschen Volkspartei.<sup>23</sup> Als Gruppe gehörten die Hochschullehrer daher zu jenen traditionellen Eliten, die einen signifikanten Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Republik leisteten, ohne am Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung in nennenswerter Weise beteiligt gewesen zu sein.

Demgegenüber haben die Studierenden sich sehr früh und mit besonderem Enthusiasmus dem Nationalsozialismus zugewandt. Schon bei den Wahlen für die Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) von 1931 avancierte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) an den meisten deutschen Hochschulen zur stärksten politischen Kraft. 1931 entschieden sich an den Universitäten insgesamt 44,6 % aller studentischen Wählerinnen und Wähler für die nationalsozialistischen Listen, 1932 waren es sogar 49,1 %.<sup>24</sup> Tatsächlich zeigten die Studierenden sich schon vor dem Aufstieg der NSDAP äußerst empfänglich für völkische Ideologien. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich ein erheblicher Teil von ihnen einem aggressiven Nationalismus zugewandt, der in aller Regel auch mit starken antisemitischen Ressentiments verbunden war.<sup>25</sup> Nach 1919 radikalisierte und verbreiterte sich diese Tendenz.<sup>26</sup>

Anfang der 1930er Jahre befanden sich die deutschen Hochschulen in einer schweren Krise. Erst vor dem Hintergrund dieser Krise wird die relativ reibungslose Gleichschaltung der Hochschulen von 1933/34 verständlich. Dies war zum einen eine finanzielle Krise. Allein zwischen 1930 und 1932 wurden die staatlichen Aufwendungen für die Universitäten um mehr als ein Drittel gekürzt. Sie war zweitens eine Legitimationskrise, hervorgerufen durch die zunehmende Kritik, gerade auch von studentischer Seite, an der »Lebensabgewandtheit« und der zunehmenden Aufsplitterung der Wissenschaft.<sup>27</sup> Drittens handelte es sich

---

22 Vgl. Michael Grüttner: Der Lehrkörper 1981–1932. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth und Dems. Berlin 2012, S. 171–185.

23 Vgl. Michael Grüttner: Die Universität in der Weimarer Republik. In: Berliner Universität (Anm. 22), S. 67–186, hier S. 144–149.

24 Vgl. Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich. Paderborn 1995, S. 53–60, 496f.; Anselm Faust: Der Nationalsozialistische Studentenbund. 2 Bde. Düsseldorf 1973.

25 Vgl. Konrad H. Jarausch: Students, Society and Politics in Imperial Germany. Princeton 1982, S. 333–392.

26 Vgl. Jürgen Schwarz: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Berlin 1970.

27 Vgl. etwa Andreas Feickert: Studenten greifen an. Nationalsozialistische Hochschulrevolution. Hamburg 1934, S. 15–19.

um eine Krise des wissenschaftlichen Nachwuchses. Etwa seit der Jahrhundertwende hatte sich im Lehrkörper der Universitäten der Anteil der nichtbeamteten Hochschullehrer fast kontinuierlich erhöht. Im Sommersemester 1932 standen von mehr als 5.000 Professoren und Privatdozenten nur 45 % in einer beamteten Stellung. Die übrigen 55 % hatten oft nur ein relativ kärgliches Auskommen und wenig Hoffnung, dass sich daran in Zukunft viel ändern würde. Von den Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren der philosophischen Fakultäten konnte nach Berechnungen des Hochschulverbandes Anfang der 1930er Jahre nur etwa ein Drittel darauf hoffen, jemals einen Lehrstuhl zu erhalten, an den medizinischen Fakultäten war es sogar nur ein Siebtel.<sup>28</sup>

#### 4. Institutionen

Die institutionelle Ebene war zum einen geprägt durch die Gründung neuer nationalsozialistischer Organisationen und Institutionen, die hochschulpolitische Führungsaufgaben übernahmen und bald auch in allen wichtigen Universitätsgremien präsent waren, zum anderen durch die Einführung des »Führerprinzips« und die damit verbundene Beseitigung demokratischer Strukturen, soweit man davon an den Universitäten vor 1933 reden konnte.

Zu den neuen nationalsozialistischen Institutionen, die zwischen 1933 und 1936 gegründet wurden, gehörten das Reichserziehungsministerium unter Bernhard Rust (1933–1945),<sup>29</sup> der NS-Dozentenbund unter Walter Schultze (1894–1979),<sup>30</sup> die Hochschulkommission der NSDAP,<sup>31</sup> die Dozentschaften, das Amt Wissenschaft in der Dienststelle des Parteideologen Alfred Rosenberg (1893–1946)<sup>32</sup> und zeitweise auch Organisationen wie der NS-Ärztebund oder der NS-Lehrerbund. Daraus entwickelten sich die für das »Dritte Reich« typischen polykratischen Strukturen. Da Hitler sich nicht für Hochschulpolitik interessierte und da die Kompetenzen der verschiedenen NS-Institutionen kaum

---

28 Vgl. Friedrich Solger: Die Statistik des Hochschulverbandes über den akademischen Nachwuchs. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes 11 (1931), S. 2–11.

29 Vgl. Anne Christine Nagel: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945. Frankfurt a. M. 2012.

30 Vgl. Anne Christine Nagel: »Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule« – Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund in der Wissenschaftspolitik des Dritten Reichs. In: Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Hg. von Joachim Scholtyseck und Christoph Stoldt. Berlin 2008 (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 9), S. 115–132.

31 Vgl. Michael Grüttner: Die Hochschulkommission der NSDAP. In: Medizinische Fakultäten in der deutschen Hochschullandschaft 1925–1950. Hg. von Ursula Ferdinand [u.a.]. Heidelberg 2013, S. 29–43.

32 Vgl. Bollmus: Amt Rosenberg (Anm. 9).

voneinander abgegrenzt waren, kam es schon bald zu erbitterten Machtkämpfen zwischen den verschiedenen für Hochschulpolitik zuständigen Staats- und Parteistellen, die bis in die Kriegsjahre hinein andauerten.

Mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen war eine Zentralisierung der Hochschulpolitik verbunden, die bis dahin weitgehend Ländersache gewesen war. Über Berufungen, die Verleihung der *Venia Legendi*, die Ernennung von Rektoren und über Disziplinarangelegenheiten wurde nunmehr auf Reichsebene entschieden. Gleichwohl spielten lokale und regionale Instanzen auch weiterhin eine Rolle. Das gilt für die nichtpreußischen Kultusministerien ebenso wie für die Gauleiter der NSDAP, die mitunter ganz erheblichen Einfluss auf die Geschehnisse der Universitäten nahmen.

Die Struktur der deutschen Hochschulen wurde bereits im Jahre 1933 von den Kultusministerien der Länder per Runderlass grundlegend verändert. Dazu gehörte die vollständige oder teilweise Entmachtung der bisherigen Selbstverwaltungsgremien (Senate und Fakultäten). Stattdessen avancierten nunmehr die Rektoren zu »Führern« der Hochschulen, die Dekane zu »Führern« der Fakultäten. Die Rektoren wurden nicht mehr von ihren Kollegen gewählt, sondern vom Reichserziehungsministerium nach Absprache mit der Partei ernannt. Der Rektor wiederum war für die Ernennung der Dekane zuständig.

Hellmut Seier hat schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass der allmächtige Führer-Rektor in der Realität letztlich eine Fiktion geblieben ist.<sup>33</sup> Denn die örtlichen Funktionäre des NS-Dozentenbundes und des NS-Studentenbundes zeigten oft wenig Bereitschaft, sich dem Rektor unterzuordnen, sondern bildeten faktisch Nebenregierungen, was naturgemäß zu häufigen Konflikten führte. Zudem wussten die Rektoren und Dekane, dass ihre Amtszeit in der Regel auf einige wenige Jahre beschränkt bleiben würde. Viele von ihnen, aber keineswegs alle, zogen es daher vor, ihre Kollegen nicht durch diktatorisches Verhalten vor den Kopf zu stoßen. Aus der Tatsache, dass der Rektor in der Realität nicht zur allmächtigen Führer-Figur mutierte, darf aber nicht geschlossen werden, dass letztlich alles beim Alten geblieben sei. Vielmehr wurde mit der Etablierung des Führerprinzips sichergestellt, dass fortan sämtliche Führungspositionen an den Hochschulen mit Nationalsozialisten oder zumindest mit regimennahen Hochschullehrern besetzt werden konnten. Das war ein bedeutsamer Schritt im Prozess der Gleichschaltung der Universitäten.

In der Praxis hatte die Umstrukturierung der Hochschulen nach der »Machtergreifung« vor allem zwei Konsequenzen: Erstens eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse von den Hochschulen zur Staats- und Parteibürokratie. Mit diesem Autonomieverlust ging zweitens eine partielle Entmachtung

---

33 Vgl. Hellmut Seier: Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), H. 2, S. 105–146.

der Ordinarien einher, die bis 1933 die Hochschulen beherrscht hatten. Vor Ort, an den einzelnen Universitäten, stärkten die neuen Machthaber stattdessen demonstrativ die Position des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Nichtordinarien.

## 5. Personen und Statusgruppen

Anders als in Italien, wo die Faschisten zunächst von einer gründlichen »Säuberung« der Hochschulen Abstand nahmen, setzte die Vertreibung unerwünschter Hochschullehrer an den deutschen Universitäten bereits im Sommersemester 1933 ein und war erst 1939 weitgehend abgeschlossen. Insgesamt sind zwischen 1933 und 1945 18–19 % des Lehrkörpers der deutschen Universitäten entlassen worden. Wenn man sich die Gruppe der Entlassenen genauer anschaut, dann fällt vor allem auf, dass bei etwa 80 % antisemitische Motive eine Rolle spielten, d. h. es handelte sich um Juden bzw. um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die (teilweise) jüdischer Herkunft waren oder um Hochschullehrer, deren Ehepartner »nichtarisch« war. Die restlichen 20 % waren Angehörige der Linksparteien, Opfer des »Kirchenkampfes«, liberale und konservative Regimegegner sowie Homosexuelle. Die Statistik offenbart außerdem erhebliche Unterschiede zwischen jenen Hochschulen, die aufgrund der Entlassungen mehr als ein Drittel ihres Lehrkörpers verloren (Berlin, Frankfurt), und anderen, die nur marginal von der Säuberungspolitik betroffen waren (Tübingen, Rostock), weil sie schon vor 1933 darauf Wert gelegt hatten, keine Juden zu habilitieren oder zu berufen.<sup>34</sup>

Im Lehrkörper der Universitäten provozierte die staatliche Entlassungspolitik nur schwache Reaktionen. Zwar setzten sich die Fakultäten in einer Reihe von Einzelfällen für bedrohte Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ein – insbesondere, wenn es sich dabei um herausragende Wissenschaftler und beliebte Kollegen handelte, deren Lage nicht aussichtslos erschien. Hingegen scheiterte die Initiative des Hamburger Rektors Leo Raape (1878–1964), der auf der Rektorenkonferenz am 12. April 1933 in Wiesbaden vorschlug, grundsätzlich gegen die Entlassung jüdischer Hochschullehrer zu protestieren. Die Mehrheit der versammelten Magnifizenzen lehnte diesen Vorschlag als »gefährlich und aussichtslos« ab.<sup>35</sup> Selbst Hochschullehrer wie der renommierte Chirurg Ferdinand Sauerbruch (1875–1951), der 1933 vehement für einzelne bedrohte Kolle-

---

34 Vgl. Michael Grüttner, Sven Kinas: Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945. In: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 55 (2007), H. 1, S. 123–186.

35 Helmut Heiber: Universität unterm Hakenkreuz. Teil II, Bd. 1. München 1992, S. 296f.

gen eintrat, teilten grundsätzlich die offizielle Kritik an der angeblichen »Verjudung« der Universitäten.<sup>36</sup>

Eine entlassungsbedingte Verlustquote von 18–19 % rechtfertigt es nicht, von einer »geistigen Enthauptung« Deutschlands zu sprechen, wie in älteren Arbeiten gelegentlich zu lesen ist. Allerdings gibt es gute Gründe anzunehmen, dass der durch die Entlassungen verursachte Verlust an wissenschaftlicher Substanz deutlich größer war als die Zahl der entlassenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vermuten lässt. Insbesondere die Arbeiten von Ute Deichmann und Klaus Fischer zeigen, dass wissenschaftliche Spitzenkräfte unter den emigrierten Naturwissenschaftlern weit überproportional vertreten waren.<sup>37</sup>

Die Massenentlassungen nach 1933 trugen dazu bei, dass die Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses, die vor 1933 ausgesprochen miserabel waren, sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme sprunghaft verbesserten. Wer diese Chancen nutzen wollte, tat allerdings gut daran, seine politische Zuverlässigkeit im Sinne des Regimes unter Beweis zu stellen. Es war charakteristisch für die Personalpolitik des NS-Herrschaftssystems, dass bei allen Entscheidungen neben der wissenschaftlichen Qualifikation auch die politische Einstellung eine wichtige Rolle spielte. Dementsprechend wurden sämtliche Karriereschritte mit einer politischen Überprüfung verknüpft: Berufungen, die Einstellung von Assistenten und die Erteilung von Dozenturen, aber auch die Genehmigung von Auslandsreisen – alle diese Entscheidungen hingen fortan auch von der politischen Beurteilung der Kandidaten ab. Zuständig für diese Beurteilungen war seit 1935 hauptsächlich der NS-Dozentenbund. Wer nicht – zumindest nach außen – den Eindruck »politischer Zuverlässigkeit« vermitteln konnte, hatte keine Chance, eine dauerhafte Position im Wissenschaftsbetrieb zu erhalten. Unter solchen Bedingungen entschieden sich die meisten Nachwuchskräfte, der NSDAP oder einer Parteigliederung beizutreten.

Eine solche Personalpolitik schuf notwendigerweise Konflikte zwischen politischen und wissenschaftlichen Auswahlkriterien. In den ersten Jahren nach der »Machtergreifung« waren die mit Wissenschaftspolitik befassten Staats- und Parteistellen hauptsächlich daran interessiert, möglichst viele einflussreiche Positionen mit zuverlässigen Nationalsozialisten zu besetzen. Bei Berufungen wurden die Fakultäten vielfach übergangen und manchmal gar nicht erst angehört. Vereinzelt kam es in dieser Zeit zu rein politischen Berufungen von

---

36 Vgl. Sven Kinas: Massenentlassungen und Emigration. In: Berliner Universität (Anm. 22), S. 325–404, hier S. 369ff.

37 Vgl. Ute Deichmann: Biologen unter Hitler. Portrait einer Wissenschaft im NS-Staat. Überarb. u. erw. Ausg. Frankfurt a. M. 1995, S. 47f.; Dies.: Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit. Weinheim 2001, S. 138–159; Klaus Fischer: Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), H. 4, S. 541–543.

Außenseitern, bei denen die wissenschaftliche Qualifikation völlig in den Hintergrund geriet. Solche Berufungen waren jedoch auch in dieser Zeit eher selten. Die überwiegende Mehrheit der im »Dritten Reich« berufenen Hochschullehrer konnte durchaus die herkömmlichen Qualifikationsmerkmale – Promotion und Habilitation – vorweisen. Zudem verschoben sich die Bewertungskriterien im Laufe der Zeit: Etwa seit 1936/37 gewannen fachwissenschaftliche Gesichtspunkte stärker an Bedeutung, und die Berufungsvorschläge der Fakultäten erhielten wieder größeres Gewicht.

In der Endphase der NS-Diktatur waren etwa 60–70 % der deutschen Hochschullehrer Mitglieder der NSDAP. Viele andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nicht der Partei angehörten, hatten sich zumindest einer Parteigliederung angeschlossen, etwa der SA oder dem NS-Dozentenbund. Ob solche Beitritte aus innerer Überzeugung oder aus opportunistischen Gründen erfolgten, lässt sich nur im Einzelfall klären. Deutlich erkennbar ist aber, dass die Exponenten einer nationalsozialistischen, einer »kämpfenden Wissenschaft« sich vor allem aus dem Kreis der jüngeren Nichtordinarien rekrutierten. Sie fühlten sich nicht nur von dem Jugendkult des Regimes angesprochen, sondern profitierten auch von seiner Hochschulpolitik.<sup>38</sup> Die älteren, bereits etablierten Hochschullehrer blieben demgegenüber in der Regel kritischer und distanzierter. Unter dem Eindruck der außenpolitischen Erfolge näherten sich aber auch die nationalkonservativen und nationalliberalen Ordinarien alten Schlags zunehmend dem Regime an. Ein ehemals liberaler Historiker wie Percy Ernst Schramm (1894–1970) notierte im Oktober 1938 nach dem Anschluss Österreichs und der Sudetengebiete:

»80 Millionen – ohne Blutvergießen. Das konnte weder Bismarck noch die Jungfrau von Orléans, sondern nur jemand, der beider Fähigkeiten vereinigte. Man ist zu erfüllt, um wieder an die Arbeit zu gehen [...]. Nun ist 1938 also doch das große Jahr unseres Lebens, über das kein weiteres uns hinausheben kann.«<sup>39</sup>

Allen Professorinnen und Professoren gemeinsam war, dass sie unter dem Antiteilnehmertum des Regimes litten, der das Ansehen der Universitäten und das Sozialprestige der Hochschullehrer erheblich beeinträchtigte. Selbst das Reichserziehungsministerium kritisierte 1938 in einem Erlass, dass

»Hochschule und Wissenschaft vielfach in der Öffentlichkeit nach wie vor als Angelegenheiten betrachtet werden, die grundsätzlich und ausnahmslos bemängelt und herabgesetzt werden. Diese Herabsetzung betrifft weniger die wissenschaftliche Leis-

38 Michael Grüttner: Nationalsozialistische Wissenschaftler. Ein Kollektivporträt. In: Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Hg. von Dems. [u. a.]. Göttingen 2010, S. 149–165.

39 Persönliche Aufzeichnung vom 16. 10. 1938, zit. in: Joist Grolle: Der Hamburger Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der Suche nach der Wirklichkeit. Hamburg 1989, S. 33.

tung als vielmehr die allgemeine Wertung der Hochschule, der Wissenschaft und des Studiums. Auf diesen Mangel an öffentlicher Anerkennung ist es u. a. auch zurückzuführen, wenn heute andere Laufbahnen anziehender auf den Nachwuchs wirken als akademische Berufe.«<sup>40</sup>

An diesem Befund änderte sich in den folgenden Jahren nur wenig. Vier Jahre später sprach der Sicherheitsdienst (SD) der SS sogar von einer regelrechten »Flucht aus der Wissenschaft«.<sup>41</sup> Die »zunehmend zu beobachtende *Abneigung des Nachwuchses, den Hochschullehrerberuf zu ergreifen*«, sei auf die Überlegung zurückzuführen, »dass es sich in Anbetracht der ansehensmäßig und finanziell abgewerteten wissenschaftlichen Berufe nicht mehr lohne, sich dem Risiko, der Unsicherheit und der Mühe der Habilitation zu unterziehen.«<sup>42</sup>

## 6. Die fachwissenschaftliche Ebene

Im Folgenden beschränke ich mich darauf, einige Charakteristika der Wissenschaftsentwicklung im »Dritten Reich« knapp zu skizzieren, ohne auf die Entwicklung der einzelnen Disziplinen näher eingehen zu können.

Der Nationalsozialismus ist in der Vergangenheit oft als »wissenschaftsfeindlich« charakterisiert worden. Davon hat die neuere Forschung durchgängig Abstand genommen. Trotz starker antiintellektueller Ressentiments war eine moderne Diktatur wie die nationalsozialistische auf wissenschaftliches Expertenwissen angewiesen und hat es für ihre Zwecke genutzt. Tatsächlich stiegen die staatlichen Aufwendungen für die wissenschaftliche Forschung nach 1933 sogar deutlich an.<sup>43</sup> Zu den Nutznießern dieser Entwicklung gehörten insbesondere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren Etat während der NS-Diktatur erheblich in die Höhe ging.<sup>44</sup> Demgegenüber profitierten die Universitäten weniger von dieser Entwicklung.

40 Erlass des Reichserziehungsministeriums, 23. 2. 1938. In: Die deutsche Hochschulverwaltung. Bd. 1. Hg. von Gerhard Kasper [u. a.]. Berlin 1942, S. 19.

41 Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945. Bd. 12. Hg. von Heinz Boberach. Herrsching 1984, S. 4494f. (23. 11. 1942).

42 Meldungen aus dem Reich (Anm. 41). Bd. 10, S. 3960 (16. 7. 1942). Hervorhebung im Original.

43 Vgl. Michael Grüttner: Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus. In: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Hg. von Doris Kaufmann. Göttingen 2000. Bd. 2, S. 557–585, hier S. 577.

44 Vgl. Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Bd. 1. Göttingen 2007 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 15), S. 191–211.

Zwischen 1931 und 1938 ging die Zahl der planmäßigen Professuren an den Universitäten sogar zurück.<sup>45</sup>

Hier muss jedoch differenziert werden, denn natürlich gab es an den Universitäten Gewinner und Verlierer. Verlierer waren vor allem die Geisteswissenschaften, insbesondere aber die theologischen Fakultäten, deren schrittweise Beseitigung seit 1938 beschlossene Sache war. Allerdings konnte dieser Plan nur partiell verwirklicht werden, da das Regime nach Ausbruch des Kriegs vor einer Konfrontation mit den Kirchen zurückschreckte.<sup>46</sup> Zu den Gewinnern gehörten insbesondere die Naturwissenschaften, deren Expertenwissen im Zuge der Autarkie- und Aufrüstungspolitik besonders gefragt war.

Ganz zweifellos hat das NS-Regime die Freiheit der Wissenschaft erheblich beeinträchtigt. Dahinter stand jedoch nicht eine grundsätzlich feindselige Haltung gegenüber der Forschung, sondern ein instrumentelles Verhältnis zur Wissenschaft. Das heißt: Die neuen Machthaber von 1933 forderten eine Wissenschaft, die für das Regime, für die »Volksgemeinschaft« von Nutzen sein sollte. Charakteristisch für diese Einstellung war ein Artikel, den die SS-Zeitung *Das Schwarze Korps* 1936 veröffentlichte:

»Der tote Wissenskrepel des liberalistischen Jahrhunderts nützt weder dem Volk noch dem Staat, und wir haben keine Lust, noch länger die Anmaßung einiger bezahlter Staatsdiener zu dulden, die unter Berufung auf eine angebliche Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft das Recht fordern, auch weiterhin Dinge treiben zu dürfen, die das Volk nicht interessieren und ihm daher auch nichts nützen.«<sup>47</sup>

Wer als Wissenschaftler im NS-Staat Erfolg haben wollte, tat daher gut daran, die Nützlichkeit der eigenen Forschungen für das Regime zumindest zu behaupten oder sogar unter Beweis zu stellen. Dies war prinzipiell auf zwei Wegen möglich, als Experte oder als Ideologe.

Wissenschaftliches Expertenwissen, etwa für die Autarkiepolitik oder die Rüstungsforschung zur Verfügung zu stellen, galt an den deutschen Hochschulen offenbar durchweg als unproblematisch. Das schloss auch Wissenschaftler ein, die dem Nationalsozialismus eher skeptisch gegenüberstanden.<sup>48</sup> Denn auch vor 1933 galt es nicht nur als legitim, sondern als geradezu selbstverständlich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihr Know-how für

---

45 Vgl. Christian von Ferber: Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954. Göttingen 1956 (= Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer III), S. 195.

46 Vgl. Kurt Meier: Die Theologischen Fakultäten im Dritten Reich. Berlin, New York 1996, S. 436–455.

47 Geschichte – richtig gesehen. In: Das Schwarze Korps. Folge 50, 10. 12. 1936, S. 6.

48 Vgl. Melanie Hanel: Normalität unter Ausnahmebedingungen. Die TH Darmstadt im Nationalsozialismus. Darmstadt 2014, S. 225.

»nationale Interessen« – oder das, was man dafür hielt – zur Verfügung stellten.<sup>49</sup> Daneben spielten aber auch eigene professionelle Interessen der Wissenschaftler eine Rolle. Wer politisch oder militärisch relevante Forschungen betrieb, konnte auf erhebliche materielle Förderung hoffen und hatte in späteren Jahren gute Chancen, den Krieg »unabkömmlich (uk)-gestellt« auf relativ komfortable Weise zu überstehen.

Die ideologische Anpassung widersprach dem vor 1933 allgemein akzeptierten Grundsatz, dass Wissenschaft und Politik voneinander zu trennen seien. Dennoch haben sich die meisten Wissenschaftler in der einen oder anderen Weise auch ideologisch dem Regime angenähert. Sogar in den Veröffentlichungen von Hochschullehrern, die aktiv am Widerstand gegen die Diktatur beteiligt waren, lassen sich Zugeständnisse an den NS-Staat finden. Bei der Analyse solcher Annäherungsprozesse sollte aber sinnvollerweise zwischen verschiedenen Formen der Anpassung unterschieden werden:

1. Anpassung durch Ausblenden. Diese mildeste Variante der Anpassung bestand darin, bestimmte heikle Themen nicht mehr anzusprechen, Namen von Emigranten und anderen Unpersonen nicht länger zu erwähnen, jüdische Kollegen nur noch selten oder gar nicht zu zitieren.
2. Politisierung nach dem Sandwich-Prinzip. Anpassung beschränkte sich in diesem Fall auf gelegentliche politische Botschaften in Vorworten, Einleitungen oder Zusammenfassungen, ohne dass sich an der Substanz der Arbeit etwas änderte.
3. Begriffliche Anpassung an die *Lingua Tertii Imperii* (LTI), die von Victor Klemperer (1881–1960) so eindringlich analysierte Sprache des Regimes. Dazu gehörte das Einsickern von Begriffen wie »artfremd«, »Führer«, »Gefolgschaft« oder »völkisch« in wissenschaftliche Publikationen. Eine Beurteilung solcher Prozesse ist oft schwierig, weil sie, wie man von Klemperer lernen kann, keineswegs immer bewusst verliefen.<sup>50</sup>
4. Anpassung im außerwissenschaftlichen Bereich, durch Parteieintritt oder gelegentliche Zeitungsartikel, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung traditioneller Standards in wissenschaftlichen Publikationen. Ein solches Verhalten reagierte auf die Erwartungen des Regimes und folgte gleichzeitig dem Grundsatz, Wissenschaft und Politik voneinander zu trennen.
5. Anpassung als Paradigmenwechsel durch die Übernahme der nationalsozialistischen Rassenideologie. Ein solcher Schritt war dort, wo er gemacht wurde, ein Bruch mit der wissenschaftlichen Tradition. Zwar existierte ein Rassismus mit antisemitischer Stoßrichtung an den Hochschulen auch schon

49 Michael Grüttner: Die Universität in der Weimarer Republik (Anm. 22), S. 144f.

50 Vgl. Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen. 3. Aufl. Leipzig 1968, S. 232–244.

vor 1933. Dabei handelte es sich aber primär um Ressentiments, nicht um wissenschaftliche Konzepte.

6. Eine bewusste Unterordnung der Forscherinnen und Forscher unter die Politik des Regimes. Hierzu gehörten jene Teile der »Ostforschung« oder »Westforschung«, die darauf gerichtet waren, die expansionistische Politik des Regimes mit wissenschaftlichen Mitteln zu unterstützen, sowie Publikationen, die darauf abzielten, den Krieg zu legitimieren oder die Kriegsgegner zu diskreditieren. Auch im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik, später der Besatzungspolitik und bei der Plünderung von Bibliotheken, Museen oder Archiven in den von der Wehrmacht eroberten Teilen Europas haben Geisteswissenschaftler sich den Machthabern zur Verfügung gestellt.<sup>51</sup>

Zu den populären wissenschaftspolitischen Begriffen der NS-Zeit, insbesondere während der Kriegsjahre, gehörte der Begriff der »Gemeinschaftsforschung«. In Abkehr von einem individualistischen Forschungsbegriff der Vergangenheit bezeichnete dieser Terminus die kollektive, oft interdisziplinäre Arbeit von Wissenschaftlergruppen an politisch bedeutsamen Forschungsprojekten. Bekannte Beispiele nationalsozialistischer »Gemeinschaftsforschung« waren der Zusammenschluss von Agrarwissenschaftlern im »Forschungsdienst«, der die landwirtschaftliche Forschung in den Dienst der Autarkiepolitik stellen sollte,<sup>52</sup> und der von Paul Ritterbusch (1900–1945) im Auftrag des Reichserziehungsministeriums organisierte »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften«.<sup>53</sup> Im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich war die Raketenforschung in Peenemünde das bedeutendste und wissenschaftlich erfolgreichste Beispiel für Gemeinschaftsforschung.<sup>54</sup> Das am stärksten mit den Verbrechen des Regimes verknüpfte Projekt dieser Art war der »Generalplan Ost«, eine Art Masterplan für die künftige »Germanisierung« Osteuropas.<sup>55</sup> Gleichwohl erscheint es zweifel-

---

51 Vgl. Michael Grüttner: Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und die Geisteswissenschaften. In: Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus. Hg. von Holger Dainat und Lutz Danneberg. Tübingen 2003 (= Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur 99), S. 26–30.

52 Vgl. Willi Oberkrome: Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländlichen Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920–1970). Stuttgart 2009 (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 4), S. 115–232.

53 Frank-Rutger Hausmann: »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945). 3. erw. Aufl. Heidelberg 2007 (= Schriften zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 1).

54 Vgl. Michael J. Neufeld: The Rocket and the Reich. Peenemünde and the Coming of the Ballistic Missile Era. New York 1995.

55 Vgl. Isabel Heinemann: Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der »Generalplan Ost« und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im

haft, ob »Gemeinschaftsforschung« als eine originär nationalsozialistische Form wissenschaftlicher Arbeit angesehen werden kann. Vielmehr brachte der Begriff eine allgemeine Tendenz zum Ausdruck, die zu dieser Zeit in allen entwickelten Industriestaaten erkennbar war: die Entwicklung zur Großforschung, zur *Big Science*.<sup>56</sup>

Ein wesentliches Charakteristikum der Wissenschaftsentwicklung im NS-Staat war die moralische Entgrenzung der Forschung, die hauptsächlich während des Kriegs stattfand. Das Resultat dieser Entgrenzung waren wissenschaftliche Experimente mit Lagerhäftlingen, bei denen der Tod der Versuchspersonen entweder billigend in Kauf genommen wurde oder sogar fest eingeplant war.<sup>57</sup> Diese Menschenversuche lassen sich nicht als »Pseudo-Wissenschaft« abtun, sondern waren vielfach Ausdruck eines genuin wissenschaftlichen Forscherdranges, weil bestimmte Probleme der Forschung, etwa die Frage nach der Wirksamkeit neuer Medikamente, auf diesem Wege am einfachsten und präzisesten gelöst werden konnten – anders als bei Tierversuchen, deren Ergebnisse sich nie mit Sicherheit auf Menschen übertragen lassen. Wissenschaftliche Forschung und nationalsozialistische Vernichtungspolitik gingen hier eine Symbiose ein, die einige der grauenhaftesten Episoden der deutschen Wissenschaftsgeschichte hervorbrachte.

## 7. Schlussüberlegungen

Die nationalsozialistische Diktatur markiert den Tiefpunkt der deutschen Universitätsgeschichte. Sie hinterließ Universitäten, deren Gebäude zu großen Teilen zerstört waren, Studierende, die schlecht ausgebildet und oft physisch verlehrt waren, sowie eine Dozentenschaft, die sich vielfach moralisch diskreditiert hatte. Heute sind wir über diesen Zeitabschnitt viel besser informiert als vor 20 Jahren. Gleichwohl bleiben weiße Flecken. So wissen wir von diversen Hochschulen noch immer nicht, welche Angehörigen des Lehrkörpers während der NS-Zeit vertrieben wurden und was aus ihnen geworden ist. Auffällig ist auch, dass viele neuere Universitätsgeschichten zur NS-Zeit im Wesentlichen eine Sammlung von Instituts- und Fakultätsgeschichten sind. Demgegenüber fehlt es

---

20. Jahrhundert. Hg. von Ders. und Patrick Wagner. Stuttgart 2006 (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1), S. 45–72.

56 Vgl. Großforschung in Deutschland. Hg. von Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler. Frankfurt a. M. 1990 (= Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen 1).

57 Als Überblick: Wolfgang U. Eckart: Verbrecherische Humanexperimente. In: Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Hg. von Robert Jütte [u. a.]. Göttingen 2011, S. 124–148.

an instituts- und fakultätsübergreifenden Studien, die systematisch für eine Universität (oder für eine einzelne Disziplin) die Berufungsverfahren der Jahre 1933–1945 analysieren oder sich mit dem Einfluss der Partei auf das universitäre Geschehen beschäftigen. Ein weiteres Desiderat ist die Aufbereitung von Ego-Dokumenten (Tagebücher, Briefe etc.), die deutlich machen, wie Hochschul-lehrer die nationalsozialistische Diktatur subjektiv erlebt haben. Die euphorische Reaktion vieler Wissenschaftler auf die außenpolitischen Erfolge des Regimes in den 1930er Jahren ist gut belegt. Dagegen wissen wir nur sehr wenig darüber, wie diese Wissenschaftler auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs oder auf die aus dem Osten eintreffenden Gerüchte und Nachrichten über die Massenverbrechen des Regimes reagiert haben.



---

Barbara Wolbring

## **Universität für eine demokratische Gesellschaft. Universitäten nach 1945**

### **Abstract**

Nach dem Nationalsozialismus war das Bemühen um eine Reform der Universitäten Teil eines Reform- und Demokratisierungsprozesses, der Staat und Gesellschaft insgesamt erfasste. Während der Beginn der Universitätsreform meist als Entwicklung der 1960er Jahre betrachtet wird, argumentiert dieser Beitrag, dass wesentliche Ziele und Ideen bereits in den ersten Nachkriegsjahren diskutiert wurden. Demokratisierung der Universitätsstrukturen, die Abschaffung des Ordinarienwesens und der Privilegien von Professoren\_innen sowie die Öffnung des Hochschulzugangs für alle sozialen Schichten sind Konstanten der Reformforderungen. Schwerpunkte der Gegenpositionen sind hingegen eine Betonung von wissenschaftlicher Eigenlogik und ein ganzheitlicher Bildungsanspruch.

### **Universities for a Democratic Society. Universities after 1945**

After the fall of Nazi Germany, efforts to reform universities were part of a general movement to reform and democratize German state and society. Although the beginning of university reforms is usually traced back to the 1960s, this paper argues that decisive aims and objectives were already being discussed during the first post-war years. Democratization of university structures, the removal of the German »Ordinarienwesen«, the privileges of German professors, and also giving all social strata access to the universities were consistent demands of the reform movement. Whereas countermovements were mostly oriented towards the inherent logic of research and a wholistic concept of education (»Bildung«).

## **1. Einleitung**

Die Universitäten sollten beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands eine Schlüsselrolle spielen. Darüber herrschte 1945 Einigkeit: Besatzungsoffiziere, Professor\_innen und Studierende, deutsche Politiker\_innen sowie in- und ausländische Journalist\_innen und Publizist\_innen äußerten sich in diesem Sinn. Doch damit hörte die Einigkeit schon fast wieder auf: Was war mit Demokratie gemeint? Wie sollten die Universitäten diese Aufgabe erfüllen? Waren

sie überhaupt in der Lage, das zu tun – materiell aufgrund der Zerstörung und personell nach den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur? In welchem Verhältnis stand dieses Ziel zu anderen Zielen und Aufgaben der Universität oder zu einer – so es sie gibt – universitären oder wissenschaftlichen Eigenlogik? Die Universitäten bedurften selbst der Erneuerung. Von wem sollte diese Erneuerung ausgehen und wie konnte sie erfolgen? Waren die Universitäten gar, statt Motor der Demokratisierung sein zu können, ein Hort antidemokratischer Traditionen und bedurften selbst der Demokratisierung von außen?

Die Debatte über diese Fragen begann unmittelbar nach Kriegsende. Die verschiedenen Gruppen – und innerhalb dieser Gruppen gab es zudem verschiedene politische Fraktionen – hatten dabei unterschiedliche Vorstellungen davon, wie die eben genannten Fragen zu beantworten seien und wie folglich die Universität verändert werden müsse, um zur Demokratisierung Deutschlands beizutragen.

Die Auseinandersetzung hierüber hat die unmittelbare Nachkriegszeit und darüber hinaus die Universitätsgeschichte der Bundesrepublik bestimmt. Lange herrschte das Bild von der Reformverweigerung der Universitäten nach 1945 vor, die erst im Zusammenhang mit der Studentenrevolte aufgebrochen worden sei. In den letzten Jahren ist der Termin des Reformbeginns nach vorne verschoben worden. Olaf Bartz' Studie zum Wissenschaftsrat<sup>1</sup> und Anne Rohstocks Untersuchung zur Hochschulrevolte<sup>2</sup> haben den Beginn des Reformprozesses auf das Ende der 1950er bzw. den Beginn der 1960er Jahre terminiert. Die Zeit davor gilt noch immer als dominiert von konservativen Reformverweigerern, die den Reformbemühungen der Besatzungsmächte zähen Widerstand entgegengesetzt, lediglich die Universität von vor 1933 restauriert und ansonsten möglichst viele der NS-belasteten Kolleg\_innen geschützt hätten.<sup>3</sup> Diese Sicht auf die Universi-

1 Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007. Stuttgart 2007.

2 Anne Rohstock: Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976. München 2010.

3 Zuletzt: Isabel Schmidt: Nach dem Nationalsozialismus. Die TH Darmstadt zwischen Vergangenheitspolitik und Zukunftsmanagement (1945–1960). Darmstadt 2015, bes. S. 166–237; Axel Schildt, Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik. 1945 bis zur Gegenwart. München 2009, S. 57; Axel Schildt: Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen 1945. In: Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen. Hg. von Helmut König [u. a.]. München 1997, S. 223–240; Stefan Paulus: Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976. München 2010 (= Studien zur Zeitgeschichte 81); Corine Defrance: Die Westalliierten als Hochschulreformatoren (1945–1949). Ein Vergleich. In: Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Hg. von Andreas Franzmann und Barbara Wolbring. Berlin 2007 (= Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 21), S. 35–45; Corine Defrance: Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949. Paris 2000; Bernd Weisbrod: Das Moratorium der Mandarine. Zur Selbstentna-

täten steht in auffälligem Gegensatz zum Urteil über die Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt: Hier wird inzwischen – teilweise sogar von denselben Autoren<sup>4</sup> – die insgesamt positive Entwicklung, die sich entwickelnde und festigende Demokratie, stärker gewichtet – trotz zweifellos bestehender Kontinuitäten und Residuen in den vorherrschenden Denkmustern. Edgar Wolfrum hat dies in den Begriff der »geglückten Demokratie« gefasst.<sup>5</sup>

Beim Blick auf die Universitäten dominiert noch immer eine Begrifflichkeit, die die an den Universitätsdebatten Beteiligten in Reforme und Reformverweigerer unterscheidet. Diese begriffliche Dichotomie impliziert eine Bewertung, die den Blick auf Motive und Begründungen, Positionen und Ziele, auf Kontinuitäten, Umetikettierungen und Umdenkprozesse eher verstellt, als eine differenzierte Analyse zu ermöglichen.

Meine These lautet demgegenüber, dass sich nach Kriegsende nicht allein Reforme und Reformverweigerer gegenüberstanden. Die an den Reformdebatten Teilnehmenden verfolgten unterschiedliche, teilweise sogar gegensätzliche Ziele. Man kann sie – allerdings nicht trennscharf – in Vertreter\_innen der Universität und politische Akteur\_innen einteilen.<sup>6</sup> Beide wollten eine Reform der Universität, jedoch in eine jeweils andere Richtung. Die argumentative und machtpolitische Auseinandersetzung zwischen diesen Richtungen im Kontext der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik scheint mir ein entscheidender Faktor der Universitätsentwicklung seither zu sein. Wenn sich auch das politische Gewicht der Argumente und die politische Durchsetzungsfähigkeit der Akteur\_innen verschoben haben, scheint mir diese Spannung gleichwohl in der Universitätsentwicklung bis heute wirksam zu sein. Im Folgenden setze ich deshalb in der Nachkriegszeit an und frage nach diesen einander gegenüberstehenden Vorstellungen von Universität, ihrer Eigengesetzlichkeit und ihrer gesellschaftlichen Funktion. Nach einer knappen Übersicht über die Universitätslandschaft und deren Personal nach dem Ende des Kriegs und des Nationalsozialismus werden daher die gegenüberstehenden

---

zifizierung der Wissenschaften in der Nachkriegszeit. In: Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 2: Leitbegriffe – Deutungsmuster – Paradigmenkämpfe. Erfahrungen und Transformationen im Exil. Hg. von Hartmut Lehmann und Otto Gerhard Oexle. Göttingen 2004, S. 259–279, bes. S. 266; Ludwig von Friedeburg: Die deutsche Universität zwischen Wissenschaft und Politik. In: Die deutsche Universität zwischen Wissenschaft und Politik. Hg. von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Heidelberg 1994, S. 111–127.

4 Z. B.: Axel Schildt: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre. In: Die Kultur der 50er Jahre. Hg. von Werner Faulstich. Paderborn 2002, S. 11–21.

5 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006.

6 Hierzu ausführlich: Barbara Wolbring: Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949). Göttingen 2014.

Positionen und die verschiedenen Reformvorstellungen in den Blick genommen. Dies geschieht anhand von zwei zentralen Themen, die die Universitätsdebatten bis heute durchziehen: Die Forderung nach Beendigung der sozialen Exklusivität der Universitäten und die Forderung nach einer Demokratisierung der Universitätsstrukturen.

## 2. Deutsche Universitäten nach Kriegsende

Im verkleinerten und in vier Besatzungszonen aufgeteilten Deutschland gab es zunächst 21 Universitäten. Königsberg und Breslau gehörten nicht mehr zu Deutschland, ebenso wenig wie die Universitäten der seit 1938 annektierten Gebiete: Die österreichischen Universitäten Wien, Graz und Innsbruck, daneben Prag, Posen und Straßburg. In der sowjetischen Zone lagen die Universitäten Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock und die Universität Berlin; in der britischen Zone Hamburg, Kiel, Münster, Göttingen, Köln und Bonn; in der französischen Zone Freiburg und Tübingen und in der amerikanischen Zone Gießen, Marburg, Frankfurt a. M., Würzburg, Heidelberg, Erlangen und München. Hinzu kamen sieben Technische Hochschulen in Dresden, Berlin-Charlottenburg, Aachen, Braunschweig, Darmstadt, Karlsruhe, Stuttgart und München. Die Universitäten wurden nach der Kapitulation von den Besatzungsmächten wie alle öffentlichen Einrichtungen zunächst geschlossen.

Sie waren entsprechend dem Zustand der Städte in unterschiedlichem Grad zerstört.<sup>7</sup> Gar nicht oder kaum zerstört waren in den westlichen Zonen die Universitäten Tübingen, Heidelberg, Erlangen, Göttingen und Marburg. In der sowjetischen Zone waren Greifswald, Jena und Halle nur leicht zerstört. Fast vollständig in Trümmern lagen hingegen die Gebäude der Universitäten in Leipzig, Würzburg, Köln, Münster, Freiburg und Bonn. Starke Zerstörungen gab es ebenfalls in Hamburg, München, Berlin, Frankfurt a. M. und Kiel. Auch in Gießen und Rostock war mehr als die Hälfte der Gebäude zerstört. Neben den Gebäuden, Kliniken und Labors waren auch die Universitätsbibliotheken und ihre Bestände verbrannt, ausgelagert oder von den Militärregierungen beschlagnahmt.<sup>8</sup> Nach einer Aufstellung der Notgemeinschaft der deutschen

---

7 Vgl. die Tabelle zum Grad der Zerstörung der deutschen Universitäten in: Ralph Boch: Exponenten des »akademischen Deutschland« in der Zeit des Umbruchs. Studien zu den Universitätsrektoren der Jahre 1945 bis 1950. Marburg 2004, S. 30f.; Tabelle für die amerikanische Besatzungszone in: Ullrich Schneider: The Reconstruction of the Universities in American Occupied Germany. In: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Bd. 2: Die US-Zone. Hg. von Manfred Heinemann. Hildesheim 1990 (= Edition Bildung und Wissenschaft, Reihe B, Bd. 2), S. 1–8, hier S. 1.

8 Vgl. Michael Herkenhoff: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek. In: Zwischen Dik-

Wissenschaft waren von etwa 56 Millionen Bänden in 350 wissenschaftlichen Bibliotheken 13 Millionen zerstört.<sup>9</sup> Auch hier waren die Verluste unterschiedlich hoch: Im unzerstörten Erlangen waren die Bestände noch vorhanden, während im völlig zerstörten Gießen 470.300 von den 1942 vorhandenen 533.500 Bänden fehlten, in Karlsruhe 120.000 von 190.500.<sup>10</sup> Vielerorts waren die Bibliotheksbestände zunächst noch ausgelagert und kehrten erst allmählich zurück. Die ausgelagerten Bestände der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek wurden nach dem Krieg zunächst in Marburg und Tübingen gesammelt, sodass sich die Ausstattung hier zunächst verbesserte.<sup>11</sup> Hinzu kamen die inhaltlichen Verheerungen durch den Nationalsozialismus: Die Bibliotheksbestände waren von nationalsozialistischer Literatur durchsetzt, die vor einer Freigabe entfernt werden musste, und ausländische Literatur der letzten Jahre fehlte fast vollständig.

Obwohl die Alliierten zunächst eine gründliche Entnazifizierung vornehmen wollten, wurden die Universitäten dann doch rasch wiedereröffnet. Hierfür waren zunächst praktische Erwägungen ausschlaggebend: Es herrschte akuter Ärztemangel. Auch Lehrer wurden gebraucht, denn der Unterricht in den Schulen musste wieder beginnen. Zudem erschien es den Verantwortlichen wichtig, den jungen Leuten, die in der Regel mehrere Jahre Kriegsdienst geleistet hatten, eine Perspektive zu eröffnen. Sie mussten in die zivile Gesellschaft integriert werden, um sie mit der Eröffnung von Lebensperspektiven zugleich für die Demokratie zu gewinnen und zu verhindern, dass sie erneut in Extremismus verfielen.<sup>12</sup> Tatsächlich wurden die Universitäten in den Monaten nach Kriegsende wenigstens teilweise wiedereröffnet – die meisten in der zweiten Jahreshälfte 1945 oder spätestens zum Sommersemester 1946.<sup>13</sup> Nur die Universität Gießen blieb geschlossen, vor allem aus finanziellen Gründen. Erst 1957, mit der beginnenden Hochschulexpansion, wurde sie wieder zur Volluniversität.<sup>14</sup> Die-

---

tatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit. Hg. von Thomas Becker. Göttingen 2008, S. 321–334.

9 Vgl. Paulus: Vorbild USA? (Anm. 3), S. 98.

10 Vgl. Schneider: The Reconstruction of the Universities (Anm. 7), S. 3.

11 Vgl. Hans-Albrecht Koch: Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution. Darmstadt 2008, S. 213.

12 Vgl. Defrance: Les Alliés occidentaux (Anm. 3), S. 81 ff.; Corine Defrance: Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit. In: Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa. 1945–2000. Hg. von Kurt Hochstuhl. Stuttgart 2003 (= Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Landesarchivdirektion 18), S. 43–59.

13 Vgl. die differenzierte Aufstellung in: Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokumente und Festschrift. Hg. von Jürgen John [u. a.]. Rudolstadt, Jena 1998, S. 449–452; Tabelle mit den offiziellen Eröffnungsdaten bei Boch: Exponenten (Anm. 7), S. 21f.

14 Peter Moraw: Die Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart (1607–1996). In:

ser Universitätsschließung stehen drei Neugründungen gegenüber: Bereits im Mai 1946 wurde die Universität in Mainz eröffnet,<sup>15</sup> im Dezember 1948 die Freie Universität Berlin<sup>16</sup> und zum Wintersemester 1948 Saarbrücken im formal selbstständigen, wirtschaftlich an Frankreich angelehnten Saarland.<sup>17</sup>

Die größten Befürchtungen der Besatzungsoffiziere und auch der entstehenden deutschen Behörden richteten sich in den ersten Nachkriegsmonaten auf die Studierenden. Die Generation, die aus dem Krieg und teilweise aus der Kriegsgefangenschaft in die Hörsäle kam, war von Jugend an nationalsozialistischer Propaganda ausgesetzt gewesen. Daher bestand die Sorge, dass die Studierenden dem Nationalsozialismus verhaftet sein und sich gegen die politische Veränderung sperren würden, sich sogar in Werwolfgruppen zusammenfinden würden, um die neue politische Ordnung aktiv zu bekämpfen.<sup>18</sup> Es erregte daher großes Aufsehen bis in die amerikanische Presse, als ein Vortrag Martin Niemöllers (1892–1984) vor der Erlanger evangelischen Studentengemeinde im Januar 1946 Missfallensäußerungen im Publikum hervorrief. Niemöller hatte, wie in vielen Vorträgen, die er in jenen Monaten im ganzen Land hielt, zu schonungsloser Offenheit und zu einem Schuldbekenntnis aufgefordert. Die bayerische Regierung ordnete eine nochmalige Überprüfung der Erlanger Studierenden auf ihre militaristische oder nationalistische Gesinnung an und setzte einen Staatskommissar ein. In der Öffentlichkeit wurde die Sorge vor der Wiederkehr Weimarer Verhältnisse geäußert, war doch insbesondere Erlangen in den 1920er Jahren eine Hochburg der Burschenschaften gewesen. Hier hatte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund bereits 1928/29 die Mehrheit im Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) erhalten. Im Frühjahr 1946 änderte sich die Stimmung. An die Stelle von Skepsis und Besorgnis trat allmählich

- 
- Gesammelte Beiträge zur deutschen und europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen, Personen, Entwicklungen. Hg. von Peter Moraw. Leiden, Boston 2008 (= *Education and society in the Middle Ages and Renaissance* 31), S. 251–293; Gerhard Menk: Erwin Stein. Politischer Wegbereiter des Neuanfangs. In: *Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure, Schauplätze, Erinnerungskultur*. Hg. von Horst Carl. Frankfurt a. M. 2007, S. 136–141.
- 15 *Ut omnes unum sint*. Teil 1: Gründungspersönlichkeiten der Johannes Gutenberg-Universität. Hg. von Michael Kißener und Helmut Mathy. Stuttgart 2005 (= *Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz*, N. F. 2).
- 16 *Die Freie Universität Berlin. 1948–2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb*. Hg. von Karol Kubicki und Siegwald Lönnendonker. Göttingen 2008 (= *Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Freien Universität Berlin* 1); *Geschichte der Freien Universität Berlin. Ereignisse – Orte – Personen*. Hg. von Jessica Hoffmann [u. a.]. Leipzig 2008; James F. Tent: *Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*. Berlin 1988; Siegwald Lönnendonker: *Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität*. Berlin 1988; *Die Freie Universität Berlin 1948–1968–1988. Ansichten und Einsichten*. Hg. von Uwe Prell und Lothar Wilker. Berlin 1989.
- 17 *Universität des Saarlandes. 1948–1988. 40 Jahre Universität des Saarlandes*. Hg. von Armin Heinen. 2. Aufl. Saarbrücken 1989.
- 18 Vgl. Wolbring: *Trümmerfeld der bürgerlichen Welt* (Anm. 6), S. 41–124.

Verständnis für die Studierenden. Niemöller selbst rief dazu auf, und eine Reihe von Professoren warb öffentlich um Verständnis für die Studierenden, die Verführte gewesen seien und jetzt mit Geduld für die Demokratie gewonnen werden müssten.<sup>19</sup> Der Stimmungswandel mündete in die Jugendamnestie vom Sommer 1946, die die Bestimmungen des seit dem Frühjahr geltenden Befreiungsgesetzes für diejenigen abmilderte, die während der Hitlerjahre Kinder und Jugendliche gewesen waren. Nach 1919 Geborene waren danach von der persönlichen Haftung für den Nationalsozialismus ausgenommen. Sie waren damit von der für die gesamte Bevölkerung geltenden Pflicht befreit, in Fragebögen über ihre Mitgliedschaft in der NSDAP und den Parteigliederungen Auskunft zu geben und wurden auch nicht in eine der Kategorien entsprechend dem Grad der Belastung eingeteilt.<sup>20</sup>

Im Zentrum der personellen Erneuerung der Universitäten standen dann die Lehrenden, auf die sich bis heute die Aufmerksamkeit konzentriert. Eine Reihe von Einzelstudien zu Universitäten und Besatzungszonen hat den Verlauf der Entnazifizierung inzwischen untersucht.<sup>21</sup> Bei allen Differenzierungen und lokalen Besonderheiten erfolgte sie in Wellen. Die ersten Entlassungen nahmen die Universitäten selbst vor: vor allem exponierte Nationalsozialisten und solche mit geringer wissenschaftlicher Reputation, die ihre Karriere dem Parteibuch verdankten. Die Besatzungsmächte setzten dann eine zweite, erheblich strengere Entlassungswelle durch. Viele der Entlassenen kehrten jedoch nach Abschluss der Spruchkammerverfahren im Laufe der 1950er Jahre in die Universitäten zurück oder konnten zumindest erreichen, dass sie mit ihren Bezügen emeritiert wurden.

Neben der individuellen Verstrickung von einzelnen Professoren in den Nationalsozialismus hatten die Universitäten sich mit dem Vorwurf des kollektiven Versagens der Universität, der universitären Bildung und der Wissenschaft auseinanderzusetzen. Sie hatten das Abgleiten Deutschlands in die Diktatur nicht verhindert, der Diktatur und der rassistischen Ausgrenzung und Verfol-

---

19 Vgl. ebd., S. 97–107.

20 Zur Entnazifizierung allgemein: Clemens Vollnhals: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft. In: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. Hg. von Hans-Erich Volkmann. München [u. a.] 1995, S. 369–392; Cornelia Rauh-Kühne: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. In: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70; Wolfgang Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949. 10. Aufl. Stuttgart 2009 (= Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 22), S. 111–121.

21 Zuletzt: Schmidt: Nach dem Nationalsozialismus (Anm. 3), S. 166–237; Defrance: Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten (Anm. 12); Sylvia Paletschek: Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen. In: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Hg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas. Stuttgart 2002, S. 393–408.

gung von Kolleg\_innen und Student\_innen nichts entgegengesetzt. Der Schweizer Theologe Karl Barth hat diesen Vorwurf früh erhoben.<sup>22</sup> Auch erste Analysen über die Gründe des Versagens der deutschen Wissenschaft erschienen. Mit offener Konsternierung beschrieb bereits 1946 der britische Germanist Samuel D. Stirk den Kollaps wissenschaftlichen Selbstverständnisses und das schnelle Mitmachen der Professoren im Nationalsozialismus.<sup>23</sup> Alexander Mitscherlich hat in der gemeinsam mit Fred Mielke erstellten Dokumentation des Nürnberger Ärzteprozesses auf das Versagen der Mediziner hingewiesen.<sup>24</sup> Die systematische Beteiligung anderer Disziplinen an den Verbrechen des NS-Regimes und der Kriegsführung war erst sehr viel später Gegenstand von öffentlichen Debatten und wissenschaftlichen Aufarbeitungen.<sup>25</sup>

### 3. Demokratisierung durch soziale Öffnung der Universitäten

Eine zentrale Forderung im Reformdiskurs war bereits in der Besatzungszeit diejenige nach sozialer Öffnung der Universitäten und nach größerer sozialer Mobilität, nach einer breiteren Rekrutierungsbasis der Studierenden. Sie wurde von den Vertreter\_innen der Besatzungsmächte gestellt, aber darüber hinaus auch von deutschen Politiker\_innen, Gewerkschaftsvertreter\_innen und Publizist\_innen als entscheidend angesehen für das Gelingen der demokratischen Erneuerung. Demokratisierung hieß insofern: Einebnung der sozialen Klassen, Aufhebung des als »Kluft« bezeichneten Abstands zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse, denn dieser wurde als eine Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus angesehen. Das Thema erhielt damit eine grundsätzliche Dimension, die die Lebensfähigkeit der im Entstehen begriffenen Demokratie berührte. Inhaltliche bzw. politische und soziale Kritik an den Universitäten waren dabei eng miteinander verbunden, anders gesagt: Die soziale Exklusivität der Universitäten wurde als Grund für die nationalistische und konservative

22 Universitätslehrer – eine Gefahr? Briefwechsel zwischen Erich v. Holst – Heidelberg und Karl Barth – Basel, in: Göttinger Universitäts-Zeitung 2 (1947), H. 15, S. 3–6.

23 Samuel Dickinson Stirk: *German Universities. Through English Eyes*. London 1946.

24 Titel der 1947 erschienenen Erstausgabe: *Das Diktat der Menschenverachtung. Eine Dokumentation von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke*. Heidelberg 1947 (Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Quellen).

25 Exemplarisch hier der Verweis auf die Aufarbeitung innerhalb der Geschichtswissenschaft. Einen Meilenstein bildete hier die Debatte auf dem deutschen Historikertag 1998: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Hg. von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle. Frankfurt a. M. 1999. Hierzu auch: Ingo Haar: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der »Volkstumskampf« im Osten*. Göttingen 2000; Nicolas Berg: *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*. Göttingen 2003.

Haltung der Akademiker\_innen angesehen. So hieß es in einem Gutachten, das die britische Association of University Teachers (AUT) 1947 im Auftrag der britischen Militärregierung erstellte:

»Die konservative, nationalistische und sogar reaktionäre Haltung, die heute an vielen der deutschen Universitäten zu bemerken ist, und die von linksgerichteten Kreisen und Gewerkschaftlern leidenschaftlich angeklagt wird, ist ein Spiegelbild der sozialen Schichtung des deutschen Volkes und der Mentalität gewisser sozialer Klassen; sie kann nicht völlig beseitigt werden, bis diese Schichtung und diese Mentalität eine Änderung erfahren haben.«<sup>26</sup>

Die Forderung nach sozialer Öffnung fand übrigens keinen Widerspruch (jedenfalls keinen offenen). Auch die Hochschulrektoren schlossen sich der Forderung an. Sie beharrten jedoch darauf, dass die Auswahl der Studienbewerber\_innen allein nach Begabung und Leistung erfolgen dürfe. Eine Zulassungspraxis, die soziale Kriterien gegenüber Leistungskriterien privilegiert hätte, lehnten sie ab. Sie sprachen sich deshalb dafür aus, das Abitur als Bildungs- und damit Eingangsvoraussetzung beizubehalten. Dabei hatten sie die Praxis in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR vor Augen, wo bereits 1946 Vorstudienanstalten eingerichtet wurden, die Studierwillige mit Volksschul- oder Mittelschulbildung auf ein Universitätsstudium vorbereiten sollten. Aus ihnen gingen die Arbeiter- und Bauernfakultäten der DDR hervor.<sup>27</sup> Um die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft zu verändern, wurden deren Absolvent\_innen dann bevorzugt zum Studium zugelassen. Faktisch führte diese Zulassungspraxis zu einer Chancenverweigerung aus sozialen und zudem aus politischen Gründen.<sup>28</sup>

Entscheidend sei, so spielten die Universitätsvertreter den Ball zurück an die Politik, den Zugang zum Gymnasium breiteren Schichten zu ermöglichen. Der Frankfurter Rektor Walter Hallstein (1901–1982) schrieb in einem Kommentar

---

26 Die Universitäten in der Britischen Zone Deutschlands. Bericht der Delegation der britischen Association of University Teachers. Übersetzt aus *The Universities Review* Bd. 19, Nr. 3, Mai 1947. In: *Die Sammlung* 3 (1948), H. 2, Beilage, S. 1–31.

27 Hierzu: Biografie, Bildung und Institution. Die Arbeiter- und-Bauern-Fakultäten in der DDR. Hg. von Ingrid Miethe und Martina Schiebel. Frankfurt a. M. [u. a.] 2008 (= Biographie- und Lebensweltforschung 6); Ingrid Miethe: Die Vorstudien-schule/ABF in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen an der Universität Greifswald (1945–1962). In: *Bausteine zur Greifswalder Universitätsgeschichte. Vorträge anlässlich des Jubiläums »550 Jahre Universität Greifswald«*. Hg. von Dirk Alvermann und Karl-Heinz Spieß. Stuttgart 2008 (= Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald 8), S. 179–202; Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003; Siegfried Hoyer: »Arbeiter an die Universität«. Die Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium in Sachsen 1946–1949. In: *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 71 (2000), S. 239–261.

28 Vgl. Ingrid Miethe: *Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik*. Opladen 2007.

zum Gutachten der AUT, die Universität habe Interesse an den »Begabtesten« unabhängig von ihrer Herkunft. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, sei nicht Aufgabe der Universitäten, sondern der Schulen.<sup>29</sup> Hieraus resultierte das gemeinsam getragene Politikziel, finanzielle Hürden zu beseitigen, die den Zugang zu höherer Bildung verstellten. Das hieß: Abschaffung des Schulgeldes und (möglichst) der Studiengebühren, die Schaffung von Stipendien und die Einrichtung von Abendgymnasien, einem sogenannten »zweiten Bildungsweg«, der das Erreichen des Abiturs neben einer Berufstätigkeit ermöglichte. Der Alliierte Kontrollrat forderte bereits 1947 Schulgeld- und Lernmittelfreiheit für alle Bildungseinrichtungen und zudem Unterhaltsunterstützungen für bedürftige Schüler\_innen und Studierende, um gleiche Bildungschancen herzustellen.<sup>30</sup> Die Mittel hierfür standen in den Länderhaushalten zunächst nicht bereit, doch im Laufe der 1950er Jahre wurde in allen Bundesländern das Schulgeld für Gymnasien abgeschafft. Den Anfang machte 1946 Hessen, das die Unterrichtsgeldfreiheit an Schulen und an Universitäten sogar in der Verfassung festschrieb. Als letztes Bundesland folgte 1961 Rheinland-Pfalz.<sup>31</sup>

1965 erhob Ralf Dahrendorf in einer Artikelserie in der *ZEIT* die Forderung nach einem Recht auf Bildung als sozialem Bürgerrecht.<sup>32</sup> Alle sollten an höherer Bildung partizipieren können, unabhängig von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Dahrendorf knüpfte mit dieser Forderung an bestehende Reformbemühungen an, die inzwischen umgesetzt waren und sich als nicht ausreichend erwiesen hatten. »Bildung ist Bürgerrecht« wurde zum Schlagwort für die Bildungsexpansion der 1960er Jahre. Es war dabei keine neue Forderung, sondern die griffige Formel für ein bereits breit geteiltes politisches Ziel.

---

29 Walter Hallstein: Deutsche Universitäten in englischer Sicht. Bemerkungen zu dem Bericht der Delegation des britischen Hochschullehrerverbandes. In: *GUZ* 3 (1948), H. 7/8, S. 15–18 und 3 (1948), H. 9, S. 10–12; Zitat: *GUZ* 3 (1948), H. 7/8, S. 17.

30 Vgl. Allied Control Council (U.S., U.K., U.S.S.R., FRANCE). Basic Principles for Democratization of Education in Germany: Control Council Directive No. 54, 25 June 1947. In: *Germany 1947–1949. The Story in Documents*. Hg. von United States/Department of State. Washington 1950 (= Department of State publication. European series 3556), S. 550.

31 Vgl. Wolbring: Trümmerfeld der bürgerlichen Welt (Anm. 6), S. 175f.

32 Ralf Dahrendorf: *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Hamburg 1965.

#### 4. Beendigung der sozialen Exklusivität des Professorenstandes als Demokratisierung

Demokratisierung der Gesellschaft war auch in Westdeutschland mit dem Ziel verbunden, die soziale Segregation der Gesellschaft aufzuheben oder doch wenigstens zu mildern. Was später mit dem Begriff »Chancengleichheit« bezeichnet wurde, fand hier bereits seinen Anfang. Auch diejenigen, die aus unterprivilegierten sozialen Schichten stammten, sollten gleichermaßen Zugang zu höherer Bildung erhalten und damit die Chance zum sozialen Aufstieg. Dieser Weg der sozialen Nivellierung durch die Schaffung von breiten Aufstiegsmöglichkeiten wurde flankiert durch die Forderung, dass die Stellung der Professor\_innen ihre soziale Exklusivität verlieren sollte. In Hessen ging man früh diesen Weg. Im November 1946 schaffte das Kabinett ein wichtiges rechtliches (und finanzielles) Privileg der Professor\_innen ab: die Emeritierung. Anders als Pensionäre etwa in Gerichten oder Verwaltungen behielten Emeriti die Zugehörigkeit zur Universität und wichtige Rechte: Weiterhin konnten sie Lehrveranstaltungen halten und Prüfungen abnehmen, Doktorand\_innen betreuen, Dienstreisen unternehmen und hatten Anspruch auf ein eigenes Dienstzimmer. Professor\_innen sollten danach nicht mehr mit vollen, lediglich um die garantierte Hörergeldpauschale gekürzten Bezügen von ihren Lehraufgaben entpflichtet werden, sondern wie alle anderen Landesbeamten mit gekürzten Ruhestandsgelältern pensioniert werden.<sup>33</sup> Die Abschaffung der Emeritierung war neben dem Verlust eines finanziellen Privilegs eine Statusfrage, da die Emeritierung die herausgehobene Stellung der Professor\_innen durch eine beamtenrechtliche Sonderregelung betonte.

Hessen preschte mit dieser Regelung vor. Da die anderen Bundesländer zunächst diesem Weg nicht folgten, konnten die Professor\_innen bei der Bekämpfung dieses Privilegienverlusts auf inhaltliche Argumente verzichten. Sie verwiesen stattdessen darauf, dass diese Verschlechterung Berufungen erschwere und die Abwanderung von herausragenden Gelehrten in andere Bundesländer provoziere. Zehn Jahre später wurde die Emeritierung in Hessen 1956 wieder eingeführt. Auf Dauer war die Abschaffung professoraler Privilegien damit aber nicht vom Tisch. Sie erfolgte endgültig 1976 durch das Hochschulrahmengesetz – mit einem Verfahren, das seither angewandt wird, um Herabsetzungen der Besoldung durchzusetzen: Die neue Regelung galt nicht für bereits amtierende Ordinarien, sondern für Neuberufene von einem bestimmten Stichtag an. Auch wenn nicht alle finanziellen und sozialen Privilegien der Professor\_innen 1946 unmittelbar abgeschafft werden konnten, so wurde doch

---

33 Vgl. Werner Weber: Die Rechtsstellung des deutschen Hochschullehrers. Göttingen 1952.

ein Prozess in Gang gesetzt, der im Laufe des Bestehens der Bundesrepublik zunehmend an Dynamik gewann und bis heute anhält. Verstärkt durch die wachsende Zahl an Professor\_innen und die Einführung der W-Besoldung hat der Professorenberuf viel von seiner einstigen sozialen Exklusivität eingebüßt, er genießt gleichwohl noch immer hohes Ansehen.

## 5. Demokratisierung der Universitätsstrukturen

Demokratisierung zielte daneben auch auf die Frage nach der Struktur der Universität. Von Seiten der Politik wurde gefordert, die Ordinarienuniversität durch eine stärkere Beteiligung von Nichtordinarien und auch von Studierenden zu demokratisieren. Das in den Reformdebatten sehr einflussreiche sogenannte »Blaue Gutachten«, 1948 vorgelegt als »Gutachten zur Hochschulreform«, schlug zur Erweiterung des Lehrkörpers die Einführung von (nicht habilitierten) Studienprofessor\_innen vor, die neben Ordinarien, Extraordinarien, Honorarprofessor\_innen und Dozent\_innen zum akademischen Lehrkörper, der Selbstverwaltungskörperschaft der Universität, gehören sollten.<sup>34</sup> Hingegen sollten Lektor\_innen, Lehrbeauftragte und Assistent\_innen diesem Gremium nicht angehören. Der zentrale strukturelle Vorschlag betraf die Einführung von zwei neuen Gremien: Hochschulräten und Hochschulbeiräten. Der Hochschulbeirat sollte mit Externen besetzt sein und so die Verbindung der Hochschule zur Gesellschaft und zum Staat herstellen. Der Hochschulrat war konzipiert als »das höchste Organ der Selbstverwaltung der Hochschule«, das damit die letzte Verantwortung für die Verwaltung der Hochschule tragen sollte.<sup>35</sup> Zusammengesetzt werden sollte der Hochschulrat zu je einem Drittel aus Vertreter\_innen des Hochschulbeirates, der Landesregierung und der Universität. Dem Hochschulrat sollten ferner der Rektor, ein Vertreter des Lehrkörpers und ein Vertreter des Ministers ohne Stimmrecht angehören. Der Präsident des Hochschulrats sollte von diesem gewählt werden und auf Lebenszeit amtierend. Diese Vorschläge hätten eine deutliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Universitäten bedeutet – wenn auch nicht zugunsten der Landesregierungen, die nach diesem Modell ebenfalls an direktem Einfluss verloren hätten. Das Modell wurde daher gleichermaßen von den Universitäten wie von den Landesregierungen abgelehnt.

Der hessische Kultusminister Erwin Stein (CDU) (1903–1992) plante ebenfalls eine Einschränkung der universitären Selbstverwaltung, allerdings zu-

---

34 Studienausschuß für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform. Hamburg 1948, S. 32–35.

35 Ebd., S. 44.

gunsten staatlicher Aufsichts- und Eingriffsrechte. Stein plädierte dafür, an den Universitäten das Amt eines Kurators einzuführen.<sup>36</sup> Der Kurator als hauptamtlicher Verwaltungsleiter sollte nach Steins Plänen als eine Art Vorgesetzter oder jedenfalls Dienstaufsicht gegenüber dem jährlich wechselnden Rektor fungieren und zugleich als Verbindungsstelle zum Ministerium und damit als Eingriffsmöglichkeit des Ministeriums in die Universitäten dienen.<sup>37</sup> Eine Demokratisierung der Universitäten sei nur möglich, so Steins Position, wenn die Freiheit der Universitäten wenigstens zeitweise eingeschränkt würde.

Demgegenüber strebten die Universitäten eine Reform an, die im Gegenteil die Zurückdrängung staatlichen Einflusses und etwa in Besetzungsfragen sogar mehr Autonomie bedeutet hätte, als vor 1933 (oder gar im 19. Jahrhundert) bestanden hatte.<sup>38</sup> Das Problem sahen die Hochschulvertreter\_innen gerade in der Einschränkung der universitären Selbstverwaltung im Nationalsozialismus, als staatliche Stellen und die Partei weitreichenden Einfluss, etwa auf die Besetzung von Lehrstühlen, genommen hatten. Ihre Reformvorstellungen zielten daher auf eine Ausweitung der universitären Selbstverwaltung und Autonomie, auf eine Emanzipation von staatlichem Einfluss. Freiheit, lautete das Argument, sei nicht das Privileg einer Gruppe, sondern die Grundbedingung von Wissenschaft und von Demokratie. Die Wissenschaft müsse, um zu gedeihen, wieder einen eigenen Raum erhalten, einen Schutzraum, den die Politik garantieren, in den sie aber nicht eingreifen solle. Die Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz nannte ganz in diesem Sinne im Mai 1946 »die Wiederherstellung ihrer traditionellen Rechte und Freiheiten eine unbedingte Notwendigkeit«<sup>39</sup>, und auch bei den Marburger Hochschulgesprächen, wo in eher informellem Rahmen über die Zukunft der Universitäten gesprochen wurde, lautete der Tenor ähnlich.<sup>40</sup> Karl Jaspers (1883–1969) nannte es in seiner programmatischen Schrift über die *Idee*

---

36 Vgl. Rede des Kultusministers Erwin Stein (CDU) am 19.3.1948. In: Stenographischer Bericht über die 5. Plenarsitzung, Wiesbaden, den 19.3.1948. In: Stenographische Protokolle des Hessischen Landtags. Hessischer Landtag, I. Wahlperiode, Drucksachen Abt. III Nr. 5: S. 52–58; vgl.: Notker Hammerstein: Erwin Stein als Bildungspolitik. In: Erwin Stein (1903–1992). Politisches Wirken und Ideale eines hessischen Nachkriegspolitikers. Hg. von Andreas Hedwig und Gerhard Menk. Marburg 2004, S. 173–187.

37 Vgl. Rede des Kultusministers Erwin Stein (CDU) am 19.3.1948, (Anm. 36), S. 56.

38 Siehe zur Geschichte der universitären Selbstverwaltung und zu den je nach Bundesland verschiedenen Verfahren und Reformen in den 1950er Jahren die juristische Dissertation von Alexander Kluge: Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Reform. Frankfurt a. M. 1958.

39 Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz Göttingen 28.5.1946. In: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1949. Bearb. von Rolf Neuhaus. Hg. von der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Wiesbaden 1961, S. 18.

40 Vgl. Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen. Frankfurt a. M. 1947.

*der Universität* eine Gefahr für die Universität, »wenn Staatsinteressen direkt in das Universitätsleben eingreifen«. <sup>41</sup>

Die Universität bedürfe der staatlich garantierten Freiheit, der Nichteinmischung der Politik, um ihrer eigentlichen Aufgabe nachgehen zu können: der Wissenschaft in Forschung und Lehre. Den Forderungen, dass die Universität andere als wissenschaftliche Zwecke verfolgen solle, erteilte der Frankfurter Rektor Walter Hallstein, eine der profiliertesten Persönlichkeiten in der Hochschuldebatte der frühen Jahre, indirekt eine Absage, wenn er Wissenschaft in Forschung und Lehre als die Aufgabe der Universität bezeichnete. Wissenschaft sei nicht die Vermittlung bestimmter Meinungen, festgelegter Lehren und auch nicht die Berufsausbildung, die vielmehr nach dem Studium durch Praxis im Beruf erfolge.

»Wissenschaft ist vielmehr Methode, eine bestimmte Weise, nach strengen, nur aus der Sache selbst gewonnenen Regeln Erkenntnis zu gewinnen. Wissenschaftliche Erziehung ist daher die Erziehung zur Anwendung dieser Methode, die den Auszubildenden in den Stand setzt, selbständig zum Urteil in Sachfragen zu gelangen. Sie ist – um es pointiert zu sagen – das Gegenteil der Vermittlung von Lehrmeinungen, vielmehr die Erziehung zu unablässiger Kritik und verantwortlichem Nach-Denken der überkommenen Gedanken.« <sup>42</sup>

An den Universitäten müsse Bildung durch Wissenschaft ohne unmittelbare Zweckbindung erfolgen. Bildung sei eine Einübung in wissenschaftliches Denken und einen wissenschaftlichen Habitus, was dann auch zum Bewältigen außerwissenschaftlicher und beruflicher Probleme befähige. Eine unmittelbare Ausrichtung an außerwissenschaftlichen Zielen wurde hingegen abgelehnt, weil sie dem Wesen, der Eigenlogik von Universität widerspreche.

Das sind – knapp zusammengefasst – die Positionen, die sich in Westdeutschland bereits unmittelbar nach dem Krieg gegenüberstanden. Es waren sehr gegensätzliche Positionen, aber ihre Vertreter lassen sich gleichwohl nicht als Reformwillige und Reformverweigerer bezeichnen. Einige Konstanten sind seit der Besatzungszeit prägend für die Bildungsdiskussion der Bundesrepublik: <sup>43</sup>

Auf der einen Seite die Universitäten: Sie beanspruchten einen gesellschaftlichen Sonderraum, wehrten gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Forderungen nach Berufsbezogenheit des Studiums ab, sahen ihre Aufgabe in der Bildung der Studierenden durch Wissenschaft. So sollten diese zu eigen-

41 Karl Jaspers: *Die Idee der Universität*. Berlin 1946 (= Schriften der Universität Heidelberg 1), S. 117.

42 Walter Hallstein: *Hochschule und Staat. Der Sinn der akademischen Selbstverwaltung*. In: *Die Wandlung 2* (1947), H. 8, S. 706–721, hier S. 716.

43 Hierzu etwa: Kluge: *Universitäts-Selbstverwaltung* (Anm. 38).

ständigem Denken und Urteilen befähigt werden, ohne ihnen eine bestimmte Denkweise vorzugeben. Die Studierenden sollten Berufsvorbildung, nicht Berufsausbildung erhalten. Die Universitäten forderten Autonomie und Selbstverwaltung, Freiheit von Forschung und Lehre als Bedingung für das Gelingen dieser Bildungsprozesse und für den Wiederaufstieg der Universität. Sie beharrten auf einer strikten Leistungsauslese, wollten unter Berufung auf Humboldt an die Tradition der deutschen Universität seit dem 19. Jahrhundert anknüpfen und betonten die Eigenlogik der Universität.

Dem standen auf der anderen Seite politische und gesellschaftliche Forderungen gegenüber, die an die Universität herangetragen wurden: Die Universitäten sollten zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft beitragen durch die fachliche, politische und charakterliche Ausbildung der künftigen Führungspersönlichkeiten. Bildungschancen und damit die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg dürften nicht von der sozialen Herkunft (und damit womöglich auch nicht vom Abitur) abhängig sein. Die Universitäten müssten selbst demokratisiert werden. Hierfür sei es erforderlich, dass die politischen Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten vergrößert würden.

In den ersten Nachkriegsjahren herrschte zwischen beiden Lagern eine Pattsituation. Die Autorität und das gesellschaftliche Ansehen der Professor\_innen waren noch immer sehr groß. Es gelang ihnen, die Öffentlichkeit zumindest teilweise zu ihren Gunsten zu mobilisieren. Das politische Interesse an Bildung war letztlich nicht groß genug, um kostenintensive Reformen durchzuführen – der wirtschaftliche Aufschwung hatte in den Landtagen Priorität. Zudem mussten die Universitäten zunächst wieder instandgesetzt werden: Gebäude mussten errichtet, Bibliotheken und Labore ausgestattet werden. In der französischen Zone wurden zwei Universitäten gegründet: bereits 1946 in Mainz und 1948 in Saarbrücken, hinzu kam im gleichen Jahr die Gründung der Freien Universität in Berlin. In der amerikanischen Zone war hingegen die Universität Gießen 1946 nur noch als »Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin« wiedereröffnet worden. Sie wurde erst 1957 wieder zur Universität ausgebaut. Als mit der wachsenden Wirtschaft im Laufe der 1950er Jahre auch der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften stieg, rückten die Universitäten stärker ins Blickfeld der Politik. Die Systemkonkurrenz im Ost-West-Konflikt verstärkte die Bereitschaft zu Investitionen in den Bildungssektor.<sup>44</sup> Die Zahl der Studierenden war bereits im Verlauf der 1950er Jahre von 132.000 im Wintersemester 1950/51 auf 210.700 im Jahr 1960 angestiegen.<sup>45</sup> Der Ausbau der Hochschulen sollte

---

44 Anne Rohstock: Ist Bildung Bürgerrecht? Wege zur Bildungsexpansion im doppelten Deutschland. In: Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Hg. von Udo Wengst und Hermann Wentker. Bonn 2008, S. 135–159.

45 Vgl. Christoph Oehler: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945.

hierauf zunächst reagieren, auch durch die Gründung neuer Universitäten. Einen wichtigen politischen Impuls setzten hierfür 1960 die ersten Empfehlungen des 1957 gegründeten Wissenschaftsrates. In ihnen wurde der Ausbau des Hochschulwesens gefordert, explizit auch durch neue Hochschulen.<sup>46</sup> Bis 1975 wurden 27 Universitäten und Gesamthochschulen gegründet.<sup>47</sup> Hinzu kam die Gründung von Fachhochschulen. Die Schaffung zusätzlicher Studienplätze, die Entlastung der bestehenden, an den Kapazitätsgrenzen operierenden Universitäten waren wesentliche Motive bei den meisten Hochschulgründungen.<sup>48</sup> Die neuen Universitäten trugen zudem zum sich beschleunigenden Anstieg der Studierendenzahlen bei. Bis 1975 stieg ihre Zahl auf 594.000 an Universitäten und Gesamthochschulen.<sup>49</sup> Mit einigen Neugründungen waren darüber hinaus große Hoffnungen auf grundlegende Reformen verbunden, die sich bis dahin kaum hatten umsetzen lassen.<sup>50</sup> Den Universitätsgründungen in Bielefeld (1966) und Konstanz (1964) etwa lagen ehrgeizige Reformkonzepte zugrunde.<sup>51</sup>

In den 1960er Jahren gewann auch die Diskussion über Universitätsreformen insgesamt neue Fahrt. Die Forderung nach Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft<sup>52</sup> wurde auch auf die Universitäten bezogen und mündete in die Hochschulgesetze der frühen 1970er Jahre sowie in das Hochschulrahmengesetz von 1976. Die Polarität der Positionen blieb dabei letztlich die gleiche, die bereits seit der Nachkriegszeit die Diskussion bestimmte. Die Studierendenrevolte wirkte insofern vor allem verstärkend auf einen ohnehin bereits bestehenden Reformprozess.<sup>53</sup>

Dieser Reformprozess der Universitäten, der in den 1960er Jahren einsetzte, blieb geprägt von der Polarität der Positionen. »Reformbereitschaft« und »Reformverweigerung« wurden zu Chiffren einer Auseinandersetzung, die gegen-

---

Frankfurt a. M. 1989, S. 15; Gerhild Framheim: Hochschulausbau, Neugründungen und die Entwicklung von Bildungsbeteiligung und Bildungswanderung. In: Hochschulentwicklung seit den sechziger Jahren. Kontinuität – Umbrüche – Dynamik? Hg. von Aylä Neusel und Ulrich Teichler. Weinheim [u. a.] 1986, S. 145–178, hier S. 147.

46 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen. Tübingen 1960.

47 Vgl. Framheim: Hochschulausbau (Anm. 45), S. 147.

48 Beispielsweise im Fall der Gründung der Universität Regensburg, hierzu: Rohstock: »Ordinarienuniversität« (Anm. 2), S. 87–93.

49 Vgl. Framheim: Hochschulausbau (Anm. 45), S. 147.

50 Vgl. Wilfried Rudloff: Die Gründerjahre des bundesdeutschen Hochschulwesens: Leitbilder neuer Hochschulen zwischen Wissenschaftspolitik, Studienreform und Gesellschaftspolitik. In: Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Hg. von Andreas Franzmann und Barbara Wolbring. Berlin 2007, S. 77–101.

51 Vgl. Moritz Mälzer: Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der »Reformuniversitäten« Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren, Göttingen 2016.

52 Hierzu allgemein: Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945 bis 1973. Göttingen 2006.

53 Hierzu: Rohstock: »Ordinarienuniversität« (Anm. 2).

sätzliche Auffassungen über die Aufgabe der Universität überlagerte. Sollte die Universität primär einer wissenschaftlichen Eigenlogik verpflichtet sein: der Forschung und in der Lehre der Initiierung und Einübung der Studierenden in einen forschenden Habitus? Oder war sie primär gesellschaftlichen Zwecken und Erfordernissen verpflichtet: der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, den gesellschaftspolitischen Zielen einer sozialen Öffnung der Hochschulen und nicht zuletzt der Abhängigkeit von fiskalischen Erwägungen?

Die Spannung zwischen diesen Positionen durchzieht die Universitätsgeschichte der Bundesrepublik von Beginn an und ist bis heute zu beobachten. Das gilt auch für die jüngsten Auseinandersetzungen um die Einführung der gestuften Studiengänge Bachelor und Master, die mit dem Ziel verbunden sind, das Studium für den Großteil der Studierenden zu verkürzen und stärker am Arbeitsmarkt auszurichten. Hiergegen regte sich Protest, der sich in einem bundesweiten Bildungstreik 2009/10 manifestierte. Er war begleitet von einem neuen Nachdenken über Bildung, Studium und Wissenschaft.<sup>54</sup> Diese längerfristigen Kontinuitäten der Reformideen und Reformbemühungen, der beteiligten Personen und Gruppen und deren Interessen aufzuzeigen, könnte daher Ansatzpunkt für eine künftige Universitätsgeschichtsschreibung sein, die die Einbettung der Universitätsgeschichte und der Geschichte ihrer Reform in den politischen und sozialen Kontext stärker ins Blickfeld rückt.

---

54 Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität. Hg. von Johanna-Charlotte Horst [u. a.]. Zürich 2010; Was ist Universität? Texte und Positionen zu einer Idee. Hg. von Johanna-Charlotte Horst. Zürich 2010; Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution. Hg. von Ulrike Haß. Bielefeld 2009.



## Universitäten in der SED-Diktatur. Ein Problemaufriss

### Abstract

Diktatorische Systeme wirken mit ihrer Gesellschaftskonzeption tief in die universitäre Autonomie hinein und beeinflussen sowohl Forschung als auch Lehre. Am Beispiel der Universitäten der DDR zeigt der Beitrag auf, wie tief die Kontrolle von Staat und SED in die Universitäten hineinwirkte und plädiert hinsichtlich einer modernen Universitätsgeschichtsschreibung der DDR zugleich dafür, SED, Staat, Massenorganisationen und die marxistisch-leninistische Ideologie ebenso als integrale Bestandteile der Hochschulen zu analysieren wie Forschung und Lehre.

### Universities during the SED-Dictatorship. An Outline of the Problems

Dictatorial systems and their respective concepts of society deeply influence the autonomy of universities as well as teaching and research. Using the example of the universities in the former GDR, this paper showcases the state's and the SED's control and heavy interference in university matters. Therefore, this paper advocates treating and analyzing the state, the SED party, mass organizations, and Marxist-Leninist ideology as similarly integral to universities as teaching and research when writing the university history of the GDR.

## 1. Einleitung

In den letzten Jahren gab es mehrfach Debatten darüber, ob die Universitäten und Hochschulen in Ostdeutschland angemessen mit ihrer Vergangenheit umgehen. Die Einen argumentieren, es existiere ein breites Angebot in der Lehre und ein großes Spektrum an wissenschaftlichen Forschungen, sodass die Rede von der fehlenden Aufarbeitung übertrieben sei.<sup>1</sup> Andere vertreten die Ansicht, der Umgang mit der jüngsten Vergangenheit erweise sich bei näherer Betrachtung als defizitär.<sup>2</sup> Wie so oft haben beide Seiten Recht. Auf der einen Seite

---

1 Hierfür stehen exemplarisch zahlreiche Arbeiten von Peer Pasternack, dem Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, siehe etwa: Daniel Hechler, Peer Pasternack: Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte. Leipzig 2013.

2 Siehe dazu: Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Hochschulen und die Revolution 1989/90. Ein Ta-

existiert eine selbst für Expert\_innen kaum überschaubare Anzahl an Publikationen zur DDR-Hochschulgeschichte.<sup>3</sup> Auf der anderen Seite ist zu konstatieren, dass eine selbstkritische und symbolträchtige Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit nur selten die Universitätsmauern überwinden konnte und noch seltener Verfolgte zu würdigen oder gar zu rehabilitieren wusste. Natürlich gab es auch das, aber längst nicht in dem Umfang wie es angebracht und notwendig wäre. Um ein Beispiel anzuführen, das zeigt, wie eng wissenschaftliche Beschäftigung und gesellschaftspolitische Aufarbeitung zusammenhängen können: Auch fast 30 Jahre nach der ostdeutschen Revolution von 1989 ist von keiner Universität verlässlich bekannt, wie viele Studierende aus politischen Gründen zwischen 1946 und 1989 exmatrikuliert worden sind. Ebenso gibt es keine belastbaren Angaben darüber, wie viele Hochschulangehörige in diesem Zeitraum aus politischen Gründen entlassen oder verhaftet und verurteilt worden sind.<sup>4</sup> Und nicht einmal die Anzahl und Namen derjenigen sind bekannt, denen in der kommunistischen Diktatur die akademischen Titel aberkannt worden sind.<sup>5</sup> Im Kreis der ostdeutschen Hochschulen nimmt lediglich die Universität Jena eine Sonderstellung ein, da hier seit 1990 eine intensive und öffentlich wahrnehmbare Beschäftigung mit dem Thema und in Ansätzen eine »Wiedergutmachungspolitik« verfolgt worden ist.<sup>6</sup>

---

gungsbeitrag und seine Folgen. In: Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR. Hg. von Benjamin Schröder und Jochen Staadt. Frankfurt a. M. 2011, S. 365–408.

- 3 Pasternack gibt regelmäßig Bibliographien zur DDR-Hochschulgeschichte und zu einzelnen Fachgebieten heraus, die diese Quantität dokumentieren. Vgl. z. B. Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem. Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015): Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation. Hg. von Peer Pasternack und Daniel Hechler. Berlin 2016; Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005, CD-R. Hg. von Peer Pasternack und Daniel Hechler. Wittenberg 2006.
- 4 Vgl. exemplarisch Pamela Böse: Auswertung der Befragung zu Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR. In: Unter Hammer und Zirkel (Anm. 2), S. 409–430.
- 5 Auch wenn es sich dabei nicht um solche Größenordnungen handelte wie während der nationalsozialistischen Diktatur (es soll mehr als 2.000 Aberkennungen zwischen 1933 und 1945 gegeben haben), so gab es 1958 eine vom SED-Staat angewiesene Aberkennungspolitik, die sich gegen geflüchtete Hochschullehrer\_innen richten sollte. Eine regelrechte Welle kam nicht zustande, weil sich die meisten Fakultäten weigerten, mitzumachen. Aber immerhin sind 1958 bis zu einhundert Dokortitel aberkannt worden, vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003, S. 439f. An der Humboldt-Universität zu Berlin sollen bis 1989 insgesamt 27 Dokortitel aus politischen Gründen aberkannt worden sein, vgl. Milos Vec: Aberkennung aberkannt. Die Humboldt-Universität inspiziert ihre Doktor-Titel. In: FAZ, 11.07.1998, S. 42.
- 6 Von den zahlreichen Publikationen sei nur verwiesen auf: Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990). 2 Bde. Hg. von Uwe Hoßfeld [u. a.]. Köln [u. a.] 2007.

Dieser knappe Rekurs ist in wissenschaftshistorischer Hinsicht angebracht, da in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit der Universität im Nationalsozialismus Mitte der 1960er Jahre einsetzte, weil einzelne Hochschulmitglieder Wissenschaft und gesellschaftspolitische Ambitionen miteinander verknüpften.<sup>7</sup> Doch unabhängig davon steht die Universitätsgeschichtsschreibung vor besonderen methodischen und theoretischen Herausforderungen, wenn sie Hochschulen in einer Diktatur untersucht.<sup>8</sup> Das findet aber meist zu wenig Berücksichtigung.<sup>9</sup> Daher wird im Folgenden in drei Schritten vorgegangen: Erstens geht es allgemein um die Besonderheiten von Universitäten in Diktaturen. Darauf aufbauend wird zweitens ebenso kursorisch und exemplarisch aufgezeigt, was die Universitäten in der SED-Diktatur im besonderen Maße prägte. Drittens untersuche ich dann anhand neuerer Universitätsgesamtdarstellungen, inwiefern die besonderen Existenzumstände der Hochschulen in der SED-Diktatur berücksichtigt worden sind und was daraus für künftige Untersuchungen folgen sollte.

## 2. Universitäten in Diktaturen

Die spezielle Beschäftigung mit Universitäten in Diktaturen des 20. Jahrhunderts konturiert zugleich allgemein diese Diktaturen.<sup>10</sup> Die soziale Praxis von Universitäten in der Diktatur ist in wissenschaftlicher Perspektive interessant, weil Diktaturen programmatisch das Konzept der Freiheit von Wissenschaft zerstören und so die Lebensgrundlage der Universitäten erheblich beeinträchtigen. Obwohl Diktaturen das gesellschaftliche Leben allgemein weitgehend zu steuern suchen und im Extremfall sogar gleichschalten, existierten in europäischen Diktaturen im 20. Jahrhundert mit den Kirchen und den Universitäten dennoch zwei Institutionen, die sich nicht völlig unterwarfen. Auf die Universitäten waren Diktaturen angewiesen, weil sie einen Großteil der benötigten Funktionsebenen

---

7 Vgl. Oliver Benjamin Hemmerle (Red.): *Hochschulen 1933–1945* (Bibliographie). Mannheim 1998 (= Schriftenreihe des AStA der Universität Mannheim 4); Ders.: *Hochschulen 1933–1945. Nachtrag zur Bibliographie sowie Übersichten über Rehabilitation und Gedenken nach 1945*. Mannheim 1999 (= Schriftenreihe des AStA der Universität Mannheim 6).

8 Herausragend dafür ist u. a.: John Connelly: *Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956*. Chapel Hill, London 2000. Ebenfalls Maßstäbe hat gesetzt: *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*. Hg. von Dems. und Michael Grüttner. Paderborn [u. a.] 2003.

9 Vgl. z. B. Sylvia Paletschek: *Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte*. In: *NTM* 19 (2011), H. 2, S. 169–189; Charles McClelland: *Modern German Universities and Their Historians since the Fall of the Wall*. In: *Journal of Modern History* 77 (2005), H. 1, S. 138–159.

10 So der Tenor bei: *Zwischen Autonomie und Anpassung* (Anm. 8).

ausgebildet. Dieses angedeutete Spannungsfeld wirft die Frage auf, ob Universitäten in der Diktatur eher zu den systemtragenden oder systemgefährdenden Kräften gehören. Ein Blick in unterschiedliche Diktaturen verdeutlicht, dass sich die Frage nicht generell, sondern nur in jedem einzelnen Fall beantworten lässt.<sup>11</sup>

Für die meisten Diktaturen bestand ein Ziel darin, die Universitäten politisch zu kontrollieren. Massenentlassungen im Zuge der Diktaturetablierung erwiesen sich dabei ebenso als ein Mittel wie die andauernde Unterdrückung Einzelner. Fast überall hatten die neuen Machthaber das Ansinnen, Forschung und Lehre politisch und auch – fächerbezogen – inhaltlich zu beeinflussen und zu bestimmen. Dafür sind sowohl neue Institutionen eingerichtet als auch bestehende im Sinne der Machthaber umfunktioniert worden. Zum Versuch, die Universitäten zu erobern, gehörten Bestrebungen, die Rekrutierungspraxis der Studierenden auf die Bedürfnisse der Diktatur auszurichten. Vor allem in den kommunistischen Diktaturen ist dabei eine strenge sozial-politische Auslese vorgenommen worden, die aber in den rechtsextremen Diktaturen durchaus Pendant kannte, wo zum Teil biologistisch-rassistische Auswahlmuster neben politischen Kriterien zur Anwendung gelangten. Charakteristisch für Universitäten in Diktaturen ist weiterhin die fast überall weitgehend erfolgreiche Abschaffung der – wenn auch ohnehin immer nur begrenzt vorhandenen – universitären Autonomie gewesen. Das öffentliche Bild der Hochschulen ließ sie überwiegend als integralen Bestandteil der Regime erscheinen. Kennzeichnend war auch, dass die internationalen Außenbeziehungen der Universitäten auf staatlichen Druck hin eingeschränkt und reglementiert wurden.

Diese politisch-ideologischen Anmaßungen gegenüber den Universitäten sind in der Praxis nicht eindimensional zur Realität geworden. Oft blieben – wenn auch nicht in allen Fächern, gerade in den staatsnahen meist nicht – innerwissenschaftliche Rationalitätskriterien in Kraft, sodass rigide Eingriffe immer wieder geschliffen wurden und traditionelle Universitätscharakteristika trotz der politischen Eingriffe bestehen blieben oder sich im Prozess der Diktaturkonsolidierung revitalisierten. Prinzipiell litten alle Universitäten in Diktaturen unter der Vorgabe der Machthaber, zum einen Eliten mit dem politisch-ideologisch gewünschten Bewusstsein zur Verfügung zu stellen und zum anderen gleichzeitig diese Eliten mit einem entsprechend hochqualifizierten Ausbildungsniveau zu versehen. Auf dem Campus tobte ein Kampf zwischen Ideologie und Fachwissen, der in der Praxis oftmals zu einer schwankenden Wissenschafts- und Hochschulpolitik führte. Dieser Gegensatz war den Machthabern zumeist bewusst.

---

11 Vgl. ebd. Für den historischen Hintergrund als Überblick u. a. hilfreich: Gerhard Besier, Katarzyna Stoklosa: *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts.* München 2006.

Der Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre bewirkte nirgendwo, dass sich die Hochschulen in Zentren des Widerstands verwandelten. Die Universitäten waren darauf bedacht, handlungs- und arbeitsfähig zu bleiben, sodass sie Anpassung und das Signum, Diktaturrepräsentanten geworden zu sein, in Kauf nahmen. Hinzu kam, dass sie staatliche Einrichtungen darstellten, auf die naturgemäß effektiver Einfluss genommen werden konnte als auf nicht-staatliche Institutionen. Allerdings gab es beträchtliche Unterschiede bezüglich des Tempos, mit dem die Universitäten zu solchen Repräsentanten wurden. Aufgrund der besonderen historischen Situation gelang dies in Italien, Spanien, dem nationalsozialistischen Deutschland, der DDR und Ungarn weitaus schneller als etwa in Russland bzw. der Sowjetunion oder in Polen. Daneben artikulierten sich aber in allen Diktaturen aus den Universitäten heraus Widerstand und Opposition gegen die neuen Regime und das – in unterschiedlicher Intensität – zu allen Zeiten der Diktaturexistenz. Wie die Universitäten und ihre Angehörigen politisch auf die jeweilige Diktatur reagierten, hing zunächst vor allem mit der Resonanz der Lehrenden und Studierenden auf die Etablierung derselben zusammen, sodann kam der Umfang der Massenentlassungen als Element, den potentiellen Widerstand zu unterhöhlen, hinzu. Schließlich wirkten weiterhin die Kriterien der Studentenrekrutierung und die damit auch verbundene Hochschullehrerrekrutierung als hemmende Faktoren für massenhaften oder wenigstens kontinuierlichen Widerstand.

Fragt man, ob es einheitliche Universitätsmodelle oder kommunistische bzw. faschistische Universitätsmodelle gab, so wird man in komparatistischer Perspektive feststellen, dass sich im kommunistischen Osteuropa die Hochschul-landschaft komplexer und differenzierter entwickelte als es oft angenommen worden ist.<sup>12</sup> Am Ausgangspunkt standen zwar durchweg Sowjetisierungsabsichten, die aber zumeist in nationale Sonderwege mündeten. Hervorstechend dabei ist die polnische akademische Elite, die der Diktatur mehrheitlich reserviert oder offen ablehnend gegenüberstand. Beanspruchte die Sowjetunion noch die Funktion als Zentrum des realen Kommunismus, so gab es eine solche Leitfunktion für die faschistischen Diktaturen nicht. Demzufolge unterschieden sich auch die Erscheinungsbilder der Universitäten in Italien, Spanien und Deutschland beträchtlich. War eine »kommunistische Universität« in Osteuropa prinzipiell angedacht und konzipiert, wenn auch nicht konsequent durchgesetzt worden, so existierte eine »faschistische Universität« nicht einmal auf den

---

12 Das kann hier nicht vertieft werden, deshalb nur als Hinweis neben Connelly: *Captive University* (Anm. 8); *Zwischen Autonomie und Anpassung* (Anm. 8) auch *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 4: *Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*. Hg. von Walter Rüegg. München 2010.

Reißbrettern der Machthaber. So fallen denn auch eher Unterschiede zwischen Italien, Spanien und Deutschland ins Gewicht als Gemeinsamkeiten.

Insgesamt scheint es nicht möglich, den Universitäten einen eindeutigen historischen Platz in der Diktatur einzuräumen. Sie waren Stützen und Nutznießer der Diktatur ebenso wie sie deren Opfer wurden. Michael Grüttner ist zuzustimmen: »Nur wenige Institutionen haben eine ähnlich lange Tradition wie die Universität. Das deutet auf eine beträchtliche Anpassungsfähigkeit hin.«<sup>13</sup>

### 3. Hochschulen in der SED-Diktatur

In der DDR existierten traditionelle Universitäten in Ost-Berlin, Leipzig, Rostock, Greifswald, Jena und Halle, hinzu kamen Technische Universitäten in Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Magdeburg. Insgesamt weist das offizielle *Statistische Jahrbuch* für 1989 rund 131.000 Studierende an 54 Hochschuleinrichtungen aus, wo sie von etwa 20.000 Lehrkräften unterrichtet wurden.<sup>14</sup> Nicht aufgenommen in diese Statistik wurden Einrichtungen, die als Ideologie-Hochschulen bezeichnet werden müssen, also Hochschulen des Innenministeriums, der Staatssicherheit, der Armee, der Gewerkschaft oder der SED. Auch solche Einrichtungen besaßen das Promotionsrecht. Sie waren für das Herrschaftssystem ebenso von zentraler Bedeutung wie für die Verwaltung, werden aber meist in Betrachtungen über das DDR-Hochschulsystem »übersehen«. Hier wurde ein erheblicher Teil der politischen und Funktionselite ausgebildet. Allein an Leitinstitutionen wie dem Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee (ZK) der SED, der Akademie für Rechts- und Staatswissenschaften oder der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sind in den 1970er und 1980er Jahren hunderte Gesellschaftswissenschaftler\_innen promoviert worden. Die Struktur der DDR-Hochschullandschaft wird oft wahrgenommen als ein zwar ideologisiertes, aber dennoch traditionellen und westlichen Entwicklungen letztlich adäquat entsprechendes Abbild. Dabei haben sich in der Nachkriegszeit bis zum Mauerbau entscheidende Veränderungen vollzogen, die erhebliche Strukturbrüche bei gleichzeitigen Innovationsbemühungen und Kontinuitäten zeitigten. Umstritten in der Forschung ist dabei, ob die entscheidenden Veränderungen bereits bis zum

13 Michael Grüttner: Schlussüberlegungen. Universität und Diktatur. In: Zwischen Autonomie und Anpassung (Anm. 8), S. 265–276, hier S. 276.

14 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1989 der DDR, Jg. 34 (1989), S. 313–317; Anke Burkhardt, Doris Scherer: Materialien zur DDR-Hoch- und Fachschulstatistik. Dokumentation bildungsstatistischer Quellen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1993; Statistisches Bundesamt (Hg.): Hochschulen 1980 bis 1990. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 13, Wiesbaden 1994.

Mauerbau erfolgt waren oder erst durch die Veränderungen der sogenannten Hochschulreform 1968 zementiert worden sind.<sup>15</sup> Der Mauerbau als Zäsur für endgültige Abschottung und Ausgangspunkt einer systematischeren Überwachungs- und Disziplinierungspraxis bei gleichzeitiger Abnahme von rigiden Massenrepressalien ist dabei nicht umstritten. Unberührt vom historischen Stellenwert der 1968er Veränderungen sind außerdem grundsätzliche Charakteristika des DDR-Hochschulsystems, die für die Frage, welche Herausforderungen für die Universitätsgeschichtsschreibung die DDR-Geschichte bietet, bedeutungsvoll sind. Auch wenn dabei zwischen 1945/46 und 1989/90 Entwicklungen und Veränderungen zu konstatieren sind, so blieben die grundsätzlichen Prägungen unverändert. Im Folgenden werden vier Sektoren herausgestellt, die das DDR-Hochschulsystem normativ und praktisch prägten.

*Erstens* ist zu betonen, dass die Rekrutierungspraxis der Studierenden und der Hochschullehrenden bereits nach 1946 immer stärker unter Einbeziehung sozialer und politisch-ideologischer Gesichtspunkte erfolgte und hier von Anfang an die SED maßgeblich entschied. Zwar gelang das bei der Zulassungspraxis erheblich schneller als bei der Rekrutierung der Lehrenden, aber das Prinzip, dass nicht allein fachliche Gesichtspunkte bei der Zulassung bzw. Einstellung bestimmend waren, ist in den Grundzügen bereits in den 1950er Jahren umgesetzt, nach dem Mauerbau dann verfeinert und ausgebaut worden. Allerdings war dieses System immer dann kompromissbereit, wenn es ihm selbst zu Nutze war, da die DDR in der gesamten Dauer ihrer Existenz einen permanenten Mangel an technokratischen Eliten und anderen Fachleuten verzeichnete. Dennoch war prägend, dass die Auswahlkriterien einen hohen Anpassungsdruck ausübten und dieser zugleich immer wieder nicht Anpassungsbereite oder sozial und/oder politisch-ideologisch nicht in die vorgegebenen Schemata Passende aussonderte und verdrängte. Tatsächlich brachen die Kommunisten nach 1945 tradierte Bildungsprivilegien insofern, als ein Studium ebenso wie die Lehr- und Forschungstätigkeit unterhalb der Ordinarienebene an der Universität nicht mehr von den materiellen und sozialen Möglichkeiten des Einzelnen abhing. Die Selbstrekrutierungsprozesse waren unterbrochen worden, eine politisch inten-

---

15 Auch wenn sich die Studien vor allem ergänzen, so zeigen bereits die Titel an, dass folgende Untersuchungen sich in der Frage unterscheiden, welche Zäsuren sie setzen: Ralph Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära.* Göttingen 1999; Kowalczyk: *Geist im Dienste der Macht* (Anm. 5). Hier kann nicht diskutiert werden, warum auch für die Hochschulen die Phase bis 1961 die Fundamente legte, auf denen sich die Entwicklungen nach dem Mauerbau bis zum Mauerfall vollzogen. Der interpretatorische Rahmen ist entwickelt worden u. a. in: Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die innere Staatsgründung. Von der gescheiterten Revolution 1953 zur verhinderten Revolution 1961.* In: *Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR.* Hg. von Torsten Diedrich und Dems. Berlin 2005, S. 341–378.

dierte Entwicklung, die auf einer anderen Ebene in der Bundesrepublik erst in den 1970er Jahren zum Tragen kam. In der DDR allerdings setzten ab den späten 1960er Jahren neue Selbstrekrutierungsprozesse ein, die bis zum Ende der DDR beispielsweise dazu führten, dass der Anteil der Studierenden aus Arbeiterhaushalten weitaus geringer ausfiel als in der Bundesrepublik und nicht mehr, wie noch Ende der 1950er Jahre fast 50 % betrug, sondern nun nur noch rund 12 %. Auch Lehrende begannen sich ab den späten 1960er Jahren wieder ganz überwiegend aus akademisch gebildeten Herkunftsfamilien zu rekrutieren.<sup>16</sup>

Zu diesen eher weichen, d. h. nicht scharf konturierten und permanenten Schwankungen und Veränderungen, zumal lokaler Art, unterworfenen Eigenschaften kamen *zweitens* normativ vorgegebene Strukturen hinzu. Blieb die Fakultätsstruktur bis 1968 noch weitgehend unangetastet – die beabsichtigte Herauslösung der theologischen Fakultäten unterblieb –, so ist durch die Einführung des obligatorischen Russisch- und Sportunterrichts, des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, die Errichtung der pädagogischen Fakultäten sowie der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten die Hochschulstruktur aber bereits Anfang der 1950er Jahre einschneidend verändert worden. Das wird oft unterschätzt. Gerade die Errichtung der Institute für Marxismus-Leninismus an allen Hochschulen sowie die Einstellung von Lehrenden für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium in allen Studiengängen und somit in allen Fakultäten veränderten die innere Verfasstheit und Personalstruktur, nicht zuletzt die Lehrinhalte und Lehrgewichtungen ganz erheblich und nachhaltig. Die von außen aufgehobene Hochschulautonomie wurde durch solche ebenfalls von außen in die Universitäten hineingetragenen Veränderungen auch im Inneren unterhöhlt. Doch die entscheidende Veränderung war in den 1950er Jahren noch eine andere: die Herausbildung und Etablierung einer Doppelstruktur an allen Hochschulen und Universitäten, die durch die Hochschulstruktur auf der einen und eine Parallelstruktur der SED-Parteiorganisation in der gesamten Institution auf der anderen Seite gekennzeichnet war.

Die Bildung der SED-Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen, die ab etwa 1952/53 wirkmächtig genug war, um die Geschicke der Hochschulen entscheidend zu prägen, war der nachhaltigste Struktureingriff, der am deutlichsten im Gegensatz zur Universitätstradition stand und zugleich mit dieser brach. Die SED-Parteiorganisationen bildeten neuartige sozialistische Fakultäten an den Hochschulen – ohne Lehrbefugnis, ohne Prüfungsbefugnis, ohne bestellte Lehrkräfte, ohne immatrikulierte Studierende, ohne Verleihungsrechte, ohne Institute, dafür aber mit weitgehenden Rechten, auf all dies nachhaltig Einfluss zu nehmen und die Geschicke der anderen Fakultäten zu

---

<sup>16</sup> Vgl. dazu Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht (Anm. 5).

lenken und zu bestimmen.<sup>17</sup> Die SED begründete eine neue Struktur an den Universitäten und Hochschulen, die parallel zu Rektorat, Fakultät, Senat usw. eine diese überlagernde Herrschaft ausbildete und nicht unwesentlich dazu beitrug, dass die »Partei neuen Typus« auch eine »Hochschule neuen Typus« entwickelte. Diese Stellung konnte die SED erringen, weil sie in den staatlichen Behörden die wichtigsten Ämter besetzte, weil sie allen anderen Parteien in den Universitäten so wie in den Betrieben jegliche Betätigung untersagte und weil sich die SED auf das Machtmonopol des Staates stützen konnte, den sie selbst verkörperte. Die Etablierung dieser Parteistrukturen an den Hochschulen war in Deutschland historisch neu. In der SBZ/DDR waren davon große Teile der Gesellschaft betroffen. Ähnliche Strukturen baute die SED in Betrieben, in der staatlichen und kommunalen Verwaltung und anderen gesellschaftlichen Bereichen auf. Der Einfluss war unabhängig von der Mitgliederanzahl in den einzelnen Struktureinheiten gegeben. Die Anzahl war in den verschiedenen Institutionen und Sektionen sehr unterschiedlich, was aber an der »führenden Kraft« nichts änderte. Hinzu kam seit Anfang der 1950er Jahre die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als »Jugendorganisation«, in der ab den 1960er Jahre nahezu alle Studierenden erfasst waren. Diese und weitere Massenorganisationen waren fester Bestandteil der Universitäts- und Hochschulstrukturen mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen.<sup>18</sup> Eine andere folgenreiche Besonderheit war das Wirken der SED-Geheimpolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).<sup>19</sup> Das MfS hat nicht gesteuert und gelenkt, aber als Instrument der SED abgesichert, aufgeklärt, eingedämmt und verhindert, manches auch ermöglicht. Insofern ist die Stasi Teil des DDR-Hochschulsystems gewesen.<sup>20</sup>

Diese strukturellen Eingriffe hatten *drittens* erhebliche Auswirkungen auf Lehre und Forschung. Nicht nur die Anzahl der Studierenden war strikt reglementiert und den Erfordernissen der Planwirtschaft untergeordnet, auch die

---

17 Siehe als Vergleichsfall die exemplarische Studie: Anselina P. Kupaigorodskaja: Säuberung und Erziehung. Die kommunistische Parteiorganisation an der Leningrader Universität. In: Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler. Hg. von Dietrich Beyrau. Göttingen 2000, S. 121–145.

18 Vgl. z. B. Jana Kausch: »Eine Gesellschaft, die ihre Jugend verliert, ist verloren.« Das hochschulpolitische Konzept der SED am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt und die daraus resultierende Verantwortung der FDJ zwischen 1953 und 1989/90. Chemnitz 2009.

19 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013.

20 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Humboldt-Universität zu Berlin und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth. Berlin 2012, S. 437–553; seither ist u. a. dazu erschienen: Katharina Lenski: Geheime Kommunikationsräume? Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Frankfurt a. M., New York 2017.

Lehrinhalte waren darauf ausgerichtet. Um das zu erreichen, gab es in allen Studiengängen seit den 1950er Jahren zentral vorgegebene Lehrpläne und im Idealfall vorgeschriebene Lehrbücher, an denen sich die Lehre zu orientieren hatte. Konnte das gerade in den nicht-gesellschaftswissenschaftlichen Fächern noch leicht umgangen werden, so war die politisch-ideologische Ausrichtung in allen Fächern unumgänglich. Zwar konnten auch hier stark theorieorientierte naturwissenschaftliche Fächer, Medizin oder die Mathematik fachliche Autonomie bewahren, aber die generelle Einbindung in das politisch-ideologische Gesamtsystem zeitigte Folgen, was sich nicht zuletzt über die Rekrutierungspraxis zeigte. Außerdem war normativ festgeschrieben worden, um ein Beispiel anzuführen, dass die Gesamtabgangsnote oder auch die Promotionsbewertung nur eine Stufe besser sein konnte als die Bewertung im obligatorischen Marxismus-Leninismus-Unterricht. Auch die Sport- und Russischnote gingen in das Gesamtprädikat ein. Die Lehre war darüber hinaus von weiteren politisch-ideologischen Besonderheiten geprägt. Die Einführung der Seminargruppen als verbindliche Studienform 1951 war nicht nur das äußere Anzeichen eines extrem verschulden und stark reglementierten Studiensystems, diese Seminargruppen waren in politischer Hinsicht zudem als eine von mehreren Überwachungs-, Kollektivierungs- und Disziplinierungsmöglichkeiten an den Hochschulen geschaffen worden. Hervorstechend war auch, dass die Studierenden ab den frühen 1950er Jahren mit einem breiten Sozialangebot materiell versorgt waren, sodass sie tatsächlich die volle Konzentration auf das Studium richten konnten. Diese Sozialleistungen wurden im Planwirtschaftssystem vergütet mit der Verpflichtung, im Rahmen der Absolventenlenkung mindestens drei Jahre dort zu arbeiten, wohin der Staat einen »delegierte«. So wie die Studienfächer nur sehr beschränkte Aufnahmekapazitäten aufwiesen und einige ohnehin nicht zur freien Bewerbung zur Verfügung standen (z. B. Rechtswissenschaften, Kriminalistik), so existierte auch nach Studienabschluss nur eine stark eingeschränkte freie Arbeitsplatzwahl. Das Studium wiederum war nicht nur von den vorgegebenen Lehrinhalten geprägt. Mindestens ebenso stark kamen Pflichtaktivitäten hinzu. Dazu zählten etwa Arbeits- und Ernteeinsätze, Teilnahmen an Massenaufmärschen, mindestens nominelle Mitgliedschaften in Massenorganisationen (z. B. in der FDJ), passive Anwesenheiten bei politisch-ideologischen und kulturellen Pflichtversammlungen, was sich bei SED-Mitgliedern<sup>21</sup> alles noch-

---

21 Die Anzahl der SED-Mitglieder schwankte in den einzelnen Fachgruppen erheblich. Während sie bei den Theologen 0 % betrug, stieg sie bei den Juristen und Gesellschaftswissenschaftlern bis auf über 90 %. Insgesamt lag der Anteil der SED-Mitglieder an den Hochschulen in den 1970er und 1980er Jahren durchschnittlich bei 60 bis 70 % der Lehrenden. Von den Studierenden gehörten in den 1970er und 1980er Jahren durchschnittlich 15 bis 20 % der SED an. Während die Studierenden damit etwa dem groben Durchschnitt des SED-Anteils an der Gesamtbevölkerung entsprachen, lagen die Lehrenden deutlich über diesem Durch-

mals deutlich erhöhte. Auch die allgemeine Militarisierung der Gesellschaft fand vielfache Entsprechungen im Universitätsalltag. Gerade die Militarisierung prägte im hohen Maße das DDR-Hochschulsystem in der Honecker-Ära. Kein Studierender an einer nichtkirchlichen Hochschule konnte sich dem entziehen.<sup>22</sup>

Davon blieben weder der Lehr- noch der Forschungsbetrieb verschont. Der Planwirtschaft adäquat existierte eine Planwissenschaft, die den einzelnen Forscher\_innen nur sehr enge Spielräume ließ, womit sie sich konkret beschäftigten. Abgesehen von ohnehin materiell begrenzten Ressourcen waren die Universitäten mit ihren Großforschungsvorhaben in das Staatsplansystem eingebunden. Darin aufgenommen zu werden bedeutete erhebliche Mittelzuweisungen. Doch zugleich waren die Vorgaben und Beschränkungen umfangreich, zumal diese zentralen Großvorhaben nicht nur mit anderen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen abzustimmen und gemeinsam umzusetzen waren. Dies geschah oftmals auch im Rahmen von RGW-Kooperationsvorhaben,<sup>23</sup> die wenig mit internationaler Vernetzung und Kooperation, sondern viel mit Reglementierungen und Einschränkungen zu tun hatten. Zu den politisch-ideologischen Überfrachtungen der Lehre und Forschung, die zwar nicht immer und überall umgesetzt wurden, von denen aber alle Forschenden und Lehrenden immens beeinträchtigt wurden, kam die Abschottung von internationalen Forschungstendenzen hinzu. Hier sind an erster Stelle die restriktive Reisepraxis und der problematische Literaturzugang zu erwähnen.

Diese drei grob skizzierten Gesichtspunkte unterschieden das ostdeutsche Hochschulsystem in seiner Gesamtheit erheblich von anderen europäischen Entwicklungen. Damit waren aber nicht sämtliche traditionellen inneruniversitären Eigenschaften und Besonderheiten abgeschafft oder überwunden. Die Universität in der SED-Diktatur wurde weder restlos sowjetisiert noch fiel sie völlig aus der deutschen Universitätstradition heraus oder erwies sich mit Blick auf die gesamte europäische Universitätsentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als antimodern. Aber im Rahmen dieser Entwicklungen<sup>24</sup> stellt sie dennoch einen Sonderfall dar.

---

schnitt. Gesamtstatistiken fehlen, die SED hat überdies 1989/90 relevante Unterlagen dazu vernichtet. Allerdings existieren Übersichten zu einzelnen Hochschuleinrichtungen, Fakultäten, Instituten, Fachrichtungen. Das im Einzelnen mit Archivquellen und Belegstellen aus der Forschungsliteratur zu belegen, würde hier den Rahmen sprengen.

22 Vgl. dazu als Überblick und Bibliographie: Uwe Grelak, Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht.* Berlin 2016.

23 Der Rat für gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW) war eine 1949 unter Führung der UdSSR gegründete Organisation im Ostblock, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation plante und koordinierte.

24 Vgl. dazu: *Geschichte der Universität in Europa* (Anm. 12).

#### 4. DDR-Universitäten in der Historiographie

Die beiden größten und bedeutendsten Universitäten, die in der DDR existierten, feierten beide jüngst ihre Gründungsjubiläen: die Humboldt-Universität zu Berlin (HUB) 2010 und die Universität Leipzig 2009. Die Berliner Universität wurde 200 Jahre alt, die viel ältere Leipziger Universität beging ihr 600-jähriges Jubiläum. Beide Universitäten legten sich auf ihren Gabentisch jeweils sechs voluminöse Bände zur eigenen Geschichte. Diese Darstellungen fassten nicht nur als Synthesen den vorhandenen Kenntnis-, Erkenntnis- und Forschungsstand zusammen, die Autor\_innen haben auch eigens für diese Bände empirische Forschungen betrieben. Diese Sechsbänder flankierten zahlreiche Monographien und Sammelbände. Zu den anderen Universitäten sind ebenfalls zahlreiche neue Publikationen vorgelegt worden, wobei vor allem die Untersuchungen zur Universität Jena hervorzuheben sind.<sup>25</sup> Auch Untersuchungen zu den einzelnen ostdeutschen Universitäten für die Zeit der NS-Diktatur sind erschienen.<sup>26</sup> Bezogen auf die ostdeutschen Universitäten existiert auch hier erheblicher Nachholbedarf in der wissenschaftlichen Analyse. Warum aber dieser Zeitabschnitt an allen Einrichtungen intensiver bearbeitet worden ist als jener ab 1945, ist eine Frage, über die man spekulieren könnte. Die größere zeitliche Nähe verunsichert. Die zu Beforschenden leben noch – ein ganz praktisches Problem, das durchaus auch als Grund für nicht gewährten Aktenzugang in den 1990er

25 Von den vielen Publikationen ragt heraus: Hochschule im Sozialismus (Anm. 6); darüber geht nicht hinaus: Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995. Hg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert. Köln [u. a.] 2009. An weiteren, meist aber weniger überzeugenden Publikationen, die auf größere zeitliche Zusammenhänge abzielen, sind seit 1990 u. a. erschienen: Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock. Hg. vom Rektor der Universität Rostock. Rostock 1994; Geschichte der TU Dresden in Dokumenten, Bildern und Erinnerungen. Bd. 3: Zur Wissenschaft in Dresden nach 1945. Dresden 1996; Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002. Hg. von Hermann-J. Rupieper. Halle 2002; Martin-Luther-Universität. Hg. von Gunnar Berg und Hans-Hermann Hartwich. Opladen 1994; Emporium. 500 Jahre Universität Halle-Wittenberg. Hg. von Gunnar Berg. Halle 2002; Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald 1456–2006. 2 Bde. Hg. von Dirk Alvermann und Karl-Heinz Spieß. Rostock 2006.

26 Vgl. z. B.: Henrik Eberle: »Ein wertvolles Instrument.« Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus. Köln [u. a.] 2015; Ders.: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945. Halle 2002; Traditionen – Brüche – Wandlungen (Anm. 25); »Im Dienst an Volk und Vaterland«. Die Jenaer Universität in der NS-Zeit. Hg. von Uwe Hoßfeld [u. a.]. Köln [u. a.] 2005; »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Hg. von Uwe Hoßfeld [u. a.]. Köln [u. a.] 2003; Die Berliner Universität in der NS-Zeit. 2 Bde. Hg. von Rüdiger vom Bruch und Christoph Jahr. Stuttgart 2005.

Jahren offen benannt worden ist (und zu heftigen Auseinandersetzungen führte).<sup>27</sup>

Für die Zeit der SED-Diktatur ist bislang zu keiner anderen Einrichtung eine zu Berlin und Leipzig vergleichbare Synthese vorgelegt worden. Um die Probleme, die bei der Analyse der Universitätsgeschichte in der SBZ/DDR zu verzeichnen sind, zu verdeutlichen, werden nachfolgend die beiden erwähnten Gesamtdarstellungen herangezogen. In einer kritischen Betrachtung diskutiere ich, wie in diesen beiden voluminösen Publikationen die DDR-Zeit behandelt wird – die überaus spannende Transformationszeit wird dagegen nicht betrachtet, obwohl auch diese bislang sehr defizitär ist.<sup>28</sup> Dabei erschien es mir notwendig, auch etwas zu den anderen behandelten Epochen zu sagen, nicht zuletzt um so auch Kontraste herzustellen und um aufzuzeigen, dass die konstatierten Forschungs- und Darstellungsdefizite nicht zwangsläufiger und allgemeiner Natur sind, sondern nur die SED-Epoche betreffen.

Der erste Band der Leipziger Universitätsgeschichte stellt über die eigentliche lokale Entwicklung hinaus einen wissenschaftlichen Markstein erzählender und erklärender Universitätsgeschichte dar.<sup>29</sup> Die bei ihrer Gründung nördlichste Universität auf dem europäischen Festland wird gesellschaftshistorisch analysiert. Im zweiten Band stellt Hartmut Zwahr die Universitätsgeschichte von 1830 (Geburtsstunde der Ordinariuniversität, eine staatlich geführte Landesuniversität) bis zur Reichsgründung 1871 dar.<sup>30</sup> Was für den ersten Band galt, ist auch hier festzuhalten: Zwahrs »Monographie« geriet unter der Hand zu einer Gesellschaftsgeschichte. Wie schon die Autoren im ersten Band versteht auch er es, allgemeine und spezielle Probleme der deutschen und Landesgeschichte mit der Universitätsgeschichte zu verzahnen. Beispielgebend ist es, wie Zwahr die allgemeinen Universitätsgeschichten und die speziellen Disziplingeschichten darzustellen und jeweils politik-, gesellschafts- und wissenschaftsgeschichtlich einzuordnen versteht. Der dritte Band zeichnet in vier Beiträgen die Geschichte

---

27 Vgl. dazu Kowalczyk, Humboldt-Universität (wie Anm. 20), S. 551–552. Dort schildere ich, wie ich einen solchen skandalösen Vorgang an der HU 1996 als Mitglied einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages auf einer öffentlichen Anhörung zur Sprache brachte. Anschließend kam es zu einer publizistischen Diskussion, bei der u. a. die Präsidentin der HU, Marlies Dürkop, die Schließung der Archive verteidigte und der Historiker Heinrich August Winkler das heftig kritisierte.

28 Vgl. dazu als empirisch interessanten Beitrag: Barbara Marshall: Die deutsche Vereinigung in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994. Berlin 2016; siehe dazu meine Review in: German Historical Institute London Bulletin XXXIX (2017), H. 2, S. 104–108.

29 Vgl. Enno Bünz [u. a.]: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 1: Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit, 1409–1830/31. Leipzig 2009.

30 Vgl. Hartmut Zwahr, Jens Blecher: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 2: Das neunzehnte Jahrhundert. Leipzig 2010.

der Universität vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart nach.<sup>31</sup> Ulrich von Hehl beleuchtet die Zeit bis 1945. Auch er vermag es, die Universitätsgeschichte mit der Politik- und Gesellschaftsgeschichte zu verknüpfen. In seiner Darstellung wird allerdings deutlich, dass aufgrund des Wachstums der Universität eine ähnlich komplexe Darstellung wie für die vorangegangenen Jahrhunderte aus einer Hand kaum noch möglich ist. Dennoch zeigt auch er die Brüche und Kontinuitäten der Universitätsentwicklung auf. In der Analyse der NS-Zeit legt von Hehl sehr deutlich den Schwerpunkt auf die Vorkriegszeit – ein die NS-Diktatur insgesamt (bezogen auf die innere Verfasstheit des NS-Staates) beherrschender Fokus.<sup>32</sup> Deutlich wird bei von Hehl, dass die Universität schnell und »reibungslös« dem nationalsozialistischen »Führeranspruch« und »Führerprinzip« unterlag. Die politisch motivierten Entlassungen lagen leicht unter dem Reichsdurchschnitt,<sup>33</sup> bieten aber keine Indizien für einen größeren Selbstbehauptungswillen der Universität gegenüber den Nationalsozialisten. Die über 180 Verfahren, die zur Aberkennung von Dokortiteln führten,<sup>34</sup> stellten im Reich einen überdurchschnittlichen Wert dar.

Dieser Beitrag unterscheidet sich von den bisherigen in einem Punkt: Er verfolgt untergründig eine geschichtspolitische Absicht. Denn von Hehl betont immer wieder, dass die Universität insgesamt in ihrer Entwicklung und politischen Indienstnahme letztlich zwar einem allgemeinen Trend folgte, aber nicht durch überdurchschnittliche Anpassungsleistungen hervorstach. Das zu belegen, gelingt nicht. In einem weiteren Punkt ist der Autor unpräzise. Er meint, das 1934 unter Bernhard Rusts (1883–1945) Leitung entstandene Reichserziehungsmuseum sei »das bis heute einzige gesamtstaatliche deutsche Kultusministerium« gewesen.<sup>35</sup> Nun mag man sich über die staatlichen Strukturen in der DDR und deren Wirksamkeit streiten können, aber ab 1950 gab es in der DDR eine Institution, die eine solche Aufgabe »gesamtstaatlich« und fachlich in jeder Hinsicht wahrnahm: das ZK der SED. Zwar existierte durchaus mit den verschiedenen Fachministerien ein gewisses Kompetenzgewirr, denn neben dem Staatssekretariat für Hochschulwesen (später Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen), dem Kultur- oder dem Volksbildungsministerium war eine Reihe von Spezialhochschulen noch anderen Fachministerien unterstellt. Aber

---

31 Vgl. Ulrich von Hehl [u.a.]: *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert, 1909–2009. Leipzig 2010.

32 Vgl. Ian Kershaw: *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*. München 2011, S. 12–16.

33 Ulrich von Hehl: In den Umbrüchen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Universität Leipzig vom Vorabend des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. In: *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. Bd. 3 (Anm. 31), S. 17–334, hier S. 185.

34 Vgl. ebd., S. 262.

35 von Hehl: In den Umbrüchen (Anm. 33), S. 189.

die eigentliche Entscheidungsmacht übte das ZK der SED mit seinem an die staatlichen Strukturen angelegten Organisationsaufbau aus, sodass es letztlich wie ein »gesamstaatliches Kultusministerium« agierte.<sup>36</sup> Dass es Kompetenzgerangel und Interessenskonflikte zwischen den Institutionen gab, ist zu konstatieren, aber diese existierten auch in der NS-Diktatur.

Dem generellen Strukturbruch trägt Günther Heydemann in seinem vorzüglichen Beitrag über die Leipziger Universität zwischen Kriegsende und Mauerbau schon am Anfang seines umfassenden Beitrages Rechnung. Er betont, dass der nach 1945 einsetzende »Transformationsprozess« in der 600-jährigen Universitätsgeschichte »ohne Frage« der »größte und tiefgreifendste« war.<sup>37</sup> Heydemann stellt die SED als eigentliches Macht- und Entscheidungszentrum in der komplizierten Etablierungs- und Konsolidierungsphase der Universität dar. Gebührenden Platz räumt er den politisch Verfolgten und dem Widerstand ein. Ebenso geht er ausführlich auf Schlüsselereignisse wie den 17. Juni 1953, das Jahr 1956 oder den Mauerbau ein. Hervorzuheben ist, dass weder die politikhistorische Verzahnung mit allgemeinen Entwicklungen zu kurz kommt noch gesellschafts- und alltagshistorische Aspekte unterbelichtet bleiben. Schließlich hat Heydemann auch das Wirken des MfS an der Universität bis zum Mauerbau beleuchtet – ein besonders zu würdigendes Unterfangen, weil sich einerseits nicht nur die Quellenlage weitaus komplizierter darstellt als für spätere Dekaden, sondern weil andererseits das MfS in dieser Zeit selbst erst mit seinem Aufbau und seiner Konsolidierung beschäftigt war und gerade die Universitäten für das MfS nur schwer durchdringbare, kulturelle Fremdkörper darstellten. Insgesamt ist Heydemann eine für andere Universitäten und Hochschulen vorbildhafte Darstellung gelungen.

Die Studie des Kirchenhistorikers Klaus Fitschen über die Leipziger Universität von 1961 bis 1989 hingegen offeriert in scharfem Gegensatz zu Heydemann, welchen methodischen Fallstricken man erliegen kann, wenn man sich der besonderen Situation einer Universität in der Diktatur nicht bewusst ist. Fitschen gibt an, dass »bei weitem nicht alle Quellen ausgewertet werden konnten«.<sup>38</sup> In unserem Zusammenhang ist das ein schwerwiegendes Problem. Herausgekommen ist eine Studie, die dem Untersuchungsgegenstand nicht gerecht wird. Empirisch ist keine systematische Recherche erkennbar; die Archivfundstücke zeugen nicht von Strukturübersicht und erscheinen willkürlich. Als wichtigste

---

36 Vgl. Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht (Anm. 5), S. 76–97.

37 Günther Heydemann: Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Mauerbau 1945–1961. In: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 3 (Anm. 31), S. 335–570, hier S. 335.

38 Klaus Fitschen: Wissenschaft im Dienste des Sozialismus. Die Universität Leipzig vom Mauerbau bis zur Friedlichen Revolution 1961–1989. In: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 3 (Anm. 31), S. 571–782, hier S. 573.

Quelle firmiert mehr und mehr im Laufe der Darstellung die SED-Universitätszeitung.<sup>39</sup> Eine präzise, zeithistorische Analyse lässt sich nicht auf einer solchen empirischen Grundlage vollziehen. Ich belasse es bei einem Beispiel:

»Erst im Februar 1989 entfiel im Zuge allgemeiner Reiseerleichterungen die Genehmigungspflicht für Dienstreisen durch das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen. Die Universitätsleitung hatte Dienstreisen ins ›Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet‹ nun beim Ministerrat zu beantragen.«<sup>40</sup>

Das ist eine Aussage, die das Dilemma des Aufsatzes beispielhaft verdeutlicht: Was der »Ministerrat« war und sollte, ließe sich praktisch in jedem Nachschlagewerk seit 1950 – dem Gründungsjahr des Ministerrates – schnell nachlesen und erfassen. Der Ministerrat der DDR war nichts anderes als laut Verfassung die gewählte Regierung der DDR, in der u. a. alle Minister Mitglied waren. Die faktische Aussage, die beabsichtigt ist, ist überdies unzutreffend. Die Reise genehmigungen erteilte in einem komplizierten und nicht leicht durchschaubaren Verfahren nach zentral erlassenen und gültigen Richtlinien die Universitäts- oder Akademieleitung in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachministerium sowie der SED, dem MfS und dem Innenministerium. Auch in der Forschung ist unklar, wessen Votum dabei welchen Stellenwert einnahm, weil es große zeitliche und institutionelle Differenzen gab.

Die Leipziger Universität kann auf eine Gesamtgeschichte verweisen, die – bis auf die Zeit seit 1961 – hohen Ansprüchen gerecht wird und daher Maßstäbe für andere vergleichbare Unternehmungen setzt. Das gilt eingeschränkt auch für den Doppelband »Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen«.<sup>41</sup> Hier lässt sich die historische Entwicklung der einzelnen Fachdisziplinen nachvollziehen. Allerdings drängt sich bei der Mehrheit der Beiträge die Frage auf, warum die Universität nach 1989 so umfassend und grundlegend reformiert werden musste. Zwar werden allgemeine politische Verhältnisse und ideologische Ansprüche angedeutet, aber kaum die konkreten Verhältnisse in den einzelnen Fächern benannt. Selten findet sich eine so klare Äußerung wie in dem Beitrag von Bernd-Rüdiger Kern über die Rechtswissenschaft, der bescheinigt, dass es sich bei den in der DDR verfassten Arbeiten fast durchgängig um »pseudowis-

39 Die Zeitung wurde von der SED-Parteileitung bzw. später der SED-Kreisleitung der Universität herausgegeben und ist, wie vieles andere, über die Website des Archivs der Universität Leipzig komplett digitalisiert einsehbar, URL: <https://www.archiv.uni-leipzig.de/geschichte/universitatsgeschichte/quellen-und-literatur-im-web/universitatszeitung-1957-1991/> (abgerufen am 21.06.2018). Die Arbeit des Universitätsarchivs kann gar nicht hoch genug gelobt und gewürdigt werden – ihre Online-Angebote sind für andere Universitätsarchive beispielgebend.

40 Fitschen: Wissenschaft im Dienst (Anm. 38), S. 662.

41 Vgl. Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 4: Fakultäten, Institut, Zentrale Einrichtungen. Hg. von Ulrich von Hehl [u. a.]. Leipzig 2009 (2 Teilbde.).

senschaftliche« gehandelt habe.<sup>42</sup> Aus dem Beitrag über die Tiermediziner etwa erfahren wir nicht, warum 13 von 19 Professoren nach 1989 die Universität verlassen mussten – ein negatives Fachvotum hatte niemand erhalten.<sup>43</sup> In keinem Beitrag wird konkret gezeigt, wie die SED ihre führende Rolle durchzusetzen vermochte. Die Folgen der Kaderpolitik werden nur angedeutet, die Lehrinhalte – es geht immerhin um Ausbildungsstätten – weitgehend ausgeblendet, das Wirken des MfS bleibt unberücksichtigt. Darf man von einem Physiker, Chemiker, Biologen, Mediziner oder Mathematiker erwarten können, dass sie sich mit solchen Fragen beschäftigen? Normalerweise ist das unnötig. Aber wenn sich jemand aufmacht, die eigene Disziplinentwicklung unter diktatorischen Verhältnissen nachzeichnen zu wollen, dann sollte dies zu den Mindestanforderungen zählen – nicht um herauszufinden, wer von den einstigen Fachkollegen inoffiziell für das MfS arbeitete, wer nur wegen seines SED-Engagements Karriere machte oder wer wie im Netz von Partei, Staat und Universität seine Wissenschaftsinteressen durchzusetzen vermochte, zu welchem Preis und wer nicht. Dies alles mag interessant sein und gehört zu einer Universitäts- und Disziplinengeschichte in der SED-Diktatur dazu. Dies wird man nur im Idealfall von Fachleuten in Sachen eigener Disziplin erfahren. Aber was man unbedingt erwarten darf, ist Aufschluss darüber, in wessen Auftrag die Forschungen durchgeführt wurden. Und da ist es auffällig, dass an keiner Stelle die Verflechtung einzelner Forschungsrichtungen mit dem Macht-, Sicherheits- und Militärapparat erörtert, geschweige denn analysiert wird. Wäre dies in den Beiträgen etwa über die Physiker, Mathematiker, Mediziner, Biochemiker, Mediziner, Geowissenschaftler oder Chemiker – um nur einige Beispiele zu nennen – berücksichtigt worden, hätten sich u. U. viel stärker eine innerfachliche Differenzierung, besser konturierte Forschungspotentiale und deren Ursachen herausfiltern lassen. So entsteht das verzerrte Bild, dass die Fachwissenschaftler\_innen letztlich den politisch-ideologisch Ansprüchen, den materiellen Mängeln und den fehlenden internationalen Kontakten gleichermaßen ausgesetzt gewesen seien, ohne im Einzelnen ihre aktive Rolle für oder auch gegen das System würdigen zu können.

Der abschließende fünfte Band widmet sich schließlich den Universitätsbauten in ihrer jahrhundertelangen Entwicklung.<sup>44</sup> Das 20. Jahrhundert mit seinen Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg und durch das Ulbricht-Re-

---

42 Bernd-Rüdiger Kern: Rechtswissenschaften. In: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 4, 1 (Anm. 41), S. 103–150, hier S. 145.

43 Vgl. Franz-Viktor Salomon, Martin Fritz Brumme: Veterinärmedizin. In: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 4, 2 (Anm. 41), S. 1411–1473, hier S. 1466.

44 Vgl. Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 5: Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext. Hg. von Michaela Marek und Thomas Topfstedt unter Mitwirkung von Uwe John. Leipzig 2009.

gime nimmt dabei naturgemäß einen großen Raum ein. Letztlich zeigt sich, dass die Utopie der Kommunisten, obwohl noch heute im Stadtzentrum Leipzigs symbolisch sichtbar und immer wieder auch Anlass für regelrechte »Kulturkämpfe« seit 1989,<sup>45</sup> auch städtebaulich und universitätsarchitektonisch nicht nur scheiterte, sondern auf der unbarmherzigen Schleifung jahrhundertealter Bauten, Kulturgüter und Traditionen basierte.<sup>46</sup> Hier ist eine kritische Analyse und Darstellung lesbar, wohl auch deshalb, weil für die meisten Entscheidungen die Universität selbst keine Verantwortung trug.

Die sechsbändige Gesamtgeschichte der HUB umfasst etwa 4.200 Druckseiten aus den Federn von etwa 80 Autor\_innen. Gesamtherausgeber Heinz-Elmar Tenorth problematisiert in Band 1, wie man überhaupt eine solche Geschichte schreiben könne. Die ersten drei Bände stehen unter der Überschrift *Biographie einer Institution* und umfassen die Politik-, Sozial- und Institutionengeschichte. Mit *Praxis ihrer Disziplinen* sind die Bände 4 bis 6 betitelt: Geschichte der einzelnen universitären Fachgebiete in ihren historischen Entwicklungen. Den einleitenden Ausführungen ist anzumerken, dass Tenorth nicht klar ist, ob der Spagat gelungen ist, »in gleicher Weise distanziert gegenüber dem Jubel wie gegenüber purer Selbstkritik« zu erscheinen.<sup>47</sup> Es sei die »dunkle Seite der Universität« ebenso einzufangen, wie der »Eigenlogik von Wissenschaft« Geltung zu verschaffen sei.<sup>48</sup> Tenorth arbeitet heraus, dass die Berliner Universität von Beginn an ein politisches Unternehmen war. Die starke Politisierung und Ideologisierung der Universität, wie sie zwischen 1933 und 1989/90 unter unterschiedlichen diktatorischen Vorzeichen prägend sein sollte, wies mentale und kulturelle Kontinuitäten zu den Epochen zuvor auf.<sup>49</sup> Am »System Althoff« zeigt Charles E. McClelland, dass die oft vorgenommene Gegenüberstellung von »Staat« und »Universität« nur eine Abstraktion darstellt und die Professoren durch die finanzielle Abhängigkeit der Universität immer stärker zu klassischen Staatsbeamten wurden.<sup>50</sup> Es sei ein Mythos, dass die Professoren<sup>51</sup> im Kaiserreich

45 Vgl. nur exemplarisch: Erich Loest: Man ist ja keine Achtzig mehr. Tagebuch. Göttingen 2011.

46 Zur Sprengung der Leipziger Universitätskirche siehe außerdem u. a.: Dietrich Koch: Das Verhör. 3 Bde. Dresden 2000; Erinnerungsort Leipziger Universitätskirche. Eine Debatte. Hg. von Matthias Middell [u. a.]. Leipzig 2003; Stefan Welzk: Leipzig 1968. Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen. Leipzig 2011.

47 Heinz-Elmar Tenorth: Geschichte der Universität zu Berlin, 1810 bis 2010. Zur Einleitung. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 1: Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1918. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth. Berlin 2012, S. XV–XLIII, hier S. XVI.

48 Ebd., S. XVII.

49 Vgl. Heinz-Elmar Tenorth: Verfassung und Ordnung der Universität. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 1 (Anm. 47), S. 77–130, hier S. 97.

50 Charles E. McClelland: Öffentlicher Raum und politische Kultur. In: In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 1 (Anm. 47), S. 567–636, hier S. 573–575.

51 Die erste ordentliche Professorin ist in Deutschland erst 1923 an der Universität Hohenheim

eine besonders wichtige öffentliche Stimme gehabt hätten.<sup>52</sup> Auf einzelne Prominente traf dies zu, für die Mehrheit allerdings galt, was Friedrich Meinecke (1862–1954) im Rückblick auf das Jahr 1914 im Jahr 1922 festhielt: »Wir standen mehr in der Front als vor der Front.«<sup>53</sup> Michael Grüttner arbeitet heraus, wie ab 1919 die Studierenden immer stärker eine politische Wendung nach Rechtsaußen vollzogen, die einher ging mit einer »antirepublikanischen Wende« im Lehrkörper.<sup>54</sup> Am Fall des Medizinprofessors Georg Friedrich Nicolai (1874–1964) demonstriert er, wie die Universität die Freiheit der Meinung verriet.<sup>55</sup> Der latente Bürgerkrieg zeigte sich auch an der Universität. Die Politik der Toleranz gegenüber den Totengräbern der Republik kam einer Selbstaufgabe der Demokratie gleich.<sup>56</sup> Das zeigte sich auch daran, dass dem nationalsozialistischen Regime aus der Universität nur wenig Widerstand entgegenschlug.<sup>57</sup> Die fragile hochschulpolitische Autonomie ging 1933 verloren. Christoph Jahr spricht von der »Selbstgleichschaltung«.<sup>58</sup> Zu den 254 Entlassungen aus antisemitischen Gründen kamen (lediglich) 26 hinzu, die ausschließlich wegen der politischen Haltung erfolgten.<sup>59</sup> Es gab nationalsozialistisches Eiferertum ebenso wie stillschweigende Duldung, gelebten Dissens, aber auch mutige Selbstbehauptungsversuche Einzelner. Anne Christine Nagels Fazit fällt – wie schon bei von Hehl – zu positiv aus: »Keine nationalsozialistische Musteruniversität, aber auch kein Hort des Widerstandes – die Berliner Universität steuerte einen vergleichsweise unauffälligen Kurs durch das »Dritte Reich«, wie man es bei dieser größten und bedeutendsten Universität im Land kaum erwartet hätte.«<sup>60</sup> Im Wintersemester 1944/45 war fast jeder zweite Professor und Dozent Mitglied der NSDAP (46 %). Nagel begründet diese Zahl damit, es habe »Reserven gegenüber der Partei« gegeben. Tatsächlich hatte es ein solches aktives Bekenntnis zu einer Partei in der Universitätsgeschichte bislang nicht gegeben – und selbst die kommunistische

---

berufen worden: Margarete von Wrangell (1877–1932) war Chemikerin wie die in Frankreich wirkende Marie Curie (1867–1934), die bereits 1903 und 1911 einen Nobelpreis erhalten hatte.

52 Vgl. McClelland: Öffentlicher Raum (Anm. 50), S. 589–592.

53 Friedrich Meinecke: Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik. In: HZ 125 (1922), H. 2, S. 248–283, hier S. 252.

54 Michael Grüttner: Nachkriegszeit. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945. Hg. von Heinz-Elmar Tenorth und Michael Grüttner. Berlin 2012, S. 7–67, hier S. 22.

55 Vgl. ebd., S. 49.

56 Vgl. Michael Grüttner: Der Lehrkörper 1918–1932. In: ebd., S. 135–186, hier S. 155.

57 Vgl. Michael Grüttner: Die Studentenschaft in Demokratie und Diktatur. In: ebd., S. 187–294, hier S. 272–284.

58 Christoph Jahr: Die nationalsozialistische Machtübernahme und ihre Folgen. In: ebd., S. 295–324, hier S. 323.

59 Vgl. Sven Kinas: Massenentlassungen und Emigration. In: ebd., S. 325–404, hier S. 361, 387.

60 Anne Christine Nagel: Die Universität im Dritten Reich. In: ebd., S. 405–465, hier S. 463.

Nachkriegsentwicklung benötigte über zwei Jahrzehnte, um solche Kennziffern zu erreichen. Dann allerdings übertraf man die 50 Prozentmarke deutlich.

Wie stark Teile der Universität und des Lehrkörpers tatsächlich in die nationalsozialistische Verbrechenpolitik eingebunden waren, arbeitet Jens Thiel heraus. Auch wenn er nur einige Fälle exemplarisch schildern kann, so deutet sich hier ein Ausmaß an, das die Universität als einen »Täterort« erscheinen lässt.<sup>61</sup> Dabei ist sehr auffällig, dass z. B. das politische und rassistische Wirken des Eugenikers Eugen Fischer (1874–1967, Rektor 1933/34) heruntergespielt wird.<sup>62</sup> Aber die Universität war nicht nur ein »Täterort«, sie war in ähnlicher Perspektive auch ein »Opferort«. Die Liste der Opfer des Nationalsozialismus stellt ein bedrückendes Zeugnis dar.<sup>63</sup> Warum diese biographische Liste keine Studierenden enthält, bleibt rätselhaft.

Beide Bände zeigen aber, wie sich eine Universitätsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte präsentieren kann. Gerade die Behandlung der NS-Zeit veranschaulicht, worauf es in der Diktaturbetrachtung ankommt: den politischen Rahmen zu beachten und die sich daraus ergebenden Besonderheiten prominent zu berücksichtigen. Konrad H. Jarausch will die Geschichte der Universität in der DDR hingegen als eine »relative Normalität der sozialistischen Universität« darstellen.<sup>64</sup> Die »Biographie einer Institution« im Kommunismus als Gesellschaftsgeschichte zu schreiben, ist nicht gelungen, da die Universität hier lediglich als eine bürokratische Behörde erscheint, deren politischer, sozialer, gesellschaftsgeschichtlicher Platz unscharf bleibt und die sich als Universität zu behaupten wusste. Hier erscheint Universitätsgeschichte eher als geschichtspolitische Aufgabe denn als wissenschaftliches Unternehmen.<sup>65</sup> Ein Blick in die

61 Jens Thiel: Der Lehrkörper der Friedrich-Wilhelms-Universität im Nationalsozialismus. In: ebd., S. 465–539, hier S. 525–537.

62 Anders hingegen z. B.: Kathrin Roller: Der Rassenbiologe Eugen Fischer. In: Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche. Hg. von Ulrich von der Heyden und Joachim Zeller. Berlin 2002, S. 130–133. Zur ideologischen Gebundenheit Fischers aufschlussreich: Peter Weingart [u. a.]: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988.

63 Opfer des Nationalsozialismus unter den Wissenschaftlern der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. In: Geschichte der Universität Unter den Linden. Bd. 2 (Anm. 54), S. 559–565.

64 Konrad H. Jarausch: Universität in den Umbrüchen. Nachkrieg – Experiment sozialistische Hochschule – Erneuerung. Zur Einleitung. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 3 (Anm. 20), S. 9–16, hier S. 9.

65 Da ich selbst Mitautor an diesem Band war, halte ich mich mit einer weiteren Bewertung zurück. Eine sehr kritische Besprechung zu diesem dritten Band nahm vor: Bernd Florath: Die Humboldt-Universität und ihre Geschichte. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 33 (2013), S. 159–171. Eine eingehende Betrachtung meines Beitrages unterließ Florath, da er feststellte, dieser stehe quer zu dem Unterfangen: »Das Kapitel scheint im Band die merkwürdige Funktion zu erfüllen, der mitunter entschwindenden Diktatur in der Darstellung einen festen Platz zuzuweisen. Doch kann er diese Platzhalterfunktion nicht

Bände *Praxis ihrer Disziplinen* konturiert, wie diese Universitätsgeschichte doch in gewisser Weise an ihrer Historie vorbeischiebt.<sup>66</sup> Allen Beiträgen ist gemein, dass sie das behandelte Fach im Nationalsozialismus sehr kritisch betrachten und fast durchweg zu der Auffassung gelangen, dass man nach der Ausschaltung jüdischer und politisch andersdenkender Professor\_innen in der Regel den neuen Machthabern nicht im Wege stand, ganz überwiegend ihnen willfährig zu Diensten war oder gar ihre Weltsicht voll und ganz teilte. Rainer Schröder schreibt in seinem Beitrag über das Zivilrecht 1850 bis 1945: »Die neue Aufgabe der Universität war es, Ideologie zu produzieren und durchzusetzen. Das charakterisiert übrigens das Bestreben aller diktatorischen Regimes.«<sup>67</sup> Auf diese Klarheit im Befund wird noch zurückzukommen sein.

In der Einleitung zu Band 6 erklärt Tenorth, dass es nicht allein darum gehen könne, die Geschichte der HUB »als die Erzählung einer politischen Überwältigung und Fremdkontrolle, sondern auch als Historie einer selbstständigen Praxis in den Grenzen einer Diktatur« darzustellen.<sup>68</sup> Die These von der »politischen Überwältigung und Fremdkontrolle« schließt die Selbstpreisgabe offenbar ebenso aus wie den Anteil der Universität selbst daran, Ideologie nicht nur unterlegen gewesen zu sein, sondern diese maßgeblich mit produziert zu haben. Tenorth konzipierte die Darstellung zur DDR an heftig umstrittenen Konzepten

---

erfüllen, weil, wie er [Kowalczyk] an anderer Stelle selbst nachdrücklich festgehalten hat, die DDR kein MfS-, sondern ein SED-Staat war, mithin die notwendige Beleuchtung der Anwesenheit und des Treibens der Geheimpolizei die Verortung der Universität im System des Staat gewordenen Kommunismus nicht ersetzen kann. Es scheint, als liefen die Intentionen der Herausgeber, gleichermaßen alles Böse in diesem Kapitel abhandeln zu lassen, um im Rest des Bandes der hehren Selbstbehauptung wissenschaftlichen Eigensinns huldigen zu können, und die Intention Kowalczyks, den Mythos Stasi auf jenen Platz zu reduzieren, den das MfS in einem vielfältigen System diktatorischer Herrschaft auch in der Wissenschaft eingenommen hat, mit Sicherheit aneinander vorbei. Ein Kapitel über die SED wäre wahrscheinlich für den Zweck der Universitätsgeschichte hilfreicher gewesen, doch was Kowalczyk hier an präzisen Informationen über die Arbeitsweise des MfS in einer einzelnen Institution rekonstruiert, ist, jedenfalls für den Bereich der Repressionshistoriographie, beispielgebend.« (S. 162).

66 Sie stellen zwar Aufsatzsammlungen dar, aber die generellen Probleme, die sich in Band 3 ebenso wie in der Darstellung der Universität Leipzig ab 1961 zeigen, können auch hier veranschaulicht werden. Die Bände 4 und 5 behandeln die Geschichte der universitären Disziplinen bis 1945 und bleiben daher unbeachtet. Vgl. *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 4: Genese der Disziplinen. Die Konstitution der Universität.* Hg. von Heinz-Elmar Tenorth. Berlin 2010; *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 5: Transformation der Wissensordnung.* Hg. von Heinz-Elmar Tenorth. Berlin 2010.

67 Rainer Schröder: *Das Zivilrecht an der Juristischen Fakultät 1850–1945.* In: *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 5 (Anm. 66), S. 151–198, hier S. 171.*

68 Heinz-Elmar Tenorth: *Genese der Disziplinen – Die Konstitution der Universität. Zur Einleitung.* In: *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision.* Hg. von Heinz-Elmar Tenorth. Berlin 2010, S. 9–42, hier S. 20.

wie »anormale Normalwissenschaft«<sup>69</sup> oder »beherrschte Normalwissenschaft«<sup>70</sup>. Damit wird ein Gegensatz zwischen SED-/FDJ-Strukturen einerseits und universitären Bestrebungen andererseits konstruiert.<sup>71</sup> Es bleibt unbenannt, was die maßgebliche Struktur an der Universität war. Offenbar ist den meisten Autor\_innen nicht bewusst, dass die SED mit ihrer Kreisleitung an der Universität in allen Fragen das Sagen hatte.<sup>72</sup> In Band 3 zeigt sich dies an der Institutionengeschichte selbst, die weitgehend ihrer SED-Struktur entkleidet wird. In Band 6 zeichnen die meisten Autor\_innen Disziplinbilder, die an der historischen Realität vorbei erzählen. Vor des Lesers geistigem Auge entsteht eine Universität in der SED-Diktatur, die mit einigen ideologischen Vorgaben zu kämpfen, die weithin den internationalen Anschluss verloren, die unter erheblicher Ressourcenknappheit zu leiden hatte und zugleich unentwegt und mehrheitlich um ihre wissenschaftliche Selbstbehauptung rang. Es entstehen fast durchweg Konfliktbilder, Kämpfe um Selbstbehauptung, es geht meist um die »reine« Wissenschaft. Warum eigentlich musste die Universität nach 1989 strukturell und personell grundlegend neu aufgebaut werden? Dieser Band gibt darauf keine Antwort. Das Systemtypische bleibt unbenannt. Zentrale Fragen werden gar nicht aufgeworfen, wie die nach den Karrierewegen von Hochschullehrer\_innen oder der Entscheidungsgrundlage dafür, wer was studieren durfte, zu welchen Studienfächern man zwingend delegiert werden musste und was eigentlich gelehrt wurde;<sup>73</sup> jene Fragen also, die überhaupt erst das spezifische Eigenleben der Universität im Kommunismus erklären können. Inga Markovits etwa schreibt über die *Juristische Fakultät im Sozialismus*. Sie bringt das allgemein in diesem Band vorherrschende Unverständnis auf den Punkt: »Die Humboldt-Juristen sollten gleichzeitig zwei Herren dienen: ihrem beruflichen Selbstverständnis und der Politik der SED.«<sup>74</sup> Wirft man einen Blick in die Quellen, dann muss man erkennen, dass es diesen Widerspruch bei den Ju-

69 Konrad H. Jarausch [u. a.]: Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung. In: Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. Hg. von Dems. München 1998 (= HZ Beihefte, NF 27), S. 50.

70 Martin Sabrow: »Beherrschte Normalwissenschaft«. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie. In: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 412–445.

71 Tenorth: Genese der Disziplinen (Anm. 68), S. 22, 25, 28.

72 Die Entstehungsgeschichte ist beschrieben in: Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht (Anm. 5). In meinem Beitrag »Die Humboldt-Universität zu Berlin und das Ministerium für Staatssicherheit« (Anm. 20) habe ich einige Konsequenzen aufgezeigt.

73 Es gibt immer mal kleinere Ausnahmen, so etwa die Angabe bei den Kunsthistorikern, dass über die Hälfte des Studiums fachfremde Lehrveranstaltungen ausmachten, vgl. Ulrich Reinisch: Das Kunstgeschichtliche Institut der Humboldt-Universität 1946–1989. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 389–404, hier S. 401; siehe auch Angaben zum Physikstudium bei Dieter Hoffmann: Physikalische Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. In: ebd., S. 551–583, hier S. 566.

74 Inga Markovits: Die Juristische Fakultät im Sozialismus. In: ebd., S. 91–138, hier S. 127.

rist\_innen fast nie gab. An dieser Stelle muss man die politische Rolle der Rechtswissenschaften in der DDR und die SED-Geschichte ernster nehmen. Denn die SED stellte keine anonyme Struktur und keine anonyme Veranstaltung dar. Geht man aber davon aus, dass die DDR dem Ziel »eine[r] gut funktionierende[n], zugängliche[n], bürgerfreundliche[n] Justizverwaltung [...] trotz allem näher als manch anderer Staat« war,<sup>75</sup> ist die Gefahr groß, dass man zu derartigen Einschätzungen kommt. Dem Text ist an keiner Stelle zu entnehmen, wer eigentlich Jura studieren durfte und dass zu diesem Studium – mit Ausnahme einiger von den Kirchen Delegierter – nur das Justiz- und Innenministerium (und deren nachgeordnete Institutionen), das MfS und die SED delegieren konnten, was als aussagekräftige Information schon viel besagt. Über die Lehrinhalte erfährt man nichts, dafür aber, dass in der Honecker-Ära die Politik »aus den Sektionsberatungen verschwindet. Aber sie ist zur Routine und damit von einer Glaubensangelegenheit zu einer Sache der Verwaltung geworden.«<sup>76</sup> Und weiter: »An der Juristischen Fakultät wurde die politische Alltagsarbeit, soweit es ging, an Untergebene delegiert.«<sup>77</sup> So ähnlich hat sich Erich Honecker (1912–1994) nach 1989 auch geäußert.<sup>78</sup> Die Autorin zitiert ein Protokoll von 1962 und wundert sich, wie »offen« die Genossen »diskutierten«. Immer wieder falle der Terminus »Meinungsstreit« – was Markovits offenbar an die Streitkultur nordamerikanischer Universitäten erinnert. Oft traten die HUB-Juristen als Gutachter für das MfS und Ministerium des Innern (Mdi) in politisch motivierten Strafprozessen auf. Vielleicht hätte sie die intensive Zusammenarbeit dieser Sektion mit der Sektion Kriminalistik – einer faktischen Stasi-Einrichtung an der Universität – beleuchten sollen.<sup>79</sup> Guntolf Herzberg hingegen schreibt ganz anders über die Philosophie 1945 bis 1990. Er, der selbst gemäßregelt und verfolgt worden ist, blendet die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen ebenso wenig aus wie er betont, dass es sich um handverlesene Studierende handelte. Bei ihm wird erwähnt, was fast in allen anderen Beiträgen fehlt: das MfS. Kritisch bei Herzberg ist anzumerken, was sich wie eine rote Linie durch den gesamten Band zieht: Es werden fast ausschließlich jene Hochschullehrer\_innen behandelt, die es überhaupt zu einem Werk gebracht haben. In der DDR und an der HUB war es typisch, dass neben einigen Köpfen aber eine große Masse lehrte und forschte und in sehr bescheidenem Maße publizierte und damit

---

75 Ebd., S. 132.

76 Ebd., S. 115.

77 Ebd.

78 Vgl. Reinhold Andert, Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. Berlin, Weimar 1990.

79 Nur durch Zufall ist die Sektion Kriminalistik überhaupt in dieser HUB-Geschichte behandelt worden, im Band 6 taucht sie nicht auf, vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Humboldt-Universität zu Berlin (Anm. 20), bes. S. 537–541.

das Innenleben und die Außenwahrnehmung weitaus stärker beeinflusste als es uns allein der Blick auf die »Köpfe« erkennen ließe.<sup>80</sup> Herzberg hingegen ist es nicht anzukreiden, sondern dem Herausgeber, dass die nach den Sektionen Medizin, Landwirtschaft und Veterinärmedizin größte an der HUB – nämlich die für Marxismus-Leninismus – in dem Band (wie die Kriminalisten) gar nicht behandelt wird. Das ist erwähnenswert, weil diese Sektion mit ihrem Lehrpersonal in jedem Studienfach präsent war. Das obligatorische Grundstudium war für die meisten Studierenden zwar eine lästige Nebensache, aber nur nebenbei ging es auch nicht, weil diese Noten entscheidend bei der Gesamtbewertung des Studienabschlusses waren – ebenso bei der Benotung einer fachwissenschaftlichen Dissertation. Der Beitrag von Hellmut Wollmann über die Soziologie beschreibt diese als eine andauernde Konfliktgeschichte. Man wundert sich doch sehr, wenn man die Schriften der von ihm hochgelobten Soziologen kennt und seine fast ins Hymnische ausufernden Lobpreisungen liest: Selbst Erich Hahn (geb. 1930), Mitglied des ZK der SED und vieler weiterer SED-Gremien, erscheint hier als ein redlicher Nur-Wissenschaftler.<sup>81</sup> Es gilt hier zu berücksichtigen, warum die SED lange Zeit einer eigenständigen Soziologie und erst recht bis zuletzt einer Politikwissenschaft skeptisch bzw. ablehnend gegenüberstand. Wollmanns Geschichte ist die einer unentwegten Repression und innerer Reformphasen. Er verbreitet die Legende, Dieter Kleins (geb. 1931) Broschüre *Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus* hätte 1988 gegen das SED-Dogma vom »aggressiven Wesen des Kapitalismus« aufbegehrt.<sup>82</sup> Tatsächlich hatte Klein nicht nur Friedrich Engels' berühmte Artikelserie von 1893 (*Kann Europa abrüsten?*) aufgegriffen, er lag damit auf der Linie dessen, was mit »friedlicher Koexistenz« seit Gorbatschow nochmals einen neuen Klang erhalten hatte. Und außenpolitisch blieb Moskau bei allen sonstigen Differenzen auch nach 1985 für Ost-Berlin tonangebend – Dieter Klein und seine Mitstreiter hatten überdies Auftraggeber im SED-Politbüro. Wollmann stützt sich in seinen Ausführungen sehr stark auf Auskünfte um die sogenannten SED-Reformer. Es handelte sich mitnichten um »Reformer«, denen es um eine demokratisch-

80 Auch der Aufsatz von Sven Ebisch und Mitchell G. Ash über die »Psychologie« konzentriert sich auf unumstrittene wissenschaftliche Leuchttürme wie Friedhart Klix (1927–2004) oder Hans-Dieter Schmidt (1927–2007). Auch hier hätte ein Blick in die SED- und Stasi-Strukturen resp. Verwicklungen und Einflussnahmen interessiert, auch hier fehlt der Hinweis auf die Zugangsmodalitäten zum Studium, auch hier fehlt jeder Hinweis auf die Gutachtertätigkeit für Justiz und Staatssicherheit, vgl. Sven Ebisch, Mitchell G. Ash: *Psychologie an der Humboldt-Universität*. In: *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010*. Bd. 6 (Anm. 68), 187–208.

81 Hellmut Wollmann: *Soziologie an der Humboldt-Universität unter dem SED-Regime und in der »Wende«*. In: *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010*. Bd. 6 (Anm. 68), S. 233–254, hier S. 239.

82 Ebd., S. 248.

freiheitliche Veränderung der Regimeverhältnisse und um die Abschaffung des SED-Machtmonopols ging.<sup>83</sup> Der Beitrag über die Wirtschaftswissenschaftler\_innen, immerhin eine der größten Sektionen an der HUB mit einer nicht gering zu achtenden systemtragenden Funktion, weist eine Besonderheit auf, die von den Autor\_innen zwar angesprochen, aber nicht überzeugend beantwortet wird: Sie konzentrieren sich nur auf das, was aus westlicher Sicht interessant ist.<sup>84</sup> So bleiben die Jahre nach 1968 praktisch unbeleuchtet – man mag dies auch als eine inhaltliche Aussage werten. Mit dem gleichen Argument freilich hätte sich der gesamte Band 6 auf ein Drittel zusammenstampfen lassen.

Ein Beitrag über die Sportwissenschaft an der HUB wirft zwangsläufig zwei häufig diskutierte Fragen auf. Erstens: Wie schlug sich die Militarisierung der Universität am Beispiel des obligatorischen Sportunterrichts und der betriebenen Sportwissenschaft nieder? Zweitens: Waren Sportwissenschaftler\_innen der HUB in irgendeiner Weise am DDR-Staatsdoping aktiv beteiligt? Die erste Frage kann schon deshalb von Elk Franke nicht systematisch angegangen werden, weil er als zentrale Quelle für die Frühgeschichte des Instituts bis 1971 eine an der HUB 1986 verteidigte Dissertation benennt.<sup>85</sup> Wie die meisten Autor\_innen dieses Bandes scheute er den Gang ins Archiv. Für die Frage des Dopings gibt er demzufolge zu Protokoll, ob und in welchem Umfang die HUB beteiligt war: Dies »kann aufgrund der bisher zur Verfügung stehenden Datenlage weder bestätigt noch bestritten werden.«<sup>86</sup>

»Unsichtbar« ist vielleicht das Stichwort, mit dem sich die meisten Ausführungen in diesem Band charakterisieren lassen. Wolfgang Hardtwig und Alexander Thomas etwa schreiben über die »Neuzeithistorie« nach 1945. Auch sie konzentrieren sich auf einige Lichtgestalten, auch sie gehen nicht auf die Rekrutierungsbedingungen für ein Geschichtsstudium ein, auch sie vernachlässigen die ganz entscheidende Kongruenz zwischen SED-Parteilichkeit und Historiographie, auch sie gehen mit keinem Wort auf die strukturelle Verflechtung von Universität, Fachwissenschaft, SED und Staatssicherheit ein, obwohl die meisten ihrer Protagonist\_innen dafür beredete Beispiele abgaben. Bei ihnen »übte die Partei über die gesamte Zeit der SED-Herrschaft hinweg erheblichen Druck auf die Historiker« der HUB aus,<sup>87</sup> dabei strukturell und personell übersehend, dass diese Partei keine

---

83 Ausführlicher zum Problem »SED-Reformer« und generell zum historischen Kontext: Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. 3., überarb., korrig. u. erw. Neuausg. München 2015.

84 Vgl. Jan-Otmar Hesse, Laura Julia Rischbieter: Die Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1945. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 255–276.

85 Vgl. Elk Franke: Sportwissenschaft an der Humboldt-Universität. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 295–312, hier S. 299, Anm. 6.

86 Ebd., S. 305.

87 Wolfgang Hardtwig, Alexander Thomas: Forschung und Parteilichkeit. Die Neuzeithistorie

anonyme Veranstaltung darstellte und nicht über den Historiker\_innen stand, sondern die SED-Geschichtsdogmen von diesen Historiker\_innen gelehrt, mitformuliert und miterfunden worden sind. Sie erwähnen aber, anders als die meisten anderen Autor\_innen, einige Repressionen, ohne aber die (bekannten) Namen zu nennen und auch nicht die der Verantwortlichen dafür. Kurt Pätzold (1930–2016) wird sogar wahrheitswidrig abgesprochen, aktiv beteiligt gewesen zu sein. Die einzige Quelle dafür ist ein apologetisches Buch von Pätzold selbst.<sup>88</sup> Der gemäßregelte Mann, um den es geht, war immerhin in den 1990er Jahren einige Zeit am Lehrstuhl von Wolfgang Hardtwig angebunden. Er bleibt dennoch als Opfer unsichtbar. Unsichtbar bleibt auch das Schicksal von Percy Stulz (1928–2018) – er findet einmal die Gnade der namentlichen Erwähnung.<sup>89</sup> Aber Stulz hätte schon allein deshalb in diese Geschichte gehört, weil er auf höchste Weisung hin – jeder kannte den Fall damals dort! – unschuldig im Gefängnis landete.<sup>90</sup> Exemplarisch an diesem Beitrag ist das Desinteresse für die Realität. Die für die »Selbstbehauptung einer Vision« (Tenorth) wichtigsten und größten Bereiche werden nicht erwähnt: Geschichte des sozialistischen Weltsystems, Geschichte der Arbeiterbewegung und vor allem Geschichte der DDR und der Bundesrepublik. Das und vieles andere wird nicht berührt, obwohl diese Themenkomplexe die Sektion entscheidend prägten. Die beiden Autoren teilen die These, die in diesem Band fast alle mit Tenorth vertreten: »Insgesamt erscheinen die 1980er Jahre als eine Ära nachlassender Bevormundung.«<sup>91</sup> Belege werden dafür nicht angeführt. Behauptungen werden hier zu Tatsachen stilisiert. Das Interesse richtet sich allein auf einige Ordinarien. Der gesellschaftshistorische Ort von Sektion und Universität verschwindet, löst sich auf. Und wieder drängt sich die Frage auf: Warum musste eigentlich ab 1990 das ostdeutsche Universitäts- und Wissenschaftssystem so grundlegend reformiert werden? Oder hätte es dessen eigentlich nicht bedurft? Auch eine solche Perspektive bedürfte einer komplexen Betrachtung. In jedem Fall fehlt das SED-System in der Universität, denn nur das erklärt, warum die internen Probleme der 1950er und 1960er Jahre in den 1980er Jahren aus den Universitätsräumen überwiegend verschwunden zu sein scheinen. Das Stichwort dafür lautet Rekrutierungspraxis.

Ähnliche Kritik ließe sich auch an vielen Beiträgen über andere Disziplinen anbringen. Ansatzweise anders schreibt Marie-Luise Bott über die Philologien.

---

an der Berliner Universität nach 1945. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 333–361, hier S. 342.

88 Vgl. ebd., S. 343, Anm. 42.

89 Vgl. ebd., S. 339.

90 Ilko-Sascha Kowalczyk: Außenseiter, Aufsteiger, Absteiger. Vom Angehörigen der Funktionselite zum »Funktionshäftling«. Eine biographische Studie, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, S. 183–195.

91 Hardtwig, Thomas: Forschung und Parteilichkeit (Anm. 87), S. 355.

Sie zeigt am Beispiel des international renommierten Anglisten Klaus Hansen (geb. 1934), wie sich ein nicht der SED angehörender Wissenschaftler gegen die Zumutungen der Herrschenden wehrte und dabei wissenschaftlich sehr erfolgreich war.<sup>92</sup> Aber auch diesem Aufsatz hätte es gut getan, die Akten von SED und MfS auszuwerten, um so die Hintergründe einiger nur angedeuteter Vorgänge erhellen zu können.

Die Hoffnung, dass die Darstellung der Naturwissenschaften und Medizin anders ausfallen würde, erfüllt sich nicht. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Bei den Physiker\_innen sowie Elektroniker\_innen drängt sich zwingend auf, die Rolle des Verteidigungs- und Staatssicherheitsministeriums in der Forschungspraxis zu beleuchten, weil die »Sonderforschung bzw. Verteidigungsforschung« eine »spezielle Rolle« spielte.<sup>93</sup> Das wird jedoch nicht weiter ausgeführt, außer der Randbemerkung, deshalb habe es hier vergleichsweise viele Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS gegeben.<sup>94</sup> Auch wenn die Physiker\_innen der HUB für Armee und Stasi eine weniger bedeutendere Rolle spielten als etwa die der TH Dresden, so war auch die HUB an einigen Großprojekten beteiligt, die aber unbenannt bleiben. Und dass einige der wichtigsten Physiker\_innen dem MfS und dem KGB dienten, ist längst bekannt, wird aber nicht analysiert. Ähnliches ließe sich zu den Ausführungen über die Chemiker\_innen anmerken. Der Beitrag über die Biolog\_innen wiederum würdigt zutreffend den Verhaltensbiologen Günter Tembrock (1918–2011) und die Biologehistorikerin Ilse Jahn (1922–2010).<sup>95</sup> Das gesamte Profil der Fachrichtung bleibt dahinter unscharf. Über die größte Sektion an der HUB, die Agrarwissenschaften, ist wenig zu erfahren. Aber die Autoren und die Autorin haben eine interessante Perspektive gefunden, in dem sie die Agrarwissenschaften in ganz Berlin untersuchen und so Gemeinsames und Trennendes herausstellen, was wissenschaftshistorisch relevant ist. Über den wissenschaftlichen Alltag und das Innenleben des Lehrbetriebes der Landwirtschaftswissenschaften an der HUB – die ebenfalls in einem heute vergessenen Maße ideologisch geprägt waren – ist nichts zu lesen. Die Autoren, die sich mit Mathematik beschäftigen, hatten demgegenüber ein

---

92 Vgl. Marie-Luise Bott: Zentralstaatlich gelenkte Erneuerung der Philologien in der DDR: Anglistik, Romanistik und Slawistik an der Humboldt-Universität. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 461–508, hier S. 469–472.

93 Dieter Hoffmann: Physikalische Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 551–582, hier S. 570.

94 Vgl. ebd., S. 571. Vgl. dazu sehr ausführlich die grundlegende Studie von Reinhard Buthmann: Versagtes Vertrauen. DDR-Wissenschaftler im Visier der Staatssicherheit, Göttingen i.V.

95 Vgl. Jörg Schulz: Biologie an der Humboldt-Universität nach 1945. Ihre Entwicklung im Spannungsfeld von Politik und Forschung. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 583–606.

leichtes Spiel. Die hohe wissenschaftliche Reputation dieser Sektion zeigt sich an der hohen Wiederberufungsquote nach 1990,<sup>96</sup> hinzu kamen noch etliche Berufungen an andere Universitäten. Insofern scheint hier die Begrenzung auf die Nur-Wissenschaft plausibel – obwohl natürlich auch die Mathematik Teil der Institution war und insofern von den Spezifika einer Universität im Kommunismus betroffen.

Die in diesem Beitrag geübte Kritik scheint vielleicht auf den ersten Blick zu undifferenziert und zu pauschal. Aber im Gegensatz zu den Beiträgen über die *Praxis ihrer Disziplinen* in der NS-Diktatur 1933 bis 1945 bleiben die politischen und ideologischen Rahmenbedingungen, die wissenschaftspolitischen Strukturen von SED, Universität, Hochschulministerium und MfS ausgeblendet. Nicht die institutionelle »Praxis«, sondern allenthalben einige »wissenschaftliche Praxisergebnisse« stehen im Mittelpunkt.

Dass man auch anders über die Universitäten oder einzelne Disziplinen schreiben kann, beweisen entsprechende Publikationen. Wolf Krötke analysiert im Rahmen dieser HUB-Geschichte die Theologische Fakultät/Sektion und ihre Spezifika in der kommunistischen Diktatur. Zunächst stellt er die Ausgangsbedingungen knapp vor, beleuchtet sodann den »Neubeginn in relativer Autonomie«, beschreibt den ab 1952/53 zunehmenden politischen Druck, zeigt, wie die SED es verstand, parteiergebene Kader bei den Theologen auszubilden und einzubauen, unterschlägt dabei nicht die Funktion der Stasi und konstatiert, dass mit der Sektionsgründung 1968 die staatsloyalen Kräfte die Oberhand gewannen.<sup>97</sup> Weder vermeidet es Krötke, die wichtigsten IM der Stasi unter den Ostberliner Theolog\_innen beim Namen zu nennen, noch übersieht er, der selbst 1958/59 politischer Häftling in der DDR war, die verfolgten und verurteilten Theologiestudierenden. Krötke wirkte seit 1973 am Berliner Sprachenkonvikt, das er als Alternative zur systemtragenden Sektion Theologie beschreibt. In diesem Aufsatz wird die »Praxis einer Disziplin« an der HUB in ihrer Vielschichtigkeit und ihren zum Teil gegensätzlichen Facetten herausgearbeitet: Forschung, Lehre, Personalpolitik, staatliche und Parteieingriffe, Selbstpreisgabe und Selbstbehauptungswille.

Aus dem exemplarisch kritisch Betrachteten folgt, dass eine gesellschaftsgeschichtlich verortete Universitätsgeschichte einschließlich einzelner Fakultäten und Disziplinen möglich ist. Vor dem Hintergrund meiner eingangs gegebenen Darstellung der Spezifika der Hochschulen der DDR ist es mir unerklärlich, warum das methodische Instrumentarium, das bei der Betrachtung der Zeit bis

96 Vgl. Helmut Koch, Jürg Kramer: Die Mathematik nach 1945. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), S. 683–698, hier S. 694.

97 Wolf Krötke: Die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 6 (Anm. 68), 47–88.

1945 überwiegend funktioniert, für die Zeit der SED-Diktatur nur im Ausnahmefall Anwendung findet. Am Beispiel der Einzeldisziplinen der HUB liegt die vage Vermutung nahe, dass die Auswahl der Autor\_innen überdies die Probleme einer »qualmenden Zeitgeschichte« nicht verringert. 32 der 40 Verfasser\_innen waren an der HUB tätig, die meisten als Nachfolger\_innen abgewickelter Humboldtianer\_innen.

Nicht nur die Beiträge zur NS-Zeit zeigen, dass eine komplexe Universitätsgeschichte zu schreiben machbar ist, auch die erwähnten Abhandlungen von Wolf Krötke oder Günter Heydemann belegen es. Eine komplexe Geschichte der Universität zu schreiben, hieße methodisch, viele Geschichten, verschiedene methodische und theoretische Erklärungsansätze zu integrieren, um eine historische Rekonstruktion zu erzielen. Die Konzeptionen der bislang vorliegenden Publikationen zur DDR-Zeit stehen einer solchen integrativen Geschichtsbeachtung überwiegend entgegen.<sup>98</sup> Denn die Bedeutung, die Wirkung und der Einfluss von SED und MfS auf die Universität werden fast nie komplex und integrativ, d. h. als Bestandteil der Universitätsgeschichte, sondern separat behandelt. Will man diese Geschichte rekonstruieren, verstehen und erklären, ist es wissenschaftlich angeraten, wenn man die DDR-Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte nicht weiterhin in Sektoren einteilt: Repressionsgeschichte, Tätergeschichte, Geschichte der Wissenschaftsentwicklung, Disziplingeschichte, Institutionengeschichte, Partei-, Geheimpolizei- und Spionagegeschichte. Diese und andere Bereiche hängen unlösbar miteinander zusammen, und erst in einer integrativen Erzählung und Erklärung all dieser Teilbereiche kann man zu tragfähigen Thesen gelangen. Die Separierung der einzelnen Sektoren führt zu historischen Bildern, die auf der einen wie der anderen Seite Schief lagen entstehen lassen. Beschäftigt man sich z. B. nur mit Repressionen, Verfolgungen, Verhaftungen entsteht ein verzerrtes institutionelles Bild. Umgekehrt freilich ist es genauso: Lässt man den Einfluss der SED, ihrer Ideologie, des MfS und anderer staatlicher Institutionen außen vor bzw. integriert sie nicht systematisch, kann man schnell statische Erklärungsmuster produzieren, die ebenso unscharfe Bilder erzeugen. Gerade für die Jahrzehnte nach dem Mauerbau kann man feststellen, dass die verschiedenen Handlungsträger, die auf die Universität einwirkten, in einem komplizierten Geflecht mit- und auch gegeneinander arbeiteten. Dazu gehörte eine historische Analyse von »klassischen« universitären Gremien und Einrichtungen, »neuen« universitären Machtfaktoren (wie z. B. SED, FDJ, Wehrerziehung u. a.) und außeruniversitären Institutionen wie SED-

---

98 Als ein Beispiel einer Monographie, die im Umfeld der HU-Geschichte entstanden ist, vgl. Tobias Schulz: »Sozialistische Wissenschaft«. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975). Köln, Weimar, Wien 2010 (= Zeithistorische Studien 47). Hier kommt das Zentrum der Universität, die SED-Kreisleitung, gleich gar nicht vor, die Universität erscheint als eine Verwaltungseinrichtung, die nur auf ihre Eigengesetzlichkeit achtete.

Bezirksleitung, ZK der SED, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, FDJ-Zentralrat und auch das MfS ebenso wie die besonderen Rekrutierungsbedingungen für Student\_innen wie für Lehrkräfte oder die staatlich-parteilichen Ansprüche an die Universitäten mit den spezifischen Ausprägungen im Lehrbetrieb, etc. Denn gerade in diesem Netz lassen sich erst das Mit-, aber auch das Gegeneinander, das immer wieder anzutreffende Kompetenzgerangel, die interinstitutionellen Diskrepanzen, auch solche innerhalb einzelner Institutionen und Struktureinheiten, aufzeigen und erklären.

Beachtet man diese Gemengelage nicht, die quer steht zur Universitätsgeschichte vor 1933 und zur Universitätsgeschichte der Altbundesrepublik sowie zur Zeit nach 1990, kann als Produkt der problematische Eindruck entstehen, dass es auf der einen Seite die »normale« Universitätsgeschichte mit ihren zeit- und systemtypischen Besonderheiten gegeben hätte, auf der anderen Seite eine monströse, völlig von außen aufgezwungene Wirkungsgeschichte des SED-Staates. Die wichtigste Neuerung seit Beginn der 1950er Jahre war die Rolle der SED als eigentliche inneruniversitäre Entscheidungsinstanz. Das geschah vielfach, auf ganz unterschiedlichen Hierarchieebenen und nicht nur, auch wenn diese besonders wichtig waren, über die Parteistrukturen auf außer- und inneruniversitärer Ebene. Die Einflussnahme der Partei vollzog sich über Strukturen, über Einzelpersonen und bald auch über Kultur und Mentalität, wovon sich niemand verschließen konnte – ob nun in Abwehr, stiller Loyalität und Duldung oder aktiver Unterstützung oder Avantgarderolle.

Vor diesem Hintergrund lässt sich zusammenfassen: Die Herausforderung an die Universitäts- und Hochschulgeschichte zur SED-Diktatur besteht darin, die zu anderen Epochen bestehenden historiographischen Ansätze zu ergänzen. Die Universität als Ort sozialer Praxis und eigenständiger Disziplingeschichte war auch ein Wirkungsort der Diktatur. D. h., die SED und ihre Institutionen (z. B. MfS, FDJ) sind nicht als Sonderfälle, sondern als integraler Bestandteil dieser Institutionen im Rahmen der Diktatur anzusehen und entsprechend zu analysieren. Diese integrale Betrachtung muss sich auf sämtliche Untersuchungsgebiete beziehen, da die SED alle Bereiche durchdrang und selbst dort anwesend war (z. B. kirchliche Hochschulen, Freizeit), wo sie strukturell nicht verankert war. Es existierte keine institutionelle Autonomie, auch nicht in Teilbereichen, sondern nur individuelle Freiheiten, sofern die Einzelnen versuchten, diese irgend möglich wahrzunehmen. Die Behandlung von für die SED-Diktatur typischen Erscheinungen wie Repressionen, Verfolgungen, Ideologisierung, Militarisierung, Doppelstrukturen, SED und MfS oder Ausgrenzungen sind als systemtypische Strukturmerkmale zu betrachten und nicht als Sonderfälle. Auch die zu erbringenden Anpassungsleistungen als Folge allumfassender Disziplinierungsstrategien sind daher entsprechend als allgemeines Merkmal zu analysieren. Und dazu gehört auch, analytisch um-

zusetzen, dass gerade ein großer Teil der Hochschulangehörigen (einschließlich der Studierenden) nicht in Systemkonflikt oder Systemwiderspruch zur Herrschaft stand, sondern Teil und Ausdruck von Macht und Herrschaft waren. Die SED-Diktatur war keine abstrakte oder entrückte Erscheinung, sondern ein sämtliche Gesellschafts- und Lebensbereiche durchdringendes, formendes und prägendes Herrschaftsmerkmal.



---

## III. Methoden



---

Christa Klein

## **Biographie und Prosopographie – Kollektivbiographien als universitätshistorische Genres**

### **Abstract**

Der Aufsatz zeichnet die Entwicklung biographischer und prosopographischer Zugänge zur Universitätsgeschichte nach und stellt die Potentiale ihrer kombinierten Anwendung am Beispiel der Philosophischen Fakultät Freiburg 1945–1967 vor. Die Anwendung quantifizierender wie auch qualitativer Ansätze ermöglicht es, strukturelle, diskursive und organisatorische Entwicklungen aufeinander zu beziehen. Die Analyse quantitativer Entwicklungen der universitären Gruppen Professor\_innen, Mittelbau und Studierende dient der vergleichenden Erfassung des Strukturwandels. Prosopographisch werden typische und hegemoniale Charakteristika und Entwicklungen der Professorengruppe herausgestellt und am Beispiel der Wissenschaftsorganisatoren Gerhard Ritter, Gerd Tellenbach und Arnold Bergstraesser detaillierter analysiert.

### **Biography and Prosopography – Collective Biographies as Tools of University History**

The article traces the development of biographical and prosopographical approaches to university history. It presents the potential of their combined application using the example of the Philosophical Faculty of the University of Freiburg from 1945 to 1967. The application of quantitative as well as qualitative methods makes it possible to interrelate structural, discursive, and organizational developments. The analysis of the quantitative development of the university groups of professors, non-professorial teaching staff, and students serves as a comparative record of the structural changes. Prosopographically, the typical and hegemonic characteristics of and developments in the professorial group are analyzed and illustrated in detail by the cases of the knowledge managers and public intellectuals Gerhard Ritter, Gerd Tellenbach and Arnold Bergstraesser.

## **1. Einleitung**

Biographie und Prosopographie bewegen sich auf einem breiten Spektrum akteurszentrierter Zugänge, das von der Individualbiographie bis zur Statistik großer Gruppen reicht und zur Erforschung der Universitätsgeschichte fruchtbar gemacht werden kann (vgl. Abb. 1).<sup>1</sup> Während Biographien sich meistens um

---

1 Der vorliegende Artikel entstand auf der Grundlage meiner Dissertation *Elite und Krise*.

Individuen drehen und es sich bei dem engen Begriff von Prosopographien um Namensverzeichnisse handelt, kombinieren Kollektivbiographien quantitative und qualitative Ansätze.<sup>2</sup> Sie stellen eine Zwischenform zwischen Biographie und Prosopographie dar, wobei Gruppenbiographien kleinere Samples zum Untersuchungsgegenstand haben und qualitativer vorgehen als Prosopographien.

#### Das Kontinuum akteurszentrierter Zugänge

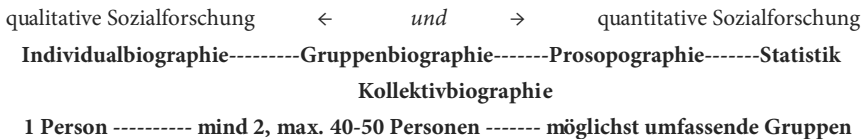


Abb. 1: Das Kontinuum akteurszentrierter Zugänge zur Universitätsgeschichte

Idealtypisch gegenübergestellt lassen sich Biographie und Prosopographie methodisch unterscheiden. Während die hermeneutisch vorgehende Biographie mit einem kulturwissenschaftlichen »spotlight-approach« tiefere und detailliertere Informationen zu einzelnen Individuen liefert,<sup>3</sup> geht die sozialwissenschaftlich inspirierte Prosopographie strukturalistischer vor und kann damit auch Verbreitung und Konjunkturen, Zentren und Zyklen bestimmter Entwicklungen vergleichend erfassen. In unserem Forschungskontext haben Biographien meist einen wissenschaftsgeschichtlichen, Prosopographien eher einen universitätsgeschichtlichen Fokus. Daraus zu schließen, dass die eine Form narrativ und deskriptiv darstellt, die andere hingegen analytisch und quantifizierend vorgeht, ist inzwischen nicht mehr zwingend. Biographien können anhand der exemplarischen oder exzeptionellen Lebensgeschichte eines Individuums durch Universitätsgeschichte und andere gesellschaftliche Kontexte leiten. Prosopographische Analysen, die auf eine Vielzahl biographischer Daten

Expansion und Selbstbehauptung der Philosophischen Fakultät Freiburg 1945–1967, 2019 (im Erscheinen).

2 Zur Definition von Kollektivbiographie vgl. Levke Harders, Hannes Schweiger: Kollektivbiographische Ansätze. In: Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien. Hg. von Christian Klein. Stuttgart, Weimar 2009, S. 194–198; Wilhelm Heinz Schröder: Kollektivbiographie als interdisziplinäre Methode in der Historischen Sozialforschung. Eine persönliche Retrospektive. Köln 2011 (= Historische Sozialforschung. Supplement 23), bes. S. 82; Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung. Hg. von Wilhelm Heinz Schröder. Stuttgart 1985; Ders.: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einleitung. In: ebd., S. 7–17. Während sie in der Definition von Kollektivbiographien übereinstimmen, haben Harders und Schweiger einen engeren Begriff von Prosopographie als Schröder. Sie verstehen darunter die Analyse von Namensverzeichnissen, während Schröder auch Kollektivbiographien als Prosopographien versteht.

3 Schröder: Kollektivbiographie als interdisziplinäre Methode (Anm. 2), S. 82.

rekurrieren, eröffnen darüber hinaus vergleichende Perspektiven. Durch sie ist es möglich, größere Gruppen inter- und intragenerationell zu untersuchen und die konstitutiven Faktoren der Gruppenzugehörigkeiten im Wandel zu differenzieren.

Die These dieses Aufsatzes versteckt sich entsprechend in der Konjunktion »und«, die diese verschiedenen Zugänge miteinander verbindet. Sie lautet, dass ihre kombinierte Anwendung erhebliches Potential für die Universitätsgeschichte birgt. Denn die sozialgeschichtlich reflektierte Anwendung quantifizierender wie auch qualitativer Ansätze ermöglicht es, strukturelle, diskursive und organisatorische Entwicklungen aufeinander zu beziehen.

Ich gebe im Folgenden einen reduzierten Forschungseinblick in das Feld der Biographie einerseits und der Prosopographie andererseits, um dann auf Hybridformen einzugehen und danach zu fragen, was damit in der Universitätsgeschichte erforscht werden kann und könnte. Zur Veranschaulichung komme ich immer wieder auf das Fallbeispiel der Freiburger Philosophischen Fakultät 1945–1967 zurück, das ich im Rahmen des DFG-Projekts *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Universität Freiburg, ihre Mediziner und Geisteswissenschaftler*<sup>4</sup> untersucht habe und skizziere dabei einige neue Forschungsfelder.

## 2. Biographie

Die Biographie ist eines der beliebtesten historischen Genres, die »Königsdisziplin«, wie Volker Ullrich in der *ZEIT* 2007 mehrdeutig titelte und eine »Illusion«, wie Pierre Bourdieu (1930–2002) 20 Jahre früher reflektierend kritisierte.<sup>5</sup> Sie hat in der deutschen Geschichtswissenschaft mit Ausnahme der 1970er und frühen 1980er Jahre fast durchgehend Konjunktur.<sup>6</sup>

In Freiburg zur Mitte des 20. Jahrhunderts finden sich biographische Formen,

---

4 In diesem von Sylvia Paletschek und Livia Prüll geleiteten DFG-Projekt entstanden neben dem Sammelband *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970)*. Hg. von Sebastian Brandt [u. a.]. Stuttgart 2014 auch die Dissertationen von Nadine Kopp: *Die Medizinische Fakultät Freiburg 1945 bis 1969/70. Entwicklungslinien und Protagonisten im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M. 2015, Sebastian Brandt: *Universität und Öffentlichkeit. Das Beispiel der Albert-Ludwigs-Universität 1945–1975*. Freiburg i. Br. 2014. Auch online, URL: <https://freidok.uni-freiburg.de/data/11266> (abgerufen am 23.04.2018) sowie Klein: *Hüter der Krise* (Anm. 1).

5 Pierre Bourdieu: *Die biographische Illusion*. In: *BIOS* 3 (1990), H. 1, S. 75–81. [L'illusion biographique. In: *Actes de la recherche en sciences sociales* 62/63 (1986), S. 69–72]. Wiederabgedruckt in: *Biographische Sozialisation*. Hg. von Erika M. Hoerning. Stuttgart 2000, S. 51–60.

6 Volker Ullrich: *Biografie. Die schwierige Königsdisziplin*. In: *DIE ZEIT*, 04.04.2007. Auch online, URL: <http://www.zeit.de/2007/15/P-Biografie> (abgerufen am 23.04.2018).

die auf ein »metaphysisch fundiertes Gedankensystem« rekurrten, das Wolfgang Hardtwig als »Geschichtsreligion« bezeichnet hat, insbesondere bei Gerhard Ritter (1888–1967).<sup>7</sup> Mit seinen Hagiographien von Martin Luther, Friedrich dem Großen, dem Freiherrn vom Stein und August Neidhardt Gneisenau sowie seinem von Verehrung getragenen Duktus repräsentierte Ritter idealtypisch ein protestantisches, liberal-konservatives Biographiegenre.<sup>8</sup> Ritter war ein erklärter Feind der Annales-Schule, der Struktur- und Alltagsgeschichte, und bevorzugte die Helden- und Geistesgeschichte. In dieser Ausrichtung kam Ritters sozialer, generationeller, konfessioneller und politischer Hintergrund zum Tragen: Er stammte als Sohn eines evangelischen Pfarrers aus bildungsbürgerlichem Milieu und war wie viele seiner Kollegen als Frontkämpfer in den Ersten Weltkrieg gezogen. Er avancierte zu einem der prominentesten Vertreter einer national und idealistisch geprägten Politikgeschichte in der zweiten Nachkriegszeit.<sup>9</sup> Bereits in seiner Habilitation zur Heidelberger Universität im Mittelalter, einem *Stück deutscher Geschichte*, schlugen sich diese Schwerpunkte nieder.<sup>10</sup>

Mit dem Einfluss der Annales, der Ethnologie, Kulturanthropologie, der oral history sowie der Sozial-, Alltags-, Frauen- und Geschlechtergeschichte verschob

7 Wolfgang Hardtwig: *Geschichtsreligion – Wissenschaft als Arbeit – Objektivität. Der Historismus in neuer Sicht*. In: HZ 252 (1991), H. 1, S. 1–32, hier S. 10; vgl. auch Ders.: *Die Krise des Geschichtsbewußtseins in Kaiserreich und Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus*. In: *Jahrbuch des Historischen Kollegs 2001 (2002)*, S. 47–76, bes. S. 66–68.

8 Vgl. Gerhard Ritter: *Luther. Gestalt und Symbol*. München 1925. Die Biographie erschien in sechs Auflagen, darunter mit verändertem Titel *Luther der Deutsche* 1933, danach unter dem Titel *Luther. Gestalt und Tat*; Gerhard Ritter: *Stein. Eine politische Biographie*, 1. Der Reformator, 2. Der Vorkämpfer nationaler Freiheit und Einheit. Stuttgart 1931; Ders.: *Die Staatsanschauung des Freiherrn vom Stein. Ihr Wesen und ihre Wurzeln. Festrede zur Reichsgründungsfeier der Universität Freiburg am 18. Jan. 1927*. Stuttgart 1927; Ders.: *Friedrich der Große. Ein historisches Profil*. Leipzig 1936; Ders.: *Gneisenau und die deutsche Freiheitsidee*. Tübingen 1932; weiterführend und zu den Auseinandersetzungen mit Lucien Febvre und Franz Schnabel siehe Christoph Cornelißen: *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*. Düsseldorf 2001, S. 196–226, hier S. 269–278.

9 Vgl. ausführlich Cornelißen: *Ritter (Anm. 8)*, bes. S. 21–48, 65–105.

10 Vgl. Gerhard Ritter: *Die Heidelberger Universität. Ein Stück deutscher Geschichte*. Bd. 1: *Das Mittelalter (1386–1508)*. Heidelberg 1936; vgl. auch die Vorarbeiten: Ders.: *Studien zur Spätscholastik 1. Marsilius von Inghen und die okkamistische Schule in Deutschland*. Heidelberg 1921 (= *Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse* 1921, 4), bes. S. 3, 184; Ders.: *Studien zur Spätscholastik 2. Via antiqua und via moderna auf den deutschen Universitäten des XV. Jahrhunderts*. Heidelberg 1922 (= *Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse* 1922, 7); Ders.: *Studien zur Spätscholastik 3. Neue Quellenstücke zur Theologie des Johann von Wesel*. Heidelberg 1927 (= *Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse* 1926/27, 5); weiterführend Cornelißen: *Ritter (Anm. 8)*, S. 121.

sich der Fokus der Biographien weg von der hegemonialen Konzentration auf die Geschichte »Großer Männer«. Inzwischen liegen viele verschiedene historische Frauenbiographien vor,<sup>11</sup> und auch Biographien der »kleinen Leute« sind keine Seltenheit mehr – klassisch etwa Carlo Ginzburgs *Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600*<sup>12</sup> oder Natalie Zemon Davis' faszinierende *Wiederkehr des Martin Guerre*.<sup>13</sup> Unter dem Einfluss der Struktur- und Sozialgeschichte wurde die problematische Funktion von Biographien als Hagiographien im Sinne einer unkritischen Identifizierung mit historischen Akteur\_innen bzw. »Persönlichkeiten« erkannt und aufgebrochen. Neuere biographische Studien tragen diesem Umstand Rechnung. Deren Hauptfiguren sind kontextuell eingebettet und leiten exemplarisch, typisch bis exzeptionell durch Prozesse, Kontexte, Milieus. Der Fokus richtet sich vermehrt auf die Dynamiken zwischen (vor-)strukturierten Handlungsspielräumen und strukturierenden Einflüssen einzelner Akteur\_innen.

Ein eindrückliches Beispiel dafür ist Crosbie Smith's und M. Norton Wise's *Energy and Empire*,<sup>14</sup> die Biographie Lord Kelvins, die in ihrer umfassenden Einbettung weit über herkömmliche Biographien hinausgeht. Die Studie setzt bereits vor Lebzeiten Lord Kelvins an, beschreibt die damaligen Verhältnisse in Irland wie auch in Schottland, nimmt Wissenstransfers und Migrationskontexte auf, setzt Universitätsstrukturen, Bildungsreformen und alltägliche Praxis miteinander in Bezug – und das ist nur der Anfang. Eine andere Form sind die Metabiographien, die nicht mehr von der untersuchten Person ausgehen, sondern diese als wandelbare Schnittpunkte, »sites of struggle and contestation« ihrer geschichtskulturellen Repräsentationen und deren Rezeption in spezifischen Kontexten erforschen.<sup>15</sup>

Diese Formen entfernen sich immer weiter von der »klassischen« Biographie, also der Geistes- und Ereignisgeschichte des Genie- und Persönlichkeitskults. Spätestens seit Ende der 1980er Jahre ist der Begriff »sozialgeschichtliche Biographieforschung« kein Oxymoron mehr.<sup>16</sup> Dennoch werden Biographien zu meist nicht mit universitätshistorischem, sondern mit wissenschaftsgeschichtlichem Fokus geschrieben. So nutzte beispielsweise Margit Szöllösi-Janze in der

11 Vgl. Gisela Febel: Frauenbiographik als kollektive Biographik. In: Frauenbiographik. Lebensbeschreibungen und Porträts. Hg. von Christian und Nina von Zimmermann. Tübingen 2005, S. 127–144.

12 Carlo Ginzburg: *Il formaggio e i vermi. Il cosmo di un mugnaio del'500*. Turin 1976.

13 Natalie Zemon Davis: *The return of Martin Guerre*. Cambridge, Massachusetts 1983.

14 Crosbie Smith, M. Norton Wise: *Energy and Empire. A Biographical Study of Lord Kelvin*. Cambridge 1989.

15 Vgl. Dena Goodman: Introduction. Not another Biography of Marie-Antoinette! In: Marie-Antoinette. Writings on the Body of a Queen. Hg. von Ders. New York 2003, S. 1–24, hier S. 13.

16 Andreas Gestrich: Einleitung. Sozialgeschichtliche Biographieforschung. In: Biographie – sozialgeschichtlich. Hg. von Dems. [u. a.]. Göttingen 1988, S. 5–28.

Biographie Fritz Habers das vormalig ideengeschichtliche Genre dazu, »die Verflechtung eines individuellen Lebens mit seinem historischen Umfeld ausschnittsweise aufzuklären«.<sup>17</sup> Sie setzte Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte miteinander in Bezug, verdeutlichte Alltagsgeschichte ebenso wie Karriereverläufe. Am Beispiel Fritz Habers untersuchte sie verschiedene »Stadien« und Funktionen zeitgeschichtlicher Wissenschaftler als Experten, Organisatoren, Mediatoren, Innovatoren und Manager. Die neuere Biographieforschung öffnete sich damit für Fragen nach »Verflechtungen«, Milieus und Kontexten und integrierte Aspekte, die klassisch zu der sozialgeschichtlich inspirierten Prosopographie gehörten.

### 3. Prosopographie

Die Prosopographie erlebte in der Geschichtswissenschaft der 1970er Jahre einen großen Aufschwung. Prosopographie heißt nicht nur im übertragenen, sondern auch im wörtlichen Sinne: facebook bzw. »Gesichter-Schrift«.<sup>18</sup> Konkret geht es um die systematische Erforschung einer bestimmten Personengruppe. Der engere Begriff von Prosopographie bezeichnet dabei Personenverzeichnisse, Indizes und Namenslisten, während der breitere in die Richtung der Kollektivbiographie weist und viele weitere Untersuchungsfaktoren berücksichtigt.

Die Prosopographie, die wir heute meistens mit den sozialgeschichtlichen empirischen Forschungen der 1970er und 1980er Jahre verbinden, hat aber eine längere Geschichte. An der Freiburger Philosophischen Fakultät der 1950er Jahre findet sich diese Form als »Personenforschung« bei dem Mediävisten Gerd Tellenbach (1903–1999), der damit u. a. Ideen von Theodor Mayer (1883–1972) aufgriff.<sup>19</sup> Die Mediävistik begann zwischen 1930 und 1960 Biographien, die für

17 Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber. Eine Biographie. München 1998, S. 14; vgl. Dies.: Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse. In: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 275–311; Dies.: Der Wissenschaftler als Experte. Kooperationsverhältnisse von Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft 1914–1933. In: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bd. 1: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Hg. von Doris Kaufmann. Göttingen 2000, S. 46–64.

18 Von gr.: πρόσωπον [prósopon] »Gesicht«, γράφειν [gráphein] »schreiben«.

19 Anne Christine Nagel hat herausgestellt, dass Tellenbach nach 1945 in mehrfacher Hinsicht Theodor Mayers Spuren folgte. 1942–1945 war Mayer Direktor des DHI in Rom. Tellenbach hatte als Habilitand dort geforscht und wurde ab 1962 Leiter des Institutes. Weiterhin gehörte er zu den Gründungsvätern des DHI Paris, das bereits von Mayer angedacht worden war, vgl. Anne Christine Nagel: Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970. Göttingen 2005, S. 150; Dies.: Mittelalterliche Geschichte. In: Die Freiburger Philosophische Fakultät 1920–1960. Mitglieder – Strukturen – Vernetzungen. Hg. von Eckhard Wirbelauer [u. a.]. Freiburg i. Br. 2006, S. 387–410; Dies.:

Tellenbach noch zu den »vornehmsten Aufgaben des Historikers« zählten,<sup>20</sup> durch prosopographische Studien zu erweitern. Damit griff sie die Prosopographie etwas später auf als die Alte Geschichte, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Personenverzeichnisse anlegte.

Die prosopographischen Studien, die in den 1930er Jahren von den Mediävisten Mayer und Tellenbach verfasst wurden, entstanden in Verbindung mit der SS-Forschungseinrichtung Ahnenerbe, die eine umfassende »Germanische Prosopographie« plante. »Die ›Entdeckung‹ der Personenforschung«, so Anne Christine Nagel, die diesen Prozess detailliert analysiert hat, fiel mit der »Abkehr von einer institutionellen Betrachtungsweise des Mittelalters« zusammen.<sup>21</sup> Im Kontext eines Generationswechsels und einer politischen Umbruchszeit wurden nicht mehr staatliche Strukturen, sondern der »Personenverbandsstaat« als Form persönlicher Herrschaft untersucht.<sup>22</sup> Auch in den 1950er Jahren war Tellenbachs »Personenforschung« noch weit von denjenigen sozialhistorischen Ansätzen entfernt, die heute mit »Prosopographie« assoziiert werden. Tellenbach fokussierte die männlichen Adligen: »Und es sind nicht bloß Könige und Fürsten, an die man sich auf diese Weise näher heranarbeiten kann, sondern auch Päpste, Bischöfe, Adlige, kurzum alle Männer von großer Bedeutung.«<sup>23</sup>

Allerdings kennzeichnete Tellenbachs Form prosopographischer Forschung schon etwas universitätsgeschichtlich äußerst Modernes. Anne Christine Nagel hat es »Großforschung« genannt, aber auch die in der »Tellenbachschule« geleistete »Gruppenarbeit« hervorgehoben.<sup>24</sup> Prosopographie, so Tellenbach, »übersteigt die Kraft eines einzelnen und kann nur durch Zusammenarbeit mehrerer geleistet werden, wie wir es hier in Freiburg seit mehr als vier Jahren versuchen.«<sup>25</sup> Der sogenannte Freiburger Arbeitskreis arbeitete als Team mit dieser Methode. Insbesondere Karl Schmid (1923–1993), einer von Tellenbachs bekanntesten Schülern, trat mit neuen Ergebnissen hervor. Durch den Vergleich der männlichen und weiblichen Namensgebungen erschloss er u. a. die Bedeutung agnatischer Stammlinien in adligen Familienstrukturen des frühen Mit-

---

Wissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Der Freiburger Mediävist Gerd Tellenbach. In: Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz. Hg. von Ulrich Pfeil. München 2007 (= Pariser Historische Studien 86), S. 79–99.

20 Gerd Tellenbach: Zur Bedeutung der Personenforschung für die Erkenntnis des früheren Mittelalters. Freiburger Rektoratsrede am 04.05.1957. Freiburg i. Br. 1958 (= Freiburger Universitätsreden NF 25), S. 6.

21 Nagel: Im Schatten (Anm. 19), S. 149.

22 Dies.: Mittelalterliche Geschichte (Anm. 19), S. 409.

23 Tellenbach: Personenforschung (Anm. 20), S. 11.

24 Nagel: Im Schatten (Anm. 19), S. 150, 153; vgl. Dies.: Mittelalterliche Geschichte (Anm. 19), S. 406.

25 Tellenbach: Personenforschung (Anm. 20), S. 12.

telalters und bahnte mit dem innovativen Gebrauch von neuen Alltagsquellen und »Gruppenzeugnissen« den Weg von der Personen- zur Gruppenforschung.<sup>26</sup>

Tellenbach stand darüber hinaus der Annales-Schule weitaus aufgeschlossener gegenüber als Ritter, dessen Protégé er gewesen war und den er als seinen Mentor und Förderer sehr schätzte. Anders als Ritter integrierte er moderne Arbeitsweisen sowie mentalitätsgeschichtliche, geschichtskulturelle, strukturalistische und sozialgeschichtliche Aspekte in die Forschungen seines Arbeitskreises.<sup>27</sup>

In der Freiburger Neueren Geschichte kam der prosopographische Ansatz wiederum zeitlich versetzt an: Wolfgang Reinhard, der bei dem Freiburger Ritterschüler Erich Hassinger (1907–1992) promoviert hatte, wurde 1977 an die Universität Augsburg und 1990 an die Universität Freiburg berufen. Er integrierte die »Verflechtungsanalyse« als sozialgeschichtliches Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen in die Geschichtswissenschaft, die heute größtenteils unter dem Namen »Netzwerkanalyse« firmiert.<sup>28</sup>

Bei der Netzwerkanalyse handelt es sich insofern nicht um ein grundlegend neues Konzept zur Erforschung historischer Eliten.<sup>29</sup> Neu sind vielmehr digitale Methoden zum Umgang mit großen Datenmengen und dem hieraus zunehmend

26 Vgl. Karl Schmid: Zur Problematik von Familie, Sippe und Geschlecht, Haus und Dynastie beim mittelalterlichen Adel. Vorfragen zum Thema Adel und Herrschaft im Mittelalter. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 105, NF 66 (1957), S. 1–62; Ders.: Geblüt, Herrschaft, Geschlechterbewußtsein. Grundfragen zum Verständnis des Adels im Mittelalter. Hg. aus dem Nachlass von Dieter Mertens und Thomas Zotz. Sigmaringen 1998 (= Vorträge und Forschungen / Konstanzer Arbeitskreis für Mittelalterliche Geschichte 44), zugl.: Habil.-Schr., Universität Freiburg i. Br. 1961; vgl. Tellenbach: Personenforschung (Anm. 20), S. 19f.; Dieter Mertens, Thomas Zotz: Einleitung der Herausgeber. In: Schmid: Geblüt, S. X–XXXII, bes. S. Xif. und XXI.

27 Vgl. Tellenbachs Exzerpte und Notizen u. a. der Werke von Lucien Febvre, Ferdinand Braudel, Claude Lévi-Strauss, Theodor Geiger, die er auch seinem Kollegen Clemens Bauer zur Verfügung stellte. In: Universitätsarchiv (UA) Freiburg, C157/ 159, »Mentalität« f. Cl. Bauer; Gerd Tellenbach: Gedanken über historische Forschung in »Trivialbereichen«. In: Saeculum 30 (1979), S. 210–226.

28 Wolfgang Reinhard: Freunde und Kreaturen. »Verflechtung« als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600. München 1979.

29 Vgl. Matthias Bixler: Die Wurzeln der Historischen Netzwerkforschung. In: Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen. Hg. von Marten Düring [u. a.], Berlin 2016 (= Schriftenreihe des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen zur Methodenforschung 1), S. 45–62; Marten Düring, Linda v. Kayserlingk: Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung von historischen Prozessen. In: Prozesse – Formen, Dynamiken, Erklärungen. Hg. von Rainer Schützeichel und Stefan Jordan. Wiesbaden 2015, S. 337–350. Auch online, URL: [http://www.academia.edu/449150/Netzwerkanalyse\\_in\\_den\\_Geschichtswissenschaften\\_Historische\\_Netzwerkanalyse\\_als\\_Methode\\_f%C3%BCr\\_die\\_Erforschung\\_von\\_historischen\\_Prozessen](http://www.academia.edu/449150/Netzwerkanalyse_in_den_Geschichtswissenschaften_Historische_Netzwerkanalyse_als_Methode_f%C3%BCr_die_Erforschung_von_historischen_Prozessen) (abgerufen am 23.04.2018).

erwachsenden Bedarf nach sowie den neuen Möglichkeiten zur Visualisierung.<sup>30</sup> Grundlegend geht es darum, die Akteure nicht mehr isoliert, sondern in ihren unterschiedlichen Beziehungen zueinander zu begreifen, die Interaktionsgeflechte zu analysieren und zwischen Veränderungen auf Struktur-, Kommunikations- und Handlungsebene zu vermitteln.<sup>31</sup>

Wurde die Geschichtswissenschaft allerdings von Marc Bloch noch als Wissenschaft »von den Menschen in der Zeit« definiert, obgleich die Geohistoire seines Kollegen Braudel den Raum und das Klima als zentrale Akteure hervortreten ließ, werden die »agencies« mit der von Callon, Latour und anderen entwickelte Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) weiter multipliziert.<sup>32</sup> Deren konsequent induktive Netzwerkanalyse verfolgt die Bewegung der vielfältigen »Assoziationen« in sogenannten »Aktanten-Netzwerken«, die nicht auf menschliche Entitäten beschränkt werden. Sie bietet damit wichtige Ergänzungen und Korrekturen etablierter Erklärungsmodelle, ersetzt aber keineswegs den von Reinhard angestrebten systematischen Vergleich.<sup>33</sup>

Reinhard's Schüler Wolfgang Weber, Freiburger und seit 1990 Professor an der Universität Augsburg, übertrug Reinhard's Verflechtungsanalyse auf die Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. In seiner 1977 veröffentlichten prosopographischen Studie listete er die Lehrstuhlinhaber für Geschichte im deutschsprachigen Raum auf.<sup>34</sup> Anhand von Kurzbiographien analysierte Weber

---

30 Vgl. weiterführend die kollektive und ständig aktualisierte Bibliographie zur Historischen Netzwerkanalyse, URL: <http://historicalnetworkresearch.org/resources/bibliography/> (abgerufen am 23.04.2018).

31 Vgl. Morten Reitmayer, Christian Marx: Netzwerkanalyse in der Geschichtswissenschaft. In: Handbuch Netzwerkforschung. Hg. von Christian Stegbauer und Roger Häußling. Wiesbaden 2010, S. 869–880. Diese Beziehungen und Interaktionsverhältnisse werden in der Universitätsgeschichte bisher vorwiegend mit dem Ressourcenansatz oder der Frage nach Kooperationsverhältnissen behandelt: Margit Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft (Anm. 17); vgl. Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Hg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas. Stuttgart 2002, S. 32–51; Ders.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11–46; Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen füreinander. Studien zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Hg. von Sybilla Nikolow und Arne Schirmacher. Frankfurt a. M. 2007; vgl. Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit (Anm. 4).

32 Vgl. Marc Bloch: Apologie der Geschichtswissenschaft oder der Beruf des Historikers (zuerst posthum: 1949). Hg. von Peter Schöttler, 3. Aufl. Stuttgart 2016, S. 32, vgl. auch S. 30; vgl. Fernand Braudel: Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II. (zuerst 1949), 3 Bde., Frankfurt a. M. 1990; vgl. Bruno Latour: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt a. M. 2007, vgl. Ders.: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin 1995.

33 Vgl. Reinhard: Freunde (Anm. 28), S. 18, vgl. Latour: Neue Soziologie (Anm. 32), S. 21, S. 424–451.

34 Vgl. Wolfgang Weber: Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur

geographische und soziale Herkunft, Konfession, Ausbildung, Karriere, Habilitation und Berufung. Er begriff Geschichtswissenschaft als einen sozialen Prozess und stellte die Frage nach dem »Zusammenhang von sozialer Verflechtung und kognitiver Orientierung.«<sup>35</sup> Diesen verfolgte er in langer Linie von 1800 bis 1970. Webers Studien verdeutlichten die Bedeutung sozialer Verflechtung für Nachwuchsselektion und Berufungsentscheidungen. Im Fokus stand die Integrationsfunktion wissenschaftlicher Schulen, durch die bestimmte Qualitätsmerkmale, Präferenzen und Habitus weitergegeben wurden, die eher Anpassung als wissenschaftliche Innovation erforderten.<sup>36</sup> In der *longue durée* zeichnete sich die bestimmende Wirksamkeit dieser »Schulen« ab.

Wie sich am Beispiel Reinhardts aber zeigt, gibt es in der durch »Schulen« geförderten Traditionsbildung durchaus auch Ausnahmen.<sup>37</sup> In diesen Fällen spielen internationale und interdisziplinäre Bezüge meist eine große Rolle, ebenso wie hochschulpolitische und gesellschaftliche Veränderungen, während die Struktur der Berufungsprozesse Webers Analyse zufolge meist fachinternen sozialen Pfadabhängigkeiten folgt.

Ein weiteres prominentes Beispiel für eine sozialwissenschaftliche universitätsgeschichtliche Kollektivbiographie stellt die Studie von Marita Baumgarten dar.<sup>38</sup> Anhand von Lehrstuhlentwicklung und Karriereverläufen analysierte sie den Wandel des Professorentyps vom enzyklopädisch gebildeten Gelehrten zum spezialisierten Forscher. Sie erhob sämtliche Sozialdaten des Lehrkörpers von mehreren deutschen, vorwiegend preußischen Universitäten des 19. Jahrhunderts. Aus den Daten zur Herkunft der Lehrstuhlinhaber stellte sie die Entwicklung der sozialen bzw. lokalen Verflechtungen der Universitäten und damit den Wandel von der Familienuniversität zur »leistungsbezogenen« Universität heraus.<sup>39</sup>

---

Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1987; vgl. auch Ders.: *Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970.* Frankfurt a. M. 1984; Ders.: *Die deutschen Ordinarien für Geschichte und ihre Wissenschaft. Ein historisch-wissenschaftssoziologischer Beitrag zur Erforschung des Historismus.* In: *Lebenslauf und Gesellschaft* (Anm. 2), S. 114–146.

35 Wolfgang Weber: *Ein Entwurf. Die deutsche Geschichtswissenschaft.* In: *Freunde und Kreaturen* (Anm. 28), S. 77–81, hier S. 81, vgl. S. 79.

36 Vgl. Weber: *Priester der Klio* (Anm. 34), [Vorwort zur 2. Aufl., o. S.].

37 Vgl. ebd., S. 355.

38 Vgl. Marita Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler.* Göttingen 1997 (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* 121).

39 Ihre Analyse ergab, dass sich die Abkehr von der Protektion der Landeskinder und des eigenen Nachwuchses hin zu einer an Leistungskriterien ausgerichteten Auslese etwa zwischen 1850 und 1880 vollzog, und zwar ohne besondere Vorreiter, sondern relativ gleichzeitig.

Auffällig in Bezug auf universitätsgeschichtliche Kollektivbiographien ist insgesamt, dass der Fokus meist auf die Gruppe der Ordinarien gerichtet wurde. Andere universitäre Gruppen sind chronisch unterberücksichtigt. So sind die Ehrensator\_innen, Ehrendoktor\_innen oder etwa die Mitglieder des Universitätsbeirats kaum erforscht,<sup>40</sup> obgleich solche Studien wichtige Einblicke in die gesellschaftlichen, lokalen bis internationalen universitären Beziehungen innerhalb der Wissenschaft wie auch Kooperationsverhältnisse mit anderen gesellschaftlichen Sektoren bieten könnten. Wir wissen kaum etwas über die Rolle der Emeriti. Das universitäre Technik- und Verwaltungspersonal hat keine Geschichte<sup>41</sup> und auch die Kollektivbiographie der universitären Reinigungskräfte steht noch aus. Auch die systematische Untersuchung der Studierenden ist in der professionellen Geschichtswissenschaft immer noch marginal.<sup>42</sup> Rar gesät sind schließlich die Studien zu den Nichtordinarien bzw. dem ab Ende der 1950er Jahre aufgebauten akademischen »Mittelbau«. Prominente Ausnahmen dieser grundsätzlichen Marginalisierung ist die Studie von Eulenburg (1908), die unter Plessners Leitung verfassten Studien zur Lage der Hochschullehrer (1956), die Arbeiten von Busch und Bock, sowie die *Permanente Erfindung einer Tradition* von Sylvia Paletschek (2001).<sup>43</sup> Das Verhältnis der drei Gruppen Professoren,

---

40 Eine Ausnahme stellt der Artikel von Wolfgang Pape dar, vgl.: Wolfgang Pape: »Prähistorische« und andere Ehrenpromotionen. In: Philosophische Fakultät (Anm. 19), S. 640–683.

41 Allerdings entstehen zunehmend Verzeichnisse dieses grundlegend wichtigen Teils der universitären Angestellten, vgl. für Italien zuletzt Ariane Dröschler: *Le facoltà di scienze fisiche, matematiche e naturali in Italia (1860–1915). Repertorio delle cattedre e degli stabilimenti annessi, dei docenti, dei liberi docenti e del personale assistente e tecnico.* Bologna 2013.

42 Vgl. Matthias Stickler: Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 4 (2001), S. 262–270; vgl. aktuell den Tagungsbericht *Akademische Freiheit oder akademische Frechheit? Studentische Identität, universitäre Konflikte und obrigkeitliche Disziplinierung vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart*, 23.06.2014–27.06.2014 Paris. In: *H-Soz-Kult*, 12.11.2014, URL: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5660> (abgerufen am 23.04.2018).

43 Vgl. Franz Eulenburg: *Der Akademische Nachwuchs. Eine Untersuchung über die Lage und die Aufgaben der Extraordinarien und Privatdozenten.* Leipzig 1908; *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer. Nachwuchsfragen im Spiegel einer Erhebung 1953–1955.* Hg. von Helmuth Plessner, bearb. von Ilse Asemissen [u. a.]. Göttingen 1956; Christian von Ferber: *Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954.* Göttingen 1956 (= *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer* 3); Alexander Busch: *Stellenplan und Lehrkörperstruktur der Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik und in Berlin West 1953/54.* Göttingen 1956 (= *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer* 2); Ders.: *Die Geschichte des Privatdozenten. Eine soziologische Studie zur großbetrieblichen Entwicklung der deutschen Universitäten.* Stuttgart 1959; Klaus Dieter Bock: *Strukturgeschichte der Assistentur. Personalgefüge, Wert- und Zielvorstellungen in der deutschen Universität des 19. und 20. Jahrhunderts.* Düsseldorf 1972; Reinhard Riese: *Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschul-*

Nichtordinarien und Studierende zueinander veränderte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts massiv und damit auch Verlaufbahnung und Aufgabenprofil des Hochschullehrerberufs, Hierarchieverhältnisse und Universitätsalltag.

»Da es *die* prosopographische Methode nicht gibt,« resümierte Neithard Bulst bereits 1982, »muss je nach Fragestellung und Überlieferung nach geeigneten, sehr unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Hierin liegt sicher eine der großen Schwierigkeiten prosopographischer Forschung.«<sup>44</sup>

Das gilt insbesondere dann, wenn kurze Analysezeiträume und kleine Untersuchungssamples gewählt werden und ein historischer Vergleich über lange Zeiträume hinweg (*longue durée*) oder zwischen verschiedenen Universitäten nicht möglich ist. In den daraus entstehenden Schwierigkeiten liegt gleichzeitig innovatives Potential, nämlich die Möglichkeit, unterschiedliche Methoden anzuwenden und verschiedene Wandlungsprozesse miteinander in Bezug zu setzen.

#### 4. Die Kombination akteurszentrierter Zugänge

Wie solch ein Methodenmix aussehen kann, umreißt ich am Beispiel meiner Dissertation *Elite und Krise. Expansion und Selbstbehauptung der Philosophischen Fakultät Freiburg 1945–67*. Die Philosophische Fakultät erwies sich als ein Konglomerat vieler unterschiedlicher Disziplinen, die nur sehr vermittelt Gemeinsamkeiten aufwiesen. Damit bot sich ein akteurszentrierter Zugang an, dessen Stärke darin besteht, Struktur-, Kommunikations- und Handlungsebene aufeinander zu beziehen und gleichzeitig die Interaktionen mit verschiedenen

---

wesen 1860–1914. Stuttgart 1977; vgl. neueren Datums die Überblicksdarstellung von Rüdiger vom Bruch: *Universitätsreform als soziale Bewegung. Zur Nicht-Ordinarienfrage im späten deutschen Kaiserreich*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 72–91; Michael Grüttner: *Machtergreifung als Generationskonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus*. In: *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* (Anm. 31), S. 139–153. Am besten erforscht sind die Nichtordinarien an der Universität Tübingen, vgl. Sylvia Paletschek: *Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*. Stuttgart 2001, S. 226–260; Dies.: *Zur Geschichte der Habilitation an der Universität Tübingen im 19. und 20. Jahrhundert. Das Beispiel der Wirtschaftswissenschaftlichen (ehemals Staatswirtschaftlichen/ Staatswissenschaftlichen) Fakultät*. In: *200 Jahre Wirtschafts- und Staatswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen Bd. 2*. Hg. von Helmut Marcon und Heinrich Strecker. Stuttgart 2004, S. 1364–1399.

44 Neithard Bulst: *Zum Gegenstand und zur Methode von Prosopographie*. In: *Medieval Lives and the Historian. Studies in Medieval Prosopography, Proceedings of the First International Interdisciplinary Conference on Medieval Prosopography*. University of Bielefeld, 3–5 December 1982. Hg. von Neithard Bulst und Jean-Philippe Genet. Kalamazoo 1986, S. 1–16, hier S. 8.

Öffentlichkeiten in den Blick zu nehmen. Universitäts- und Gesellschaftsgeschichte können durch diesen methodischen Zugriff miteinander verschränkt werden.

Um die Rückkopplungseffekte zwischen strukturellen, diskursiven und organisatorischen Wandlungsprozessen zu untersuchen, kombiniere ich daher quantitative, prosopographische und typisierend-biographische Zugänge. Eine quantitative Verlaufsanalyse der universitären Gruppen der Studierenden, der etatisierten Professor\_innen und des damals aufgebauten Mittelbaus dient dazu, die Frage nach dem Strukturwandel mit dem Fokus auf der Entwicklung des universitären Personals zu beantworten. Prosopographisch analysiere ich die Gruppe der etatisierten Professor\_innen hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede und hinsichtlich ihrer Beziehungen zu Öffentlichkeiten. Den sich daraus ergebenden typischen Entwicklungsmomenten gehe ich am Beispiel der drei wirkmächtigsten Repräsentanten der Philosophischen Fakultät biographisch näher nach.

## 5. Strukturwandel – Quantifizierung

Die quantifizierende Verlaufsanalyse ergab auffällige strukturelle Veränderungen: Die Zahl der Studierenden der Philosophischen Fakultät Freiburg vervielfachte sich zwischen 1950 und 1965 und stieg von ca. 1.000 auf ca. 4.000 an (vgl. Abb. 2). Das neuartige Niveau der Beteiligung ging mit einer relativen Vergrößerung des Studentinnenanteils einher, der schon in den 1950er Jahren über 40 % lag und sich ab 1966 konsequent über 50 % bewegte.

Der Lehrkörperausbau erfolgte nicht proportional zum Anstieg der Studierendenzahlen. Der professorale Lehrkörper verdoppelte sich zwar zwischen 1947 und 1965 (vgl. Abb. 4). In den Fakultätsprotokollen wurde die Etablierung neuer Lehrstühle aber nur am Rande mit dem Ansteigen der Studierendenzahlen begründet, Parallellehrstühle waren verpönt. Das Wachstum des Lehrkörpers ging entsprechend mit der Ausdifferenzierung der Fächer einher und hielt mit dem Ansteigen der Studierendenzahlen nicht Schritt. Insbesondere der Zeitraum 1960 bis 1965 verdeutlicht die Rede von der Überfüllungskrise mit der durchschnittlichen Betreuungsrelation von 95 bis 105 Studierenden je Professur. Werden zweites Hauptfach und Nebenfächer mitgerechnet, waren es in den Massenfächern Germanistik, Romanistik und Anglistik zwischen 200 und mehr als 350 Studienfälle pro Professur. Allerdings wurde der Lehrkörper in diesem Zeitraum verstärkt auf anderen Ebenen ausgebaut.

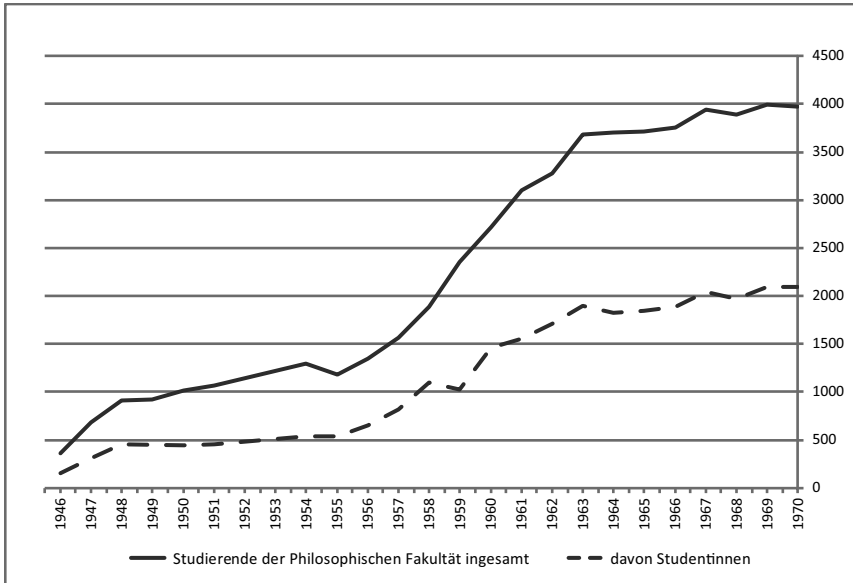


Abb. 2: Der Anstieg der Studierendenzahlen an der Philosophischen Fakultät Freiburg 1945–1967

Der Lehrkörper der Philosophischen Fakultät Freiburg gliederte sich in den 1950er und 1960er Jahren in planmäßige Professuren, die einen Ruf auf ein (Extra-)Ordinariat voraussetzten, und den sogenannten Mittelbau, der sich vertikal in habilitierte und nichthabilitierte Nichtordinarien, horizontal in nichtetatisierte, befristete und entfristete Stellen gliederte (vgl. Abb. 3).

Qualifikation ↓	mit Lehrauftrag (m. LA)	befristet	unbefristet, verbeamtet
Habilitation, <i>venia legendi</i>	Außerplanmäßige Extraordinarien (apl. Prof., n. 6 J. PD), Privatdoz. (PD)	Gastprofessuren, Diätendozenturen	Ordinariat (O)
			Extraordinariat (AO)
			Wissenschaftliche Räte (WR)*
Promotion	Lehrbeauftragte (m. LA)	Assistenturen, Lektorate	Akademische Räte (AR)*

\* Neue Stellen

Abb. 3: Die Stellenstruktur des Lehrkörpers

Ab Ende der 1950er Jahre wurde der Mittelbau auf- und ausgebaut: Die wenigen Durchgangsstellen der Diätendozenturen, Assistenturen und Lektorate wurden aufgestockt, weiterhin kamen die unbefristeten Stellen der (habilitierten) wissenschaftlichen Ratsstellen und der (nichthabilitierten) akademischen Ratsstellen hinzu.

Während die planmäßigen Professuren zwar einen stetigen, aber vergleichsweise geringen Ausbau erfuhren, wurde der Mittelbau in den 1950er und 1960er Jahren massiv aufgestockt und erweitert. Ab 1958 wuchs der Mittelbau

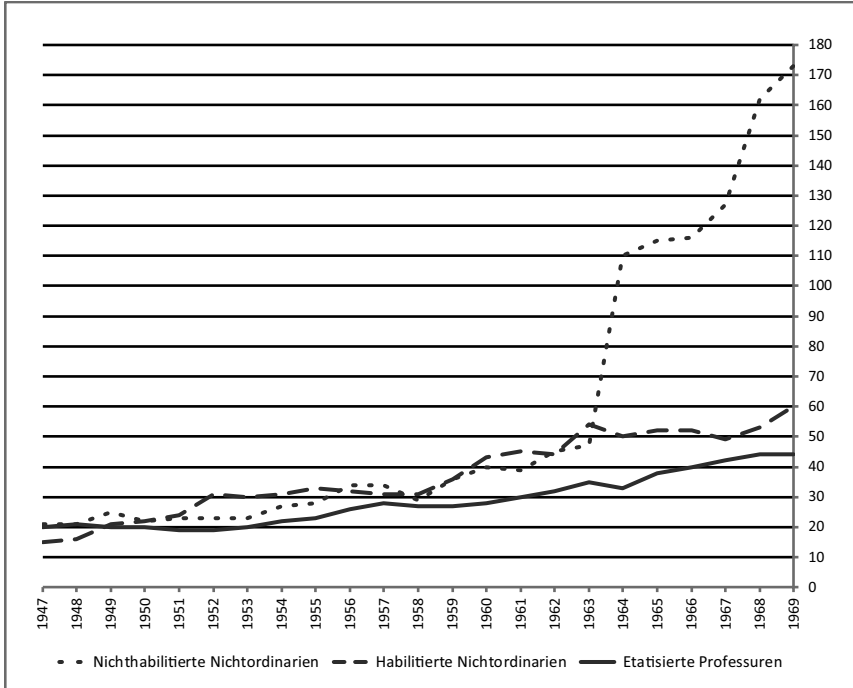


Abb. 4: Der Ausbau des Gesamtlehrkörpers der Philosophischen Fakultät Freiburg 1947–1970

stetig, ab 1963 stieg insbesondere der Anteil der nichthabilitierten Lehrkräfte steil an (vgl. Abb. 4). Ein großer Teil der Lehr- und Forschungsaufgaben fiel damit einer Gruppe des Lehrkörpers zu, die in der fakultären Selbstverwaltung kaum repräsentiert und deren Finanzierung nur teilweise sichergestellt war.

Prozentual betrachtet sank so trotz des kontinuierlichen Ausbaus der Professuren der Anteil der planmäßigen Professoren<sup>45</sup> am Lehrkörper: Während in den 1940er Jahren noch fast ein Drittel (32 %) aller Lehrkräfte planmäßige Professoren waren, fiel ihr Anteil bis 1965 auf ein knappes Fünftel (19 %) (vgl.

45 Da bis 1953 bundesweit nur acht planmäßige Professuren an bundesdeutschen Universitäten weiblich besetzt waren und der Anteil habilitierter weiblicher Kräfte an Universitäten mit 1,4 % (162) im WS 1953/54 immer noch verschwindend gering war, ist in diesem Zusammenhang nur von Professoren die Rede, vgl. Ferber: *Entwicklung des Lehrkörpers* (Anm. 43), S. 239; Busch: *Stellenplan und Lehrkörperstruktur* (Anm. 43), S. 28. Männer wurden Frauen schon auf Assistentenstellen vorgezogen. Diese Benachteiligungsstruktur setzte sich scherenartig nach oben fort, vgl. Sylvia Paletschek: *Berufung und Geschlecht. Berufungswandel an bundesrepublikanischen Universitäten im 20. Jahrhundert*. In: *Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas*. Hg. von Christian Hesse und Rainer Christoph Schwinges. Basel 2012, S. 295–337.

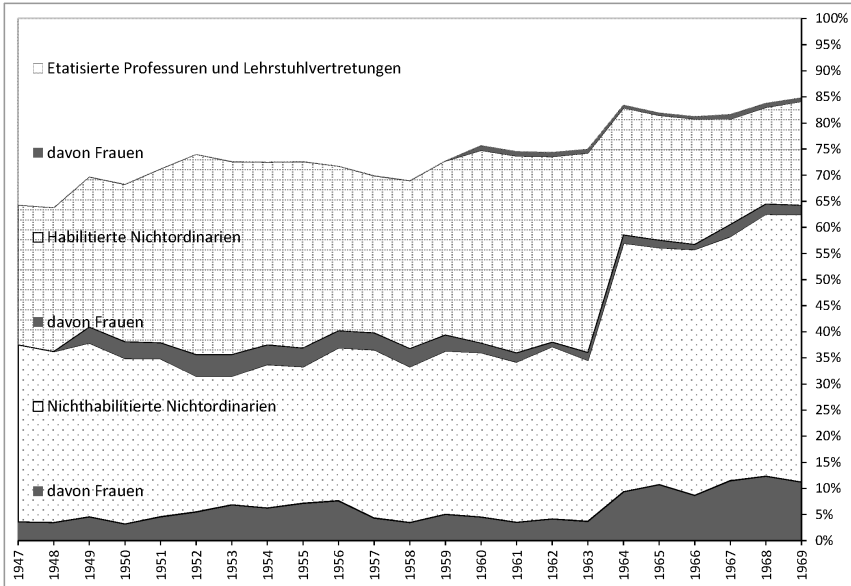


Abb. 5: Der Lehrkörperausbau im Verhältnis

Abb. 5). Diese Verschiebung in der Zusammensetzung des Lehrkörpers, die Verstärkung des »Unterbaus« bzw. des Fußes der »Lehrkörperpyramide«, wie Goldschmidt in der Untersuchung zur Lage der Hochschullehrer 1956 hervorhob,<sup>46</sup> stellt eine langfristige Entwicklung dar. Daraus sowie aus dem Befund, dass sich die Wissenschaftsorganisation sukzessive zur professoralen Hauptaufgabe entwickelte, ergibt sich, dass die Philosophische Fakultät als Lehr- und Forschungsinstitution zumindest in den Massenfächern ohne die nichthabituerten Nichtordinarien funktionsunfähig gewesen wäre.

Wie aber verhielten sich die Professoren dazu? Wie reagierten sie auf diesen Prozess, der strukturelle Veränderungen in der universitären Organisation, in den universitären Hierarchien wie auch im gesamten Universitätsalltag nach sich zog?

## 6. Generationen, Sozialprofile und Typen – Prosopographie

Meine Datenbank umfasste zunächst alle 62 Professoren und die zwei Professorinnen, die 1945 bis 1970 an der Philosophischen Fakultät Freiburg lehrten. Untersuchungsparameter waren die verschiedenen sozialen Kategorien Alter,

<sup>46</sup> Dietrich Goldschmidt: Die gegenwärtige Problematik. In: Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer (Anm. 43), S. 37–49, hier S. 40.

Herkunft, Milieu, Geschlecht, Konfession, außerdem NS-Vergangenheit, Kriegsteilnahme, Emigration, wissenschaftliche Prägungen, akademische Karrierestationen sowie die Frage nach dem Verhältnis von Forschung, Lehre und Wissenschaftsorganisation im professoralen Universitätsalltag.

Anhand der Jahrgangszuordnung wurde schnell deutlich, dass es sich bei den Professoren um mindestens zwei Professoren Generationen handelte. Da die ersten Professorinnen der Philosophischen Fakultät erst 1960 respektive 1966 hinzukamen und nicht zu den hier im Fokus stehenden Jahrgängen 1886–1910 gehörten, die bis 1966 die Mehrheit des Fakultätsrats ausmachten, wird im Folgenden hauptsächlich der männlich konnotierte Begriff der Professoren Generation benutzt. Diese Begriffswahl soll die ausschließlich männliche Zusammensetzung der Professoren Generation der Jahrgänge 1886–1910 an der Philosophischen Fakultät Freiburg sowie die androzentrische Codierung des Feldes reflektieren. So bezeichnet der historische Analysebegriff »Professoren Generation«<sup>47</sup> eine Gruppe von Professoren einer »Hochschullehrer Generation«,<sup>48</sup> kurz auch »Hochschulgeneration«<sup>49</sup> genannt, die in einer bestimmten Zeitspanne an einer Universität als planmäßige Professoren lehrten. Anders als politische Generationen,<sup>50</sup> die meist nach Dekaden ausdifferenziert einem gemeinsamen Generationenzusammenhang zugeordnet werden,<sup>51</sup> werden Professoren Generationen nach dem Intervall von 20–30 Jahren voneinander abgegrenzt, in denen sie als planmäßige Professoren tätig waren.<sup>52</sup>

An der Philosophischen Fakultät Freiburg hatte in den 1940er Jahren ein Generationswechsel stattgefunden. Der nächste erfolgte in den 1960er Jahren,

---

47 Vgl. Paletschek: Permanente Erfindung (Anm. 43), S. 311, 320, 325, 338.

48 Vgl. Angelika Schmidt: Personale Verflechtung und gesellschaftliche Stellung der Hochschullehrer in Baden 1830–1890. In: Lebenslauf und Gesellschaft (Anm. 2), S. 76–113, hier S. 88, 97, 103, 109–112.

49 Vgl. Ferber: Entwicklung des Lehrkörpers (Anm. 43), S. 103, 183.

50 Zu politischen Generationen vgl. Ulrich Herbert: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert. In: Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. Hg. von Jürgen Reulecke. München 2003 (= Schriften des Historischen Kollegs 58), S. 95–104; Helmut Fegt: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell. Op-laden 1982.

51 Diese Zuordnungen wurden aufgrund des Mangels einer breiten empirischen Grundlage als »Ex-post Konstrukte einer politischen Erinnerungsgemeinschaft« kritisiert, die sich insbesondere gegen Schelkys »skeptische Generation« richtete, siehe Bernd Weisbrod: Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 8 (2005), S. 3–17, hier S. 6; siehe zuletzt die kritische Zusammenfassung bei Andrea Wienhaus: Bildungswege zu »1968«. Eine Kollektivbiografie des Sozialistischen Deutschen Studentebunds. Bielefeld 2014, S. 41.

52 Vgl. Ferber: Die Entwicklung des Lehrkörpers (Anm. 43), Tab. 26, S. 177f.; Schmidt: Hochschullehrer in Baden (Anm. 48); Paletschek: Permanente Erfindung (Anm. 43), S. 310. Über den Bezugspunkt der Geburtsjahrgänge können Professoren Generationen auch politischen Generationen zugeordnet werden.

sodass eine Professoren-Generation hier mit 25 Jahren angesetzt wird. Bis 1966 stellten die Jahrgänge der zwischen 1886 und 1910 geborenen Angehörigen der Frontgeneration und der Kriegsjugendgeneration die Mehrheit im Fakultätsrat dar. Sie waren zwischen 1925 und 1954 nach Freiburg berufen worden. Diese 33 Professoren der Jahrgänge 1886–1910 werden im Folgenden als »Krisengeneration« bezeichnet. Das übergreifende Kennzeichen dieser Professoren-Generation war im Zeitraum von 1945 bis 1966 ihre idealistische Krisenrhetorik, ein elitäres Bewusstsein und ihre philosophische Ausrichtung, die eng mit ihrem vorwiegend bildungsbürgerlichen Hintergrund und ihren wissenschaftlichen Prägungen zusammenhing. Die Professoren der Krisengeneration wiederholten in der zweiten Nachkriegszeit einen Krisendiskurs, den die ihnen vorangehende Professoren-Generation popularisiert hatte und mit dem die Krisengeneration in der ersten Nachkriegszeit geprägt worden war. Über die gruppenspezifische Wahrnehmung und die soziale Prägung hinaus handelte es sich bei der Krisenrhetorik allerdings auch um eine Strategie der Wahrnehmungslenkung. Krisenrhetorik erfüllte als öffentlichkeitswirksame Diskursstrategie die Funktion, die in der Öffentlichkeit empfundenen Krisen aufzufangen, geistesgeschichtlich-idealistisch einzubetten und in Strukturveränderungen gestaltend einzugreifen. Die Professoren reagierten sowohl auf den Systemwechsel als auch auf das in den 1950er Jahren beginnende Ansteigen der Studierendenzahlen mit einem kontinuierlichen Krisendiskurs. Der diagnostizierten Krise wurden jeweils geistesaristokratische Krisenlösungen der »Selbstbehauptung« gegenübergestellt, die sich auf idealistische Legitimationen wie »Humboldt« und »Abendland« stützten.<sup>53</sup>

»So sind wir aus National-Trompetern zu Moral-Trompetern oder Kultur-Cellisten geworden«,<sup>54</sup> beschrieb Hans-Günter Zmarzlik (1922–2000), kritischer Schüler von Gerhard Ritter und seit 1961 Professor für Zeitgeschichte an der Philosophischen Fakultät Freiburg, dieses Selbstverständnis im Rückblick auf seine Prägung durch die Krisengeneration. Er unterschied sich und seine eigene Generation von der Krisengeneration dadurch, dass es »uns ungewöhnlich schwer gemacht worden [ist], im einmal Gelernten zu verkrusten.«<sup>55</sup>

53 Siehe weiterführend Paletschek: *Permanente Erfindung* (Anm. 43); Dies.: Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Historische Anthropologie* 10 (2002), S. 183–205; Dies.: Die deutsche Universität im und nach dem Krieg. Die Wiederentdeckung des Abendlandes. In: *Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen. Ereignisse – Auswirkungen – Reflexionen*. Hg. von Bernd Martin. Freiburg i. Br. 2006, S. 231–249.

54 Hans-Günter Zmarzlik: *Einer vom Jahrgang 1922. Rückblick in eigener Sache*. Überarbeitetes Kapitel einer Freiburger Vorlesung von 1968. In: *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit? Aufsätze und Überlegungen eines Historikers vom Jahrgang 1922*. Hg. von Hans-Günter Zmarzlik. München, S. 16–31, hier S. 26.

55 Ders.: *Einleitung*. Was ist beabsichtigt? In: ebd., S. 9–15, hier S. 15.

Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers haben die 1960er Jahre, in der diese auf die Krisengeneration folgende Professoren- und Professoren- generation hauptsächlich berufen wurde, als *Dynamische Zeiten* bezeichnet.<sup>56</sup> Patrick Wagner wies darauf hin, dass die Homogenität der bundesdeutschen Professoren- schaft in einer »Kombination von Generationswechsel und schnellem Ausbau der Universitäten erodierte«.<sup>57</sup> Deswegen und weil diese Professoren und nun auch erstmals Professorinnen anders als ihre Vorgänger über kein vereinheitli- chendes Selbstverständnis mehr verfügten, sondern sich durch eine neuartige Pluralität auszeichneten, wird sie hier »dynamisierte Generation« genannt.<sup>58</sup> 1960 wurde die Professorin für Angewandte Psychologie Hildegard Hiltmann (1916–2004) als erste Professorin der Philosophischen Fakultät Freiburg berufen. Sie gehörte ebenso wie die zweite, 1966 berufene Professorin für Lateinische Philologie des Mittelalters, Johanne Autenrieth (1923–1996), der dynamisierten Generation an.

Die dynamisierte Generation umfasst die politischen Generationen der »Nachkriegsgeneration«, also die Geburtsjahrgänge 1911–1920, sowie die Generation der sogenannten »45er«, welche die Geburtsjahrgänge 1921–1935, vor allem aber die Alterskohorte der in den 1920er Jahren Geborenen bezeichnet.<sup>59</sup> Nach 1966 stellten diese ab Ende der 1940er Jahre berufenen Professor\_innen der Geburtsjahrgänge 1911–1935 die Mehrheit im Fakultätsrat. Erst mit diesem Generationswechsel Mitte der 1960er Jahre wurden vereinzelt auch kritische Typen sichtbar, wie etwa der selbstreflexive und innovative Historiker Zmarzlik,

---

56 Siehe *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hg. von Axel Schildt [u. a.]. Hamburg 2000 (= *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte* 37).

57 Patrick Wagner: »Reservat der Ordinarien«. Zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwischen 1920 und 1970. In: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Hg. von Karin Orth und Willi Oberkrome. Stuttgart 2010, S. 23–47, hier S. 37.

58 Die Unterschiede zur Vorgängergeneration sind in erster Linie auf die veränderten Umstände zurückzuführen, was mit der Passivkonstruktion »dynamisiert« verdeutlicht wird.

59 Die Bezeichnung »45er« geht auf Joachim Kaiser zurück und wurde von Dirk Moses ausgearbeitet, vgl. Joachim Kaiser: *Phasenverschiebungen und Einschnitte in der kulturellen Entwicklung*. In: *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*. Hg. von Martin Broszat. München 1990, S. 69–74; Anthony Dirk Moses: *German Intellectuals and the Nazi Past*. Cambridge 2007. Moses entwickelte das Konzept der »45er« u. a. am Beispiel von Wilhelm Hennis (1923–2012), der ab 1966 an der Staats- und Rechtswissenschaftlichen und ab 1970 an der Philosophischen Fakultät Freiburg lehrte. Eine andere gängige Bezeichnung der dieselbe Dekade umfassenden politischen Generation ist Schelskys »skeptische Generation«, vgl. Helmut Schelsky: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. Düsseldorf, Köln 1957.

oder der linksliberale »Dekan der Studenten«, Hans Heinrich Eggebrecht (1919–1999).<sup>60</sup>

Insgesamt erfolgte die Promotion aller Professor\_innen, die zwischen 1945 und 1970 an der Philosophischen Fakultät lehrten, durchschnittlich im Alter von 25,7 Jahren, die Habilitation im Alter von 34 Jahren und die Erstberufung im Alter von 40 Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Professorinnen grundsätzlich später berufen wurden.<sup>61</sup> Das insgesamt im Vergleich zu heute relativ geringe Promotions- und Habilitationsalter erklärt sich dadurch, dass mit der Promotion damals noch das Studium abgeschlossen wurde, teilweise parallel zum Staatsexamen oder zeitlich wenige Monate versetzt, und die Habilitation als Qualifikationsstufe der heutigen Promotion entsprach. Darüber hinaus zeigt sich daran, dass die meisten, aber nicht alle Professor\_innen habilitiert waren, dass die Habilitation ein deutsches Spezifikum war, das sich zwar bis 1920 weitgehend, aber nicht zwingend durchgesetzt hatte: Bei den Berufungen von Professor\_innen, die im Ausland ausgebildet worden waren, war die fehlende Habilitation kein Hindernis und auch in neuetablierten Fachbereichen, in denen Nachwuchsmangel herrschte, war sie zu Beginn des Jahrhunderts, aber auch in den 1960er Jahren nicht unbedingt erforderlich.<sup>62</sup>

Die archivrechtlichen Sperrfristen erschwerten einen durchgehenden Vergleich der beiden Professorengenerationen, sodass ich mich weitgehend auf die 33 Professoren der Krisengeneration konzentrierte, die zwischen 1945 und 1967 an der Philosophischen Fakultät Freiburg wirkten. Bei ihnen handelt es sich um eine relativ homogene Gruppe weißer, hauptsächlich deutscher, in Ausnahmefällen auch österreichischer und ungarischer Männer, die vorwiegend aus bildungsbürgerlichen Beamtenhaushalten kamen (52 %). Die professorale Kri-

60 Hans Heinrich Eggebrecht. In: uni-presse. Mitteilungen des Rektors der Universität Freiburg i. Br. 1 (1968), Nr. 4.

61 Hildegard Hiltmann (1916–2004) erhielt ihren Ruf mit 44 Jahren, Johanne Autenrieth (1923–1996) mit 43 Jahren. Im Vergleich zu anderen Professorinnen ihrer Generation wurden sie damit vergleichsweise zügig berufen, denn anders als ihre männlichen Kollegen mussten habilitierte Frauen auf ihre Ernennung zu außerplanmäßigen Professorinnen durchschnittlich acht Jahre, zur verbeamteten Extraordinaria zwölf und auf eine ordentliche Professur im Durchschnitt 17 Jahre warten, vgl. Charlotte Lorenz: Entwicklung und Lage der weiblichen Lehrkräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands. Berlin 1953, S. 25.

62 So wies beispielsweise Willibald Gurlitt (1889–1963), der 1919 auf die neue Professur für Musikwissenschaft berufen wurde, keine Habilitation vor und auch die 1966 auf die neue Professur für Lateinische Philologie des Mittelalters berufene Johanne Autenrieth war nicht habilitiert. Weiterhin war bei Werner Marx (1910–1994), der nach seiner Emigration an der University in Exile New York erneut promovierte und die US-amerikanische Karriereleiter vom Lecturer für Philosophie (1949) zum Assistant Professor (1953) über den Associate Professor (1960) zum Full Professor (1962) durchlief, keine Habilitation notwendig, und auch bei dem aus Ungarn emigrierten Wilhelm Szilasi (1889–1966) wurde keine Habilitation vorausgesetzt.

sengeneration war die letzte ausschließlich männliche an der Philosophischen Fakultät; gleichzeitig war sie die erste Professorgeneration, die Professorinnen berief.

Konfessionell wies die Krisengeneration einen Überhang an Protestanten (60 %) auf, ein Drittel der Professoren war katholischer, einer war jüdischer Konfession (3 %) und ein Professor war aus der Kirche ausgetreten (3 %). Vier Emigranten lehrten an der Philosophischen Fakultät sowie weitere vier Professoren, denen während der NS-Zeit aus antisemitischen oder anderen politischen Erwägungen die Berufsausübung untersagt worden war.<sup>63</sup>

Die Professoren der Krisengeneration betrachteten sich größtenteils als geistesaristokratische Elite, Ressentiments gegen die »Masse« waren common sense. Der Geniekult war in dieser Generation stark ausgeprägt. Die Professoren nahmen sich nicht als Gruppe, Team oder Kollektiv, sondern als »Persönlichkeiten« wahr. Dieses Selbstverständnis schlug sich auch in der Aufteilung der Lehrstühle und der Aversion gegen Parallellehrstühle sowie ihrer Arbeitsorganisation nieder: Die Professoren teilten ihre Aufgaben so auf, dass sie einander nicht in die Quere kamen. Erst wenn der eine ging, konnte ein anderer nachrücken.

Wir finden den Typus des Hochschulpolitikers (Gerd Tellenbach) und des Populisators (Gerhard Ritter), des Institutionengründers (Arnold Bergstraesser), des beliebten Universitätslehrers (Herbert Nesselhauf), des begehrten Gelehrten (Walther Rehm) oder des Vortragsstars (Hugo Friedrich), des reisenden Entdeckers (Fritz Bartz) und des verlässlichen Verwalters (Walter-Herwig Schuchhardt).<sup>64</sup> Auch Positionen wie die des Verantwortlichen für die Verbindungen zwischen Universität und Schule (Friedrich Maurer) lassen sich personalisieren, des Vertreters im Rundfunkrat und der Verbindungen zur Görres-Gesellschaft (Clemens Bauer), des VHS-Vorsitzenden und Gewerkschafters (Eugen Fink), um nur einige zu nennen.

Diese Positionen waren eng an die Lehrstühle sowie die Erfahrungshorizonte und Netzwerke der jeweiligen Professoren gebunden. So brachte beispielsweise der Professor für Wissenschaftliche Politik und Soziologie Arnold Bergstraesser (1896–1964) einen seit seiner Jugend ausgebauten wissenschaftsorganisatori-

---

63 Von diesen wird der Anglist Friedrich Brie (1880–1948) allerdings zu der vorhergehenden Professorgeneration und nicht zur Krisengeneration gezählt.

64 Schuchhardt leitete ab 1948 ehrenamtlich das Auslandsamt, in dessen Rahmen zunächst Freiburger Ferienkurse für ausländische Studierende durchgeführt, später Auslandsstipendien vergeben und koordiniert wurden, vgl. Prof. Dr. Schuchhardt wird Rektor. In: Freiburger Studentenzeitung 3 (1953), H. 1; vgl. Freiburger Studentenzeitung 6 (1956), H. 1, S. 8; vgl. Fakultätsprotokoll vom 06. 06. 1964, UA Freiburg, B3/799, S. 203; vgl. Jahresbericht über das Rektoratsjahr 1957/58 erstattet von dem Prorektor Prof. Dr. Gerd Tellenbach. In: Annalen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Bd. 2. Freiburg i. Br. 1958, S. 10.

schen Erfahrungsschatz, breit angelegte Netzwerke und Beziehungen zu verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene mit. Gleichzeitig verlieh ihm die Position als US-Emigrant und als Nestor der Politikwissenschaft, eines neuen Fachs, das in Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit verankert werden sollte, Einfluss und Gewicht. Gerd Tellenbachs Aufstieg zu einem »Hochschulreformer der 1. Stunde«<sup>65</sup> fußte auf seinem Engagement und politischen Interesse, gleichzeitig verdankte er Gerhard Ritter, der ihn gefördert hatte, sehr viel.<sup>66</sup>

Wenngleich die Professoren der Krisengeneration ihren Erfolg vorwiegend auf ihre Persönlichkeit zurückführten, so war er doch eng an ihre Lehrstühle und die strukturellen Entwicklungen gekoppelt. Die zehn Rufe an andere Universitäten, die Walther Rehm (1901–1963) in Freiburg erhielt, sind zwar sicher darauf zurückzuführen, dass er als »glänzender Pädagoge und Redner« galt.<sup>67</sup> In diesem Zusammenhang ist aber auch zu berücksichtigen, dass er Universitätsprofessor des sehr stark frequentierten Fachs der Neueren Deutschen Literaturgeschichte war, in dem damals Nachwuchsmangel herrschte. Ebenso wuchs die Beliebtheit des Vortragsstars und Romanistischen Literaturwissenschaftlers Hugo Friedrich (1904–1978), der bis zur Berufung von Hans Staub (geb. 1931) 1967 über den einzigen literaturwissenschaftlichen Romanistiklehrstuhl an der Universität Freiburg verfügte, nicht zuletzt auch mit den Studierendenzahlen des überfüllten Massenfachs.

Nach 1945 stellte zunächst die Lehrtätigkeit eines der wichtigsten und ausgedehntesten professoralen Aufgabenfelder dar. Die Lehre, teilweise auch die Forschung wurden aber im Zuge der Neugliederung des Lehrkörpers zunehmend auf die Schultern des sukzessive aufgebauten Mittelbaus verlagert. Darüber hinaus wuchsen im Zuge der Universitätsexpansion die Aufgaben in der Verwaltung, Koordination, Planung, Finanzakquise sowie in der Öffentlichkeitsarbeit, die hier zusammenfassend als wissenschaftsorganisatorische Aufgaben bezeichnet werden, massiv an.

Über die Aufgaben in der universitären Selbstverwaltung hinaus waren etwa zwei Drittel der Professoren wissenschaftsorganisatorisch stark eingebunden.

65 Hans Maier: *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff.* München 2011, S. 173.

66 Seinen Einfluss in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte Gerd Tellenbach, 1945 42jährig, vor allem Gerhard Ritter zu verdanken. Schon vorher war Tellenbach Ritters Protegé: Ritter hatte sich für Tellenbachs Habilitation bei Karl Hampe (1869–1936) eingesetzt sowie Tellenbach eine Stelle am DHI in Rom verschafft. Auch für Tellenbachs Berufung nach Freiburg war in erster Linie Gerhard Ritter verantwortlich. Tellenbach besuchte Ritter so auch 1944 im Berliner Gefängnis, wo er wegen seiner Verbindungen mit Carl Goerdeler (1884–1945) inhaftiert war.

67 Vgl. Conrad Wiedemann: *Walther Rehm (1901–1963) / Germanist.* In: *Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.* Bd. II. Hg. von Hans Georg Gundel [u. a.]. Marburg 1982, S. 745–754, hier S. 742.

Die lokalen, regionalen, teilweise auch nationalen und internationalen Verbindungen waren ausgeprägt, bewegten sich aber stets im Rahmen elitärer Netzwerke. Die Professoren waren (Vorstands-)Mitglieder verschiedener wissenschaftlicher, (hochschul-)politischer, kirchlicher und anderer Gremien und Gesellschaften. Kongruent zu dem Selbstverständnis der Professoren wurde selbst Öffentlichkeitsarbeit individuell betrieben, jeweils geknüpft an die einzelnen »Persönlichkeiten« und Netzwerke. Hingegen zeichnet sich ab, dass die Philosophische Fakultät kaum in institutionalisierten Formen wie etwa durch eine gut ausgestattete Pressestelle in der Öffentlichkeit präsent war.<sup>68</sup>

## 7. Wissenschaftsorganisation und Öffentlichkeit – Biographische Detailanalysen

Um die persönlichkeitszentrierten Repräsentations- und Popularisierungsstrategien sowie den Aufstieg des neuen Professorentypus des Wissenschaftsmanagers qualitativ näher zu untersuchen und deren Intensität, Reichweite und Konsequenzen abzuschätzen, ging ich ihnen am Beispiel einzelner Professoren nach. Regional, national und international signifikant wirksame Repräsentanten der Philosophischen Fakultät Freiburg wurden in der zweiten Nachkriegszeit vor allem diejenigen, die sich während der NS-Zeit nicht federführend wissenschaftsorganisatorisch oder hochschulpolitisch hervorgetan hatten: Gerhard Ritter, der Mitglied des konservativ-oppositionellen Freiburger Konzils gewesen war, stieg nach 1945 zum breit rezipierten *public intellectual* auf. Gerd Tellenbach, der zwar am Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften mitgewirkt, aber nicht in die NSDAP eingetreten war, avancierte zu einem wichtigen Hochschulpolitiker der Nachkriegszeit. Am Beispiel Arnold Bergstraessers, der 1937 in die USA emigriert war und 1954 auf den neuen Lehrstuhl der Wissenschaftlichen Politik und Soziologie berufen wurde, lassen sich vielfältige Verflechtungen zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen nachzeichnen. In diesem Fall fehlt allerdings eine Biographie, die über den universitätsgeschichtlichen Rahmen hinausgeht.

Mit der qualitativen Auswertung der öffentlichkeitswirksamen Krisenrhetorik und des wissenschaftsorganisatorischen Engagements Ritters, Tellenbachs und Bergstraessers ließ sich die zunächst einheitlich wirkende Krisenrhetorik ausdifferenzieren: Am Beispiel dieser Leitfiguren können drei Typen professoraler Wissenschaftsorganisatoren ausgemacht sowie die für jene Professoren-

---

68 Vgl. Brandt: Universität und Öffentlichkeit (Anm. 4).

generation typischen elitär-idealistischen Einstellungen und deren Auswirkungen auf den Strukturwandel konzentriert dargestellt werden.

Gerhard Ritter repräsentierte den Typus des wissenschaftsorganisatorischen *Restaurators*, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit hegemonial war. Seine Bemühungen, ein deutschnational-preußisches Geschichtsbild zur »Bildungsmacht« aufzubauen, konnten sich jedoch langfristig nur begrenzt gegen zunehmende Widerstände sowie den Aufstieg der Sozialwissenschaften durchsetzen. Wie sich schon an den Berufungsverhandlungen Arnold Bergstraessers zeigt, konnte Ritter den Aufstieg seines Antagonisten nicht verhindern und stellt in Abgrenzung zu Tellenbach und Bergstraesser ein wissenschaftsorganisatorisches »Auslaufmodell« dar. Der Einfluss nationalkonservativer und demokratieskeptischer Netzwerke, als deren Repräsentant der engagierte Historiker gelten kann, traten mit den veränderten Rahmenbedingungen zunehmend in den Hintergrund. In der jungen Bundesrepublik übernahmen neben den abendländischen und christlichen Traditionsnarrativen sukzessive Demokratisierung und Westorientierung identitätsstiftende Funktionen.

Für einen langsamen integrativen Übergangsprozess steht Arnold Bergstraesser, der in hochrangige transsektorale und transatlantische Netzwerke eingebunden war. Wie Ritter und Tellenbach war auch Bergstraesser geistesaristokratisch ausgerichtet. Er verkörperte aber in Abgrenzung zu Ritter den Typus eines *Vorreiters* moderner Wissenschaftsorganisation. So baute er in enger Zusammenarbeit mit Politik, Wirtschaft, Militär und Medien dies- und jenseits des Atlantiks die Disziplin Wissenschaftliche Politik und Soziologie in Freiburg auf und aus, indem er sie als »Krisenwissenschaft« in die bestehenden geisteswissenschaftlichen Diskurse einfügte, sie aber für neue, der Gegenwart angepasste Methoden und Kooperationen öffnete. Dabei trieb er moderne wissenschaftsorganisatorische Prozesse voran, wie etwa die Drittmittelakquise, die zunehmende Anwendungsorientierung oder die Anbindung von Forschungsinstituten an die Universität, die in den Geisteswissenschaften kaum ausgeprägt waren.

Gerd Tellenbach nahm schließlich die Rolle eines Vermittlers ein, der als *Reformer* zwischen den Teilsystemen Universität, Staat und Wirtschaft sowie zwischen traditionellen und modernen Universitätsauffassungen übersetzte. Tellenbach war maßgeblich am Aufbau des Wissenschaftsrats beteiligt, durch den die deutsche Wissenschaft besser koordiniert, die Finanzierung kooperativ geregelt und die Verbindungen zwischen Universität, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft intensiviert werden sollten. Zwischen den konkurrierenden Entwürfen zur Hochschulreform wählte er die »Lehrkörperpyramide«,<sup>69</sup> die den Anstieg der Studierendenzahlen bei zunehmender Elitenselektion stark machte

---

69 Vgl. Goldschmidt: Gegenwärtige Problematik (Anm. 46), S. 40.

– was universitären Expansionsbestrebungen, den Anforderungen der Wirtschaft nach mehr akademischen Fachkräften wie auch staatlichen Sparmaßnahmen und dem elitären Selbstverständnis seiner Professorgeneration entgegenkam. Dadurch wurde die bauliche Expansion der Universitäten ebenso möglich wie die Studierendenförderung nach dem Honnefer Modell und die Besoldung der Nachwuchskräfte im Zuge des Aufbaus des Mittelbaus. Ein Ausbau der Lehrstühle wurde hingegen hinausgeschoben, da diese finanziell aufwändiger waren und sich viele Ordinarien der Einrichtung von Parallellehrstühlen widersetzen, um ihre Macht- und Deutungspositionen zu behalten.

Mit dem Strukturwandel, der Krisenrhetorik und dem Aufstieg des Wissenschaftsorganisations als hegemonialem Professorentypus konnten an der Philosophischen Fakultät 1945–1967 die Ziele erreicht werden, viele Studierende auszubilden und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung zu steigern. Dies wurde durch Maßnahmen ermöglicht, die letztlich zur Verschiebung des professoralen Aufgabenprofils sowie zur Verlängerung der Ausbildungszeiten von Studierenden und der akademischen Karrierewege führten. Die sogenannte »Überfüllungskrise« wurde in Freiburg weniger durch den Ausbau der Lehrstühle oder die Gründung der zunächst als Eliteinstitution geplanten Universität Konstanz gelöst, als durch den Auf- und Ausbau des Mittelbaus. Dabei scheiterte das Konzept einer kooperativen Arbeitsteilung an Krisenrhetorik, elitärem Standesbewusstsein und »Humboldtianismus« der Krisengeneration.<sup>70</sup> Zwar wurden kurzfristig unbefristete Stellen eingeführt, die Überlastungs- und Hierarchieverhältnisse hingegen vorangetrieben. Da aber nicht die kooperative Teamarbeit, sondern hierarchische Formen der Aufgabenteilung angestrebt wurden, verstärkten sich Abhängigkeiten und Konkurrenzen. Das steigerte den Druck nach oben und nach unten. Im Zuge des Strukturwandels erfolgte allerdings mit den studentischen Demonstrationen zum »Bildungsnotstand« und Dahrendorfs »Bildung ist Bürgerrecht« zu Beginn der 1960er Jahre eine Wende des Krisendiskurses in der Öffentlichkeit. Mit dem Generationswechsel wurden so zunehmend auch an der Philosophischen Fakultät die schlechten Betreuungsquoten und die ungenügende Hochschulfinanzierung auf sozialwissenschaftlicher Grundlage als Krise begriffen, die Ausweitung der Bildungsbeteiligung hingegen als Chance.

Die Probleme, mit denen in den 1950er Jahren gerungen wurde, sind heute noch aktuell. Universitätsgeschichte kann Einblicke in deren Entwicklung geben.

---

70 Den Begriff des Humboldtianismus prägte Olaf Bartz, vgl. Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007. Stuttgart 2007; vgl. Ders.: Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975. Phil. Diss., Universität Köln 2005, S. 18, 27–35. Auch online, URL: <http://kups.ub.uni-koeln.de/1879/> (abgerufen am 23.04.2018).

Zur Untersuchung von Fakultäten und Universitäten als große gesellschaftliche (Gruppen-)Institutionen bietet sich die Vorgehensweise der quantifizierenden Verlaufsanalyse, der typisierenden Kollektivbiographie und die exemplarische Vertiefung durch biographische Elemente an. Eine solche Kombination quantitativer, prosopographischer und biographischer Zugänge stellt für die Universitätsgeschichte nach 1945 eine notwendige Herausforderung dar, da in den 1950er Jahren *erstens* die bis heute anhaltende Universitätsexpansion begann, die Studierendenzahlen massiv stiegen und der Lehrkörper aus- sowie der Mittelbau aufgebaut wurde, *zweitens* zwischen der generationellen und gruppen-spezifischen Zusammensetzung des Fakultätsrats, dem Strukturwandel und den Repräsentationsformen intensive Wechselverhältnisse bestanden sowie *drittens* Fakultäten und Universitäten in der Kommunikation mit ihren Öffentlichkeiten häufig durch verschiedene, oft mehrere Einzelfiguren in wissenschaftsorganisatorischen Positionen und Netzwerken repräsentiert wurden. Aus diesen dynamischen Konstellationen lassen sich die Zusammenhänge zwischen institutionellen, organisatorischen und repräsentativen Entwicklungen im fakultären und universitären Expansionsprozess gesellschaftsbezogen rekonstruieren. Strukturelle Entwicklungen und Identitätsdiskurse, verschiedene Gruppen und Positionen können mit einer solchen Mehrebenenanalyse in ihren Eigendynamiken, Verhältnissen und Wechselwirkungen sowie den sich daraus ergebenden historisch spezifischen Konsequenzen untersucht werden.

---

Christian George

## **Aufgabe und Funktion von Universitätsarchiven für die Universitätsgeschichte**

### **Abstract**

Obwohl Universitätsarchive nicht flächendeckend an deutschen Universitäten vorhanden sind, sind sie wichtige Orte der Universitätsgeschichtsschreibung, da dort die notwendigen Dokumente gesammelt, bewahrt und aufbereitet werden. Der Beitrag beschreibt die Aufgaben der Universitätsarchive im Spannungsfeld zwischen klassisch archivarisches Tätigkeiten, Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsunterstützung und plädiert für eine stärkere Vernetzung der Archive mit Universitätshistoriker\_innen.

### **University Archives and the History of Universities – Aims and Responsibilities**

Even though not all universities across Germany have university archives, these are important institutions for the maintenance of the historiography of universities, because they collect, keep safe, and process documents necessary to produce scientific studies on the subject. The paper describes the duties of university archives between the sometimes conflicting priorities of archival work, public relations activities, and research support. This article calls for a stronger network between archives and university historians.

## **1. Einleitung**

Universitätsgeschichte und Universitätsarchive sind aufeinander bezogen und wechselseitig voneinander abhängig. Mit ihren reichhaltigen Quellen zu allen Aspekten des universitären Lebens – von Unterlagen der Hochschulleitung und der zentralen Verwaltung, wie etwa Personalakten oder Haushaltsunterlagen, über Dokumente der Fachbereiche und Institute, Studierenden- und Prüfungsakten bis hin zu Protokollen des Senats oder des Allgemeinen Studierendenausschusses – bieten Universitätsarchive eine vielseitige Materialfülle für universitätsgeschichtliche Fragestellungen. Als Institutionen mit dem gesetzlichen Auftrag, die in den Einrichtungen der Universität entstandenen Akten zu bewahren, sofern diese historische Relevanz haben, kommt den Archiven zudem quasi eine Monopolstellung für die Bereitstellung universitätsgeschichtlicher Quellen zu. Dass Historiker\_innen zur Erforschung der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte auf die Quellen der jeweiligen Universitätsarchive ange-

wiesen sind, leuchtet daher unmittelbar ein. Manche Geschichtswissenschaftler\_innen sprechen sogar davon, dass »die Geschichtswissenschaft in einer gewissen Abhängigkeit von Archiven« steht,<sup>1</sup> und auch von Seiten der Archivar\_innen wird die Bedeutung eines »ordentlich geführten Archivs, das Wissenschaftsgeschichte erst möglich macht«,<sup>2</sup> gerne betont.

Die Abhängigkeit der Universitätsarchive von ihrer Nutzung durch Historiker\_innen bedarf dagegen einer näheren Erläuterung. Sind nicht Archive Einrichtungen, deren Bestehen durch Archivgesetze gesichert ist, und zu deren Aufgaben zwar die Nutzbarmachung ihrer Archivalien zählt, deren Existenz aber nicht von ihrer Nutzung abhängig ist? Für Universitätsarchive in Rheinland-Pfalz gilt diese rechtliche Existenzsicherung nicht. Im rheinland-pfälzischen Archivgesetz heißt es: Juristische Personen des öffentlichen Rechts »können [...] eigene fachlich betreute Archive unterhalten.«<sup>3</sup> Die Universitäten sind also berechtigt, aber keinesfalls verpflichtet, ein Universitätsarchiv einzurichten. Dies gilt, mit graduellen Abstufungen in einzelnen Formulierungen, auch für die Universitätsarchive anderer Bundesländer.<sup>4</sup> Die Landesarchivgesetze eröffnen in der Regel als Alternative auch die Möglichkeit, dass die jeweiligen Landesarchive die Archivfunktion für die Universitäten übernehmen können.<sup>5</sup>

Die Einrichtung und das Fortbestehen eines Universitätsarchivs ist daher vor allem vom Willen der Universitätsleitung abhängig und keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wie durch die Tatsache deutlich wird, dass von den vier staatlichen Universitäten in Rheinland-Pfalz nur die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) über ein eigenes Archiv verfügt. Ihre Existenzberechtigung schöpfen Universitätsarchive in Rheinland-Pfalz also nicht aus einer gesetzlichen Grundlage, sondern – sofern sie bereits eingerichtet sind – aus sich selbst heraus, indem sie ihren Nutzen für die Universitäten als Archivträger und für die Öffentlichkeit immer wieder unter Beweis stellen. Angesichts der Tatsache, dass

- 
- 1 Helge Kleefeld: Die Funktion von Archiven in unterschiedlichen Staatsformen und Regierungssystemen. In: Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag. Hg. von Erik Gieseke [u. a.]. Lauf a. d. Pegnitz 2006 (= Subsidia Academica, Reihe A: Neuere und neueste Geschichte 8), S. 111–115, hier S. 111.
  - 2 Werner Moritz: Moderieren in der Nische. Zur Situation der Universitätsarchive in den »alten Bundesländern«. In: Der Archivar 59 (2006), H. 2, S. 160–166, hier S. 166.
  - 3 Landesarchivgesetz (LArchG) Rheinland-Pfalz vom 5. 10. 1990, zuletzt geändert am 27. 11. 2015, § 2 Abs. 3 unter Bezugnahme auf § 1 Abs. 1.
  - 4 Keines der Archivgesetze der Länder enthält eine explizite Verpflichtung zur Einrichtung von Universitätsarchiven. Die Hochschulen werden, wie beispielsweise in Bayern, Hessen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen allenfalls dazu verpflichtet, die Archivierung ihrer Unterlagen zu regeln. Auch in diesen Ländern besteht jedoch die Möglichkeit, die Unterlagen an das jeweilige Landesarchiv abzugeben und auf die Einrichtung eines eigenen Archivs zu verzichten.
  - 5 Auf diese Problematik weist auch Dietmar Schenk mit Blick auf Berlin hin: Dietmar Schenk: Kleine Theorie des Archivs. Stuttgart 2014, S. 95f.

aus Sicht des Trägers die Kosten für den Unterhalt eines Archivs schnell beziffert sind, während sich die quantifizierbaren Erträge nur schwer berechnen lassen,<sup>6</sup> tun Universitätsarchive gut daran, in der Legitimierung ihrer Tätigkeit eine wichtige Aufgabe zu sehen und ihren Mehrwert im Rahmen der hochschulinternen Imagepflege zu vermitteln.<sup>7</sup> Dies kann beispielsweise durch den Nachweis hoher Nutzerzahlen, besondere Dienstleistungen für die Verwaltung oder für die Hochschulleitung sowie eine starke öffentliche Sichtbarkeit des Archivs – und damit auch des Archivträgers – erfolgen. Die Nutzung durch Universitätshistoriker\_innen zu ermöglichen und zu fördern, ist also für Universitätsarchive mehr als nur eine archivische Kernaufgabe, sondern vielmehr ein Mittel zur Stärkung der eigenen Legitimation.

## 2. Die Rolle der Archive für die Universitäten

Häufig besteht die Beziehung zwischen Universitätsgeschichte und Universitätsarchiv auch in der Person des Archivars oder der Archivarin, da diese meist selbst Historiker\_innen sind und sich mit den Quellen des eigenen Archivs auseinandersetzen. Zuweilen ist auch die Geschichte des eigenen Archivs geeignet, dessen Rolle für die Universität zu erläutern. Gerade im Blick auf die Geschichte des Mainzer Universitätsarchivs wird dies deutlich: Nachdem die 1477 gegründete alte Mainzer Universität 1798<sup>8</sup> aufgehoben wurde, bestand in Mainz fast 150 Jahre lang keine Universität. Erst 1946 wurde die JGU auf Initiative der französischen Besatzungsmacht eröffnet, und bereits zwei Jahre später bemühte sich die junge Universität um die Einrichtung eines Universitätsarchivs.<sup>9</sup> Auf Anfrage der Universität gab der als Experte hinzugezogene

---

6 Vgl. Isabelle Iser: Geschichte in Unternehmen und Unternehmen in der Geschichte. Vom Nutzen eines Firmenarchivs. In: Informationswissenschaft: Theorie, Methode und Praxis. Arbeiten aus dem Master of Advanced Studies in Archival and Information Science, 2006–2008. Hg. von Gilbert Coutaz [u. a.]. Baden 2010, S. 129–145, hier S. 129.

7 Vgl. den Beitrag von Thomas Becker auf der Tagung »Archive ohne Lobby?«, zitiert nach Roy Lämmel: Fazit aus den Vorträgen und Diskussion. In: Archive ohne Lobby? Strategien im Umgang mit dem Archivträger. Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare, 24. bis 25. März 2011 an der Universität Bremen. Hg. von Jens Blecher. Leipzig 2012 (= Wissenschaftsarchive 1), S. 83–85, hier S. 84; vgl. auch Iser: Geschichte in Unternehmen (Anm. 6), S. 144.

8 Vgl. Richard Falck: Zur Frage des rechtlichen und tatsächlichen Endes der alten Universität Mainz. In: Jahrbuch der Vereinigung »Freunde der Universität Mainz« 7 (1958), S. 9–39; zur Geschichte der alten Mainzer Universität vgl. Leo Just: Die alte Universität Mainz von 1477 bis 1798. Ein Überblick. Wiesbaden 1957 (= Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz 4); Leo Just, Helmut Mathy: Die Universität Mainz. Grundzüge ihrer Geschichte. Mainz 1965 und Helmut Mathy: Die Universität Mainz 1477–1977. Mainz 1977.

9 Die ersten Überlegungen zur Einrichtung eines Universitätsarchivs stammen bereits aus dem

Bistumsarchivar Anton Philipp Brück (1913–1984) jedoch die Einschätzung ab, für ein eigenes Universitätsarchiv sei das vorhandene Material noch nicht umfangreich genug.<sup>10</sup> 1950 unternahm die Universitätsleitung erneut einen Vorstoß und beauftragte den Historiker und Archivar Theodor Schieffer (1910–1992) mit der Erstellung eines Gutachtens über ein einzurichtendes Universitätsarchiv.<sup>11</sup> In diesem Gutachten formuliert Schieffer Grundsätze für die Organisation und die Aufgaben des Archivs und betont neben der sachgerechten Lagerung der Archivalien und der Beachtung des Provenienzprinzips u. a. die Wichtigkeit eines eigenständigen, an der Universität selbst eingerichteten Archivs. Die Schaffung eines Universitätsarchivs sah jedoch auch Schieffer zum damaligen Zeitpunkt als verfrüht an und empfahl, das zehnjährige Jubiläum der JGU 1956 zum Anlass einer Archivgründung zu nehmen.<sup>12</sup>

In dieser kurzen Episode aus der Gründungsgeschichte des Mainzer Universitätsarchivs zeigt sich zunächst zweierlei: zum einen die Wichtigkeit der Einrichtung des Archivs am Hochschulort selbst, die – einmal von Schieffer formuliert – für Mainz nie etwa zugunsten einer möglichen Abgabe der Archivalien an das Landesarchiv in Frage gestellt wurde, und zum anderen die Bedeutung von Universitätsjubiläen für Universitätsarchive,<sup>13</sup> von der noch zu sprechen sein wird. Der Blick auf die sehr frühe Beschäftigung mit der Einrichtung eines Archivs bereits kurz nach der Gründung der Universität offenbart zudem die Bedeutung, die dem eigenen Archiv von Seiten der Universität beigemessen wurde. Die Bemühungen um ein Universitätsarchiv sind dabei im Kontext der Bestrebungen der JGU zu sehen, an die Traditionen der alten Mainzer Universität anzuknüpfen. Da Universitäten einen nicht unerheblichen Teil ihres Ansehens aus ihrer Geschichte schöpfen, ist die Bezugnahme auf die alte Mainzer Universität und die Betonung der Kontinuität eine wichtige Konstante im Selbstbild der JGU. Bereits 1946 wurde offiziell von einer »Wiedereröffnung« der Universität gesprochen<sup>14</sup> und auch in ihrem aktuellen Leitbild stellt

---

Jahr 1946, vgl. Jürgen Siggemann: Das Universitätsarchiv Mainz. In: *Der Archivar* 36 (1983), H. 4, Sp. 397–404, hier Sp. 398; zur Geschichte des Universitätsarchivs Mainz vgl. ausführlich Christian George: *Das Archiv der Johannes Gutenberg-Universität Mainz*. In: *Universitätsarchive in Südwestdeutschland. Geschichte, Bestände, Projekte*. Hg. von Ingo Runde. Heidelberg 2014, S. 123–141.

10 Vgl. Universitätsarchiv (UA) Mainz, Best. 7/96.

11 Vgl. UA Mainz, Best. 1/170, Rektor Hellmut Isele an Theodor Schieffer am 17.04.1950.

12 Vgl. UA Mainz, Best. 7/96, Theodor Schieffer: Allgemeine Gesichtspunkte für die Errichtung eines Universitäts-Archivs.

13 Vgl. Jens Blecher, Marek Ďurčanský: Universitätsjubiläen und Universitätsarchive. Die Jahrhundertfeiern an den Hochschulen in Prag und Leipzig als Chance für die Universitätsarchive. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14 (2011), S. 229–234, hier S. 229.

14 Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität. Die Eröffnungsfeierlichkeiten am 22. Mai 1946. Mainz 1946.

sich die JGU in die Tradition der alten Mainzer Universität.<sup>15</sup> In den ersten Jahren nach der Wiedereröffnung litt die junge Universität unter einem Reputationsdefizit, das noch dadurch verschärft wurde, dass die Gründung unter französischer Protektion beargwöhnt und auch ihr Fortbestehen als Landesuniversität eines wirtschaftlich schwachen Bundeslandes bezweifelt wurde, umso mehr, als Anfang der 1950er Jahre die Studierendenzahlen drastisch einbrachen.<sup>16</sup> Um dieses Defizit auszugleichen, bemühte sich die Universität von Anfang an, ihre Tradition sichtbar zu machen und zu betonen. So wurden bereits für die Eröffnungsfeierlichkeiten Talare beschafft,<sup>17</sup> ebenso eine erste Rektorkette.<sup>18</sup> Als Siegel wählte man das Rektoratssiegel der alten Universität.<sup>19</sup> Die 1949 neu geschaffene Rektorkette und das im selben Jahr von General Pierre Koenig (1898–1970) gestiftete Goldene Buch greifen in ihrem jeweiligen Bildprogramm die Fakultätssiegel der alten Mainzer Universität auf.<sup>20</sup> Mit diesen Symbolen stellte sich die JGU in die Tradition der alten Mainzer Universität und präsentierte sich als deren legitime Nachfolgerin. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um die Einrichtung eines Universitätsarchivs zu sehen. Sind Universitätsarchive als Orte universitärer Traditionspflege oder als »Hort der Vergangenheit«<sup>21</sup> an älteren Universitäten schon seit langer Zeit eine Selbstverständlichkeit – man denke nur an die Ersterwähnung einer Archivkiste an der Universität Heidelberg im Jahr 1388<sup>22</sup> – wollte Mainz darin nicht nachstehen und ebenfalls über ein Universitätsarchiv verfügen. Das Universitätsarchiv steht dabei ebenso wie Rektorkette, Talare, Siegel und Zepter auch als Symbol für die postulierte, jahrhundertelange Tradition der Mainzer Universität.

Die Verbindung zwischen der universitären Symbolik und dem Universitätsarchiv lässt sich mit Blick auf die Entwicklung in Mainz noch weiterverfolgen. Wie die Symbolik besonders bei herausgehobenen Anlässen eine Rolle spielt, so

---

15 Vgl. Johannes Gutenberg-Universität Mainz: Leitbild. The Gutenberg Spirit – Moving Minds Crossing Boundaries. Auch online, URL: [http://www.uni-mainz.de/universitaet/Dateien/JGU\\_leitbild.pdf](http://www.uni-mainz.de/universitaet/Dateien/JGU_leitbild.pdf) (abgerufen am 23.04.2018).

16 Zum Rückgang der Studierendenzahlen vgl. UA Mainz, Best. 1/180 sowie die Stellungnahmen der Fakultäten in Best. 12/133 und Best. 13/110.

17 Vgl. UA Mainz, Best. 45/63.

18 Vgl. UA Mainz, Best. 7/1 und 94.

19 Vgl. UA Mainz, Best. 7/94.

20 Zur Rektorkette vgl. ebd.; zum Goldenen Buch vgl. Stefanie Mittenzwei: Auch die Lücken erzählen Geschichten. Das Goldene Buch der Mainzer Universität und seine Kuriosa. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 5 (1985), H. 2, S. 56–58.

21 Dieter Speck: Zur Lage der Universitätsarchive in Süddeutschland. In: Zur Lage der Universitätsarchive in Deutschland. Beiträge eines Symposiums. Hg. von Nils Brübach und Karl Murk. Marburg 2003 (= Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Institut für Archivwissenschaften 37), S. 61–71, hier S. 70.

22 Vgl. Ingo Runde: Das Universitätsarchiv Heidelberg. Von der parva archella zum modernen Archivbetrieb. In: Universitätsarchive in Südwestdeutschland (Anm. 9), S. 47–71.

wird auch dem Archiv insbesondere anlässlich von Universitätsjubiläen große Aufmerksamkeit zuteil. In Mainz verdankt das Universitätsarchiv einem Jubiläum gar seine Existenz. Wie Theodor Schieffer 1950 vorgeschlagen hatte, wurde das Archiv zum zehnjährigen Universitätsjubiläum 1956 errichtet. Anlässlich der Sitzung der Archivkommission vom 15. Mai 1956 wurde festgestellt, »dass das Universitäts-Archiv der Johannes Gutenberg-Universität mit dem heutigen Tag konstituiert worden ist.«<sup>23</sup> Die Hauptaufgabe des neuen Archivs umfasste neben der Übernahme der Akten aus den Registraturen der Universität auch die Ermittlung und Erwerbung von Unterlagen zur alten Mainzer Universität.<sup>24</sup> Die Traditionspflege stand damit anfangs im Mittelpunkt der dem Universitätsarchiv zugewiesenen Aufgaben.

An diesem Beispiel wird deutlich, welche Möglichkeiten Archiven durch Jubiläen eröffnet werden können. In Jubiläumswahren tritt die Erinnerung an die Geschichte der eigenen Institution in herausragender Weise in den Vordergrund. »Jubiläumsdaten lösen bei ansonsten geschichtsfernen [...] Kreisen reflexartig ein Bedürfnis nach Geschichte aus«,<sup>25</sup> wie der Historiker Winfried Müller es formulierte. Für Archive bieten Gedenkjahre daher die Chance, ihren Wert und Nutzen unter Beweis zu stellen. Sie spielen bei der Gestaltung von Jubiläen eine wichtige Rolle<sup>26</sup> und erhalten durch diese die Gelegenheit, »ihr professionelles Know-how und ihr Engagement für die Universitätsangelegenheiten zu demonstrieren.«<sup>27</sup> Solche Chancen gilt es für die Universitätsarchive zu nutzen, auch wenn immer die Gefahr der fehlenden Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit der getroffenen Maßnahmen bzw. der zur Verfügung gestellten Ressourcen besteht.

Dass Jubiläen für Universitätsarchive auch Gefahren bergen, wenn sich der Fokus von Träger und Öffentlichkeit wieder anderen Themen zuwendet und die

23 UA Mainz, Best. 7/96. Die Einrichtung eines Archivs im Zuge eines Universitätsjubiläums ist kein Einzelfall. Auch an der Universität Prag wurde aus Anlass der Jubiläumsfeierlichkeiten 1948 ein Archiv eingerichtet, vgl. dazu Blecher, Ďurčanský: Universitätsjubiläen und Universitätsarchive (Anm. 13), S. 230. In Freiburg wurde anlässlich der 550-Jahrfeier 2007 das »Uniseum« eingerichtet: Dieter Speck: Universitätsarchiv und Uniseum Freiburg. In: Runde: Universitätsarchive in Südwestdeutschland (Anm. 9), S. 25–45. In Hohenheim wurde 1962 in Vorbereitung auf die 150-Jahrfeier 1968 ein Archiv eingerichtet: Ulrich Fellmeth: Archiv und Hochschulgeschichtliches Museum der Universität Hohenheim. In: ebd., S. 73.

24 UA Mainz, Best. 7/96, Bericht der Archivkommission vom 03. 12. 1956.

25 Winfried Müller: Vom Universitätsjubiläum zur Universitätsgeschichte. Ein Gang durch die Jahrhunderte. In: Universitäten und Jubiläen. Vom Nutzen historischer Archive. Frühjahrstagung der Fachgruppe 8. Archivare an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare vom 18.3. bis 20. 3. 2003 in Leipzig. Hg. von Jens Blecher. Leipzig 2004, S. 25–33, hier S. 32.

26 Franz-Josef Jakobi: Zur öffentlichen Funktion der Archive. In: Brandenburgische Archive 12 (1998), S. 6–10, hier S. 6.

27 Blecher, Ďurčanský: Universitätsjubiläen und Universitätsarchive (Anm. 13), S. 229.

Wahrnehmung des Universitätsarchivs nach Ablauf des Jubiläumsjahres wieder zurückgeht, lässt sich am Beispiel einer Bemerkung des Mainzer Universitätskanzlers Fritz Eichholz (1902–1994) aus dem Jahr 1960 gut veranschaulichen: Anlässlich der Verlängerung eines Stipendiums für einen Mitarbeiter, der mit dem Aufbau des Archivs betraut worden war, erkundigt er sich in der Verwaltung nach dem Stand der Aufbauarbeiten und schließt seinen Brief mit der bezeichnenden Bemerkung »Wir haben doch gar kein Archiv«. <sup>28</sup> Dem jungen Mainzer Universitätsarchiv war es offenbar in den vier Jahren seines Bestehens nicht gelungen, sich als Institution zu etablieren und die Nützlichkeit seiner Dienstleistungen über die besonderen Aufgaben des Jubiläumsjahrs hinaus deutlich zu machen.

### 3. Universitätsarchive im Spannungsfeld zwischen gesetzlichem Auftrag und der Erwartung des Archivträgers

Im Hinblick auf die Universitätsarchive hat sich in den letzten Jahrzehnten viel getan. Die Situation hat sich insbesondere seit den 1980er Jahren durch die Besetzung mit professionellen Archivar\_innen stetig verbessert. <sup>29</sup> Auch in Mainz konnte, nachdem das Archiv in den 1970er Jahren durch einen Kollegen des Landeshauptarchivs Koblenz betreut wurde, 1981 erstmals ein hauptamtlicher Archivleiter eingestellt werden. Mit Verabschiedung der Archivgesetze der Länder und des Bundes sind zudem die Aufgaben der Archive nunmehr klar definiert. Die Archivgesetze enthalten fast alle einen Aufgabenkanon, der sich zumeist ähnlich liest. Zu den wichtigsten Aufgaben, welche den Archiven zugewiesen werden, gehören das Übernehmen, das Ver- oder (Auf-)Bewahren, das Erschließen, das Sichern oder Schützen und das Nutzbar- bzw. Zugänglichmachen von Archivgut. <sup>30</sup> Die Gesetzgeber weisen den Archiven durch die formulierten Aufgaben dabei jedoch eine passive Rolle zu. Lediglich in sechs Bundesländern gehören aktive Tätigkeiten, wie das Vermitteln, Erforschen oder gar Veröffentlichen von Archivgut zu den explizit definierten Aufgaben, <sup>31</sup> drei wei-

---

28 UA Mainz, Best. 7/96, Kanzler Eichholz an Amtmann Pichlmaier am 9.5.1960.

29 Sylvia Paletschek: Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte. In: NTM 19 (2011), H. 2, S. 169–189, hier S. 170.

30 Ausgewertet wurden die Archivgesetze der 16 Bundesländer, URL: <https://www.archivschule.de/DE/service/archivrecht/> (abgerufen am 08.01.2018). In 15 Gesetzen wird der Begriff *übernehmen* verwendet, je 14 Gesetze sprechen von *erschließen* bzw. *ver-* oder *(auf-)bewahren*, zwölf von *sichern* und *schützen*, elf von *erhalten* und zehn von *nutzbar* oder *zugänglich machen*.

31 Zu dieser Gruppe zählen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg und Thüringen.

tere Bundesländer eröffnen ihren Archiven zumindest die Möglichkeit der Auswertung ihres Archivguts.<sup>32</sup> Die Archivgesetze sind somit Zeugnisse einer »passiven [...] Erwartungshaltung der Politik«, wie es der ehemalige Vorsitzende des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare Hermann Rumschöttel formulierte.<sup>33</sup> Mit Blick auf Rheinland-Pfalz wird diese passive Rolle noch deutlicher: Die Aufgaben der Übernahme, Aufbewahrung, Erhaltung, Erschließung und der Schutz des Archivguts werden allen Archiven zugewiesen,<sup>34</sup> wogegen Forschungsunterstützung, Öffentlichkeitsarbeit und sogar Behördenberatung allein als Angelegenheit der Landesarchivverwaltung gesehen wird.<sup>35</sup>

Während die Gesetzgeber die Kernaufgaben der Archive – also den Umgang mit und die Pflege des Archivguts – detailliert festgeschrieben haben, ist der Bereich, der hier im weitesten Sinne als Öffentlichkeitsarbeit bezeichnet werden soll (Publikationen, Editionen, Ausstellungen, Veranstaltungen, Archivpädagogik, Behördenberatung u.v.m.), nur am Rande bzw. – mit Blick auf das Universitätsarchiv Mainz – gar nicht als Aufgabe vorgesehen.<sup>36</sup> Genau auf diesen Aufgaben liegt jedoch das Augenmerk der jeweiligen Archivträger. Diese werden die Erschließung und Pflege von Archivgut nicht zu den Hauptaufgaben der Archive zählen,<sup>37</sup> sondern sehen die Bedeutung *ihrer* Archive häufig in ihrer Funktion für die Pflege der Erinnerungskultur<sup>38</sup> oder des historischen Selbstverständnisses des Archivträgers.<sup>39</sup> Tradition – das haben gerade die Universitäten als Archivträger erkannt – ist ein Kernfaktor der corporate identity,<sup>40</sup> und die Universi-

32 Diese Gruppe umfasst die Bundesländer Bayern, Saarland und Sachsen-Anhalt.

33 Hermann Rumschöttel: Gedächtnisverwaltung oder Erinnerungskultur? Zur geschichtspolitischen Funktion der Archive. In: Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft. 77. Deutscher Archivtag 2007 in Mannheim. Fulda 2008, S. 35–42, hier S. 38.

34 LArchG Rheinland-Pfalz vom 5.10.1990, zuletzt geändert am 27.11.2015, § 7, 8 und 9 Abs. 1–3.

35 Die Förderung des Verständnisses der Geschichte insbesondere durch Veröffentlichung und Ausstellung wird der Landesarchivverwaltung in § 6 Abs. 4, die Beratung von Behörden in § 6 Abs. 5 übertragen. In § 2 Abs. 3 werden den Archiven von Körperschaften des öffentlichen Rechts die der Landesarchivverwaltung in § 7, 8 und 9 Abs. 1–3 zugewiesenen Aufgaben entsprechend übertragen, nicht jedoch die in § 6 genannten Tätigkeiten, LArchG Rheinland-Pfalz vom 5.10.1990, zuletzt geändert am 27.11.2015.

36 Vgl. dazu auch Rainer Polley: Archivrecht in Deutschland. In: Archivrecht für die Praxis. Ein Handbuch. Hg. von Irmgard Christa Becker und Clemens Rehm. München 2017 (= Berliner Bibliothek zum Urheberrecht 10), S. 19–36, hier S. 36.

37 Werner Moritz: Aufgaben und Perspektiven des Archivs an einer alten Universität – das Beispiel Heidelberg. In: Zur Lage der Universitätsarchive (Anm. 21), S. 75; ebenso Hans-Christian Herrmann: »Der Dienst der Archive für die Gesellschaft ist kein kultureller Luxus, sondern – auch wirtschaftlich – eine demokratische Pflicht«. Frühjahrstagung der Fachgruppe 1 des VdA im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, 2004. In: Der Archivar 57 (2004), H. 4, S. 327–329, hier S. 328.

38 Moritz: Moderieren in der Nische (Anm. 2), S. 161.

39 Jakobi: Zur öffentlichen Funktion der Archive (Anm. 26), S. 7.

40 Speck: Zur Lage der Universitätsarchive (Anm. 21), S. 70.

tätsarchive können einen wichtigen Beitrag zur Ausgestaltung dieses Kernfaktors leisten. Die Archive bilden geradezu das Fundament des Identitätsbewusstseins einer Universität.<sup>41</sup>

Die Universitätsarchive sehen sich also vor einem Spagat zwischen ihren gesetzmäßigen Aufgaben und der Erwartungshaltung ihrer Träger. Dabei ist den Archivar\_innen natürlich bewusst, dass die Pflege des Archivguts als Kernaufgabe ebenso wichtig ist wie die Präsentation nach außen, und dass zudem beide Aufgabengebiete voneinander abhängig sind. Die bewusste Gestaltung der »Außenseite des Archivs«<sup>42</sup> bedeutet dabei nicht, die Innenseite, also die archivischen Kernaufgaben zu vernachlässigen. Vielmehr ist es notwendig, beide Facetten so zusammenzuführen, dass sie sich gegenseitig ergänzen.<sup>43</sup> Ohne flächendeckende Übernahme, sorgfältige Bewertung und umfassende Erschließung ist keine tragfähige Auswertung des Archivguts und damit keine valide historische Forschung möglich. Und ohne Öffentlichkeitsarbeit und Außenwirkung verliert das Archiv an Sichtbarkeit und gerät in Gefahr, auch Ressourcen zu verlieren, die wiederum für die Kernaufgaben zwingend notwendig sind.<sup>44</sup> Der Forderung des ehemaligen Direktors des Leipziger Universitätsarchivs, Gerald Wiemers, ist daher uneingeschränkt zuzustimmen: Archivar\_innen müssen die Kernaufgaben *und* die unverzichtbare Öffentlichkeitsarbeit im Universitätsarchiv engagiert wahrnehmen.<sup>45</sup> Angesichts der Situation der Infragestellung, in der sich vor allem kleinere Archive befinden, ist die praktische Demonstration von Wert und Nutzen des Archivs gegenüber dem Archivträger und der Öffentlichkeit Teil einer »Strategie der Selbstbehauptung« der Archive.<sup>46</sup> Universitätshistoriker\_innen sind dabei geborene Partner der Archive, da ihnen die Wichtigkeit gut erschlossener Bestände ebenso bewusst ist wie die Bedeutung einer sichtbaren Außenwirkung. Sie profitieren von einer professionellen Erledigung der archivischen Kernaufgaben und unterstützen die Archive durch ihre Forschungen und Publikationen bei den Aufgaben, die die Außenseite des Archivs betreffen.

---

41 Werner Moritz auf dem Symposium zur Lage der Universitätsarchive in Deutschland, zitiert nach Wolfgang Müller: Symposium zur Lage der Universitätsarchive in Deutschland anlässlich des 475-jährigen Jubiläums der Philipps-Universität Marburg, 2003. In: *Der Archivar* 56 (2003), H. 2, S. 154–156, hier S. 155. Auch Aleida Assmann betont die identitätssichernde Funktion der Archive, Aleida Assmann: *Archive als Medien des kulturellen Gedächtnisses*. In: *Lebendige Erinnerungskultur* (Anm. 33), S. 21–33, hier S. 28.

42 Schenk: *Kleine Theorie des Archivs* (Anm. 5), S. 107.

43 Ebd.

44 Vgl. Moritz: *Aufgaben und Perspektiven* (Anm. 37), S. 82.

45 Zitiert nach Müller: *Symposium zur Lage der Universitätsarchive* (Anm. 41), S. 155; vgl. auch Clemens Rehm: *Spielwiese oder Pflichtaufgabe? Archivische Öffentlichkeitsarbeit als Fachaufgabe*. In: *Der Archivar* 51 (1998), H. 3, Sp. 205–218, hier Sp. 210.

46 Schenk: *Kleine Theorie des Archivs* (Anm. 5), S. 96.

#### 4. Die gesellschaftliche Funktion der Universitätsarchive und ihre Bedeutung für die Universitätsgeschichte

Werden die unterschiedlichen Blickwinkel auf die Aufgaben von Archiven bei der Betrachtung von Gesetzgeber einer- und Archivträger andererseits bereits deutlich, so tut sich eine weitere Multiperspektivität hinsichtlich der Funktion der Archive auf. Im Gegensatz zur *Aufgabe* impliziert der Begriff der *Funktion* auch den Zweck einer Tätigkeit. Neben die Frage nach dem, was ein Archiv zu tun hat, tritt mit Blick auf die Funktion auch die Frage, warum und zu welchem Zweck Archive ihre Aufgaben erledigen. Der Jurist und renommierte Publizist Heribert Prantl brachte die Antwort auf diese Frage im Rahmen des Bremer Archivtags 2011 auf den Punkt: »Archive sind systemrelevant.«<sup>47</sup> Prantl schreibt Archiven damit eine gesellschaftsstabilisierende Funktion zu. Archive seien demokratierelevant, da ihre Bestände als »ausgewählte, gestaltete Vergangenheit« das Fundament guter Zukunftsplanung legten. Zudem sorgten sie für Transparenz und ermöglichten die Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln und damit die Kontrolle der Exekutive – eine unverzichtbare Funktion in der Demokratie.<sup>48</sup> Gerade der ungehinderte Zugang zu Archivgut nach dem Gleichheitsgrundsatz ist Kennzeichen eines demokratischen Rechtsstaats, ja geradezu ein Indikator rechtsstaatlich-demokratischer Verhältnisse. Daher ist die Ermöglichung des Zugangs zu Archivgut die zentrale Dienstleistung, »die den kulturpolitischen und informationspolitischen Auftrag der Gesellschaft an die Archive ausmacht.«<sup>49</sup> Auch wenn dies in den Archivgesetzen nicht explizit formuliert wird, so ist der definierte Aufgabenkanon der Archive keineswegs ein Selbstzweck. Der Gesetzgeber weist den Archiven durch die ihnen übertragenen Aufgaben die Funktion einer Kontrollinstanz zu, mit deren Hilfe Rechtsansprüche geltend gemacht, Verwaltungsentscheidungen hinterfragt und Thesen anhand authentischer Dokumente überprüft werden können. Ein hoher Anspruch einerseits, aber auch der Zuspruch einer enormen gesellschaftlichen Bedeutung von Archiven, den sich Archivar\_innen gelegentlich vor Augen führen sollten. Es ist daher dem Leiter des Saarbrücker Stadtarchivs Hans

47 Heribert Prantl: Das Gedächtnis der Gesellschaft. Die Systemrelevanz der Archive. Warum Archivare Politiker sind. In: Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten. 81. Deutscher Archivtag 2011 in Bremen. Neustadt a. d. Aisch 2012, S. 17–27, hier S. 17.

48 Vgl. ebd., S. 18 und 21; ebenso Udo Schäfer: Quod non es in actis, non est in mundo. Zur Funktion öffentlicher Archive im demokratischen Rechtsstaat. In: Alles was Recht ist (Anm. 47), S. 57–78, hier S. 69 und 78; sowie Kleifeld: Funktion von Archiven (Anm. 1), S. 112.

49 Hartmut Weber: Wissen bereitstellen, Erinnerung ermöglichen, Identität stiften. Die Rolle der Archive in Staat und Gesellschaft. In: Beruf(ung): Archivar. Festschrift für Lorenz Mikoletzky. Teil 1 (= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 55 (2011)), S. 33–43, hier S. 33f.

Christian Herrmann zuzustimmen, der auf dem Deutschen Archivtag 2004 die Archive aufforderte, ein stärkeres Selbstbewusstsein zu entwickeln und ihre hohe politische und gesellschaftliche Relevanz nach außen deutlich zu präsentieren.<sup>50</sup>

Ein Aspekt dieses gesellschaftlichen Auftrags ist das Bereitstellen von Quellen, um eine valide historische Forschung zu ermöglichen. Dabei erscheinen insbesondere zwei Funktionen der Archive – und gerade der Universitätsarchive – für die Unterstützung der historischen Forschung von besonderer Bedeutung und sollen daher im Folgenden näher ausgeführt werden.

Zum einen kommt den Universitätsarchiven durch ihre enge Anbindung an Forschung und Lehre an den Universitäten eine besondere Funktion bei der Schulung und Ausbildung des akademischen Nachwuchses zu. Häufig bestehen enge Verbindungen zu den Historischen Seminaren, die Archivar\_innen übernehmen selbst Lehraufträge oder bieten Einführungen oder Praktika für Studierende an. So können Universitätsarchive angehende Historiker\_innen an die Arbeit im Archiv heranführen und gerade auch im Falle von Lehramtsstudierenden Multiplikator\_innen für archivbezogene Fragen sensibilisieren. Umgekehrt profitieren die Nachwuchsforscher\_innen von der Möglichkeit, die Arbeit mit Quellen im geschützten Raum des Universitätsarchivs einzuüben und dort die für historische Qualifikationsschriften erforderlichen Fertigkeiten zu erwerben. Universitätsarchive sind der ideale Ort für Studierende, um ohne aufwändige und kostenintensive Archivreisen eine auf Archivquellen basierende Arbeit zu schreiben und dabei sogar forschend Neuland zu betreten – auch bereits im Rahmen einer Bachelorarbeit. Um diese Möglichkeiten stärker als bisher zu nutzen, ist es erforderlich, dass die Lehrenden der Historischen Seminare ihre Studierenden ermutigen, Haus- oder Qualifikationsarbeiten zu universitätsgeschichtlichen Themen zu verfassen – auch wenn die Universitätsgeschichte nicht zu den eigenen Forschungsschwerpunkten gehört. Ebenso ist es für die Kolleg\_innen in den Universitätsarchiven unabdingbar, enge Kontakte zu den jeweiligen Historischen Seminaren zu pflegen, sich in die Lehre einzubringen und Themenvorschläge für Qualifikationsarbeiten bereitzuhalten. Aus eigener Erfahrung ist dabei zu sagen, dass gerade die Geschichte einer noch jungen Universität wie Mainz leider nur eine geringe Anziehungskraft auf Studierende ausübt. Umso mehr ist hier der Einsatz des Universitätsarchivs gefragt, um auf Forschungsdesiderate aufmerksam zu machen und für die Arbeit mit den Quellen des Archivs zu werben. Unterstützung erhält das Mainzer Universitätsarchiv hierbei vom Forschungsverbund Universitätsgeschichte, einem fächerübergreifenden Zusammenschluss von Wissenschaftler\_innen, der sich die Förderung der Forschung zur Geschichte der JGU nach 1945 auf die Fahnen

---

50 Vgl. Herrmann: Der Dienst der Archive (Anm. 37), S. 328.

geschrieben hat und mit den *Beiträgen zur Geschichte der Universität Mainz – Neue Folge* eine eigene Publikationsreihe herausgibt.<sup>51</sup>

Zum anderen können Universitätsarchive die universitätsgeschichtliche Forschung durch eine Vernetzung ihrer Quellen unterstützen. Die starke Verknüpfung der Universitätsgeschichte mit den jeweiligen Universitätsjubiläen hat häufig eine Verengung der Forschung auf die jeweils eigene Universität zu Folge. Die vergleichende Zusammenfassung gehört dagegen nicht zu den Stärken der Disziplin.<sup>52</sup> Zudem lässt die Anbindung an einen konkreten Verwertungszusammenhang im Kontext von Jubiläen die Universitätsgeschichtsschreibung häufig eher als eine Fülle von Gelegenheitsschriften, denn als eigenes Forschungsgebiet erscheinen.<sup>53</sup> Doch ist in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse an vergleichenden Untersuchungen beispielsweise zur Bildungs- und Disziplinengeschichte feststellbar. Projekte wie die Prosopographie der deutschen Mathematiker\_innen, die an der Universität Wuppertal durchgeführt wird,<sup>54</sup> oder das an der Universität Flensburg beheimatete DFG-Projekt zur Notengebung an deutschen Hochschulen von den 1960er Jahren bis heute<sup>55</sup> sind nur zwei ausgewählte Beispiele für diesen Trend. Die Universitätsarchive können diese Bestrebungen durch eine stärkere Vernetzung ihrer Quellen unterstützen. Im 2009 veröffentlichten »Dokumentationsprofil für Archive wissenschaftlicher Hochschulen«<sup>56</sup> haben sich die Universitätsarchive bereits auf gemeinsame Kriterien für die Aktenbewertung und Überlieferungsbildung verständigt. Ebenso weist der von meinem Bonner Kollegen Thomas Becker initiierte Archivführer zu Quellen der Studentenproteste der 1960er Jahre den richtigen Weg.<sup>57</sup> Solche sachthematischen Inventare können der Universitätsgeschichte neue Forschungsperspektiven aufzeigen. Eine stärkere Außenwirkung als diese gedruckten Werke entfaltet jedoch die Präsentation von Erschließungsinformationen, digitalisierten Archivquellen oder die Auswertung bestimmter

51 Nähere Informationen zum Forschungsverbund Universitätsgeschichte und zu den *Beiträgen zur Geschichte der Universität Mainz – Neue Folge* finden sich auf der Website des Forschungsverbundes, URL: <http://www.forschungsverbund-universitaetsgeschichte.uni-mainz.de> (abgerufen 23.04.2018).

52 Müller: Vom Universitätsjubiläum zur Universitätsgeschichte (Anm. 25), S. 32.

53 Paletschek: Stand und Perspektiven (wie Anm. 29), S. 169.

54 Geschichte der Mathematik in Deutschland, 1920–1960. Bergische Universität Wuppertal, URL: <http://www.geschichte.uni-wuppertal.de/forschung/forschungsprojekte/wissenschafts-und-technikgeschichte/geschichte-der-mathematik-in-deutschland-1920-1960.html> (abgerufen am 23.04.2018).

55 Kathrin Fischer: DFG-Projekt in Flensburg. Trends in der Hochschulnotengebung, URL: <https://idw-online.de/de/news506763> (abgerufen am 23.04.2018).

56 Thomas Becker [u. a.]: Dokumentationsprofil für Archive wissenschaftlicher Hochschulen. Saarbrücken 2009.

57 Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie. Hg. von Thomas Becker und Ute Schröder. Köln 2000.

Quelleninhalte im Internet. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet das in München angesiedelte Projekt zur Online-Präsentation der Rektoratsreden des 19. und 20. Jahrhunderts.<sup>58</sup> Gerade den Archiven der jüngeren Hochschulen – so auch dem Universitätsarchiv Mainz – sind allerdings bei der Online-Präsentation von Digitalisaten durch noch bestehende Sperrfristen oder zu berücksichtigende Persönlichkeits- und Urheberrechte enge Grenzen gesetzt. Die Präsentation von Erschließungsinformationen ist dagegen weniger problematisch. Hier steht gerade auch kleineren Archiven mit dem von der Deutschen Digitalen Bibliothek bereitgestellten, deutschlandweiten *Archivportal D*<sup>59</sup> neben den in einigen Bundesländern bestehenden regionalen Archivportalen eine attraktive Möglichkeit zur Verfügung, ihre Findmittel online verfügbar zu machen und damit ihre Sichtbarkeit im Internet zu erhöhen.

Für personenbezogene Quellen, die für die Nutzer\_innen der Universitätsarchive häufig eine herausragende Rolle spielen,<sup>60</sup> bietet sich eine weitere Form der Vernetzung durch die Verwendung von Normdaten wie der Gemeinsamen Normdatei (GND)<sup>61</sup> an. Normdaten ermöglichen durch die Zuweisung eines eindeutigen Identifikators die Verknüpfung verschiedener Online-Informationsressourcen zu ein und derselben Person. Gerade bei den in den letzten Jahren vermehrt auch mit Unterstützung der Universitätsarchive entstandenen, online verfügbaren Gelehrtenverzeichnissen wird die Vernetzung durch Normdaten intensiv genutzt.<sup>62</sup> Auch der seit März 2016 öffentlich verfügbare Mainzer Professorenkatalog *Gutenberg Biographics*<sup>63</sup> nutzt diese Möglichkeit und stellt automatisch generierte Links zu weiteren Online-Quellen zur Verfü-

---

58 Rektoratsreden im 19. und 20. Jahrhundert – Online-Bibliographie. Historische Kommission bei der Akademie der Wissenschaften München, URL: <http://www.historische-kommission-muenchen-editionen.de/rektoratsreden> (abgerufen am 23.04.2018).

59 Website des Archivportal D, URL: <https://www.archivportal-d.de> (abgerufen am 23.04.2018).

60 Dieter Speck forderte auf Grund des hohen Prozentsatzes personenbezogener Nutzeranfragen eine stärker personenbezogene Erschließung der Bestände, vgl.: Müller: Symposium zur Lage der Universitätsarchive in Deutschland (Anm. 41), S. 155.

61 Gemeinsame Normdatei (GND). Deutsche Nationalbibliothek, URL: [http://www.dnb.de/DE/Standardisierung/GND/gnd\\_node.html](http://www.dnb.de/DE/Standardisierung/GND/gnd_node.html) (abgerufen am 23.04.2018).

62 Entsprechende Gelehrtenverzeichnisse bestehen aktuell (Stand April 2018) an den Universitäten Berlin (TU), Halle, Hamburg, Kiel, Leipzig, Mainz, Marburg, Rostock sowie an der RWTH Aachen und für die ehemalige Universität Helmstedt, vgl. Verwandte Projekte. Universität Rostock, URL: [http://cpr.uni-rostock.de/site/ueber\\_uns/verwandte\\_projekte?info=info.team,info.kontakt](http://cpr.uni-rostock.de/site/ueber_uns/verwandte_projekte?info=info.team,info.kontakt) (abgerufen am 23.04.2018). Einen universitätsübergreifenden Ansatz verfolgt das Repertorium Academicum Germanicum, URL: <http://www.rag-online.org/> (abgerufen am 34.04.2018).

63 Gutenberg Biographics. Universitätsbibliothek Mainz, URL: <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/home.html> (abgerufen am 23.04.2018). Zu Gutenberg Biographics vgl. ausführlicher Karin Eckert [u. a.]: Gutenberg Biographics. Eine biographische Online-Datenbank zur Mainzer Universitätsgeschichte. In: ABI-Technik, 37 (2017), H. 3, S. 171–178.

gung. Durch die Verwendung von Normdaten wird dabei sichergestellt, dass es sich bei den weiterführenden Links tatsächlich um Informationen zur selben Person handelt. Gelehrtenverzeichnisse wie *Gutenberg Biographics* stehen an der Schnittstelle zwischen der Öffentlichkeitsarbeit für die Universität auf der einen und der Dienstleistung für die historische Forschung auf der anderen Seite. Die beteiligten Universitätsarchive können so einerseits ihre Bedeutung für die historische Kommunikation ihrer Träger unter Beweis stellen und andererseits mit Gelehrtenbiographien wichtige Forschungsdaten für sozial- oder geschichtswissenschaftliche Fragestellungen verfügbar machen<sup>64</sup> oder durch neuartige Präsentations- und Visualisierungsmöglichkeiten sogar neue Fragestellungen für die historische Forschung aufwerfen.<sup>65</sup>

## 5. Fazit

Die Vernetzung von Quellen schafft für die Universitätsgeschichte nützliche Hilfsmittel, die die Forschung durch einen verbesserten Quellenzugriff erleichtern oder neue Auswertungsmöglichkeiten eröffnen können. Wenn durch solche forschungsunterstützenden Projekte die Nutzung und die Wahrnehmung der Universitätsarchive erhöht und dadurch Wert und Nutzen der Archive für ihre Träger deutlicher sichtbar werden, zeigt sich einmal mehr die wechselseitige Abhängigkeit von Universitätsarchiven und Universitätsgeschichte. Die gute Pflege und Aufbereitung des Archivguts bleibt aber als Kernaufgabe die Grundlage für jede Art öffentlicher Präsentation der Universitätsarchive und ihrer Bestände.

Die Aufgaben der Archive weisen also weit über den in den Archivgesetzen festgeschriebenen Kanon der Kernaufgaben hinaus. Sie übernehmen für Gesellschaft und Wissenschaft die Funktion der Bereitstellung von Dokumenten, über die sie auf Grund ihrer Zuständigkeit verfügen und garantieren deren Authentizität und Integrität. Der Bedeutung dieser Funktion zum Trotz stehen gerade Universitätsarchive unter dem Druck, ihren Nutzen gegenüber dem Archivträger unter Beweis zu stellen, um die für ihre definierten Aufgaben not-

---

64 Zur Funktion von Professorenkatalogen vgl. Matthias Glasow, Karsten Labahn: Der Catalogus Professorum Rostochiensium. Ein biographisches Informationssystem, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 16 (2013), S. 201–213.

65 Ein Beispiel dafür bietet das Kieler Gelehrtenverzeichnis, das durch die Verwendung von Geoinformationen die Präsentation biographischer Daten in Kartenform ermöglicht, vgl. Kieler Professorinnen und Professoren von 1919 bis 1965. URL: <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de> (abgerufen am 23.04.2018). Vgl. auch Swantje Piotrowski: Das Kieler Gelehrtenverzeichnis. Eine Online-Datensammlung als Werkzeug universitätsgeschichtlicher und biographischer Forschung. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 16 (2013), S. 153–167.

wendigen Ressourcen zu erhalten. Durch die Nutzung der Universitätsarchive für universitätsgeschichtliche Forschungen ergeben sich synergetische Effekte zum Vorteil der Wissenschaft, der Archivträger und der Archive selbst. Während die Wissenschaft durch die Quellen der Universitätsarchive erst in die Lage versetzt wird, die entsprechenden Themen und Fragestellungen zu bearbeiten und mit ihren Forschungsergebnissen mitunter eine breite Öffentlichkeit anspricht, wird den Archivträgern durch diese Arbeit der Nutzen der Archive vor Augen geführt. Dies wiederum hat positive Auswirkung auf die Wahrnehmung der Universitätsarchive innerhalb der Universität mit den perspektivischen Folgen vermehrter Aktenanbietungen, höherer Nutzerzahlen und einer verbesserten Ressourcenausstattung. Sowohl die Universitätsgeschichte als auch die Universitätsarchive profitieren damit von ihrer gegenseitigen Unterstützung. So kann für die Zukunft nur eine noch engere Verzahnung von Universitätsgeschichte und Universitätsarchiven das Ziel sein.



---

Livia Prüll

## **Die Universitätsgeschichte und ihr Verhältnis zur Wissenschaftsgeschichte. Problemstellung und Arbeitsansätze**

### **Abstract**

In diesem Beitrag werden die klassischen methodischen Probleme im Umgang mit Universitätsgeschichte auf der einen und Wissenschaftsgeschichte auf der anderen Seite behandelt. Basierend auf Ausführungen zur Geschichte der Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen wird eine grundsätzliche Interessenskongruenz konstatiert, die theoretisch oft befürwortet, praktisch aber nur in Ansätzen realisiert wird. Anhand zweier Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Freiburg wird das Ineinandergreifen von Institutionen- und Wissenschaftsgeschichte demonstriert. Die öffentlichen (Selbst-)Inszenierungen des Historikers Gerhard Ritter (1888–1967) und des Mediziners Ludwig Heilmeyer (1899–1969) dienen zur Analyse der Verzahnung von Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte im mikrohistorischen Raum. Daraus leitet die Autorin die Forderung ab, Fallbeispiele in stärkerem Maße zu nutzen, um von diesen ausgehend nach übergeordneten makrohistorischen Strukturen zu forschen.

### **The History of Universities and its Relation to the History of Science – Problems and Solutions**

This paper deals with well-known methodological problems related to the history of universities and the history of science. A description of the history of both fields and their interrelations enables us to describe congruent interests. Remarkably, these similarities do not lead to an effective practical application. Using two case studies from the history of Freiburg University, the interference of institutional and scientific history can be demonstrated. The public (self-)dramatization of the historian Gerhard Ritter (1888–1967) and Ludwig Heilmeyer (1899–1969), professor of medicine, serve to analyze this entanglement within the microhistorical sphere. This leads to the call to use case studies much more intensively to derive knowledge about general macrohistorical structures.

## **1. Einleitung**

Wenn von Universitätsgeschichtsschreibung die Rede ist, wird der Blick bei einer strengen Beachtung der Begrifflichkeit zunächst auf die Institution als solches gelenkt. Diese Institution meint eine Einrichtung, die heutzutage für die Vermehrung und die Vermittlung von Wissen zuständig ist. Sie hat einen Vorsitz

bzw. ein Leitungsgremium, und sie besitzt ferner verschiedene Kommissionen, die die Lehre und die Forschung organisieren. Zudem verfügt sie über einen Verwaltungsapparat, der die vielfältigen Aufgaben der Institution Universität organisiert, strukturiert und plant – von den Personen, die an der Universität beschäftigt sind bis hin zu den Gebäuden, in denen diese lehren und forschen.

In dieser Beschreibung wurde allerdings implizit schon ein zweiter Bereich angesprochen, der die Universität ebenfalls in starkem Maße ausmacht, weil er heutzutage nicht nur das Rückgrat der Institution darstellt, sondern diese auch repräsentiert. Es handelt sich dabei um die einzelnen *Disziplinen*, die spezifische Fächer in Lehre und Forschung betreuen und die mittels dieser Initiativen *Wissenschaft* betreiben.

Im folgenden Beitrag soll das nach wie vor spannungsreiche Verhältnis dieser beiden Bereiche thematisiert werden. Den Ausgangspunkt der Betrachtung bildet in einem ersten Kapitel zunächst eine Diskussion der Unterschiede und der Entfremdung dieser Bereiche. Dabei wird das Trennende vor allem aus dem bisherigen Stand der Forschung abgeleitet. In einem zweiten Kapitel geht es dann anhand von zwei Fallstudien um Strategien, wie die Aspekte einer allgemeinen Hochschulgeschichte und diejenigen der Detailforschungen des Wissenschaftsbetriebs – bzw. damit auch der Disziplinengeschichte – zusammengeführt und ein erweiterter Blickwinkel auf eine gesamte Universitätsgeschichte erarbeitet werden kann.

## 2. Universität und Wissenschaft – zwei unterschiedliche Welten?

Die von mir eingangs gewählte Beschreibung von Universität und Wissenschaft im Rahmen der Darstellung des heutigen Status verführt unbefangene Betrachter\_innen zu der spontanen Schlussfolgerung, dass beide Bereiche natürlicherweise und gleichwertig zusammengehören und nicht hierarchisch getrennt gedacht werden können. Dies allerdings erweist sich als Trugschluss: Erstens zeigen die rezenten Diskussionen über die Struktur der Institution Universität, dass es stark vom Blickwinkel auf den Gegenstand abhängt, wie man den Charakter der Universität auffasst. So kann diese als verwaltende Institution, als Firma betrachtet werden, deren Inhalt die Forschungsorganisation ist. Fakultäten, Abteilungen und Institute sind dann Hilfsorganisationen, die zum Erfolg des großen Ganzen beitragen. Oder aber sie legitimiert sich aus ihren geistigen Errungenschaften mit einer Verwaltung, die ihre Rechtfertigung lediglich aus der Organisation der inhaltlichen wissenschaftlichen Arbeit ableitet. Die neuen Entwicklungen einer Fusionierung oder zumindest erschwerten Abgrenz-

barkeit vieler Disziplinen im Rahmen der Durchführung von Großprojekten oder wissenschaftlichen Großunternehmen machen eine Zusammenschau beider Bereiche nicht gerade leichter.

Zweitens schließlich ergeben sich in Entsprechung zur gerade beschriebenen Dichotomie neue Probleme eben dieser Zusammenschau, wenn man sich die Forschungen zur Geschichte der Universität und diejenigen zur Geschichte der Disziplinen und der Wissenschaft näher anschaut. Hier tun sich zwei unterschiedliche Betrachtungshorizonte auf.

Eine in den allgemeinen Geschichtswissenschaften zu verortende moderne Universitätsgeschichtsschreibung, die sich etwa seit den 1990er Jahren professionell entwickelte, konzentrierte sich vor allem auf die Erarbeitung historisch-struktureller Entwicklungen der Institution Universität, ferner zunehmend auch auf ihre Einbindung in politische bzw. gesellschaftspolitische historische Prozesse.<sup>1</sup> Dazu waren einige wichtige Entwicklungsschritte notwendig. Denn die Entwicklung der Wissenschaft und eine Ausdifferenzierung der Teilbereiche der Wissenschaft und der Disziplinen vollzogen sich im 19. Jahrhundert, und dies hatte Konsequenzen: Die sich aus der Philosophischen Fakultät herausentwickelnden und neu formierenden Geschichtswissenschaften postulierten auf der Basis des Historismus das »exakte Quellenstudium« als Grundlage für ebenso exakte Erkenntnisse über das vergangene Geschehen »wie es eigentlich gewesen [ist]« (Leopold von Ranke).<sup>2</sup> Für eine analytisch interpretative Geschichtsbeachtung ließ eine solche Ausrichtung wenig Raum. Jenseits der Fortentwicklungen der Methodik in den allgemeinen Geschichtswissenschaften wurden derartige Ansätze begierig aufgegriffen, wenn es darum ging, Universitäten als Institutionen positiv darzustellen. Die Folge war eine Universitätsgeschichte, die sich im Wesentlichen auf die Produktion von Festschriften, die anlässlich von Universitätsjubiläen entstanden, konzentrierte. Derartige Schriften waren meistens reduktionistisch auf die bildliche Präsentation von Sachgütern und eine positivistische Auflistung des Ausbaus der jeweiligen Institution beschränkt.

Eine selbstkritische Reflexion der allgemeinen Geschichtswissenschaft setzte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Dieser Vorgang wurde durch die Abkehr von einer übermächtigen Fokussierung auf die Außenpolitik und die Ereignisgeschichte im Zuge der Verarbeitung der nationalsozialistischen Zeit unterstützt. Ins Rampenlicht rückten seit den 1970er Jahren in der genannten Rei-

---

1 Sylvia Paletschek: Stand und Perspektiven der Neueren Universitätsgeschichte. In: *NTM* 19 (2011), H. 2, S. 169–189, bes. S. 169–171.

2 Rudolf Vierhaus: Rankes Begriff der historischen Objektivität. In: *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft*. Hg. von Reinhart Koselleck [u.a.]. München 1977 (= Beiträge zur Historik 1), S. 63–76.

henfolge die Sozialgeschichte,<sup>3</sup> die Alltagsgeschichte<sup>4</sup> und die Kulturgeschichte.<sup>5</sup> Dieser Orientierungswechsel schuf den Kontext für die sich professionalisierende Universitätsgeschichtsschreibung, die sich etwa ab den 1990er Jahren von einer historisch-hagiographischen Betrachtungsweise absetzte. So geht es heute um eine Darstellung von Universität im kulturgeschichtlichen Kontext. Rückendeckung erhält diese Forschungsausrichtung durch entsprechende Zeitschriften und Gesellschaften, ferner auch durch den sukzessiven Ausbau und die Professionalisierung der Universitätsarchive.<sup>6</sup>

Allerdings geht es bei den entsprechenden Forschungsinitiativen letztlich um eine Erfassung des übergeordneten Phänomens Universität und ihrer Institutionen. Wie entwickelte sich die Studentenschaft? Wann trat der deutsche Professor »ans Licht«, um eine Formulierung des Universitätshistorikers Peter Moraw aufzugreifen. Wie entwickelten sich die Universitäten im internationalen Vergleich? Und wie entwickelte sich das Selbstverständnis der Universitäten, wobei insbesondere der »Mythos Humboldt« eine besondere Rolle spielt?<sup>7</sup> Die Disziplinen und die Inhalte von Wissenschaft bleiben in dieser Forschungsausrichtung eher amorph. Verbindungen ergeben sich vornehmlich punktuell im Rahmen einer Behandlung der Struktur der Universität. In diesem Sinne konstatierte Sylvia Paletschek noch 2011, eine »integralere Verbindung von Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« sei »nach wie vor ein Desiderat«.<sup>8</sup>

Eine Geschichte der Wissenschaften und der einzelnen Disziplinen blieb demgegenüber Aufgabe der jeweiligen Disziplinen und dann vor allem der sich langsam professionalisierenden Fächer der Wissenschafts- und Technikge-

3 Vgl. dazu als Klassiker der frühen Sozialgeschichte in der Bundesrepublik: Hans-Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich. 1871–1918*. Göttingen 1973; Ders.: *Krisenherde des Kaiserreichs*. Göttingen 1979.

4 Vgl. hierzu *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie: eine Diskussion*. Hg. von Winfried Schulze. Göttingen 1994.

5 Vgl. als einen der wichtigen Basistexte: Ute Daniel: *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*. Frankfurt a. M. 2001.

6 Ebd., S. 169f.

7 Peter Moraw: *Improvisation und Ausgleich. Der deutsche Professor tritt ans Licht*. In: *Gesammelte Beiträge zur Deutschen und Europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen – Personen – Entwicklungen*. Hg. von Dems. Leiden [u. a.] 2008, S. 369–390; *Geschichte der Universität in Europa*. 4 Bde. Hg. von Walter Rüegg. München 1996–2010; Sylvia Paletschek: *Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. In: *Historische Anthropologie* 10 (2002), S. 183–205; *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Hg. von Mitchell Ash. Wien 1999; *Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert*. Hg. von Rainer Christoph Schwinges. Basel 2001 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3); Cay-Rüdiger Prüll (nunmehr Livia Prüll): *Kulturelle Praxis und theoretisches Konstrukt. Medizin, Biologie und Humboldts Ideen 1810–1945*. In: ebd., S. 445–467.

8 Paletschek: *Stand und Perspektiven (Anm. 1)*, S. 171.

schichte sowie der Medizingeschichte. Hier geht es um inhaltliche Entwicklungen der Fachgebiete, um die Entwicklung wissenschaftlicher Fragestellungen und Theorien, ferner aber auch um die Forscher\_innen selbst, deren Einstellungen und Methoden sowie deren soziale Netzwerke. Im Weiteren befasst sich die Wissenschaftsgeschichte auch mit den Instituten und Fachgesellschaften, den Disziplinen sowie den Publikationsorganen von Wissenschaftler\_innen. Dies alles geschieht idealiter – ob nun ein biographischer Ansatz oder ein philosophisch-theoretischer Ansatz gewählt wird – in kulturhistorischer Perspektive. Es geht damit letztlich um die Entwicklung der Wissenschaften und ihrer Betreiber\_innen im historischen Kontext, wobei ein wechselseitiger Bezug zwischen beiden hergestellt bzw. erarbeitet wird.<sup>9</sup>

Bemerkenswerterweise ist auch hier eine Professionalisierung seit den 1990er Jahren zu konstatieren. Da nämlich die Geschichte der Disziplinen zunächst vornehmlich als Wissensgeschichte betrieben wurde, war die Verführung groß, sich in hagiographischer Manier auf eine Fortschrittsgeschichte des Erkenntnisgewinns, auf eine Geistesgeschichte der Theorien und der aus diesen folgenden Entdeckungen zu konzentrieren. Auch hier machte sich das 19. Jahrhundert mit seiner Ausdifferenzierung der Teilbereiche der Wissenschaft und der Disziplinen bemerkbar: Vor dem Hintergrund rasanter technischer Entwicklungen, der Industrialisierung und eines im Zuge des Imperialismus immer stärker werdenden Nationalismus setzten sich die neuen Disziplinen vom Alten ab. Naturwissenschaften, Technik und Medizin kultivierten auf der Basis der experimentellen Naturbetrachtung einen Fortschrittsoptimismus, der einer kritischen Fachgeschichte in den jeweiligen Subdisziplinen kaum einen Raum ließ.<sup>10</sup> Dieser Zustand änderte sich nicht zuletzt deshalb zunächst kaum, da die Verfasser\_innen von Disziplingeschichten in den Instituten der jeweiligen Fächer beheimatet waren und keine historische Ausbildung hatten. Auf der Basis eines quasi intuitiven Historismus wurden so Disziplingeschichten als selbstreferentielle Leistungsbestätigungsliteratur verfasst. Auch entwickelte sich seit dem 19. Jahrhundert eine Abgrenzung, ja zuweilen eine Abschottung der Disziplinen, die eine Zusammenarbeit von allgemeiner Geschichtswissenschaft bzw. Universitätsgeschichte und Wissenschaftsgeschichte extrem erschwerte. Sowohl in der Universitätsgeschichte als auch in der Wissenschaftsgeschichte kamen alternative Forschungsrichtungen nicht zum Zuge. Zu nennen sind hier beispielhaft Karl Lamprecht und der Beginn einer »Kulturgeschichte« am Ende

---

9 Vgl. beispielhaft: Companion to the History of Modern Science. Hg. von Robert C. Olby [u. a.]. London 1996; Ansichten der Wissenschaftsgeschichte. Hg. von Michael Hagner. Frankfurt a. M. 2001.

10 Siehe hier beispielhaft das Werk von Walter Artelt zur Methodik der Medizingeschichte, das für diesen Trend bis ca. 1945 steht: Walter Artelt: Einführung in die Medizinhistorik. Ihr Wesen, ihre Arbeitsweise und ihre Hilfsmittel. Bd. 1. Stuttgart 1949.

des 19. Jahrhunderts wie auch eine »Sozialgeschichte der Medizin«, die von dem Leipziger Medizinhistoriker Henry Ernest Sigerist (1891–1957) in den 1920er Jahren betrieben wurde.<sup>11</sup>

Einen Einschnitt bildete für die Wissenschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg der Aufstieg der Wissenschaftstheorie und -soziologie. Die bohrende Frage nach den Regeln und Gesetzmäßigkeiten des Zustandekommens von (natur-)wissenschaftlichen Entdeckungen und die Forschungen nach der Stellung von Wissenschaftler\_innen in der Gesellschaft und vor allem der Rückbezug dieser wissenschaftssoziologischen Forschungen auf die Fragestellungen der Wissenschaftstheoretiker\_innen wurden letztlich zum Sprengsatz für eine aporetisch betriebene Wissenschaftsgeschichte.

In der Wissenschaftstheorie waren es vor allem Karl Popper (1902–1994) und seine Schüler, die einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Betrachtung und Einordnung naturwissenschaftlichen Forschens hatten. In seinem Werk *Logik der Forschung* hatte Popper bereits Mitte der 1930er Jahre seine grundlegenden Gedanken niedergelegt: Nicht aus dem Sammeln und Sichten von Dingen aus der Natur lässt sich Wissen ermitteln, sondern aus der Theoriebildung mit nachträglicher Überprüfung, die dann in einer Falsifikation enden kann.<sup>12</sup> Poppers Theorien, die ihre Durchschlagskraft vor allem ab den 1960er Jahren erwiesen, zeigten nicht zuletzt eines: Die (subjektive) Theoriebildung des Forschenden ermöglicht Erkenntnis, die Natur offenbart sich nicht qua bloßer Betrachtung. Erkenntnisgewinn ist also an die Sinnesorgane und die Einstellungen der Forschenden gebunden. Dieser Gedanke wurde in der Folgezeit weitergetrieben und nicht nur die Forschenden, sondern auch die Experimente selbst wurden wissenschaftstheoretischen Analysen unterzogen. Im Gefolge der Arbeiten von Bruno Latour hat Hans-Jörg Rheinberger das »Experimentalsystem« als entscheidenden Faktor wissenschaftstheoretischer und wissenschaftshistorischer Erkenntnis herausgestellt. Experimentalsysteme, d. h. Versuchsanordnungen, sind keine starren Festschreibungen des Erkenntnisgewinns. So wie Forschungsergebnisse immer wieder neu beurteilt werden, so unterliegt auch das Experimentalsystem einem Wandel. Einmal publizistisch mittels schriftlicher Beschreibung kommuniziert, entfaltet es in der Rezeption sein Eigenleben. Es beeinflusst andere Forscher\_innen, wird von diesen unter-

---

11 Elisabeth Berg-Schorn: Henry E. Sigerist (1891–1957). Medizinhistoriker in Leipzig und Baltimore. Standpunkt und Wirkung. Köln 1978 (Arbeiten der Forschungsstelle des Instituts für Geschichte der Medizin der Universität zu Köln, Bd. 9); Henry Ernest Sigerist (1891–1957). Begründer einer modernen Sozialgeschichte der Medizin. Ausgewählte Texte. Hg. von Karl-Heinz Karbe. Leipzig 1981.

12 Karl Popper: *Logik der Forschung*. Wien 1935.

schiedlich aufgefasst und modifiziert. Es entgleitet seinen Schöpfer\_innen und zeigt Auswirkungen, die diese längst nicht mehr alleine in Händen haben.<sup>13</sup>

Ergänzt wurden die Ansätze der Wissenschaftstheorie durch die Wissenschaftssoziologie. Thomas S. Kuhn (1922–1996) wandte sich mit seinem Paradigmenbegriff gegen Poppers starre Auffassung von der Anwendung der Theorie auf den Erkenntnisgewinn, indem das Paradigma als eine Konstellation von Meinungen, Theorien und Methoden dargestellt wird, die sich wandelt. Damit wird der Erkenntnisgewinn noch stärker relativiert als bei Popper. Wichtiger noch als dieser Punkt ist aber in unserem Zusammenhang, dass Kuhn über die Analyse des Experiments und seiner Betreiber\_innen hinausgeht, indem er seine Betrachtung in den wissenschaftssoziologischen Raum ausdehnt. Denn es sind die Disziplinen, die Gemeinschaften von Wissenschaftler\_innen, die miteinander konkurrierende Paradigmen konstruieren. Fragen von Macht und Herrschaft und von der Stellung der Wissenschaftler\_innen in der Gesellschaft werden damit unmittelbar berührt. Wichtig sind für Veränderungen in den Wissenschaften nach Kuhn die sogenannten »Paradigmenwechsel«. Wissenschaft lebt davon, dass sich Wissenschaftlerkreise zusammenfinden, die neue Paradigmen erarbeiten. Das Ablösen des alten Paradigmas geschieht jedoch nur im Rahmen mehr oder weniger langsamer Machtverschiebungen. Ein Paradigma muss genügend Überzeugungskraft haben, um dies zu erwirken.<sup>14</sup> Was Kuhn für die größeren Bezüge der Scientific Community postuliert, war für die Mikrohistorie des Wissenschaftsbetriebs, gleichsam für das Labor, bereits von dem polnischen Mikrobiologen Ludwik Fleck (1896–1961) vorformuliert worden. Fleck ging dabei nicht von der »big scientific community« aus, sondern von der Laborgemeinschaft. Bei der Erarbeitung wissenschaftlicher »Tatsachen« spielten nicht nur experimentelle Settings eine Rolle, sondern vor allem auch die Beziehungen und Rangordnungen der Labormitglieder untereinander. So kann eine Laborgemeinschaft zu einem »Denkkollektiv« werden, indem die Art und Weise der Behandlung von wissenschaftlichen Sachverhalten für die gesamte Gruppe implizit oder explizit festgelegt wird. Es kann sich auf dieser Grundlage ein bestimmter »Denkstil« entwickeln, der geradezu zu einem »Denkzwang« werden kann, wenn Mitglieder der Laborgemeinschaft auf die Befolgung entsprechender Postulate explizit oder implizit verpflichtet werden.<sup>15</sup>

---

13 Hans-Jörg Rheinberger: Experiment. Präzision und Bastelei. In: Instrument – Experiment. Historische Studien. Hg. von Michael Hagner. Berlin, Diepholz 2000, S. 52–60; Ders.: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Frankfurt a. M. 2001.

14 Thomas S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. 10. Aufl. Frankfurt a. M. 1989.

15 Ludwik Fleck: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1993. Siehe auch Ders.:

Mit Kuhn und Fleck wurde Wissenschaftsforschung auch zu einem soziologischen Unternehmen. Die Wissenschaftsgeschichte kam nun ohne sozialhistorische Perspektiven nicht mehr aus. Die starre Strukturierung der Universität in anwendungsorientierte Bereiche und in solche der vermeintlich zweckfreien Forschung wurde durch Publikationen in Frage gestellt, die die Universität, die Disziplinen und die Wissenschaften in einem sozialen und kontingenten Fluidum betrachteten. Dieses Fluidum generiert aufgrund der diversen Einflussfaktoren auf den Bildungsapparat Universität nicht zielgerichtet Ergebnisse, sondern es ist diversen, heterogenen Einflussfaktoren ausgesetzt.<sup>16</sup>

Aus dieser historischen Ableitung ist zwanglos zu entnehmen, dass sich die Universitäts- und die Wissenschaftsgeschichte in den vergangenen 20 Jahren in Bezug auf den theoretisch-methodischen Blickwinkel aufeinander zubewegt haben. Dies geschah, obwohl sie institutionell und in der inhaltlichen Ausrichtung unterschiedlich aufgestellt waren. Die Konsequenz muss daher sein, eine Zusammenarbeit zu fördern, um den Ausbau einer gleichsam »integrativen Universitätsgeschichte« zu forcieren. Im Folgenden sollen hierzu Anregungen gegeben werden, indem das methodisch-praktische Vorgehen anhand von zwei Beispielen aus einem abgeschlossenen Forschungsprojekt durchdekliniert wird.

### 3. Universität und Wissenschaft in der praktischen historischen Forschung – eine Annäherung

Wie kann man in der täglichen historischen Forschungsarbeit mit dem Spannungsverhältnis von Universitätsgeschichte auf der einen und der Wissenschaftsgeschichte auf der anderen Seite adäquat umgehen? Zunächst einmal dadurch, dass man sich der Interdisziplinarität stellt und eine aktive Berück-

---

Erfahrung und Tatsache. Gesammelte Aufsätze. Hg. von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle. Frankfurt a. M. 1983. Vgl. in Anlehnung daran Ansätze einer modernen mikrosoziologischen, anthropologischen Feldforschung: Karin Knorr-Cetina: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft. Frankfurt a. M. 1991.

- 16 Vgl. Peter Weingart: Wissensproduktion und soziale Struktur. Frankfurt a. M. 1976; Rudolf Stichweh: Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M. 1994; Wolfgang Krohn, Günter Küppers: Die Selbstorganisation der Wissenschaft. Frankfurt a. M. 1989; Selbstorganisation. Aspekte einer wissenschaftlichen Revolution. Hg. von Wolfgang Krohn und Günter Küppers. Braunschweig, Wiesbaden 1990 (= Wissenschaftstheorie, Wissenschaft und Philosophie 29). Siehe beispielhaft für entsprechende Detailforschungen die Abhängigkeit von Berufungsverfahren von sozialhistorischen Parametern: Cay-Rüdiger Prüll (nunmehr Livia Prüll): Medizinerberufungen und Medizinerschulen im deutschen Universitätssystem zwischen 1750 und 1945. In: Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas. Hg. von Christian Hesse und Rainer Christoph Schwinges. Basel 2012 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 12), S. 393–412.

sichtigung beider Bereiche forciert. So führte die Autorin dieses Beitrags als Medizin- und Wissenschaftshistorikerin zusammen mit Sylvia Paletschek als ausgewiesener Universitätshistorikerin an der Universität Freiburg von 2009 bis 2012 ein Projekt durch, das integrativ beide Bereiche zu ihrem Recht kommen ließ. Dieses Projekt wurde von der DFG gefördert. Unter dem Titel *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit: Die Universität Freiburg, ihre Mediziner und Geisteswissenschaftler (ca. 1945–1970)* wurde anhand dreier Fallstudien die Interaktion der im Titel genannten Bereiche im Bearbeitungszeitraum untersucht.<sup>17</sup> Die grundlegende Frage des Projekts betraf die Geschichte einer westdeutschen Universität in einer Krisenzeit: Wie gelang es der Universität Freiburg nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der nationalsozialistischen Zeit vor dem Hintergrund eines Vertrauensverlusts in der Bevölkerung wieder gesellschaftlich Fuß zu fassen? Es ging also um das Verhältnis der Universität zur Öffentlichkeit. Die unterschiedlichen Betrachtungsebenen »Universität« und »Wissenschaft« bildeten sich in den ausgewählten Fallstudien ab: Im Teilprojekt A wurde die Universität als Verwaltungskörperschaft und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit mit den potentiellen Rückwirkungen auf den Universitäts- und Fächeraufbau untersucht. Während hier die Universitätsgeschichte im Kern angesprochen war, bezogen sich die anderen beiden Teilprojekte auf die Wissenschaften. Teilprojekt B widmete sich den Geisteswissenschaften an der Universität Freiburg und untersuchte hier den Einfluss unterschiedlicher Fächer auf das Außenbild der Universität in den unterschiedlichen Perioden der Freiburger Universitätsgeschichte. Teilprojekt C konzentrierte sich auf die Medizin mit demselben Anliegen. Es ging darum, anhand konkreter Akteur\_innen mit ihren Netzwerken und Forschungen die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu analysieren. Mit den letzten beiden Teilprojekten gelang es, die Diversität von Wissenschaft gebührend abzubilden.

Unter Supervision und Mitarbeit der Projektleiterinnen wurden die Forschungsarbeiten von drei Mitarbeiter\_innen durchgeführt.<sup>18</sup> Das interdisziplinäre Arbeiten geschah durch intensive Diskussionen zwischen allen Beteiligten mit einem permanenten Abgleich der Theorien und Wissensstände. Im Rahmen dieser Arbeit erwies es sich, dass man einige Jahre braucht, um durchdachte florierende Forschungen zu generieren, wenn unterschiedliche Ansätze miteinander in Kontakt gebracht werden. Was prägt und beeinflusst eigentlich in der Öffentlichkeit das Bild der Universität? Welche Rolle spielen die verschiedenen Verwaltungseinheiten? Wie und wann repräsentieren bestimmte Fächer die

---

17 Sylvia Paletschek, Cay-Rüdiger Prüll (nunmehr Livia Prüll): *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Universität Freiburg, ihre Mediziner und Geisteswissenschaftler*, URL: <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/160671465/ergebnisse>.

18 Teilprojekt A: Sebastian Brandt; Teilprojekt B: Christa Klein; Teilprojekt C: Nadine Kopp. Siehe auch den Beitrag von Christa Klein in diesem Band, S. 157–182.

Universität? Welche Rolle spielen dabei die Geschichte und die Spezifika dieser Fächer? Welche Rolle spielen bestimmte Personen? Gibt es eine Schnittmenge zwischen Universität und Wissenschaft? Und gibt es Transferprozesse zwischen den genannten Bereichen? Diese Fragen wurden aus der Richtung der Universitätsgeschichte und auch aus der Warte der Disziplinengeschichte(n) wiederholt aufgeworfen und in zum Teil kontroversen Diskussionen bearbeitet.<sup>19</sup>

Während hier nicht der Platz ist, um die Einzelheiten des Projekts auszubreiten, sollen aber im Folgenden anhand von zwei Beispielen aus der Nachkriegsgeschichte der Universität Freiburg die Möglichkeiten aufgezeigt werden, die unterschiedlichen Perspektiven der zwei Bereiche auszuleuchten. Ausgangspunkt sind zwei Quellen jeweils aus der Geisteswissenschaft und der Medizin, die einen Einblick in das Verhältnis von Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte geben.

### 3a.) Fallbeispiel 1: Gerhard Ritter und die *Idee der Universität*

Im Jahr 1945 hielt der seinerzeit renommierte Historiker Gerhard Ritter (1888–1967) an der Universität Freiburg einen öffentlichen Vortrag mit dem Titel *Die Idee der Universität und das öffentliche Leben*.<sup>20</sup> Der Kontext dieses Vortrags bietet bereits eine Schnittstelle, an der sich die Universitätsgeschichte und die Disziplinengeschichte (der Geschichtswissenschaft) kreuzen.

Am 21. April 1945 waren französische Truppen in Freiburg, damals eine weitgehend zerstörte Stadt, einmarschiert. Die Universität Freiburg hatte keine materielle Grundlage mehr, und in der Bilanzierung der Kriegsverluste stellte sich aufgrund der Konkurrenz zu Heidelberg und Tübingen die Frage nach der Zukunft der Institution. Die französische Umerziehungspolitik, die auf eine demokratische Ausrichtung der Jugend in Deutschland abzielte, führte jedoch schnell zu der Entscheidung, die Universität Freiburg wieder aufzubauen. Die im April 1945 von der französischen Besatzungsmacht verkündete Einstellung des Lehrbetriebs wurde bereits im September des Jahres aufgehoben, sodass die Theologische Fakultät wieder ihre Arbeit aufnahm, gefolgt im November und Dezember von den übrigen vier Fakultäten.<sup>21</sup> Dies allerdings war für die fran-

---

19 Vgl. zur Bedeutung der Disziplinengeschichte in der Wissenschaftsgeschichte: Cay-Rüdiger Prüll (nunmehr Livia Prüll): Disziplinen. Entwicklungsmöglichkeiten der Medizingeschichte als Disziplinen- und Wissenschaftsgeschichte. In: Medizingeschichte. Aufgaben, Probleme, Perspektiven. Hg. von Norbert Paul und Thomas Schlich. Frankfurt a. M., New York 1998, S. 216–242.

20 Gerhard Ritter: *Die Idee der Universität und das öffentliche Leben*. Freiburg i. Br. 1946.

21 Vgl. Corine Defrance: Wiederaufbau und geistige Neugestaltung. In: Von der badischen

zösischen Besitzer insofern nur eine Notlösung, als sie in der Umerziehung des deutschen Volks eher auf die Neugründung von Bildungsinstitutionen setzte, denn auf die Reform der schon bestehenden. Der Grund hierfür lag in dem tiefen Misstrauen gegenüber dem deutschen Hochschulsystem, das auf Grund einer nepotistischen, elitären Abkapselung als Fremdkörper innerhalb der deutschen Gesellschaft betrachtet wurde. Eine Schließung älterer Universitäten wie derjenigen in Freiburg war jedoch zu schwierig, es »mußte aus ihnen das Bestmögliche gemacht werden!«<sup>22</sup>

In diesem Sinne geriet Gerhard Ritter ins Fadenkreuz des für die öffentliche Erziehung zuständigen französischen Offiziers Raymond Schmittlein (1904–1974).<sup>23</sup> Für Letzteren repräsentierte Ritter mit seiner nationalkonservativen Haltung die alte deutsche Universität, die im Rahmen ihrer Ordinarienherrlichkeit zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen hatte.<sup>24</sup> Allerdings konnte Ritter nur schwer bis gar nicht bekämpft werden, da er zu jener nicht untypischen Spezies von Ordinarien gehörte, die sich das »Dritte Reich« betreffend in einer Ambivalenz von Zustimmung und Ablehnung, Mitmachen und Widerstand bewegten, und deren Wirken von Zeitgenoss\_innen und späteren Untersucher\_innen daher flexibel interpretiert werden konnte.

Vor diesem Hintergrund galt die Frage nach dem »Bestmöglichen« nicht nur für den Umgang mit Institutionen, sondern auch für denjenigen mit Personen. Ritter wirkte an der Universität Freiburg bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1956 und wurde von den Franzosen toleriert. Die Person Ritters als Historiker steht in dieser Momentaufnahme der deutschen Bildungs- und Universitätsgeschichte damit nicht nur für die Geschichte seines Fachs, sondern ebenfalls für die Anschauungen und das Außenbild der deutschen Universitäten nach 1945 und speziell der Freiburger Universität. Diese Rolle füllte er nicht nur implizit Kraft seiner Reputation aus, sondern er bediente sie auch aktiv.

In diesem Zusammenhang ist sein eingangs genannter Vortrag zu sehen. Denn gehalten wurde dieser nicht im Rahmen einer Abendveranstaltung der Philosophischen Fakultät, sondern im Rahmen einer zentralen Vortragsreihe, die durch die Universität geplant und durchgeführt wurde. Man hatte das Be-

---

Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts. Hg. von Bernd Martin. Freiburg i. Br. (= 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 3), S. 575–591, hier S. 575, 578.

22 Ebd., S. 580–582, siehe das Zitat auf S. 582.

23 Vgl. zu Schmittlein: Corine Defrance: Raymond Schmittlein (1904–1974), ein Kulturmittler zwischen Deutschland und Frankreich? In: Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock. Hg. von François Beilecke und Katja Marmetschke. Kassel 2005, S. 481–502; Dies.: Raymond Schmittlein (1904–1974). Leben und Werk eines Gründungsvaters der Universität Mainz. In: Ut omnes unum sint. Gründungspersönlichkeiten der Johannes Gutenberg-Universität. Teil 1. Hg. von Michael Kißener und Helmut Mathy. Stuttgart 2005 (= Beiträge zur Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, N. F. 2), S. 11–30.

24 Vgl. Defrance: Wiederaufbau (Anm. 21), S. 581 f.

dürfnis, mittels des Vortragszyklus über das »Menschenbild« auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Es sollte sich einerseits um ein Bekenntnis zum neuen freiheitlichen politischen System handeln, andererseits sollte mit der Präsentation wissenschaftlicher Vorträge von Hochschullehrern aus den eigenen Reihen gezeigt werden, dass die Universität fähig und willens war, einen Beitrag zum Neuanfang zu leisten. Schließlich verschrieb sich die Universität damit aber auch der Aufgabe, einen Beitrag zur Erziehung der Mitbürger im demokratischen Geist zu leisten. Den Hintergrund dieser Vortragsreihe, die letztlich die Vorstufe des Studium Generale in Freiburg war, bildete der Geist der Re-éducation: Grundlage der Initiative war eine Unterredung des damaligen Rektors der Albert-Ludwigs-Universität, Sigurd Janssen (1891–1968), mit einem Vertreter der französischen Besatzungsregierung, indem eben dieses Anliegen durch Janssen vorgetragen wurde.<sup>25</sup>

Gerhard Ritter wurde mit seinem Vortrag, den er am 18. Oktober 1945 hielt, zu einem Teil dieser Initiative. Die Verbindung von inhaltlicher historischer Belehrung und politischer Zielsetzung unterstützte er auch durch sein Thema, indem er auf die *Idee der Universität* einging. Der Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die von ihm konstatierte Orientierungslosigkeit der Nachkriegszeit. Aufgrund der »Verwirrung«, bewirkt durch die »fürchterliche Katastrophe des Hitlerreiches«, ging es jetzt um die Suche »nach einem zuverlässigen Wegweiser«.<sup>26</sup> Diesen Wegweiser schuf Ritter im Folgenden durch einen historischen Rückblick, indem er als Haltepunkt die geistige Neuorientierung nach den Napoleonischen Kriegen und hier »den neuen Typus der humanistisch-liberalen Staatsuniversität mit weitgehender Selbstverwaltung« herausstellte. Orientierung schuf also die Universität, und zwar diejenige, die im Rahmen des heute so bezeichneten »Mythos Humboldt« letztlich vor allem im frühen 20. Jahrhundert rückblickend konstruiert worden war. Wilhelm von Humboldt (1767–1835) hatte sie in seiner kurzen Amtszeit als preußischer Kultusminister im Rahmen der Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810 geprägt. Die Leitideale dieser neuhumanistischen Universität waren die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre, die Idee der Universität als zweckfreiem Wissenschaftsbetrieb, die Bildungsfunktion von Wissenschaft und schließlich die alle Disziplinen umschließende Einheit der Wissenschaft.<sup>27</sup> Humboldt hatte dem Staatseinfluss – so Ritter – enge Grenzen gezogen und eben dies machte Humboldt jetzt, 1945, wieder attraktiv. Um die Ausbildung eines totalitären Systems

25 Sebastian Brandt: *Universität und Öffentlichkeit. Das Beispiel der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1945–1975*. Diss. phil. Freiburg 2014, S. 56–60.

26 Vgl. Ritter: *Idee der Universität* (Anm. 20), S. 3.

27 Vgl. hierzu die Ausführungen von Sylvia Paetschek: *Die Erfindung der Humboldtschen Universität* (Anm. 7), hier bes. S. 183 f. Siehe zum »Mythos Humboldt« ferner die Beiträge in *Mythos Humboldt* (Anm. 7) und *Humboldt international* (Anm. 7).

in Deutschland zu verhindern, brauchte es eben diese Freiheit der Wissenschaft, denn »gerade die vollkommen freie und selbsttätige, vollkommen sachtreue und tendenzlose Arbeit an der reinen Wahrheitsforschung sollte die Jünger der Wissenschaft zu Charakteren bilden, wie sie das öffentliche Leben braucht.«<sup>28</sup>

Das System Humboldt, die freiheitliche Erziehung des Menschen auf der Basis bürgerlicher Werte, wurde im Folgenden zum Vorbild für den Umgang mit der zeitgenössischen Krise von 1946 instrumentalisiert. Dieser Rückgriff war notwendig, denn im historischen Rückblick machte Ritter die Entwicklung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts als Prozess der »Verflachung und Banalisierung« aus. Materialistisches Denken gefährdete die »sittlichen« Vorstellungen, die Ritter mit der freiheitlichen Universität der Humboldt-Ära in Verbindung brachte. Und die Verflachung erreichte dann durch die nationalsozialistische Herrschaft in den Augen Ritters ihren Höhepunkt. Entscheidend war aber nun, dass der Banalisierungsprozess sich nach Ritter auf die öffentliche Wirksamkeit der Universität beschränkte. Im Kern hatte die Universität – und das hieß vor allem deren Repräsentanten – die »unzerstörbare Kraft des echten Geistes« behalten. Denn, so stellte Ritter fest: »keine äußere Gewalt ist imstande, den lebendigen Geist völlig zu ersticken.«<sup>29</sup> Dieser echte Geist war für Ritter unzerstörbar und daher auch wieder mobilisierbar, wobei bei dieser Mobilisierung vor allem den Geisteswissenschaften eine bedeutsame Rolle zufiel. Seit dem 19. Jahrhundert hätten diese es gelernt, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Das Wesentliche war für Ritter jetzt, 1945, »ein allseitiges Bild wahren Menschseins, eine vollständige Anthropologie zu entwickeln, die das sittliche Bewusstsein in den Mittelpunkt stellt.«<sup>30</sup>

Ritters Vortrag lässt sich sowohl aus dem Blickwinkel der allgemeinen Universitätsgeschichte als auch aus demjenigen der Wissenschaftsgeschichte lesen. Universitätsgeschichtlich stehen Ritters Äußerungen für den Versuch, die durch die nationalsozialistische Zeit kompromittierte deutsche Universität wieder zu rehabilitieren, indem der nie erstickte Humboldtsche Geist als einigendes Band zwischen den deutschen Universitäten und der (west-)europäischen Wertegemeinschaft konstruiert wird. Denn während das Banale regierte, hatte der sittliche deutsche Geist weitergeschlummert, um auf seine erneute Reaktivierung zu warten. In diesem Sinne nahm Ritter wesentliche Aussagen aus dem *Gutachten zur Hochschulreform* von 1948 (dem sogenannten »Blauen Gutachten«) vorweg. Dort wurde von der deutschen Hochschule behauptet, »das Erbe des christlichen Humanismus« sei in ihr lebendig. Die deutsche Universität dürfe »insbesondere stolz sein auf ihre eigentümliche, von Humboldt herrührende Tradition, welche

---

28 Ritter: Idee der Universität (Anm. 20), S. 11.

29 Ebd., S. 14, 17.

30 Ebd., S. 19–21, das Zitat auf S. 21.

die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre in einer für die Welt vorbildlichen Weise verkörpert hat.«<sup>31</sup> Ebenfalls war Ritter in gewissem Sinne ein Wegbereiter der geistigen Grundlagen des Freiburger Universitätsjubiläums von 1957, dessen Leitmotiv das abendländische Denken mit besonderem Bezug zur »Humboldtzeit« war.<sup>32</sup>

Wissenschaftsgeschichtlich sind Ritters Ausführungen zu den typischen Stellungnahmen historicistisch argumentierender Historiker\_innen zu rechnen. Ritters Geschichtsbetrachtung favorisierte die Bedeutung großer politischer Ereignisse und großer Männer. Es ging ihm um die Untersuchung der Zusammenhänge von militärischem und politischem Denken vor allem im deutschen Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg. Ritter vertrat die Traditionen der Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts, wobei er aber dennoch einen Übergang zur Nachkriegszeit schaffen konnte, indem er in der Analyse der Zusammenhänge von Politik und Moral auch kritische Ansätze zur Betrachtung von »Machtstaaten« in ihrem historischen Kontext fand. Auch hatte er im »Dritten Reich« zur »Bekennenden Kirche« gehört und hier Kontakte zum »Freiburger Kreis«, unter anderem zum späteren Mainzer Professor der evangelischen Theologie, Friedrich Delekat (1892–1970), erhalten. Der Freiburger Kreis war ein Zusammenschluss von konservativen Wissenschaftlern, die in die Umsturzversuche vom 20. Juli 1944 verwickelt waren. Ritter war als einer der renommiertesten Vertreter seiner Zunft ein Historiker des Übergangs, indem er in den 1920er Jahren mit politik- und strukturgeschichtlichen Überlegungen neue Gleise betreten hatte, ohne aber nach 1945 konsequent an deren Umsetzung mitgewirkt zu haben. Er verband in einer historisch prekären Situation zeitgenössische Leitgedanken und -methoden der historischen Wissenschaft mit politikkritischen Betrachtungen und machte sein Fach damit für die Universität Freiburg nutzbar, die Ritters Gedankengänge quasi identitätsstiftend verwerten konnte.<sup>33</sup>

31 Gutachten zur Hochschulreform vom Studienausschuß für Hochschulreform (»Blaues Gutachten«) 1948. In: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959. Hg. von Rolf Neuhaus. Wiesbaden 1961, S. 289–368, hier S. 291.

32 Meike Steinle: Das Universitätsjubiläum 1957. Die wiedergefundene Identität. In: Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts (Anm. 21), S. 609–622, siehe hier das Zitat aus den Ausführungen des damaligen Rektors der Universität Freiburg, Gerd Tellenbach, S. 612.

33 Vgl. Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2001.

### 3b.) Fallbeispiel 2: Ludwig Heilmeyer, die Lehre von den Blutkrankheiten und das Freiburger Universitätsjubiläum von 1957

Das zweite Beispiel findet die Universität Freiburg in einer anderen historischen Situation vor. Zwölf Jahre nach Kriegsende ging es darum, einen Nachweis für jene Reintegration in die (westeuropäische) Staatengemeinschaft zu liefern, die seinerzeit – als Ritter seinen Vortrag gehalten hatte – noch als Ziel der neuen Universitätspolitik definiert worden war. Das Freiburger Universitätsjubiläum, die 500-Jahrfeier von 1957, war nun deshalb brisant, weil es »das erste Universitätsjubiläum in der Nachkriegszeit auf westdeutschem Boden« war.<sup>34</sup> Es ging darum, vor zahlreichen geladenen Gästen und durch diverse Festivitäten die kulturpolitische Leistung der Freiburger Universität und in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Wissenschaften zu demonstrieren. Hatten Historiker wie Gerhard Ritter noch die alte Garde der Hochschullehrer repräsentiert, die zur Zeit des Zusammenbruchs 1945 für die alte Universität standen und für deren Rehabilitation kämpften, so rückte nun eine neue Generation von Kolleg\_innen in den Vordergrund. Diese nach 1945 neu berufenen Dozent\_innen sollten mit innovativen Impulsen eine Universität gestalten, die sich in den westdeutschen Staat einpassen und den Anspruch nach freiheitlichem, internationalem und kulturellem Austausch verwirklichen musste. Einer dieser Hochschullehrer war der 1947 nach Freiburg berufene Mediziner und Internist Ludwig Heilmeyer (1899–1969). Anders als bei Ritter finden sich bei ihm aber kaum Spuren von Widerstand in der nationalsozialistischen Zeit. Im Gegenteil: Wir wissen heute, dass Heilmeyer als Mitglied des Freikorps Epp 1919 an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt gewesen war, dass er Mitglied im Frontsoldatenbund »Stahlhelm« war, dass er den Jenaer Ableger des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes gegründet hatte und dessen erster Führer gewesen war. Und wir wissen, dass er im Nürnberger Ärzteprozess den KZ-Arzt Wilhelm Beiglböck (1905–1963) entlastet hatte.<sup>35</sup>

Aber davon sprach damals niemand. Die Zeitgenoss\_innen fokussierten Heilmeyers hervorragende Forschungsleistungen, vor allem auf dem Gebiet der Lehre von den Blutkrankheiten (Hämatologie). An der Universität Freiburg interessierte man sich in den 1950er Jahren vor allem für seine damalige dominierende Stellung in diesem Fachgebiet. Man bewunderte den zügigen Aufbau der Medizinischen Klinik, den er maßgeblich vorangetrieben hatte und die 1950

34 Steinle: Das Universitätsjubiläum 1957 (Anm. 32), S. 609.

35 Siehe zur NS-Vergangenheit von Heilmeyer die in Freiburg geführte Diskussion zur Überprüfung von Straßennamen: Frank Zimmermann: Ludwig Heilmeyer war ein Gott in weiß – und Freikorps-Kämpfer. Freiburger Straßennamen (1). In: Badische Zeitung, 15.10.2016. Auch online, URL: <http://www.badische-zeitung.de/ludwig-heilmeyer-war-ein-gott-in-weiss-und-freikorps-kaempfer> (abgerufen am 23.04.2018).

eingeweiht werden konnte.<sup>36</sup> Wichtig war für die Universität nicht zuletzt seine internationale Reputation. Heilmeyer vertrat in seiner Zeit an der Universität Freiburg eine enge Zusammenarbeit der Hämatologie mit anderen medizinischen Spezialgebieten, um diverse Untersuchungstechniken spezialfächerübergreifend auch für die Hämatologie nutzbar zu machen.<sup>37</sup> Heilmeyer gelang es nicht zuletzt, den fünften Kongress der Europäischen Gesellschaft für Hämatologie als ersten internationalen medizinischen Kongress auf deutschem Boden im Jahre 1955 in Freiburg durchzuführen, ein »spektakuläres Unterfangen«, wie Peter Voswinckel später schrieb. Denn es waren 2.000 Hämatolog\_innen aus 31 Nationen, die Heilmeyer in Freiburg zusammenbrachte.<sup>38</sup> Mit seiner Dynamik und seinen Ideen, die er in den Wiederaufbau der Medizinischen Fakultät investierte, wurde er in den 1950er Jahren zur »Leitfigur der Freiburger Medizinischen Fakultät«.<sup>39</sup>

Ludwig Heilmeyer gehörte auch zu den Aushängeschildern der Medizinischen Fakultät in der Öffentlichkeit, und er war sehr oft in der *Badischen Zeitung* zu finden. Vor allem war er die Hauptfigur im Jubiläumsfilm der Freiburger Universität, der im Jahr 1957 gezeigt wurde. Der Südwestfunk drehte diesen Film, der insgesamt eine halbe Stunde dauerte und während der Festwoche des Jubiläums im damals noch neuen Medium Fernsehen ausgestrahlt wurde. Zwar hob auch dieser Film wieder auf den Gedanken der »abendländischen Universität« ab, im Gegensatz zu den Bemühungen der Universität in den allerersten Nachkriegsjahren ging es aber jetzt um das Vorzeigen der Wiederaufbauleistungen und der erfolgten europäischen Integration. Symbol hierfür war die filmische Darstellung einer schönen Stadt mit neuen Universitätsgebäuden. Im Anschluss daran hob der Film auf die Forschungsleistungen der Universität ab, womit Ludwig Heilmeyer ins Spiel kam.<sup>40</sup> Gezeigt wird ein Gespräch über die Forschung in der Medizinischen Klinik. Heilmeyer steht inmitten von sechs Assistenten und doziert über ein Blutbild. Dabei symbolisierte er den Ordinarius alten Stils. Mit dem durchdringenden Blick, mit seiner dunklen Hornbrille und den graumelierten Haaren strahlt er in seinem weißen Kittel Seriosität und Fachkenntnis aus. Einerseits steht Heilmeyer im Film damit für die Tradition des »deutschen

36 Vgl. Peter Voswinckel: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie. Würzburg 1987, S. 38; Eduard Seidler, Karl-Heinz Leven: Die Medizinische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau. Grundlagen und Entwicklungen. Freiburg i. Br., München 2007, S. 639f.; siehe auch: Ludwig Heilmeyer: Lebenserinnerungen. Hg. von Ingeborg Heilmeyer. Stuttgart, New York 1971, S. 82.

37 Vgl. Voswinckel: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Hämatologie (Anm. 36), S. 62.

38 Ebd., S. 75.

39 Siehe das Zitat bei Seidler, Leven: Die Medizinische Fakultät (Anm. 36), S. 640.

40 Vgl. Nadine Kopp: Die Medizinische Fakultät Freiburg 1945 bis 1969/1970. Entwicklungslinien und Protagonisten im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Frankfurt a. M. 2015, S. 190f.

Professors«, für eine hierarchische Dominanz gegenüber den Studierenden und den Assistenten.<sup>41</sup> So übertönt er in dem Film deutlich die Kommentare bzw. Antworten der Assistenten »urig lärmend«, wie *Der Spiegel* ihn in seinem Nachruf beschrieb.<sup>42</sup> Andererseits steht Heilmeyer hier für nüchterne naturwissenschaftliche Sachkenntnis, für moderne, labororientierte, technizistische Medizin. Er selbst betonte immer wieder den naturwissenschaftlichen Charakter der Medizin,<sup>43</sup> und das Blutbild war eben ein Bereich, der den Zuschauer\_innen nicht mehr ohne weiteres zugänglich war.

Universitätsgeschichtlich betrachtet bot sich für den Hochschulstandort Freiburg mit Heilmeyer 1957 in der Konsolidierungsphase der Bundesrepublik die Möglichkeit, mit der Präsentation nüchterner, aber erfolgreicher naturwissenschaftlich orientierter Medizin nicht nur Modernität und Anschlussfähigkeit auszustrahlen, sondern auch Ideologieförderung, indem das Experimentieren und Befragen der Natur als Abkehr von der verführten Universität des »Dritten Reichs« gedeutet werden konnte. Damit überschritten sich die Interessen der Universität auch mit Trends zur Selbstdarstellung der Medizin in der damaligen Zeit, die die nüchterne Naturbetrachtung als Devise zur Bekämpfung übergeordneter, vager Theorien ausgab.<sup>44</sup> Ferner zeigte der international orientierte Heilmeyer die Wiederaufnahme der deutschen Wissenschaft in die Weltstaa-tengemeinschaft. Ja, Heilmeyer zeigte sogar die Dominanz und damit das neue Selbst- und Sendungsbewusstsein deutscher Wissenschaft, wenn im Film zwei ausländische Assistenten aus Peru und Korea die Frage Heilmeyers, ob sie denn dieses Krankheitsbild jemals zu Gesicht bekommen hätten, verneinen mussten.

Wissenschaftsgeschichtlich zeigt der Filmausschnitt eine deutsche Medizin der 1950er Jahre, die vor allem an versteckten, nur mikroskopisch oder chemisch nachweisbaren Stoffwechselprozessen des menschlichen Körpers im kranken und gesunden Zustand interessiert war. Auf diesen Gebieten holte die deutsche Medizin nach 1945 im Kontakt vor allem mit England und den USA Rückstände auf.<sup>45</sup> Ein Ergebnis der Fokussierung der westlichen Medizin auf eben dieses

---

41 Siehe zur Idee des »deutschen Professors« den Beitrag von Peter Moraw: Improvisation und Ausgleich (Anm. 7).

42 Ludwig Heilmeyer. In: *Der Spiegel* (1969), Nr. 38, S. 224.

43 Vgl. ebd., S. 224.

44 Siehe dazu beispielsweise die Präsidialadresse des Pathologen Curt Froboese (1891–1994) bei der 37. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Pathologie im Jahre 1953 in Marburg. Froboese vertritt hier die Interessen einer speziellen Pathologie, die sich auf Detailkenntnisse und das Individuum bezieht und wendet sich gegen eine allgemeine Pathologie als »Sprung in die Verallgemeinerung«. Vgl. Krankheitsbegriff und Krankheitsforschung im Lichte der Präsidialansprachen der Deutschen Gesellschaft für Pathologie (1897–1992). Hg. von Volker Becker [u. a.]. Stuttgart [u. a.] 1993, S. 92.

45 Vgl. Cay-Rüdiger Prüll (nunmehr Livia Prüll): *Medizin am Toten oder am Lebenden? – Pathologie in Berlin und in London 1900 bis 1945*. Basel 2003 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 5), bes. S. 430f.

Gebiet war u. a. die Entwicklung der Intensivmedizin in den 1970er Jahren und dann ab etwa den 1990er Jahren die Entwicklung der Molekularmedizin, die auch die heutige Zeit prägen.<sup>46</sup> Sozialhistorisch blieb ein Verharren im 19. Jahrhundert. Das deutsche Ordinariensystem mit seinem hierarchischen Gefälle war in den 1950er Jahren noch extremer präsent als heute. Insofern ist es fraglich, ob der Filmausschnitt mit Heilmeyer wirklich so unwirklich war, wie die Studierenden, die ihn damals, 1957, in einem Hörsaal der Universität Freiburg sahen, empfanden.<sup>47</sup> Denn wir wissen heute, dass in den 1950er Jahren Assistent\_innen bei der Visite des Chefarztes zuweilen stramm standen und dass Patient\_innen nur sprechen durften, wenn sie vom Chef gefragt wurden.<sup>48</sup> In diesem Sinn ist die Filmsequenz ein Spiegelbild zeitgenössischer Medizin, das sich passgenau für die Öffentlichkeitsarbeit der Universität instrumentalisieren ließ.

#### 4. Fazit

Im ersten Teil dieses Beitrags konnte hergeleitet werden, dass sich sowohl die Universitäts- als auch die Wissenschaftsgeschichte aus einer ereignisgeschichtlichen positivistischen Geschichtsbetrachtung herausgearbeitet haben. Eine Wende zu einer kultur- und sozialgeschichtlichen Betrachtungsweise ist dabei vor allem seit den 1990er Jahren zu verzeichnen. Damit konnte festgehalten werden, dass eine Voraussetzung für gemeinsames Arbeiten besteht, obschon zunächst unterschiedliche Bereiche ein und derselben Institution durch die beiden Arbeitsgebiete beforscht werden.

Im zweiten Teil konnte gezeigt werden, wie eine Zusammenarbeit zwischen beiden Bereichen praktisch und inhaltlich vonstattengehen kann. Das Projekt *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit: Die Universität Freiburg, ihre Mediziner und Geisteswissenschaftler (ca. 1945–1970)* hatte sich dieser Zusammenarbeit verschrieben. Festzuhalten waren hier zunächst die Voraussetzungen »interdisziplinärer« Arbeit, die gegeben sein müssen. Diese Voraussetzungen sind die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Treffen in regel-

46 Vgl. Jennifer Stanton: *Supported Lives*. In: *Medicine in the Twentieth Century*. Hg. von Roger Cooter und John Pickstone. Amsterdam 2000, S. 601–615, bes. S. 609–611.

47 Siehe dazu Kopp: *Die Medizinische Fakultät* (Anm. 40), S. 193.

48 Siehe dazu die Darstellung von Werner Schmidt betreffend die Zustände in der Medizinischen Klinik der Universität Gießen in den 1950er Jahren: »Der Assistent hat bei der Visite mit herabhängenden Armen links vom Patienten zu stehen. Die Arme dürfen nur bewegt werden, wenn vom Chef eine Handreichung verlangt wird. [...] Der Kranke hat still zu liegen und darf nur reden, wenn er gefragt wird.« Werner Schmidt: *Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit*. Zürich 1989, S. 267.

mäßigen Abständen mit einer intensiven Diskussion der unterschiedlichen Perspektiven.

Von größerer Bedeutung war aber die Frage, wie nun konkret ein inhaltlicher Ansatz zum Zusammenführen beider Bereiche aussehen könnte. Zwei Beispiele aus dem genannten Projekt konnten dies illustrieren. Es handelt sich um Momentaufnahmen aus der Geschichte der Universität Freiburg nach 1945. Sowohl der Vortrag des Historikers Gerhard Ritters von 1945 als auch die Fernsehpräsentation des Internisten und Hämatologen Ludwig Heilmeyer von 1957, also etwas über zehn Jahre später, sind Schnittstellen von Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. In diesen Momentaufnahmen bündeln sich Überschneidungen in den Interessen und Problemlagen, die beide Bereiche in diesen kurzen Episoden intensiv zusammenführen. In der Analyse der beiden Geschehnisse lassen sich Facetten der jeweiligen zeitgenössischen Bedingungen und Problemstellungen der beiden Bereiche herausdestillieren. Allerdings wird deutlich, welche gemeinsamen Interessen Universität und Wissenschaft zusammenführen. Genauer betrachtet geht es auch darum, welche Wissenschaft genau in welchem historischen Augenblick für die Universität wichtig wird bzw. welche Disziplin einen solchen Augenblick für die eigene öffentliche Repräsentation und universitäre Elevierung nutzen kann. Letztlich wird in diesem Zusammenhang wieder deutlich, dass es Personen sind, die Geschichte machen und dass sich in deren Handeln auch die Bedeutung von Disziplinen und Universität spiegeln.<sup>49</sup>

Abgesehen von einem Plädoyer für den modernen biographischen Ansatz mit seiner kontextuellen Aufarbeitung einer Lebensgeschichte, der sowohl in der Universitäts- als auch in der Wissenschaftsgeschichte erfolgreich durchexerziert wurde,<sup>50</sup> will dieser Beitrag vor allem die Idee stark machen, Fallbeispiele noch intensiver zu nutzen, um im Detail Problemlagen des Verhältnisses von Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zu analysieren. An die mikroskopische Betrachtung schließt sich dann idealiter die makroskopische Betrachtung an, die historisch zurück und nach vorne schaut, um eine Generalisierung der gewonnenen Erkenntnisse für ganze Perioden der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zu überprüfen bzw. zu hinterfragen. Damit bietet sich hoffentlich die

---

49 Personen der Geschichte – Geschichte der Personen. Studien zur Kreuzzugs-, Sozial- und Bildungsgeschichte. Festschrift für Rainer Christoph Schwinges zum 60. Geburtstag. Hg. von Christian Hesse [u. a.]. Basel 2003.

50 Vgl. dazu: Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber. 1868–1934. Eine Biographie. München 1998; oder: Christoph Gradmann: Krankheit im Labor. Robert Koch und die medizinische Bakteriologie. Göttingen 2005. Siehe ferner grundsätzlich zur Biographie und zu deren Bedeutung für die Wissenschaftsgeschichte insgesamt: Christoph Gradmann: Leben in der Medizin. Zur Aktualität von Biographie und Prosopographie in der Medizingeschichte. In: Medizingeschichte (Anm. 19), S. 243–265.

Möglichkeit, weitergehende Erkenntnisse über die Verschränkungen von wissenschaftlichen Inhalten und wissenschaftlichen Institutionen im jeweiligen historischen Kontext zu erlangen.

---

## IV. Fallbeispiele



---

Mitchell G. Ash

## **Die Universitätsgeschichtsschreibung an der Universität Wien im Jubiläumsjahr 2015 – zwischen historischer Reflexion und Eventkultur**

### **Abstract**

In diesem Beitrag werden die universitätshistorischen Arbeiten und Ausstellungen besprochen, die im Rahmen des 650. Jubiläums der Gründung der Universität Wien im Jahre 2015 erschienen sind bzw. präsentiert wurden. In diesem Zusammenhang wird auf das Dilemma von zielgerichtet auf Universitätsfeierlichkeiten entstandenen historiographischen Arbeiten eingegangen und zugleich der Frage nachgegangen, ob es dabei notwendigerweise zum Zielkonflikt zwischen wissenschaftlicher Reflexion und der Logik einer heutzutage allgegenwärtigen Eventkultur kommen muss.

### **Historiography of Universities at the University of Vienna in the Jubilee Year 2015 – In-between historical Reflection and Event Culture**

This paper deals with studies and exhibitions on the history of universities, which were published or presented within the context of the 650th anniversary of the foundation of the University of Vienna in 2015. This enables us to investigate the dilemma of celebrating Universities on one side and conducting necessarily critical scientific investigations on the other side. The question is raised and answered whether a conflict between scientific reflection and today's omnipresent event culture is really unavoidable.

## **1. Einleitung**

Diesen Beitrag beginne ich mit einer nur scheinbar schlicht formulierten Frage: Warum feiern Universitäten Feste? Daran schließt sich eine weitere Frage an: Hat sich an den Gründen für solche Festlichkeiten im Laufe der langen Geschichte der Universitäten etwas geändert? Natürlich kann ich keine definitive Antwort auf diese Fragen an dieser Stelle geben, doch mag die folgende Begebenheit eine Art Anfang in dieser Richtung andeuten: Im September 2015 fand eine Tagung der internationalen Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in Wien über akademische Festkulturen vom Mittelalter bis zur Gegenwart statt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zwischen Inaugurationsfeier und Fachschafts-Party. Akademische Festkulturen zwischen Mittelalter und Gegenwart. Tagung der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsge-

Im Rahmen dieser Tagung, die kurz vor dem Abschluss des umfangreichen Programms zur 650-Jahrfeier der Universität Wien stattfand, hat Richard Kirwan aus Limerick einen spannenden Vortrag zum Thema Print-Kultur und Universitätsfeierlichkeiten im 16. und 17. Jahrhundert gehalten.<sup>2</sup> Am Anfang seines Beitrags gab Kirwan eine Liste der Motivationen zum Besten, die hinter der Abhaltung solcher Feierlichkeiten damals gestanden haben mögen, die sich wie folgt zusammensetzte: um auf sich aufmerksam zu machen, um die Außenwelt wie auch die Angehörigen der eigenen Institution auf deren Bedeutung hinzuweisen bzw. um das externe und interne Publikum von dieser Bedeutung zu überzeugen, um das Gefühl der Zugehörigkeit der Beteiligten zur eigenen Institution zu stärken, um Förderung durch Status- oder Herrschaftsträger einzuwerben und nicht zuletzt aus Angst davor, vergessen zu werden.

Vielleicht beschleicht die Leser\_innen bei der Auflistung dieser Gründe ein gewisses Gefühl der Vertrautheit. Das ist mir damals beim Anhören des Vortrags auch so gegangen. Die frappierende Ähnlichkeit der damaligen zur heutigen Lage liegt auf der Hand – also was hat sich seit der Frühen Neuzeit geändert? Zumindest zweierlei: Erstens ist die Rolle der Studierenden eine andere geworden. An den Universitäten der Frühen Neuzeit waren die Studenten bei solchen Feierlichkeiten bestenfalls Jubelstaffage und/oder Störungsquellen der von der Professorenschaft bzw. der Universitätsleitung veranstalteten Zeremonien. Heute sind sie stärker integriert, jedenfalls der Tendenz nach, wenngleich ihre Rolle bei der Planung solcher Veranstaltungen nach wie vor nicht besonders prominent sein mag. Zweitens haben sich die zur Gestaltung und Vermittlung der Feierlichkeiten mobilisierten Medien und damit zusammenhängend die angesprochenen oder rekrutierten Öffentlichkeiten geändert. Wie grundlegend dieser zweite Wandel von der Mischung aus oraler und Print-Kultur der Frühen Neuzeit zur Multimedialität von heute sein mag, ist aber eine durchaus diskutierbare Frage.

Mit diesem Beispiel möchte ich das grundsätzliche Dilemma solcher Feierlichkeiten, vor allem von Universitätsjubiläen, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart aufzeigen. Solche Feierlichkeiten werden heutzutage häufig als eine Chance für die historische Forschung oder ganz allgemein für wissenschaftlich informiertes Nachdenken über die eigene Institution gesehen. Aber sie werden auch als Chance für die öffentliche Darstellung und damit wohl auch für eine politische bzw. hochschulpolitische Positionierung der Institution wahrge-

---

schichte in Wien, 08.–10.09.2015. Die Tagungsbeiträge sind erschienen in *Akademische Festkulturen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Zwischen Inaugurationsfeier und Fachschaftsparty*. Hg. von Martin Kintzinger [u. a.]. Basel 2019 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 15).

2 Richard Kirwan: *Ephemeral No More. University Festivals, Print and the Pull of Posterity*. In: *Akademische Festkulturen vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Anm. 1), S. 179–194.

nommen. Diese beiden Perspektiven müssen sich nicht unbedingt widersprechen, schließlich hat die Opportunitätswahrnehmung der Historiker\_innen mit der Hoffnung auf eine erhöhte Aufmerksamkeit für ihre Arbeit zu tun, die mit der öffentlichen Medienarbeit im Rahmen der Feierlichkeiten zu erreichen sein mag. Auf der anderen Seite sehen sich die Organisator\_innen solcher Jubiläumsveranstaltungen im sogenannten Medienzeitalter bemüht, sich den Möglichkeiten und Forderungen der neuen Medien, aber auch und vor allem den faktischen oder vermeintlichen Imperativen dessen, was heute Eventkultur genannt wird, zu stellen.<sup>3</sup> Das geht zuweilen so weit, dass erfahrene Medienleute für die Arbeit an solchen Jubiläen eigens angestellt werden. In Wien war das der Fall, wie weiter unten zu schildern sein wird. Die Wissenschaft arbeitet aber angeblich am besten im Stillen, fernab des Marktgeschreis der Eventkultur, und sie unterstellt sich ungern den strengen Zeitplänen, die bei Eventplanungen gängig und auch nötig sind. Somit ergibt sich also doch die Frage danach, ob historische oder historisch informierte Reflexion und die für heutige Universitätsjubiläen prägende Eventkultur unbedingt Gegensätze sein müssen. Genauer gefragt: Muss sich die historische oder jegliche wissenschaftliche Reflexion der Institution Universität unbedingt opportunistisch an Ereignisse anhängen und damit das Risiko eingehen, sich von den vermeintlichen Imperativen der Eventkultur bzw. der Öffentlichkeitsarbeit vereinnahmen zu lassen?

Das Beispiel der im März 2015 begonnenen und im Oktober desselben Jahres abgeschlossenen 650-Jahrfeier der Universität Wien – die mit ihrer Gründung laut Stiftungsurkunde im März 1365 immerhin die zweitälteste Universität (nach Prag) im mittleren Europa wurde und jetzt die älteste deutschsprachige Universität ist – zeigt das Spannungsverhältnis in aller Klarheit auf. Es verdeutlicht aber auch, dass dieses nicht unbedingt zu einem Grundwiderspruch führen muss. Im Folgenden möchte ich dieses Beispiel in aller Kürze entlang mehrerer Thematiken besprechen. Die Funktionen historischer Themen im Jubiläumsprojekt insgesamt, der Aufbau und die Inhalte der vier in der Buchreihe *650 Jahre Universität Wien* erschienenen Bände, in denen die Ergebnisse der historischen Forschung im Rahmen des Jubiläums größtenteils festgehalten wurden und als Pendant dazu die Rolle historischer Themen im Eventkonzept. Daran anschließend möchte ich, wiederum in aller Kürze, Ergebnisse aus alledem im Umriss skizzieren, und zwar, dem Anlass des vorliegenden Bandes entsprechend, mit Schwerpunkt auf dem Wiederaufbau der Wiener Universität unter stark geänderten politischen Rahmenbedingungen nach 1945. Zum Ab-

---

3 Zum Begriff »Eventkultur« und zur Kontextualisierung des Trends vgl. Event-Kultur. Ereigniskonsum als Abwehrritual in der globalisierten Gesellschaft. Hg. von Wolfgang Schmidbauer und Harald Pühl. Berlin 2007.

schluss kehre ich dann zur eingangs formulierten Frage nach der Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Reflexion und Eventkultur zurück.

## 2. Das Jubiläumsprojekt – die Funktionen historischer Themen

Das herannahende 650. Jubiläum der heute ältesten deutschsprachigen Universität hat wohl schon lange auf dem Radarschirm des dortigen Rektorats gestanden, doch drängten zunächst wichtigere Aufgaben, vor allem die Umstellung auf die Vollrechtsfähigkeit, d. h. die juristische Selbstständigkeit der Universität seit dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes (UG) 2002 und die damit zusammenhängende Erstellung einer neuen Satzung mit neuen Governance-Strukturen, darunter mehreren neuen Fakultäten. Möglicherweise bestand zudem eine gewisse Zurückhaltung seitens des damals amtierenden Rektors Georg Winkler dagegen, große Konzepte für das Jubiläum auf die Schiene zu setzen, die seinen Nachfolger verpflichten würden. Nach dem Beginn der Amtszeit des derzeitigen Rektors Heinz Engl im Oktober 2011 wurde eine Projektgruppe für das Jubiläum im Rektorat geschaffen. Ein Eventkonzept *650 Jahre Universität Wien* existierte bereits Ende 2011. Seit Anfang 2012 tagte regelmäßig das Program Advisory Board, geleitet vom emeritierten Professor für Cytologie und Genetik Dieter Schweizer, mit Vertreter\_innen der Fakultäten und Zentren sowie des Veranstaltungsmanagements, des Bibliothekswesens und des Alumni-Verbandes.<sup>4</sup> Angesichts der üblichen Vorlaufzeit zur Vorbereitung derartiger Eventkomplexe ging das Ganze also reichlich spät los.

Für Aktivitäten im Jubiläumsjahr wurden insgesamt ca. 2,8 Mio. Euro budgetiert. Das klingt nach viel Geld, stellt aber 0,6 % des Gesamtetats der Universität Wien für das Jahr 2015 dar. Circa eine Million Euro Sponsorengelder kamen bis Ende 2015 hinzu. Damit konnte eine Vielzahl an Events finanziert werden, darunter die feierliche Eröffnung des Jubiläumsjahres am Gründungstag selbst, unmittelbar gefolgt von einer internationalen Tagung über den Stand und die Zukunft der Universitäten als globale Institutionen mit lokaler Auswirkung, ein Abschlussbankett am 23. Oktober 2015 im Festsaal des Wiener Rathauses, und dazwischen allerlei Weiteres: ein Campus-Fest für die Mitarbeiter\_innen, ein Science Fair, genannt Fest der Wissenschaften, ebenfalls auf dem Campus (dem Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien, an dem heute mehrere geisteswissenschaftliche Institute der Universität untergebracht sind), eine Junior University und vieles mehr. Aus den ersten Beratungen des Program Advisory Board sind verschiedene Ideen hervorgegangen, die in das Gesamt-

---

4 Der Transparenz halber sei offen gelegt, dass der Autor dieses Beitrags als Vertreter der Universitätshistoriker Mitglied dieses Beirats war.

konzept aufgenommen und auch realisiert wurden. Mehrere frauenorientierte Projekte waren darunter, die im Schwerpunkt Geschlechtergerechtigkeit gebündelt wurden.<sup>5</sup> Alles in allem kam eine beeindruckend bunte Mischung medienwirksamer Ergebnisse zusammen.<sup>6</sup> Einige der an der Universität tätigen Gruppierungen konnten ihre Interessen einbringen. Damit wurde eines der oben erwähnten Bedürfnisse hinter solchen Feierlichkeiten – die Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit innerhalb der Institution – angesprochen. An der derzeit größten Universität im deutschsprachigen Raum mit rund 93.000 Studierenden und ca. 9.700 Mitarbeiter\_innen ist das keinesfalls eine unwichtige Angelegenheit.

Historisch orientierte Projekte waren von Anfang an Teil der Eventplanung. Damit stellt sich die Frage, ob und wie sich die Geschichtswissenschaft bzw. die Universitätsgeschichtsschreibung hier einbringen konnten. Schon mehrere Jahre vor der Bildung des Program Advisory Boards hatten sich Historikergruppen gebildet, zunächst ohne Mandat von außen, mit der Absicht, Projekte für das Jubiläumsjahr zu organisieren. Die prominenteste dieser Gruppen war das Forum Zeitgeschichte der Universität Wien,<sup>7</sup> geleitet von Friedrich Stadler, seit 1995 Leiter des von ihm gegründeten, zunächst außeruniversitären Instituts Wiener Kreis und seit 2006 Professor für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsphilosophie. Neben dem Forum gab es eine zunächst informell tagende Arbeitsgruppe mit einem breiteren Zeithorizont, darunter Historiker\_innen des Mittelalters und der Neuzeit, die sich erst später mit dem Forum zusammenschloss. Aus dieser Verbindung entstand die Kommission zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Universität Wien, die mit dem damaligen Rektor Georg Winkler besprochen, aber erst von seinem Nachfolger Heinz Engl formell beauftragt wurde. Bis zum Jubiläum selbst fanden insgesamt 29 Sitzungen dieser Kommission statt, die allesamt durch Herbert Posch und Katharina Kniefacz vom Forum Zeitgeschichte penibel protokolliert wurden.

Während der genannten Vorlaufzeit wurde ein erstes Konzept für eine fundierte Buchreihe zur Universitätsgeschichte von der erwähnten informellen Arbeitsgruppe erarbeitet und Rektor Winkler vorgelegt. Dieses sah vier Bände vor, die zwar chronologisch aufgebaut, aber thematisch untergliedert werden

---

5 Siehe hierzu <https://medienportal.univie.ac.at/presse/aktuelle-pressemitteilungen/detailansicht/artikel/650-jahr-jubilaeum-schwerpunkt-geschlechtergerechtigkeit-ausstellung-radical-busts-ist-auftakt-fuer> (abgerufen am 26.06.2018).

6 Für einen schnellen Überblick ohne Einzelheiten siehe das Video Das Jubiläumsjahr im Rückblick – Best of 650. Universität Wien, URL: <https://medienportal.univie.ac.at/videos/650-jahr-jubilaeum/detailansicht/artikel/best-of-650-highlights-eines-jubilaeumsjahrs> (abgerufen am 26.06.2018).

7 Vgl. Forum »Zeitgeschichte der Universität Wien«, URL: [www.forum-zeitgeschichte.univie.ac.at](http://www.forum-zeitgeschichte.univie.ac.at) (abgerufen am 23.04.2018).

sollten. Themen wie das Verhältnis der Universität zur Stadt Wien, zur katholischen Kirche und zur Monarchie bzw. zum österreichischen Staat, die soziale Zusammensetzung und Mobilität der Professorenschaft wie der Studierenden, die Zirkulation der Absolvent\_innen in der Region wie in der Habsburgermonarchie und vieles mehr sollten möglichst in allen Bänden behandelt werden und das Ganze dadurch an Kohärenz gewinnen. Leider lehnte Rektor Winkler das Konzept als »zu historisch« (seine Worte) ab. Damit war die Vorstellung einer geschlossenen Aufarbeitung der langen Geschichte der Universität auf der Grundlage gegenwärtiger internationaler Standards der Universitätsgeschichtsschreibung aus der Welt.

Ein alternatives Konzept legte Friedrich Stadler im Namen des Forums Zeitgeschichte der Universität Wien kurz darauf vor, das mehrere Elemente aus dem ersten Konzept enthielt, den Aufbau aber umstellte. Dieses sah wieder vier Bände vor, doch diese sollten thematisch orientiert und alle auf den Zeitraum von 1848 bis zur Gegenwart bezogen werden. Die Rede war und blieb dabei von einem »langen 20. Jahrhundert«. Dieses Konzept wurde von Rektor Winkler angenommen, doch blieben die Publikationsmodalitäten vorerst ebenso ungeklärt, wie die Frage, wer mit welchen Mitteln den vielen noch offenen Forschungsfragen, die für die Universitätsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert bestanden, nachgehen sollte. Beide Rektoren gingen davon aus, dass dies durch Drittmittelprojekte geschehen sollte und stellten vom Rektorat aus keine Forschungsgelder zur Verfügung. Für die sinnvolle Einwerbung von Drittmitteln war die Zeit bis zum Jubiläum allerdings denkbar knapp. Ein Antrag auf einen Sonderforschungsbereich wurde erwogen, doch aufgrund des Verhältnisses von Aufwand und Ablehnungsrisiko bald verworfen. Einige Einzelprojekte konnten mit einer geringfügigen Anlauffinanzierung aus Mitteln der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät unterstützt werden. Doch am Ende beruhten die meisten Beiträge der vier Bände, die im folgenden Abschnitt dieses Beitrags kurz geschildert werden sollen, im Wesentlichen auf der eigenen Forschungsarbeit der jeweiligen Autor\_innen.

Immerhin unterstützte das Rektorat die personelle und operative Infrastruktur des Unternehmens durch eine Finanzierung des Forums Zeitgeschichte der Universität Wien. Das Rektorat stellte auch Mittel für die Publikation der geplanten Bände aus dem oben genannten Budget in Aussicht. Die Verlagssubvention erfolgte jedoch am Ende durch kurzfristig gewährte Mittel des Jubiläumsfonds der österreichischen Nationalbank. Die Bände konnten immerhin pünktlich zum Erscheinungstermin im Juni 2015 vorgelegt werden. Sie waren sofort und sind noch immer für Studierende und Mitarbeiter\_innen der Universität online kostenlos verfügbar und haben dadurch auch in Lehrveranstaltungen Verwendung gefunden. Die Präsentation der Bände erfolgte am 22. Juni 2015 im Rahmen einer kleinen Tagung unter Einbeziehung mehrerer Mitglieder

des International Scientific Advisory Boards der Schriftenreihe, eines der Events im Konzept der oben genannten Planungskommission. Bevor ich auf die Rolle solcher historischen Projekte im Gesamtrahmen der Feierlichkeiten näher eingehe, möchte ich den Aufbau und die Inhalte dieser Bände kurz umreißen.<sup>8</sup>

### **3. 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert – Bemerkungen zum Aufbau der Bände**

Wie oben bereits angedeutet, legte sich die Wiener Kommission von Beginn des Unternehmens an auf ein Konzept fest, das jenseits der beiden üblichen Organisationsmuster derartiger Reihen lag. So sind die Bände weder chronologisch noch nach Fakultäten oder Disziplinen, sondern vielmehr thematisch nach unterschiedlichen Zugängen zur Universitätsgeschichte geordnet. Dieses Konzept wurde wie gesagt durch das Rektorat, aber auch durch die Mitglieder des 2012 konstituierten International Scientific Advisory Boards mit Expert\_innen aus Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Wissenschaftsphilosophie und Hochschulforschung befürwortet. Vorsitzender des Beirats war der Nestor der europäischen Universitätsgeschichte Walter Rüegg, der es sich auch im hohen Alter nicht nehmen ließ, zur Abhaltung einer Keynote-Ansprache bei der konstituierenden Sitzung im Juni 2012 nach Wien zu kommen. In der Folge sorgten mehrere Mitglieder des internationalen Beirats für das Peer Review der einzelnen Beiträge.

#### **3a.) Band I: Universität – Forschung – Lehre<sup>9</sup>**

Der erste Band der Reihe richtet den Blick vor allem auf die im Abstract sogenannte epistemische und wissenschaftsimmanente Ebene der Universitätsgeschichte seit 1848. In epochenübergreifenden Längsschnittanalysen sowie in exemplarischen Fallstudien werden Beziehungen zwischen Bildung und Ausbildung, Forschung und Lehre, reiner und angewandter Wissenschaft sowie die Institutionalisierung, Verwissenschaftlichung und Ausdifferenzierung der Disziplinen bis hin zur gegenwärtigen »knowledge society« beleuchtet. Schwerpunkte bilden die »Streite der Fakultäten« von Kant bis Bourdieu und die Aus-

---

<sup>8</sup> Für kurze Informationen zum Konzept der Reihe und ein Link zu den Inhaltsverzeichnissen der Bände vgl.: Publikationen 2015. Universität Wien, URL: [www.forum-zeitgeschichte.uni.wie.ac.at/hist650/publikationen-2015](http://www.forum-zeitgeschichte.uni.wie.ac.at/hist650/publikationen-2015) (abgerufen am 23.04.2018).

<sup>9</sup> 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 1: Universität – Forschung – Lehre. Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert. Hg. von Katharina Kniefacz, Elisabeth Nemeth, Herbert Posch und Friedrich Stadler. Göttingen, Wien 2015.

differenzierung wissenschaftlicher Disziplinen, speziell der Philosophie, aber auch der Natur-, Sozial- und Rechtswissenschaften sowie disziplinübergreifende Felder, wie die Raumforschung im 19. und 20. Jahrhundert. Unter dem Aspekt Bildung und Ausbildung werden akademische Grade und Berufsberechtigungen, die Rolle der Universität in der Wiener Volksbildungsbewegung, aber auch Gender-Dimensionen sowie die Einwirkung neuer Informationstechnologien auf Lehre und Forschung historisch behandelt. Mehrere Beiträge thematisieren auch politische Dimensionen dieses Themenfelds, beispielsweise Anspruch und Wirklichkeit universitärer und wissenschaftlicher Autonomie.

### 3b.) Band II: Universität – Politik – Gesellschaft<sup>10</sup>

Dieser Band behandelt die vielfältige Beteiligung von Lehrenden und Studierenden der Universität Wien sowie der Universität als Institution in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von 1848 bis zur Gegenwart. Das fehlende »und« im Bandtitel ist dabei als Programm zu begreifen, denn hier wird die früher gängige Sicht von Politik und Gesellschaft als außerhalb der Universität befindlichen Größen abgelehnt. Dementsprechend behandeln die Beiträge sowohl die Machtverhältnisse und sozialen wie wirtschaftlichen Hierarchien innerhalb der Universität als auch die Rolle der Universität und ihrer Angehörigen im Rahmen der nämlichen Verhältnisse außerhalb der Institution. Im ersten Teil des Bandes werden die Universität Wien in den politischen Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts, exemplarische Karrieren der vielen politisch tätigen Wiener Universitätsprofessor\_innen sowie Querschnittsthemen, wie die Rolle der katholischen Kirche am Beispiel der Katholisch-Theologischen Fakultät und die Wandlungen im Hochschulrecht seit 1848 und ihre Folgen für die Status- und Machtverhältnisse innerhalb der Universität, besprochen. Im zweiten Teil des Bandes dominieren Längsschnittanalysen der sozialen In- und Exklusion von Studierenden, der geographischen und sozialen Mobilität von Professoren im 19. Jahrhundert, der Karriereumbrüche und Kontinuitäten der Lehrenden in den Diktaturen der 1930er und 1940er Jahre und nach 1945 sowie der Wandel und die Kontinuitäten im Übergang zur sogenannten »Massenuniversität« seit den 1970er Jahren.

---

10 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 2: Universität – Politik – Gesellschaft. Hg. von Mitchell G. Ash und Josef Ehmer. Göttingen, Wien 2015.

3c.) Band III: Reichweiten und Außensichten<sup>11</sup>

Dieser Band nimmt neue Entwicklungen der Wissensgeschichte zum Ausgangspunkt, um die Geschichte der Universität Wien aus sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive zu beleuchten. Dabei werden Schlaglichter geworfen auf die Rolle der Universität in der Konstruktion verschiedener historischer Identitäten, auf die (diskriminierenden) Aspekte der Universitätspolitik sowie auf die Entwicklung spezifisch gesellschaftlicher Expertise und wissenschaftlicher Innovation. Ursprüngliche Absicht war eine Abkehr von konventionellen Darstellungen der Außenbeziehungen der Universität. Stattdessen sollten Blicke von außen auf die Institutionen von mehreren Standpunkten und Perspektiven aus die Analyse bestimmen. Obwohl sich mehrere der angedachten Beiträge nicht realisieren ließen, konnte dieser Anspruch wenigstens teilweise aufrechterhalten werden, beispielsweise in den Beiträgen über die Repräsentation des »Vielvölkerstaats« der Monarchie, in den Texten zur Universität sowie zu den antisemitischen Kämpfen an der Universität während der Zwischenkriegszeit.

3d.) Band IV: Reflexive Innenansichten einer Universität<sup>12</sup>

Der vierte Band, intern »Fakultätenband« genannt, hatte von Anfang an eine Sonderstellung. So konnten nach Vorstellung der Kommission Vertreter der 18 Fakultäten und zwei Forschungszentren der Universität über den bereits 2011 eingerichteten, universitätsinternen wissenschaftlichen Beirat ins Projekt einbezogen und ihnen Raum zum Einbringen eigener Ideen gegeben werden, während die eigentlichen Universitätshistoriker die übrigen Bände in einer Art Arbeitsteilung organisierten. Zur freudigen Überraschung aller erwiesen sich die vier Herausgeber des vierten Bandes, die aus verschiedenen Fakultäten kamen und als Mitglieder der Kommission deren ohnehin multidisziplinäre Zusammensetzung verstärkten, als durchaus willens und in der Lage, alles andere als eine konventionelle Lehrstuhlgeschichte oder Leistungsschau anzusteuern. Stattdessen wurden Analysen der historischen Bedingtheiten und Wirkungen wissenschaftlichen Handelns aus der Sicht individueller Fachgebiete

---

11 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 3: Reichweiten und Außensichten. Die Universität Wien als Schnittstelle wissenschaftlicher Entwicklungen und gesellschaftlicher Umbrüche. Hg. von Margarete Grandner und Thomas König. Göttingen, Wien 2015.

12 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 4: Reflexive Innenansichten aus der Universität. Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Hg. von Karl Anton Fröschl, Gerd B. Müller, Thomas Olechowski und Brigitta Schmidt-Lauber. Göttingen, Wien 2015.

angestrebt. Aus Platzgründen war es nicht möglich, die gesamte Vielfalt der an der Universität Wien vertretenen Disziplinen in den Band aufzunehmen. Sehr zu bedauern war es, dass die medizinischen Fächer lediglich indirekt über die Lebenswissenschaften behandelt wurden, weil der diesbezügliche, in Kooperation mit der nunmehr getrennt bestehenden Medizinischen Universität Wien geplante Beitrag zur Geschichte der Medizinischen Fakultät nicht realisiert wurde. Gleichwohl mag es nachvollziehbar sein, dass gerade dieser Band für den Rektor als Geschenkobjekt für auswärtige Besucher fungiert, anstelle eines ursprünglich geplanten, aber ebenfalls nicht realisierten, historischen Bildbandes. So hartnäckig hält sich die tradierte Vorstellung von Universitätsgeschichte als Eigenprodukt und Selbstdarstellung ihrer Fakultäten! Das ging allerdings in diesem Fall auf Kosten der Sichtbarkeit der anderen drei Bände, was mich zum nächsten Thema bringt.

#### 4. Geschichtliches im Eventkonzept

Es wäre ungerecht und auch verzerrend, die eben beschriebenen vier Bände als die einzigen universitätshistorischen Beiträge im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten zu behandeln. Im Rahmen des Eventkonzepts der zentralen Rektoratskommission waren nämlich weitere historische Buchprojekte sowie mehrere Ausstellungen historischen Inhalts vorgesehen.<sup>13</sup> Insbesondere die Ausstellungen können zusammengenommen sehr wohl als Verbindungen von historischer Reflexion und Eventkultur betrachtet werden. Diese möchte ich nun in chronologischer Reihenfolge kurz besprechen.

Als erste der Serie wurde vom 6. März bis zum 3. Mai 2015 eine von der Kunsthistorikerin Heidrun Rosenberg kuratierte Ausstellung von Objekten aus den Gründungsjahren der Universität im Prunksaal der Nationalbibliothek mit dem Titel *Wien 1365. Eine Universität entsteht* gezeigt.<sup>14</sup> Neben Beiträgen zum Stifter Erzherzog Rudolf (1339–1365), zur Stiftungsurkunde und zu den Beziehungen der Universität zu den Klöstern, Bibliotheken und Schulen in Wien und Umgebung wurden Aspekte studentischen Lebens, jüdische Gelehrtenkultur

---

13 Vgl. Julia Rüdiger: Die monumentale Universität. Funktionaler Bau und repräsentative Ausstattung des Hauptgebäudes der Universität Wien. Wien 2015; Stätten des Wissens. Die Universität Wien entlang ihrer Bauten 1365–2015. Hg. von Julia Rüdiger und Dieter Schweizer. Wien 2015; sowie insbesondere die Sammlung historisch fundierter fiktiver Beiträge in: 1365–2015–2065. Etwas andere Geschichten der Universität Wien. Hg. von Marianne Klemun [u. a.]. Wien 2015.

14 Zur Ausstellung erschien ein reichlich bebildeter Katalog: *Wien 1365. Eine Universität entsteht*. Hg. von Heidrun Rosenberg und Michael Viktor Schwarz. Wien 2015.

sowie auch wissens-, wissenschafts- sowie medizinhistorische Themen der Zeit vom späten 14. bis zum 16. Jahrhundert angesprochen.

Parallel hierzu setzte sich vom 17. März bis in den Juni eine Wanderausstellung mit dem Titel *Bedrohte Intelligenz* konkret mit dem Antisemitismus an der Universität seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und dessen Folgen bis hin zur Vertreibung der Lehrenden und Studierenden jüdischer Herkunft nach der NS-Machtübernahme 1938 auseinander.<sup>15</sup> Die Eröffnung der Ausstellung im Großen Festsaal des Hauptgebäudes mit einem Hauptvortrag des Wissenschaftsjournalisten und Wissenschaftshistorikers Klaus Taschwer war stark besucht. Statt eines konventionellen Katalogs erschienen Materialien zur Ausstellung in einer Broschüre, die – dem Hauptmedium jener Zeit getreu – auf Zeitungspapier gedruckt wurde.

Ebenfalls außerhalb der Universität, wie die Ausstellung zur Entstehungsgeschichte, wurde vom 6. Mai 2015 bis zum 10. Januar 2016 eine kleine Ausstellung mit dem Titel *Das Wissen der Dinge* im Naturhistorischen Museum Wien gezeigt. Kuratiert wurde sie von Claudia Feigl, der für die Universitätssammlungen zuständigen Mitarbeiterin an der Universitätsbibliothek.<sup>16</sup> Die Schau stellte eine kreative Verbindung von Wissens- und Objektgeschichte vom 18. bis ins 21. Jahrhundert dar, mit virtuellen Erweiterungen durch computergrafische Bildsequenzen. Der Schwerpunkt lag dem Ausstellungsort gemäß auf naturwissenschaftlichen Objekten, wie den berühmten Glasfiguren der Brüder Blaschke aus dem 19. Jahrhundert, von denen die Universität die drittgrößte Sammlung weltweit besitzt.<sup>17</sup>

Im Sommer lief eine kleinere, von Ingeborg Schemper-Sparholz aus dem Institut für Kunstgeschichte betreute Ausstellung über Professorendenkmäler an der Universität, die aus dem vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderten Projekt *Ge(l)ehrte Köpfe. Ikonografie und Stellenwert der Denkmäler im Arkadenhof des Hauptgebäudes der Universität Wien* hervorgegangen ist.<sup>18</sup> Ebenfalls bau- und denkmalgeschichtlich orientiert war eine kleine Ausstellung im Institut für Zeitgeschichte zur Geschichte des in den 1990er

---

15 »Bedrohte Intelligenz«: Eine Ausstellung an der Universität Wien, URL: <https://medienportal.univie.ac.at/uniview/veranstaltungen/detailansicht/artikel/bedrohte-intelligenz-eine-ausstellung-an-der-universitaet-wien/> (abgerufen am 23.04.2018).

16 *Das Wissen der Dinge*. Naturhistorisches Museum Wien, URL: [http://www.nhm-wien.ac.at/ausstellung/archiv/das\\_wissen\\_der\\_dinge](http://www.nhm-wien.ac.at/ausstellung/archiv/das_wissen_der_dinge) (abgerufen am 23.04.2018).

17 Bereits zwei Jahre früher, vom 11.04. bis zum 27.10.2013, wurde die Ausstellung »Gelehrte Objekte? Wege zum Wissen. Aus den Sammlungen der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien« am Wiener Museum für Volkskunde gezeigt, kuratiert von Marianne Klemun.

18 Als Projektergebnis ist ein Wiki zu den Denkmälern unter dem Namen *u:monuments* entstanden: URL: <https://monuments.univie.ac.at/index.php?title=Hauptseite> (abgerufen am 23.04.2018).

Jahren entstandenen Universitätscampus auf dem Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses, die vom 29. April 2015 bis zum 18. März 2016 präsentiert wurde.<sup>19</sup> Der Fokus der Ausstellung lag auf heutigen erinnerungspolitischen Aspekten der Raumgestaltung und deren Bezügen zur baulichen Vergangenheit des Geländes.

Die Hauptausstellung des Eventjahres wurde unter dem Titel *Der Wiener Kreis. Exaktes Denken am Rande des Untergangs* vom 20. Mai bis zum 31. Oktober in den frisch renovierten ehemaligen Räumen des Hochschulsportzentrums im Keller des Hauptgebäudes präsentiert.<sup>20</sup> Kuratiert wurde sie von Friedrich Stadler und dem Mathematiker Karl Sigmund mithilfe von Architekten und Medienexperten wie Peter Weibl. Die inhaltliche Schnittmenge der Ausstellung zur Geschichte der Universität Wien im engeren Sinne war, abgesehen von den Ahnherren Ernst Mach (1838–1916) und Ludwig Boltzmann (1844–1906) und den beiden führenden Professoren Hans Hahn (1879–1934) und Moritz Schlick (1882–1936), nicht allzu groß; viele Mitglieder der Gruppe wurden erst im Exil Professoren. Umso aufschlussreicher war der Fokus auf die außerhalb der Universität aktiven Zirkel. Und umso triumphaler fiel die symbolische Aufnahme und Rückkehr des »Wiener Kreises« im Jubiläumsjahr der Alma Mater Rudolphina als akademische Würdigung mit starker Medienrezeption aus.<sup>21</sup> Der Begleitband von Karl Sigmund *Sie nannten sich der Wiener Kreis. Exaktes Denken am Rande des Untergangs* erhielt positive Besprechungen im In- und Ausland und wurde zum wissenschaftlichen Buch des Jahres nominiert.<sup>22</sup>

Parallel zu alledem gab es mehrere Projekte zur Außenbetrachtung der Universitätsgeschichte in dieser Zeit, die erwartungsgemäß die dunklere Seite der Vergangenheit fokussierten, wie dies auch mehrere der eben genannten Ausstellungen taten. Nur zwei Beispiele seien hier genannt:

Das flüssig geschriebene Buch des Wissenschaftsforschers und Wissenschaftsjournalisten Klaus Taschwer *Hort des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert* erschien genau zeitgleich mit den oben

19 Auch zu dieser Ausstellung erschien ein Katalog: Vom AKH zum Uni-Campus. Achse der Erinnerung. Hg. von Herbert Posch. Wien 2015.

20 Anstatt eines Katalogs erschien am Ende der Ausstellung ein Text- und Bildband zum Thema: Der Wiener Kreis. Texte und Bilder zum Logischen Empirismus. Hg. von Christoph Limbeck-Lilienau und Friedrich Stadler. Wien 2015.

21 Für Bilder und Berichte hierzu vgl. Der Wiener Kreis. Exaktes Denken am Rande des Untergangs. Bilder und Berichte, URL: <https://www.univie.ac.at/AusstellungWienerKreis> (abgerufen am 23.04.2018).

22 Karl Sigmund: *Sie nannten sich der Wiener Kreis. Exaktes Denken am Rande des Untergangs*. Wiesbaden 2015; Ders.: *Exact Thinking in Demented Times. The Vienna Circle and the Epic Quest for the Foundations of Science*. With a Preface by Douglas Hofstadter. New York 2017.

erwähnten vier universitätshistorischen Bänden.<sup>23</sup> Kapitel daraus erschienen auch in den Bänden der Reihe oder wurden vorab im Internet publiziert und in Beiträgen der Reihe zitiert. Taschwer dokumentiert hier die Existenz und Wirkung eines konspirativen Professorenkreises, der sich seit den frühen 1920er Jahren an der Philosophischen Fakultät wirksam gegen die Habilitierung jüdischer Wissenschaftler\_innen einsetzte, sowie die Bedeutung außeruniversitärer Vereine, vor allem des sogenannten »Deutschen Clubs«, als Pole eines deutsch-nationalen Netzwerks, welches im Jahr 1938 Personal für die Besetzung der Universitätsleitungsstellen bereitstellen konnte. Als Pendant dazu schildert er eindrucksvoll die Leidenswege mehrerer verfolgter Universitätsangehöriger jüdischer Herkunft. Die Frage danach, ob die hier formulierte Negativteleologie eines Kausalzusammenhangs zwischen dem wachsenden, zunehmend gewalttätigen studentischen Antisemitismus sowie der ebenfalls zunehmenden strukturellen Verankerung antisemitischer Diskriminierung an der Universität und der qualitative Niedergang der Institution insgesamt in dieser Stringenz tatsächlich aufrechtzuerhalten ist, muss an anderer Stelle behandelt werden.

Die Ausstellung *Die Universität – eine Kampfzone* wurde im Jüdischen Museum der Stadt Wien im November des Jubiläumsjahres eröffnet und lief bis März 2016.<sup>24</sup> Der reichlich bebilderte Katalogband zur Ausstellung verbindet eindrucksvoll Überblicksdarstellungen der Geschichte jüdischer Studierender und Lehrender an der Universität vom 19. Jahrhundert bis nach 1945, Dokumentationen von Medienberichten und Erinnerungen der Kämpfe um die Universität vor und nach dem Ersten Weltkrieg sowie der Vertreibung ab 1938, Analysen von Einzelthemen wie der Geschichte der Judaistik und die Wiedergabe einer Reihe reflektierender Podiumsdiskussionen zum Themenfeld. Bemühungen um Selbstbehauptung seitens der jüdischen Universitätsangehörigen – bis hin zur Gründung eigener schlagender Studentenverbindungen – kommen dabei nicht zu kurz.<sup>25</sup>

## 5. Ergebnisse – nach 1945

Im Einklang mit dem Thema dieses Bandes, also mit der Frage der Zeitgeschichte nach 1945 als Herausforderung, greife ich nun lediglich einige der Befunde aus der jubiläumsbezogenen historischen Forschung zu diesem Zeitraum heraus, die in den oben besprochenen vier Bänden festgehalten werden. Das Stichwort

---

23 Klaus Taschwer: *Hort des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien*. Wien 2015.

24 *Die Universität. Eine Kampfzone*. Jüdisches Museum Wien, URL: [www.jmw.at/de/exhibitions/die-universitaet-eine-kampfzone](http://www.jmw.at/de/exhibitions/die-universitaet-eine-kampfzone) (abgerufen am 23.04.2018).

25 *Die Universität. Eine Kampfzone*. Hg. von Werner Hanak-Lettner. Wien 2016.

hierzu lautet: Wien war anders als das besetzte Deutschland, aber doch nicht ganz!

Ein Schlüsselereignis war die Wiedereröffnung der Universität, die schon im April 1945 geschah. Die Aufnahme des Studienbetriebs begann bereits im Mai und Juni, obwohl das Hauptgebäude und mehrere andere Gebäude der Universität von Bombentreffern sowie von den Folgen des kurzen, aber heftigen Kampfes um Wien schwer beschädigt waren. Was hier erstaunen mag, ist, dass die Wiedereröffnung mit ausdrücklicher Genehmigung der sowjetischen Besatzungsmacht geschah, die zu jener Zeit und fortan bis zum Oktober 1945 in Wien alleine herrschte. In Berlin nahmen die Sowjets bekanntlich eine entgegengesetzte Haltung ein – die Berliner Universität musste erst gesäubert werden, bevor sie 1946 wiedereröffnet werden durfte.<sup>26</sup> Wien war in dieser Hinsicht doch anders, aber warum? Laut neuerer Forschung war die Strategie der österreichischen Kommunisten, mithilfe des Schlagworts »Österreich« die vormaligen von den Nationalsozialisten geschassten katholischen Kräfte als Verbündete zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam gegen die »Reichsdeutschen« und Deutschnationalen vorzugehen.<sup>27</sup> Mangels Zugang zu den relevanten Archivalien kann weder bestätigt noch widerlegt werden, ob dies der Position der sowjetischen Besatzer entsprach. Hinzu kam die Haltung der Amerikaner, die im Stichwort »Austria for the Austrians« ihren Ausdruck fand und als eine merkwürdige Art der Demokratieförderung begriffen worden zu sein scheint.<sup>28</sup>

In der Folge ging die Entnazifizierung der Lehrenden bei laufendem Betrieb unter dem Druck einer wegen der zurückkehrenden Soldaten rasant steigenden Frequenz vonstatten.<sup>29</sup> Gleichwohl scheint die Entnazifizierung des Lehrkörpers zunächst überraschend streng verlaufen zu sein. Das lag u. a. an der gesetzlich verfügbaren Entlassung der »Reichsdeutschen«, die keine wissenschaftspolitische Maßnahme, sondern eine Folge des Gesetzes »zur Wiederherstellung österreichischen Beamtentums«<sup>30</sup> vom August 1945 war. Doch tat sich für die »öster-

26 Vgl. hierzu Reimer Hansen: Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität zu Berlin. In: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. Hg. von Konrad H. Jarausch [u. a.]. Berlin 2012, S. 17–124, hier S. 44f., 65f.

27 Oliver Rathkolb: Die Universität Wien und die »Hohe Politik« 1945–1955. In: Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Hg. von Oliver Rathkolb [u. a.]. Innsbruck 2005, S. 38–53, hier S. 42.

28 Vgl. hierzu im Detail Christian H. Stifter: Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration. US-amerikanische Planungen zur Entnazifizierung und demokratischen Neuorientierung österreichischer Wissenschaft 1941–1955. Wien 2014.

29 Zum Folgenden vgl. Mitchell G. Ash: Die Universität Wien in den politischen Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts. In: 650 Jahre Universität Wien, Bd. 2 (Anm. 10), S. 142–151, sowie die dort zitierten Quellen und Literatur.

30 Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, Stück 31, Nr. 134, S. 173–175. Auch online: [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945\\_134\\_0/1945\\_134\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_134_0/1945_134_0.pdf) (abge-

reichischen« Parteimitglieder durch eine Ausnahmebestimmung des »Verfassungsgesetzes vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP«<sup>31</sup> ein riesiges Schlupfloch auf. Mitglieder der NSDAP vor 1938 sollten wegen Landesverrats entlassen werden. Diejenigen aber, die der Partei erst nach dem März 1938 beigetreten waren, sich »im österreichischen Sinne betätigt« und niemandem geschadet hatten, konnten um Gnade ansuchen. Dies führte zu zahlreichen Beanstandungen der Entlassungen und Zwangspensionierungen, deren Behandlung durch universitäre und ministeriale »Sonderkommissionen« bzw. deren juristische Abwicklung mehrere Jahre in Anspruch nahm. In der Zwischenzeit baute sich zunehmender innenpolitischer Druck zur Integration der Nationalsozialisten auf, der im Amnestiegesetz und in der Jugendamnestie von 1948 seinen Ausdruck fand.

Das Ergebnis für die personelle Zusammensetzung des Lehrkörpers an der Universität war gleichwohl ein starker Bruch nach 1945. Laut einer neuen Untersuchung von Andreas Huber, die so weit wie möglich alle Lehrenden einbezieht, waren bis Mai 1950 ca. 30 % des Lehrkörpers von 1943 (151 von 495 Personen) wieder bzw. noch im Dienst, was seiner Meinung nach für eine »einigermaßen konsequente Entnazifizierung« bis zu diesem Zeitpunkt spricht.<sup>32</sup> Bei diesen und insbesondere den späteren Wiederaufnahmen handelte es sich um konstruierte Kontinuitäten, gesteuert durch eine kleine, erzreaktionäre Elite von Anhängern der vorigen klerikalen Diktatur, die die Leitungsposten an der Universität gleich im Frühjahr und im Sommer 1945 übernommen hatte. Diese Gruppe fasste zunehmend Tritt, nachdem deutlich wurde, dass das Unterrichtsministerium in den Händen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) bleiben würde. Ab Mitte der 1950er Jahre wurden mehrere ehemalige Nationalsozialisten wieder in den Lehrkörper berufen. Von der großen Gruppe der 1938 als Juden vertriebenen Lehrenden kamen nur sehr wenige zurück. Die Mehrheit der Remigranten waren vielmehr Anhänger der klerikal-faschistischen Diktatur.<sup>33</sup> Für mehrere NSDAP-Mitglieder, die prominente Rollen gespielt hatten, beispielsweise die NS-Rektoren Fritz Knoll (1883–1981) und Eduard

---

rufen am 26. 6. 2018). Die Ähnlichkeit dieses Gesetzstitels mit dem Titel des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933, mit dem die Vertreibung von tausenden Universitätslehrenden im Nationalsozialismus begann, fällt auf. Ob dies so beabsichtigt war, ist unklar.

31 Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, Stück 4, Nr. 13, S. 19–24. Auch online: [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgBlPdf/1945\\_13\\_0/1945\\_13\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgBlPdf/1945_13_0/1945_13_0.pdf) (abgerufen am 26. 6. 2018).

32 Vgl. Andreas Huber: Die Hochschullehrerschaft der 1930er und 1940er Jahre. Sozialstruktur und Karrierewege vor dem Hintergrund politischer Zäsuren. In: 650 Jahre Universität Wien, Bd. 2 (Anm. 10), S. 685.

33 Vgl. hierzu Andreas Huber: Rückkehr erwünscht. Im Nationalsozialismus aus »politischen« Gründen entlassenen Lehrende der Universität Wien. Wien 2016.

Pernkopf (1888–1955) sowie der Dekan der Philosophischen Fakultät Viktor Christian (1885–1963), fungierte die Akademie der Wissenschaften als Auffangbecken,<sup>34</sup> von der Universität wurden sie aber vom Ministerium dauerhaft ferngehalten. Für mehrere ehemalige Nationalsozialisten stellte der 1950 gegründete Verband der Unabhängigen (VDU) eine politische Heimat dar, andere kamen jedoch bei den »demokratischen« Parteien unter. Selbst der, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) nahestehende, 1946 gegründete »Bund sozialistischer Akademiker« war sich nicht zu schade, solchen Leuten eine neue Chance zu geben.<sup>35</sup>

Bei den Studierenden musste die Integration gar nicht so lange dauern. Sie für die Demokratie zu gewinnen war Projekt der Volkspartei von Anfang an.<sup>36</sup> Die Säuberung bei der Zulassung zur Universität begrenzte sich vorerst vor allem auf Funktionäre der Hitlerjugend (HJ) und Offiziere der Wehrmacht, die fünf Jahre lang nicht promovieren durften. Selbst diese Bestimmung fiel aber im Zuge der Bemühungen um politische Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder bald wieder weg. Die Mehrheit der ab 1946 gewählten Vertretung der Österreichischen Hochschülerschaft wurde aber auf Jahre hinaus durch die ÖVP-nahe Studentenorganisation gestellt.

## 6. Schluss – noch einmal Geschichtsschreibung und Eventkultur

Nun, wie verhält sich dieser aus heutiger Sicht durchaus betrübliche Befund über die Geschichte der Wiener Universität nach 1945 zu den Imperativen einer Eventkultur, die unter Umständen wohl eher auf eine positive Darstellung der eigenen Geschichte festgelegt sein müsste? Christian Fleck hat das Ergebnis und auch den Ansatz der Universitätspolitik in Österreich insgesamt in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits vor zwanzig Jahren zutreffend als eine »autochthone Provinzialisierung« beschrieben, von der sich die Hochschulen erst nach zwei Generationen mühsam zu erholen begannen.<sup>37</sup> Die Folgen von alledem

34 Johannes Feichtinger, Dieter Hecht: Die Entnazifizierung an der Akademie der Wissenschaften. In: Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung. Hg. von Johannes Feichtinger [u. a.]. Wien 2013, S. 171–188.

35 Vgl. hierzu Wolfgang Neugebauer, Peter Schwarz: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Wien 2005.

36 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Die Universität Wien (Anm. 29), hier S. 156f. und die dort zitierten Quellen und Literatur.

37 Christian Fleck: Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 (1996), S. 67–92.

für die historische Reflexion der Zeit der beiden Diktaturen und danach sind auch andernorts bekannt: Erst die Schüler der Schüler mussten gehen, bevor eine ernst zu nehmende historische Auseinandersetzung mit dieser Zeit beginnen konnte. In Österreich begann das viel später als in der Bundesrepublik, schlicht und einfach deshalb, weil die meisten ehemaligen Nationalsozialisten in Wien erst Mitte der 1950er Jahre zurückberufen wurden. Der Forschungsstand ist mittlerweile viel weiter fortgeschritten als früher, wenngleich mehrere zum Teil recht überraschende Lücken fortbestehen. Die in den Bänden der neuen Universitätsgeschichte festgehaltenen Ergebnisse differenzierten die scharfe Beschreibung Flecks in einigen Aspekten, bestätigten sie aber im Wesentlichen.

Das ist ein Befund, der sich für eine Leistungsschau, wie sie bei Universitätsjubiläen zu erwarten ist, wohl kaum eignet. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten wurde er jedoch nicht verschwiegen, im Gegenteil. Aber die Trauer über die Vertreibung vieler Wissenschaftler\_innen und Gelehrter jüdischer Herkunft, die keinesfalls erst 1938 begann und eine gewisse Nostalgie für die Glanzzeit des »Wiener Kreises« überwogen. Das galt selbst für Rektor Engl, der auch Leiter des Instituts für angewandte Mathematik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, welches von Johann Radon (1887–1956) gegründet wurde. Dieser wurde 1946 nach Wien berufen und stellt damit eine klare Ausnahme zum eben referierten Befund der Selbstprovinzialisierung dar. Engl erging sich in seiner Eröffnungsansprache am Beginn der Veranstaltungsreihe aber nicht in Lobreden über Radon, sondern setzte sich mit den Schicksalen vertriebener Wiener Mathematikerinnen auseinander. Anscheinend ist ein gewisser Gedenkimperativ zum Teil der Eventkultur geworden. Das wird für die Gedenkkultur an deutschen Universitäten nicht anders sein.

Allerdings sind noch Reibungsflächen da. Ein vom Forum Zeitgeschichte der Universität Wien betreutes Gedenkbuch der Opfer des Nationalsozialismus wird laufend aktualisiert. Dies gilt für die Unterschriften unter den Bildern der Nobelpreisträger am Eingang des Hauptgebäudes leider noch nicht. Stattdessen wird an kaum sichtbarer Stelle, auf der linken Seite der Fläche, wo die alten Bildunterschriften stehen, ein Verweis auf die aktualisierten Darstellungen zum Verhalten einiger Betroffener in der NS-Zeit, darunter Konrad Lorenz (1903–1989), auf der Homepage der Universität angebracht. In derselben Aula des Hauptgebäudes steht eine Ehrentafel mit den Namen aller Rektoren der Universität seit der Gründung. Lange nach 1945 standen bewusst die Stellen, wo die Namen der Rektoren der NS-Zeit stehen sollten, leer. In den 1950er Jahren haben Unbekannte in der Nacht die latinisierten Namen der oben genannten Herren Knoll und Pernkopf eingeritzt. Erst jetzt, im April 2017, werden im Rahmen einer Künstleraktion die Namen dadurch wieder unkenntlich gemacht, dass die Vergoldung der Lettern weggewischt wird. Ob das Ergebnis Bestand haben soll, wird noch entschieden. Das gilt auch für die Frage, wie mit der Erinnerung an Richard

Meister (1881–1964) umzugehen sein wird, der zwar deutschnationaler Gesinnung, aber kein Mitglied der NSDAP war und deshalb als Verkörperung des dienstbaren Kollegen über vier Regimes hinweg dienen konnte, als Steuerungsinanz der unmittelbaren Nachkriegszeit agierte und Präsident der Akademie der Wissenschaften in den 1950er Jahren war.<sup>38</sup>

Eine weitere Reibungsfläche bildet der zunehmend intensive Umgang mit den Wissenschaftlerinnen, die an der Universität Wien tätig waren bzw. von dort vertrieben wurden. Zwar tragen seit einigen Jahren mehrere Tore am neuen Universitätscampus und mehrere Sitzungssäle im Hauptgebäude der Universität die Namen hervorragender Wissenschaftlerinnen der Vergangenheit. Doch erst in diesem Jahr werden zum ersten Mal weibliche Lehrende der Universität im denkmalgeschützten Arkadenhof des Universitätshauptgebäudes geehrt. Bis 2016 zierte den Ort lediglich zwei fiktive Frauengestalten: die 1908 aufgestellte Statue der Nymphe Kastalia in der Mitte des Hofes (als Symbol der historischen und philologischen Quellenforschung)<sup>39</sup> und ein von der Wiener Künstlerin Iris Andraschek geschaffener und 2009 installierter Schattenriss einer Frau mit hochgestreckter Faust zum Gedenken an die nicht geehrten Wissenschaftlerinnen sowie eine bereits 1900 aufgestellte Plakette ohne Büste zu Ehren der ersten Ehrendoktorin der Universität, der Schriftstellerin Marie Ebner-Eschenbach (1830–1916). Wie oben bereits erwähnt, bildete das Thema Geschlechtergerechtigkeit einen Schwerpunkt des Eventkonzepts zum Jubiläum. Die Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek verfasste eigens hierfür einen Text *Schlüsselgewalt*, welcher die fehlende Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft anspricht und am besagten Arkadenhof als Frauensprechchor inszeniert wurde.<sup>40</sup> Auch in diesem Fall, wie am Beispiel der Opfer und der Folgen des Nationalsozialismus geschehen, scheint sich eine Art Gedenken des Defizits als Teil der Erinnerungspolitik etabliert zu haben.

Zum Abschluss komme ich zum anfangs formulierten Dilemma zurück. Wie oben bereits festgehalten, hat sich die Universität Wien im Jubiläumsjahr für fast drei Millionen Euro Eigenmittel und eine Million Euro zusätzlich eingeworbene Sponsorengelder viel geleistet. Dafür hätte man sich wohl eine Menge Forschung kaufen können, doch von dieser Summe stellen die Ausgaben für die Universi-

38 Zu Meister vgl. Johannes Feichtinger: Richard Meister. Ein dienstbarer Hochschullehrer in vier politischen Regimen. In: 650 Jahre Universität Wien, Bd. 2 (Anm. 10), S. 311–318.

39 Zur Geschichte dieses Denkmals siehe Mario Wimmer, Mitchell G. Ash: Kastalia. Zur Interpretation einer Skulptur im Arkadenhof der Universität Wien im Kontext der Wiener Moderne. In: Beruf(ung): Archivar. Festschrift für Lorenz Mikoletzky (= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 55 (2011)), Teil I, S. 555–574.

40 Frauen Aus/Schluss – ein Jelinek-Sprechchor. Universität Wien. <https://medienportal.univie.ac.at/videos/650-jahr-jubilaeum/detailansicht/artikel/frauen-ausschluss-ein-jelinek-sprechchor/>.

tätsgeschichtsschreibung im engeren Sinne einen Bruchteil dar. Hat sich der Einsatz dieser nicht unbeträchtlichen Mittel zugunsten der Eventkultur gelohnt? Natürlich wissen wir nicht, ob sich die Universität auch ohne das alles ebenso gut oder schlecht politisch positioniert hätte. Immerhin hält die Universitätsleitung in ihrer Leistungsbilanz für 2015 fest, dass im Jubiläumsjahr insgesamt 95.000 Besucher\_innen zu 104 verschiedenen Veranstaltungen kamen, und dass die über 900 Berichte zum Jubiläum in verschiedenen Medien »einen Gesamt-Werbewert von über EUR 11 Millionen« ergaben, womit belegt wäre, dass die umfangreichen Aktivitäten des Jubiläumsjahres zu einer erhöhten und positiveren Sichtbarkeit der Universität in der Wiener Bevölkerung geführt haben.<sup>41</sup> Wie nachhaltig diese Wirkung sein wird, bleibt noch abzuwarten.

Gleichwohl kann aber jetzt schon gesagt werden, dass die hier besprochenen vier Bände, und damit eine Zusammenstellung des aktuellen Stands der Forschung zur neueren und neuesten Geschichte der Universität Wien, ohne den Anlass und den Termindruck des Jubiläums wohl kaum zustande gekommen wären. Die Bände sollten allerdings kein Abschluss, sondern ein Anstoß zur weiteren Auseinandersetzung mit der Universitätsgeschichte sein. Auch hier wird noch zu sehen sein, ob es so kommt.

---

41 Leistungsbericht und Wissensbilanz 2015 der Universität Wien. Wien 2016, S. 10–11.



## Die Universitätsgeschichte der Universität Bonn

### Abstract

Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ist es unter Universitäten üblich, die Wiederkehr ihres Gründungstags zu feiern. Die von den Universitäten ausgehende Form des historischen Erinnerens folgt dabei immer einer doppelten Absicht, denn an der Seite der nach innen gerichteten Selbstvergewisserung über den eigenen Standort steht die programmatische Selbstdarstellung nach außen, die einer breiten Öffentlichkeit vor Augen führen soll, wie die jeweilige Universität sich selber sieht bzw. wie sie von Staat und Gesellschaft wahrgenommen werden will. Das probate Mittel zu dieser Selbstdarstellung ist spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Festschrift. Am Beispiel der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wird gezeigt, wie durch die zum jeweiligen Jubiläum erschienenen Festschriften die Botschaft der Universität vermittelt worden ist und wie sich diese Darstellung im Laufe der letzten 175 Jahre verändert hat.

### The History of the University of Bonn

Since the end of the 16<sup>th</sup> century, it is customary for universities to celebrate the anniversary of their foundation. The aims of this type of remembrance are Janus-faced. On the one hand, they are efforts to self-assure and self-determine. On the other hand, they are a public self-presentation, which tries to show state and society how the university views itself and how the public should, in turn, view it. Since the beginning of the 20<sup>th</sup> century, at the latest, the commemorative publication is the seemingly most appropriate way to realize such a self-presentation. The case study of the Friedrich Wilhelm University in Bonn serves to show how commemorative publications are used to convey the respective university's message and how self-presentation has changed during the last 175 years.

## 1. Festvorträge im 19. Jahrhundert

Die Universität Bonn blickt mittlerweile auf eine 200-jährige Geschichte zurück. Das war ein ausreichend langer Zeitraum, um schon etliche Male Jubiläen zu feiern und historische Rückblicke zu wagen. Die 25-Jahrfeier im Jahr 1843 hat darauf noch verzichtet und lieber die Großartigkeit der harmonischen Gemeinschaft der Konfessionen betont, die in der paritätisch verfassten Bonner

Universität friedlich Seite an Seite wirkten.<sup>1</sup> Sähe man diesen Text schon als geschichtlichen Rückblick an, dann stände am Beginn der Bonner Universitätsgeschichte gleich eine Geschichtsklitterung, denn nichts war falscher als die Behauptung dieser angeblichen Harmonie.

Einen tatsächlichen historischen Rückblick, wie wir ihn verstehen, wagte als Erster der Rektor des Akademischen Jahres 1867/68, der Historiker Heinrich von Sybel (1817–1895), als er 1868 in Gegenwart des preußischen Königs Wilhelm I. (1797–1888) und seines ältesten Sohns Friedrich, der vier Semester in Bonn studiert hatte, eine Rede zur Feier des 50-jährigen Bestehens der Bonner Universität hielt. Auch hier gab es keine eigens angefertigte Festschrift, aber die Rede des Rektors ist wie die Festansprache von 1843 im Nachhinein gedruckt worden. Damit erfüllt sie das Kriterium, dass die Universität sich über den unmittelbaren Kreis der Zuhörer hinaus an eine breitere Öffentlichkeit wendet.

Die mächtige Geschichtserzählung von der Geburt der modernen Universität aus dem Geist der Befreiungskriege wird in der Rede des Bonner Rektors wiederholt, wie sie schon bei den 50-Jahrfeiern in Berlin und Breslau angeklungen war, wo man dahinter auch durchaus ein Quäntchen Wahrheit entdecken konnte.<sup>2</sup> Denn Berlin und Breslau waren tatsächlich in den Jahren der Auseinandersetzung mit Napoleon Bonaparte gegründet worden, doch als Bonn 1818 aus der Taufe gehoben wurde, war Napoleon schon seit drei Jahren auf St. Helena. Sybel macht die Wurzel der Bonner Universität im Freiheitskampf aus, aber auch in der Universitätsreform durch Johann Gottlieb Fichte (1762–1814), Friedrich Schleiermacher (1768–1834), Wilhelm von Humboldt (1767–1835) und Fried-

1 Vgl. Thomas Becker: *Patriae doloribus Alma mater nata. Die 50-Jahr-Feiern der drei Friedrich-Wilhelms-Universitäten Berlin, Breslau und Bonn im Vergleich.* In: *Die Gründung der drei Friedrich-Wilhelms-Universitäten. Universitäre Bildungsreform in Preußen.* Hg. von Thomas Becker und Uwe Schaper. Berlin 2013 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 108), S. 125–145, hier S. 131.

2 Vgl. ebd., S. 141. Die Berliner Einladung von 1860 beginnt mit den Worten: »Die Königliche Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ist in einer Zeit gegründet worden, in welcher das gemeinsame Deutsche Vaterland und mit ihm vorzüglich Preussen unter dem Joche der drückendsten Fremdherrschaft seufzte und viele kaum mehr oder nur für ferne Zeiten hofften, dass es gelingen werde, dasselbe abzuschütteln; aber sie ist zugleich gegründet worden in der festen Überzeugung eines milden und hochherzigen Fürsten und seiner erleuchteten Rathgeber, dass der Geist alles überwinde, und die Stärkung der geistigen Kräfte des Volkes das wirksamste Mittel zu dessen Erhaltung und Erhebung sei.« Universitätsarchiv Bonn (UA Bonn), Rektorat 105 A 47.24. Der Text der Breslauer Einladung von 1861 lautet: »Die Zeit des politischen Missgeschicks Deutschlands, in welcher die Berliner Hochschule entstand, hat auch die unsrige ins Dasein gerufen. Die Breslauer Universität, ein Jahr später als die Berliner ins Leben gerufen, giebt ein ergänzendes Zeugnis von dem hohen Sinn des Preussischen Monarchen, der in einer fast hoffnungslosen Zeit grosse wissenschaftliche Anstalten errichtete, und in ihnen dem fremden Bedrücker jene von ihm nicht besiegbare Macht deutschen Geistes entgegenhielt, welche die künftige Befreiung Deutschlands verbürgte.« UA Bonn, Rektorat 105 A 47.24.

rich August Wolf (1759–1824).<sup>3</sup> Vor allem aber sieht er den Auftrag, den der Stifter, König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), dieser Universität gegeben hat, in einem missionarischen Auftrag dieser Hochschule, die »wie eine positiv wirkende Festung dem preußischen Staate dienen sollte.«<sup>4</sup> Es ging darum, die vom »welschen Ungeist der Revolution« und der Gleichmacherei kontaminierten Gebiete wieder in die geordnete Welt deutscher Untertanen zurückzuholen. Die Universität

»sollte den vollen Strom unserer classischen Litteratur, unserer methodischen Wissenschaft, unserer selbstständigen Philosophie auf die damals halbentfremdeten Gebiete hinüberleiten; sie sollte auch diese Grenzprovinzen zu Mitbesitzern der höchsten geistigen Güter unseres Volkes machen, und ihnen dadurch eine jeder Feindeswaffe entzogene Quelle ächter Vaterlandsliebe eröffnen.«<sup>5</sup>

Mächtige Ideen also waren es, die Sybel für die Gründung und das Gedeihen der Bonner Universität verantwortlich machte. Personen waren es nicht.

## 2. Die große Festschrift zur 100-Jahrfeier

Das sollte sich 50 Jahre später deutlich ändern. Das voluminöse Werk von Max Albert Wilhelm Lenz (1850–1932) über die Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin von 1910 wurde nun Vorlage für die beiden Schwesteruniversitäten, die Friedrich-Wilhelms-Universitäten in Breslau und Bonn.<sup>6</sup> Der Historiker Friedrich von Bezold (1848–1928), der rechtzeitig vor der 100-Jahrfeier den Auftrag für eine Festschrift erhielt, orientierte sich an den beiden Vorgänger-Werken von 1910 und 1911, wobei der Umfang des Monumentalwerks von Max Lenz von Anfang an nicht zur Debatte stand, denn »das wahrhaft großartig angelegte und durchgeführte Werk steht ja von vornherein über jedem Vergleich mit den historiographischen Denkmälern unserer anderen deutschen Hochschulen«, wie Bezold in seinem Vorwort schreibt.<sup>7</sup> Doch das Grundschema der thematischen Zweiteilung hat Bezold von Lenz übernommen: Ein erster Teil thematisiert die Geschichte der Universität in ihrer Gesamtheit, während ein

---

3 Vgl. Festrede zum Fünfzigjährigen Jubiläum der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, gehalten von dem zeitigen Rektor Heinrich von Sybel. Bonn 1868, S. 12.

4 Ebd., S. 18.

5 Ebd., S. 25.

6 Vgl. Max Lenz: Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. 4 Bde. Halle 1910. Zu Breslau siehe Georg Heinrich Kaufmann: Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Bd. 1. Breslau 1911.

7 Friedrich von Bezold: Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahr 1870. Bonn 1920.

zweiter Teil die einzelnen Institute, Seminare, Einrichtungen und Ämter in ihrer historischen Entwicklung beschreibt.

Bezolds Versuch einer umfassenden Chronik war allerdings von vorneherein stark durch die eintretenden Umstände behindert. Der Ausbruch des Kriegs, damit verbunden die Reise- und Postbeschränkungen, die Schließung von wichtigen Institutionen wie dem Landesarchiv in Koblenz oder die Nichterreichbarkeit von einzelnen Ansprechpartnern, die in den Krieg gezogen waren, erschwerte die Abfassung ungemein. Das Geheime Staatsarchiv in Berlin war bereit, gezielt bestellte Akten per Post oder Kurier nach Bonn zu senden, doch die erhoffte Archivreise, die Bezold selber nach Berlin führen sollte, blieb ihm versagt. Der geplante zweite Band über die Institute wurde unter diesen Bedingungen von vorneherein verschoben. Einzelne Lehrstuhlinhaber, etwa der Mediävist Wilhelm Levison (1876–1947), hatten ihre Ausarbeitungen zur Geschichte des eigenen Fachs schon sehr bald abgeliefert. »Bei einer Reihe von Disziplinen«, so schreibt Bezold in seinem Vorwort,

»hat sich aber natürlich das Ausbleiben einer solchen fachmännischen Hilfe bemerklich gemacht. Es gehört auch dies zu dem unfreundlichen Schicksal, das über der Entstehung unserer Festschrift walten sollte und dessen schwer lastender Druck dem Verfasser selber oft genug alle Ruhe und Freudigkeit des Schaffens raubte.«<sup>8</sup>

Prophetische Worte, die nach weiteren 100 Jahren noch genauso richtig sind wie damals.

Den ersten Band verkürzte Bezold selbst, und das hatte nichts mit dem Krieg zu tun. Sein Verständnis von Geschichtswissenschaft war so, dass er nicht über Zeiten schreiben wollte, die so nah an seine eigene Gegenwart heranragten, dass er sich mit noch lebenden Zeitzeugen einzulassen hatte. Daher plante er von vorneherein, sein Werk mit der Reichsgründung von 1871 enden zu lassen. »Es widerstrebte mir durchaus«, schreibt er zur Begründung, »ein Gebiet zu betreten, das ich stets von meiner wissenschaftlichen Betätigung ausgeschlossen hatte und auf dem mir unvermeidliche Rücksichten verschiedener Art immer wieder in den Weg gekommen wären.«<sup>9</sup>

Dieser erste Band einer umfangreichen Bonner Universitätsgeschichte ist nicht nach Sachthemen gegliedert, sondern streng chronologisch aufgebaut. Und er versteht sich auch in gewisser Weise als Chronik. Die sechs Kapitel, denen eine Einleitung über das rheinische Geistesleben im 18. Jahrhundert und über die erste kurfürstliche Bonner Universität (1777–1798) vorangestellt ist, haben jeweils einen aussagekräftigen Titel. So heißt das erste Kapitel *Die Gründung der rheinischen Universität (1814–1818)*, das zweite Kapitel *Im Zeichen der Reaktion*

8 Ebd., Vorwort, S. V.

9 Ebd., Vorwort, S. I.

*und der konfessionellen Spannung*, das dritte Kapitel *Wissenschaftlicher und korporativer Aufbau (1818–1830)*, und so geht es weiter. Was aber wie ein tiefgründiger Versuch wirkt, dem Wesen der jeweiligen Epoche in der Geschichte der Universität auf den Grund zu kommen, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Aneinanderreihung von kleineren Ereignissen, die sich um einzelne Personen ranken. So lesen sich im Inhaltsverzeichnis die unter Kapitel III stehenden Hinweise auf den Kapitelinhalt so:

»Die Medizin unter der Herrschaft der Naturphilosophie. Harleß, Nasse, Mayer, E. Bischoff, Ennemoser, Windischmann (202–207). Die führenden Männer, Walther und Johannes Müller. Bonn als ein Hauptsitz des Magnetismus (207–215). Der Fall Stein und die schwierige Eigenart Bischoffs (215–218)« usw.

Mit anderen Worten: Ohne sich darauf zu kaprizieren, eine reine Professorenchronik zu sein, zeigt sich Bezolds Universitätsgeschichte doch als eine Aneinanderreihung der Taten einzelner Personen. Das ist durchaus nachvollziehbar. Universitäten sind in erster Linie Zusammenfassungen von Personengruppen in Fächern, in Fachgruppen oder in Fakultäten. Aber bei Bezold kommt diese Art der Erzählung sehr ungeordnet daher. Das strukturierende Element ist die Chronologie. Der Fortgang der Handlung wird bestimmt von einzelnen Menschen, deren Agieren miteinander durchaus bewertet wird. Da gibt es den strahlenden Helden, also etwa August Wilhelm Schlegel (1767–1845), oder den finsternen Bösewicht, etwa den Pharmakologen Ernst Bischoff (1781–1861), dessen Reizbarkeit und beständige Beschwerden herausgestellt werden, während man von seinem Fach und seinem wissenschaftlichen Wirken gar nichts erfährt.<sup>10</sup> Unwillkürlich ist man an den Satz eines anderen Historikers erinnert, des Bonner Alumnus Heinrich von Treitschke (1834–1896), dessen »Männer machen Geschichte« man hier umwidmen könnte in: »Professoren machen die Geschichte einer Universität«.

### 3. Die Festschriftserie von 1968

Weitere 50 Jahre später, 1968, zeigte sich, wie sehr dieser Gedanke ins Zentrum der Vorstellung von einer Bonner Universitätsgeschichte gerückt war. Unter dem Professor für Geschichte und Archivleiter des Bonner Universitätsarchivs, Max Braubach (1899–1975), entstand nämlich für die 150-Jahrfeier von 1968 ein geradezu monumentales Werk. Auf 14 Bände war die Festschrift angelegt, die allerdings – genau genommen – bis heute noch nicht alle erschienen sind. In ihrem Aufbau unterscheidet sich diese Festschrift gänzlich von dem, was man

---

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 217.

bisher an vielen Universitäten als Grundstruktur angewandt hat. Das wichtigste Strukturmerkmal ist nicht mehr die Chronologie, sondern eine Aufteilung in Einzelwerke, die jeweils ihre eigene Aufgabe haben. Der Bibliothekar Otto Wenig steuert eine Art »Album Professorum« bei, eine Übersicht über alle bis 1968 in Bonn tätigen Dozent\_innen.<sup>11</sup> Der katholische Theologe Karl Theodor Schäfer (1900–1974) wurde von Braubach überredet, eine *Verfassungsgeschichte der Universität Bonn* zu schreiben, was sich zu einem Werk von über 500 Seiten auswuchs, in dem zum ersten Mal zusammenhängend etwas über die Geschichte der Universität Bonn nach der Reichsgründung von 1871 gesagt wird.<sup>12</sup> Ein kleiner Sammelband widmet sich dem Thema *Wege und Formen der Studienförderung*,<sup>13</sup> und ein vom Universitätsarchiv konzipierter Band, der allerdings nie erschienen ist, sollte eine Edition zentraler Quellen zur Gründungsgeschichte der Bonner Universität werden. Der Bonner Kunsthistoriker Heinrich Lützelers schließlich steuerte einen Band über *Bauten und Bildwerke der Universität Bonn* bei.<sup>14</sup> Doch die restlichen Bände, nach Fachgebieten aufgeteilt, tragen alle den Obertitel *Bonner Gelehrte*.<sup>15</sup> Universitätsgeschichte und Institutsgeschichte fallen hier in eins, allerdings ganz unter dem Gesichtspunkt des Handelns der jeweiligen Lehrstuhlinhaber, die auch die Überschriften für die einzelnen Kapitel abgeben. Damit ist die Festschrift zur 150-Jahrfeier, trotz der erstmals vertretenen Randgebiete, ein vollständiger Rückzug aus der Universitätsgeschichte als verbindender Darstellung einer Institution mit zusammenhängenden Struktu-

11 Vgl. Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968. Hg. von Otto Wenig. Bonn 1968. Hier werden vom Privatdozenten bis zum Ordinarius alle akademischen Lehrer\_innen der Universität Bonn alphabetisch aufgeführt. Die erste Professorin der Bonner Universität, die allerdings keine Lehrerlaubnis besaß, die Biologin Maria Gräfin von Linden (1869–1936), taucht in diesem Buch nicht auf.

12 Vgl. Karl Theodor Schäfer: *Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960*. Mit Anhang Bonner Kuratoren 1818 bis 1933 von Gottfried Stein von Kamienski. Bonn 1968.

13 *Wege und Formen der Studienförderung*. Mit Beiträgen von Max Braubach, Wigbert Holle, Werner Klett und Bernhard Rang sowie von Gustav René Hocke und Hannes Schmidt. Bonn 1968.

14 Heinrich Lützelers: *Die Bonner Universität. Bauten und Bildwerke*. Unter Mitarbeit von Eva Brües [u. a.]. Bonn 1968.

15 Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Evangelische Theologie. Bonn 1968; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Katholische Theologie. Bonn 1968; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Philosophie und Altertumswissenschaften. Bonn 1968; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaften. Bonn 1968; Bonner Gelehrte. Staatswissenschaften. Bonn 1969; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Sprachwissenschaften. Bonn 1970; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Mathematik und Naturwissenschaften. Bonn 1970; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Landwirtschaftswissenschaften. Bonn 1971; Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Medizin. Bonn 1992.

ren und gemeinsam handelnden Personen hin zu einer völlig isolierten Betrachtung des Handelns einzelner ausgewählter Personen, aus deren Kurzbiographien nicht einmal die Entwicklung ihrer jeweiligen Institute ablesbar ist.

Auch die Festschrift von 1968, deren Band über die Medizin übrigens erst 1992 und deren Band über die Juristen nie erschienen ist, hat ganz zweifellos ihre Meriten. Mit vielen ihrer Bände arbeiten wir im Universitätsarchiv täglich. Aber eine befriedigende Darstellung der Geschichte der Universität Bonn und ihrer einzelnen Untergliederungen, wie man sie sich zumindest als Fortsetzung der Chronik von Friedrich von Bezold gewünscht hätte, war damit nicht erschienen.

#### 4. Die Festschrift zur 200-Jahrfeier 2018

Vieles ist seitdem in Einzelarbeiten herausgekommen. Mit dem Buch von Paul Egon Hübinger (1911–1987) über die Aberkennung der Ehrendoktorwürde für Thomas Mann (1875–1955) aus dem Jahr 1974 erschien eine erste dickleibige Arbeit über die Bonner Universität im Nationalsozialismus.<sup>16</sup> Weitere Arbeiten über die Universität in der NS-Zeit folgten, sowohl in der Gesamtschau als auch für einzelne Fakultäten oder Fächer.<sup>17</sup> Aber der Mangel an einer Gesamtdarstellung wurde dadurch nicht behoben, dass immer mehr Bücher Einzelaspekte der seit 1818 andauernden Geschichte der Bonner Universität zum Thema hatten. Die Notwendigkeit, eine solche Gesamtdarstellung frühzeitig in Angriff zu nehmen, wurde zuerst vom emeritierten Wirtschaftshistoriker Hans Pohl erkannt, der das Rektorat überzeugen konnte, für die 200-Jahrfeier im Jahr 2018 eine solche große Geschichte der Universität Bonn in Auftrag zu geben. Mit der Organisation der Festschrift und der Entwicklung eines Konzepts wurde der Zeithistoriker Klaus Hildebrand beauftragt. Hildebrands Entwurf griff zurück auf die Zweiteilung, die schon vor 100 Jahren von Max Lenz, Georg Heinrich Kaufmann und Friedrich von Bezold angewandt worden war: Einen auf zwei Bände konzipierten ersten Teil mit allgemeiner Universitätsgeschichte und einen zweiten Teil, der von den Fakultäten gestaltet werden sollte und der die Wissenschaftsgeschichte der einzelnen Fächer zum Gegenstand hat.

Die Autor\_innen der beiden ersten Bände, darunter einige Zeithistoriker, ein Rechtshistoriker, ein Medizinhistoriker und der Universitätsarchivar, bildeten einen kleinen Arbeitskreis, in dem die weiteren Diskussionen über die Festschrift geführt wurden. Eine gemeinsame Muster-Gliederung wurde entwickelt,

---

16 Paul-Egon Hübinger: Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. München 1974.

17 Z. B. Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit. Hg. von Thomas Becker. Göttingen 2008.

um bestimmte Themen vergleichbar zu halten. Das gelang nicht immer. Der Gliederungspunkt »akademische Gerichtsbarkeit« ließ sich natürlich nur für die Zeitspanne untersuchen, in der es sie noch gab, in Bonn also bis zur Abschaffung des Amtes des Universitätsrats 1968. Und die Beachtung von Frauen an der Universität macht erst dann so richtig Sinn, wenn es dort auch Frauen gibt, also etwa ab der Einführung von Gaststudentinnen 1896. Für die Zeit davor kann ein solcher Gliederungspunkt allerdings Aufforderungscharakter haben, weil man erst weiß, ob man etwas findet, wenn man es auch sucht. Das gilt etwa auch für den Gliederungspunkt »Hochschulsport«, bei dem sich für den Zeitraum von 1850 bis 1870 ein Rückzug der Universität aus dem Engagement für die sportliche Betätigung ihrer Studenten nachweisen lässt, der bislang noch niemandem aufgefallen war.

Die Kapiteleinteilung, die Klaus Hildebrand vornahm, war für die ersten ca. 130 Jahre an die politische Geschichte Deutschlands angelehnt. Dahinter steht natürlich schon eine gewisse Interpretation der Bonner Universitätsgeschichte, die Annahme nämlich, dass das Grundmuster der modernen Universität, wie es 1810 in Berlin entwickelt und 1818 fast identisch von Bonn übernommen worden war, für mehr als 125 Jahre nicht ernsthaft verändert worden ist. Die Veränderungen in der Geschichte der Bonner Universität wurden also, so die These, durch Ereignisse herbeigeführt, die ihren Ursprung nicht in der Universität selber hatten. Die erste Zäsur war nach dieser Sicht die Revolution von 1848, die für die Universität in der Tat eine bedeutsame Änderung mit sich brachte, da das als Bedrückung empfundene Amt des Kurators und außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten ersatzlos gestrichen und erst 15 Jahre später wieder eingeführt wurde. Die zweite Zäsur ist die Reichsgründung 1871, die an sich der Universität keine Veränderung brachte, die aber zeitlich mit dem Beginn des Prozesses zusammenfiel, der aus der Gelehrtenrepublik der Biedermeierzeit allmählich den wissenschaftlichen Großbetrieb machte, wie wir ihn kennen. So wurden in den 1860er Jahren die ersten Seminare für Einzelfächer (Geschichte, Mathematik) gegründet und das erste zweckgebundene und großzügig ausgestattete Institutsgebäude (Chemie) errichtet.

Die nächste Zäsur ist eigentlich das Ende des Ersten Weltkriegs, aber die sehr ereignisreiche und für die Entwicklung Bonns sehr wichtige Kaiserzeit ist des Umfangs wegen auf zwei Autoren aufgeteilt worden, die das Jahr 1900 als Übergangspunkt gewählt haben. Weimarer Republik und NS-Zeit bilden den zeitlichen Rahmen für die beiden folgenden Kapitel. Danach ändert sich das Schema: Die Zeit des Wiederaufbaus und der britischen Besatzung bildet den Auftakt für das Folgekapitel, doch sein Ende wird bestimmt durch die Beratungen über eine neue Bonner Universitätsverfassung, die 1960 beschlossen wurde. Das Folgekapitel, mit den Studentenunruhen von 1968 im Zentrum, geht weiter bis 1992, weil hier wieder eine neue Verfassung in Kraft getreten ist. Das

letzte Kapitel, zu dem der Qualitätspakt der 1990er Jahre, die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge oder das Hochschulfreiheitsgesetz gehören, führt bis an die Gegenwart heran und endet mit dem Jahr 2016.

Dieser Bruch in der Periodisierung ab 1945 findet seine Entsprechung in einer Debatte über einen »roten Faden« in der Geschichte der Universität Bonn. In dieser Diskussion war der Versuch gemacht worden, bestimmte Grundkonstanten zu identifizieren, die prägend für die gesamte Geschichte der Universität Bonn waren und sie dadurch von anderen Universitäten unterscheidbar macht. Sehr schnell wurde klar, dass eine solche Grundkonstante über viele Jahrzehnte hinweg in den konfessionellen Spannungen und ganz allgemein in der Bedeutung von Konfessionsfragen zu finden ist. Gerade in Bonn, wo – ebenso wie in Breslau – der Versuch gemacht werden sollte, durch die verfassungsmäßige Garantie der absoluten Parität beider christlicher Konfessionen Fragen der religiösen Zugehörigkeit obsolet zu machen, tauchten von Anfang an Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten, aber auch der Katholiken untereinander, auf. Sie eskalierten 1862 in massiven Protesten katholischer Studenten und Professoren gegen ihre Unterdrückung durch die evangelischen Professoren und den preußischen Staat, aber sie fanden im sogenannten »akademischen Kulturkampf« auch nach der Reichsgründung bis hin zum Ersten Weltkrieg unter den Studierenden ihre Fortsetzung.<sup>18</sup> Diese für die Wissenschaftsgeschichte weitgehend unerheblichen, für das Zusammenwirken in einer gemeinsamen Universität aber durch starke Auswirkungen gekennzeichneten Vorgänge hörten mit Ende des Ersten Weltkriegs weitgehend auf. Allerdings trat in der Zeit der französischen Besatzung an ihre Stelle das neue Phänomen, dass nun die bisher weitgehend einflusslosen katholischen Professoren, die meistens auch dem Zentrum nahestanden, zu Wortführern der Universität avancierten.<sup>19</sup> Zu nennen sind der Theologe Fritz Tillmann (1874–1953), der Philosoph Adolf Dyroff (1866–1943), der Historiker Aloys Schulte (1857–1941) oder der Physiker Heinrich Konen (1874–1948). Den Nationalsozialisten galt Bonn deswegen als »schwarze«, d. h. vom Zentrum dominierte Universität.<sup>20</sup>

Die Beachtung des konfessionellen Moments verliert in der Zeit nach dem

---

18 Thomas Becker: Rheinischer und schlesischer Katholizismus in Preußen. Die Universitäten Bonn und Breslau im 19. Jahrhundert. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 149 (2013), S. 41–57. Zum akademischen Kulturkampf an der Universität Bonn siehe Dominik Geppert: Kaiser-Kommers und Bismarck-Kult. Bonner Studierende im Kaiserreich. In: Bonna Perl am grünen Rheine. Studieren in Bonn von 1818 bis zur Gegenwart. Hg. von Thomas Becker. Göttingen 2013, S. 83–103.

19 Vgl. Thomas Becker: Geistesgrößen und Gefahren. Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaft an der Universität Bonn in den zwanziger Jahren. In: Erik Peterson und die Universität Bonn. Hg. von Michael Meyer-Blanck. Würzburg 2014, S. 97–112.

20 Vgl. dazu Hans-Paul Höpfner: Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft. Bonn 1999, S. 21 f.

Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Berechtigung. Es fällt schwer, seitdem einen gemeinsamen Aspekt in der Entwicklung der Bonner Universität zu finden. Durch die Funktion als Universität der Bundeshauptstadt gewann Bonn natürlich während der sogenannten »Bonner Republik« ein besonderes Renommee und erhielt für die Absolvent\_innen besondere Möglichkeiten für ihre berufliche Orientierung, aber davon profitierten nur bestimmte Bereiche der Universität, vor allem die Jurist\_innen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler\_innen, während die MINT-Fächer, die gerade in den 1950er und 1960er Jahren durch den Nobelpreisträger Wolfgang Paul (1913–1993) einen mächtigen Schub erfuhren, von der Funktion als Hauptstadtuniversität nicht weiter berührt wurden.

Die Frage nach einem »roten Faden« musste letztlich für die Zeit ab 1945 offen bleiben. Andere Fragen versuchte man mit externer Hilfe zu klären. So wurde 2012 eine Tagung veranstaltet, an der als Referenten z. B. Dieter Langewiesche oder Rüdiger vom Bruch teilgenommen haben. Teilnehmer dieser Tagung waren die Autor\_innen unserer Festschriftbände, und zwar sowohl der ersten beiden Bände – also der Universitätsgeschichte – als auch der Fakultätenbände. In einer weiteren Tagung 2014 haben die eigenen Autor\_innen ihre Fortschritte vorgestellt, um die Kolleg\_innen auf den gleichen Informationsstand zu bringen.

Die Festschrift ist nun fertig. Im Oktober 2018, passend zum 200. Geburtstag unserer Universität, wurde sie der Öffentlichkeit vorgestellt. Die ursprüngliche Konzeption einer zweigeteilten Universitätsgeschichte mit einem chronologisch aufgebauten universitätsgeschichtlichen und einem nach Fakultäten gegliederten wissenschaftsgeschichtlichen Teil hat sich durchhalten lassen. Dieser zweite Teil hat allerdings in den Jahren der Vorbereitung eine umfangreiche Metamorphose erlebt. Ursprünglich sollte die Gestaltung dieses Bands ganz in die Verantwortung der Fakultäten fallen. Es wurde aber sehr schnell klar, dass erstens der geplante Umfang von einem einzigen Band mit ca. 500 Seiten für eine große Universität wie Bonn viel zu schmal war. Mittlerweile wurde der Umfang verdoppelt, wodurch zwei eigenständige Bände entstanden sind. Zweitens stellte sich sehr schnell heraus, dass der Abstimmungsbedarf viel zu groß war, als dass man bei diesem Projekt sozusagen »getrennt voneinander marschieren« konnte. Besonders in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurde der Abstimmungs- und Klärungsbedarf sehr deutlich. Die zahlreichen Autor\_innen dieser Fakultät trafen sich daraufhin einmal pro Semester mit den Organisator\_innen der Festschrift, um anstehende Fragen zu klären und den Fortgang des Werks zu diskutieren.

Nicht alle Fakultäten haben sich so intensiv um die Abfassung ihres Teils der Festschrift gekümmert. Die Erfahrung zeigt, dass die Aufgabenerfüllung da am besten funktionierte, wo eine ganze Gruppe von Autor\_innen am Werk war. Wo nur Einzelautor\_innen eingesetzt waren, um die Geschichte einer ganzen Fakultät zu schreiben, kam es zu teilweise desaströsen Entwicklungen, die mühsam

und mit viel Arbeitseinsatz wieder in Ordnung gebracht werden mussten. Andererseits sind Stringenz der Darstellung und Einheitlichkeit des Stils natürlich umso mehr gefährdet, je mehr Autor\_innen sich ein Fach teilen. Redaktionelles Eingreifen ist hier in hohem Maße erforderlich.

Zumindest für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg ergeben sich kapitelübergreifend viele Berührungspunkte, etwa bei der Studierendengeschichte, beim Umgang mit Senat und akademischer Gerichtsbarkeit, bei der Verwaltungsgeschichte und in anderen Bereichen. Professor\_innen stehen natürlich immer noch im Zentrum der Bonner Universitätsgeschichte. Aber die Darstellung der Universitätsgeschichte folgt ihnen nicht blind, sondern sie achtet immer wieder auf die Querverbindungen.

Während die Anfänge der Rückbesinnung der Universität Bonn auf ihre Geschichte bei den ersten Anlässen im 19. Jahrhundert noch eher bescheiden waren, sind die Werke, mit denen seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Bonner Universitätsgeschichte dargestellt werden sollte, immer umfangreicher geworden. Sowohl nach der 100-Jahrfeier als auch nach der 150-Jahrfeier lag der Schwerpunkt auf der Beschreibung von Professoren und ihrem wissenschaftlichen Handeln. War diese Form der Geschichtsschreibung im Fall der 1920 erschienenen Festschrift von Friedrich von Bezold noch in eine chronologische Abfolge eingebettet, wurde in den Bänden der *Bonner Gelehrten* 1968 ganz auf einen zusammenhängenden Rahmen verzichtet. Einzelne »Spezialbände« zur Studienförderung oder zu den Universitätsbauten belegen, dass man schon 1968 mit einer ganz auf Professoren ausgerichteten Darstellung der Universitätsgeschichte nicht mehr zufrieden war. Diesem Umstand trägt die neue Festschrift Rechnung, die zur 200-Jahrfeier der Universität Bonn im Oktober 2018 erschienen ist. In der Aufteilung der Gesamtfestschrift folgt dieses neue Werk dem Muster der 1910 von Max Lenz vorgegebenen Struktur, die auch Friedrich von Bezold 1920 aufgenommen hatte. Der Unterschied zur Festschrift von Bezolds ist die Betonung der »gesamten Universität«. Nicht Personen stehen im Vordergrund, sondern Strukturen und Entwicklungen. Natürlich ist bei einer Institution wie einer Universität das Handeln einzelner Personen für die Darstellung der Geschichte von Wichtigkeit, aber das führt nicht dazu, die Festschrift auf das Wirken der Professor\_innen zu konzentrieren oder gar zu begrenzen. Studierende, Verwaltung und, wo die Quellen es erlauben, auch nichtwissenschaftliche Mitarbeiter\_innen werden ebenso thematisiert wie das Verhältnis der Universität zur Stadt und zum Staat, die Veränderungen in der Infrastruktur oder die Rückwirkungen gesellschaftlicher Veränderungen auf die Universität. Damit ist der Fokus sehr viel breiter geworden. Das vierbändige Werk ist nicht einfach die chronologische Verlängerung der Festschrift zur 100-Jahrfeier, sondern eine geschichtliche Darstellung, die den Anspruch erhebt, heutigen universitätsgeschichtlichen Anforderungen zu genügen.



---

## Die Autor\_innen

### MITCHELL G. ASH

Emeritierter o. Univ.-Prof. für Geschichte der Neuzeit und (bis Ende 2018) Sprecher des Doktoratskollegs »Naturwissenschaften im historischen, philosophischen und kulturellen Kontext« an der Universität Wien, Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Europäischen Akademie der Wissenschaften und der Künste. Promotion 1982 an der Harvard Universität, 1984–1997 Lehrtätigkeit an der University of Iowa, 1997 Berufung an die Universität Wien. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist die politische Geschichte der Universitäten.

### THOMAS BECKER

Dr. Thomas Becker ist seit 1995 Leiter des Archivs der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und seit 2013 auch Direktor des Bonner Universitätsmuseums. Zudem hat er einen Lehrauftrag für rheinische Landesgeschichte. Seine Forschungsschwerpunkte sind rheinische Geschichte der Frühen Neuzeit und Universitätsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

### CHRISTIAN GEORGE

Studium der Rheinischen Landeskunde, Historischen Hilfswissenschaften und Historischen Geographie an der Universität Bonn. Promotion mit einer Arbeit zu Studierenden der Universität Bonn in der Nachkriegszeit. Seit 2012 Leiter des Universitätsarchivs der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

### MICHAEL GRÜTTNER

1983 Promotion in Hamburg; 1994 Habilitation in Berlin; 1998–2002 Gastprofessor in Berkeley, Kalifornien; seit 2003 apl. Prof. für Neuere Geschichte an der TU Berlin. Publikationen u. a.: Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995; Das Dritte Reich 1933–1939, Stuttgart 2014 (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte; Bd. 19).

**MARTIN KINTZINGER**

Nach der Promotion 1987 in Braunschweig und der Habilitation (Venia Legendi für Mittelalterliche Geschichte) an der FU Berlin 1997 von 1999 bis 2002 Professor für Bildungs- und Universitätsgeschichte an der LMU München, seit 2004 Professor für Mittelalterliche Geschichte (Hoch- und Spätmittelalter / Westeuropäische Geschichte) an der WWU Münster. Seit 2009 Präsident der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, seit 2011 Herausgeber des Jahrbuchs für Universitätsgeschichte.

**CHRISTA KLEIN**

Christa Klein studierte Geschichte, Politik und Gender Studies in Freiburg und Dublin und promovierte 2017 mit der universitätsgeschichtlichen Arbeit »Elite und Krise. Expansion und Selbstbehauptung der Philosophischen Fakultät Freiburg 1945–1967«. Zurzeit ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Gender Studies der Universität Freiburg.

**ILKO-SASCHA KOWALCZUK**

geb. 1967 in Ost-Berlin, Historiker, Projektleiter in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagenbehörde, gegenwärtig Mitarbeiter der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur.

**LIVIA PRÜLL**

PD Dr. Livia Prüll MA, geb. 1961, studierte Medizin, Geschichte und Philosophie in Gießen und arbeitet zurzeit als Medizinhistorikerin und -ethikerin an der Universität Mainz. Der Hauptfokus ihrer Arbeiten ist die Medizingeschichte des 20. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang arbeitet sie auch zu Wissenschaftsgeschichte und -theorie und zur Universitätsgeschichte. Zurzeit beschäftigt Sie sich anhand verschiedener Fallstudien mit dem Verhältnis von Medizin, Patienten und Öffentlichkeit in Westdeutschland zwischen 1945 und 1970.

**RAINER CHRISTOPH SCHWINGES**

Prof. em. Dr. phil. (Historisches Institut der Universität Bern). Leiter der Forschungsstellen Bern (CH) und Giessen (D) des Repertorium Academicum Germanicum (RAG): Die graduierten Gelehrten des Alten Reiches zwischen 1250 und 1550 (<http://www.rag-online.org>). Forschungsschwerpunkt: Universitäts- und Gelehrten-geschichte des Mittelalters und der Neuzeit.

**BARBARA WOLBRING**

apl. Prof. Dr. Barbara Wolbring lehrt Neure Geschichte an der Goethe-Universität Frankfurt. Studium in Paris, Aix-en-Provence und Frankfurt am Main. Promotion 1999, Habilitation 2011, ersch. 2014 unter dem Titel »Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949)«. Forschungsschwerpunkte: Universitätsgeschichte, Europadiskurse, Öffentlichkeit, Bürgertumsgeschichte.

